

Recht sehr oft im Kontroll-Ausschuß festgestellt wurde. Derartige Prüfungen sind jedoch, auch wenn nur einige Bauvorhaben herausgenommen werden, so zeitaufwendig, daß sie weder von der Rechtsabteilung 14 noch vom Landesrechnungshof bewältigt werden können. Der Landesrechnungshof setzt derzeit im Rahmen eines Pilotprojektes für Massenprüfungen Ziviltechniker ein. Es sollen damit Zeichen gesetzt werden, daß Landesregierung und Landesrechnungshof alles tun, um den Wohnungswerber vor der Verrechnung nicht erbrachter Leistungen zu schützen.

Nun, meine Damen und Herren, wenn es auch in den letzten Jahren bedauerlicherweise Vorfälle im sozialen Wohnbau gegeben hat, so möchte ich doch ausdrücklich vor einer Verallgemeinerung warnen. Ich möchte deshalb die Gelegenheit auch zum Anlaß nehmen, um allen jenen, die im Wohnbau seriöse Arbeit leisten, ausdrücklich zu danken, und es sind dies sehr viele. Schon der soliden Arbeit der vielen Genossenschaften und ihrer Mitarbeiter wegen gilt es – ich sage es nochmals –, gegen jene Außenseiter, die sich an bestehende Gesetze und Verordnungen nicht halten, mit aller Konsequenz und Härte durchzugreifen.

Unser Landesfinanzreferent hat in seiner Budgetdebatte darauf hingewiesen, daß er die Entwicklung der Kontrolle in unserem Land für falsch halte. Ich möchte sagen, daß ich schon weiß, daß jede Kontrolle beim überprüften Bereich – und dazu gehört eben auch das Finanzressort, wie alle Ressorts dazugehören werden – nicht immer mit großer Freude zur Kenntnis genommen wird. Aber gerade das erfolgreiche Beschreiten neuer Wege auf dem Sektor der Wohnbaukontrolle und die sachliche Beratung dieser Berichte im Kontroll-Ausschuß beweisen eindeutig das Gegenteil.

Ganz zum Schluß darf ich sagen, daß der Landesrechnungshof aus der Arbeit des Landtages natürlich nicht mehr wegzudenken ist. Ich möchte daher auch aus meiner Sicht neben dem Dank an die Rechtsabteilung 14, Herrn Hofrat Nopp und allen seinen Mitarbeitern für die geleistete Arbeit auch diesem Landesrechnungshof sehr herzlich danken. Eine Kontrollinstanz hat natürlich nicht nur Freunde, aber es ist auch gut so. Denn es ist ja ein Beweis, daß sachlich gearbeitet wird, vom Landesrechnungshofdirektor Hofrat Dr. Ortner angefangen bis zu all seinen Mitarbeitern wird sachlich gearbeitet und nichts unter den Tisch gekehrt. Es ist unbestrittene Tatsache, und es kann nachgewiesen werden, daß Prüfungsergebnisse des Landesrechnungshofes in Sachen Wohnbau in unzähligen Fällen zu Kosteneinsparungen und Reorganisationsmaßnahmen im Interesse der Wohnungswerber geführt haben. Das ist ein Weg, den wir gerne miteinander weitergehen. Glück auf! (Beifall bei der ÖVP und FPÖ.)

Präsident Klasnic: Nächste Wortmeldung ist der Herr Abgeordnete Erhart. Ich erteile es ihm.

Abg. Erhart: Sehr geehrte Frau Präsident! Hoher Landtag!

Ich glaube, daß es im Interesse des Hauses ist, wenn ich auf jene heiße Diskussion, die der Kollege Schützenhöfer früher angefacht hat, hier jetzt nicht eingehe, sondern mich wieder mehr im speziellen dem Thema Wohnbauförderung zuwende. Ich glaube, der Gewerk-

schafter Landtagsabgeordneter Schützenhöfer wird ja, nachdem nächste Woche eine Kammervorstandsversammlung ist, dort Gelegenheit haben, die Frage dort richtig ausdiskutieren, und ich möchte jetzt zu keinem dieser Argumente etwas sagen. Zur Wohnbauförderung veranlaßt mich der Grund, mich zu Wort zu melden, daß ich glaube, wenn ich mich der Aussage der Wohnbauleute innerhalb der steirischen ÖVP entsinne, also jener, die die Wohnbauverantwortung auf dieser Seite tragen, und wenn ich das nachlese, was zum neuen Wohnbauförderungsgesetz geschrieben wurde, daß ich eigentlich fast den Eindruck haben könnte, daß diese Verantwortlichen der steirischen ÖVP für den Wohnbau, würden sie im ÖVP-Nationalratsklub sein, wahrscheinlich dort dafür gesprochen hätten, diesem Gesetz zuzustimmen. Ich glaube nicht, daß die Wiener Szene – und das gilt auch für andere Bereiche, das weiß ich schon – unbedingt gleichzusetzen ist, denn ich werde das sehr bald begründen, warum. (Abg. Dr. Maitz: „Du kannst ganz beruhigt sein, der Herr Landesrat Dipl.-Ing. Riegler war bis vor kurzem im Nationalrat und kann dir das ganz genau erklären!“) Ja, das würde sehr nett sein. Das war aber sicherlich nicht die Situation, ich weiß das schon, daß der Landesrat früher Nationalrat war. Er war das acht Jahre lang. Er kann aber sicherlich nicht erklären (Abg. Dr. Maitz: „Er kann es erklären!“), wieso es so zusammenstimmt, daß die Forumsweise im Wohnbau in der Steiermark eigentlich vor dieser Gesetzwerdung schon genau in Richtung dieses neuen Wohnbauförderungsgesetzes in der Steiermark gehandhabt wurde. Man könnte sehr wohl sagen, wie das immer gerne von Ihnen behauptet wird, es ist so Art abgeschrieben worden, zum Teil könnte man sogar sagen, wir haben das in manchen Bereichen schon ausgeführt, und wir haben uns also hier nicht schwergetan in der Steiermark mit dem neuen Gesetz. Wir haben es schon gemacht, und ich darf Sie erinnern an die Kritik des Bundesrechnungshofes, der eigentlich die Steiermark gemahnt hat, daß sie ungesetzlich vorginge in Richtung der Laufzeiten. (Abg. Kanduth: „Nur wegen der Laufzeit beim Land. Jetzt ist es im Bundesgesetz drinnen!“) Die Laufzeiten, Kollege Kanduth, vollkommen richtig, die Laufzeiten haben wir mit unseren Richtlinien bereits anders geregelt gehabt, als es im Bundesgesetz gestanden ist. (Abg. Kanduth: „Dagegen ist nichts zu sagen!“) Ich habe schon noch andere Argumente für die Behauptungen, warum ich glaube, daß Sie im inneren Herzen eigentlich zumindest wesentlich mehr für dieses neue Gesetz sein müßten, als es Ihre Kollegen im Nationalrat in Wien waren. Ich habe ein Papier in die Hand bekommen. Ich weiß nicht, es ist eine Zusammenfassung oder eine Unterlage, dieses Papier ist anlässlich einer ÖVP-Veranstaltung zum Modell Steiermark, Wohnbaupolitik oder Neue Wohnbaupolitik in der Steiermark, ich weiß nicht, wie es genau geheißen hat, aber diese Enquete war vor kurzem, und hier sind auch Argumente pro und kontra zum Wohnbauförderungsgesetz 1984 aufgezählt. In dieser Unterlage, wo diese Stellungnahmen gegeben werden, heißt es schon in der Einleitung, ich zitiere wörtlich, „daß sowohl eine Reihe positiver“ – aus Ihren Wortmeldungen habe ich hier sehr, sehr wenig gehört, aber hier auf diesem Papier, auf Ihrer Parteitagung aufgelegt, heißt es – „sowohl eine Reihe positiver als auch negativer Auswirkungen werden

durch dieses Gesetz auf uns zukommen". Ja, ich glaube, man spricht im Falle dieses Papiere vom sogenannten „Riegler-Papier". Ist dieser Begriff richtig? Ich weiß nicht, auf jeden Fall war das bei dieser Enquete die Unterlage, und diese Betonung von „positiven" und „negativen", das möchte ich bis zu einem gewissen Grad unterschreiben, wobei ich überzeugt bin, daß die Schwergewichtigkeit beim Positiven liegt, und das steht auch in diesem Papier. Das werde ich Ihnen beweisen. Wenn man ansieht, was hier steht, dann kommt man zu dem Ergebnis, daß weit mehr Positives über dieses Gesetz steht als Negatives. (Abg. Kanduth: „Es gibt doch überhaupt kein Gesetz, das nur Negatives bringt!") Ganz richtig! Es gibt keines. Aber dann soll man das auch in den Beiträgen sagen. (Abg. Kanduth: „Ich muß das aufzeigen, was mich bewegt!") Ist richtig! Sie haben das auch in sehr sachlicher Weise getan, aber man soll dann auch das herausstreichen. (Landesrat Dipl.-Ing. Riegler: „So objektiv sind wir!") Bitte schön, dann geben Sie mir Gelegenheit dazu, dann werde ich mit Ihrer Unterlage das Positive hier zitieren. Es steht weiter: „Zum Wohnhaussanierungsgesetz, das ebenfalls nunmehr im Parlament beschlossen wurde, ist grundsätzlich zu sagen, daß unseren Bestrebungen, auch im Sanierungsbereich neue Wege zu gehen, größtenteils entsprochen wurde. Die bisher sehr unterschiedlichen Regelungen (Wohnungsverbesserung und Altstadtmilliarde) werden in einem Gesetz zusammengefaßt. Gegenüber den bisherigen gesetzlichen Regelungen besteht nun die Möglichkeit, verschiedenste Instandsetzungsmaßnahmen zu fördern." Ende des Zitates. Das steht auch in diesem Papier. Und dann kommt eine Aufzählung von gewissen Punkten, welche positiven Auswirkungen es hier unter dem neuen Gesetz gibt. In den Punkten von a bis g wird folgendes ausgeführt. Ich zitiere:

„Positiv:

- a) Variable Höhe der Darlehen.
- b) Variable Laufzeit der Darlehen, 25 bis 50 Jahre.
- c) Verzinsung der Darlehen bis 6 Prozent.
- d) Effektive Kosten der Fremddarlehen dürfen maximal nur mehr 1,5 Prozent über eine Bundesanleihe tranche mit acht Jahren Laufzeit liegen, bisher waren es 2,5 Prozent.
- e) Bei bäuerlichen Wohnhäusern entfällt das Erfordernis der baulichen Abgeschlossenheit für eine weitere Wohnung.
- f) Gefördert werden kann auch der Ersterwerb von Einzelwohnungen, die von juristischen Personen zur Übertragung in das Eigentum errichtet wurden, auch frei finanzierte.
- g) Neuerliche Einführung einer Rückzahlungsbegünstigung von maximal 25 Prozent der Darlehensrestschuld, wobei empfangene Wohnbeihilfen der letzten sieben Jahre diese Begünstigungen verringern."

Ende des Zitates. Entnommen dieser Unterlage bei der ÖVP-Wohnbauenquete. Und weil Sie das hier nicht sagen und der Meinung waren, das muß von uns jemand sagen, bin ich eben bereit, Ihr Papier hier und die ganzen positiven Auswirkungen dieses Gesetzes dem Hohen Hause vorzutragen. Die Ehre, daß Sie das Papier geschrieben haben, möchte ich Ihnen überhaupt nicht nehmen. Aber gegen das Gesetz haben Sie, oder besser gesagt, Ihre Vertreter im Parlament

gestimmt. Unter dem Titel „Negative Auswirkungen", so objektiv bin ich jetzt auch, daß ich Ihnen das auch sage, wird eingangs auf die Stagnation der Mittel für die Wohnbauförderung hingewiesen, und ich schließe mich dieser Meinung vollkommen an. Ich würde es auch sehr gerne sehen, daß wir in Zukunft mehr Mittel zur Verfügung hätten, deswegen sind wir in dieser Hinsicht wohl alle einer Meinung. Aber ich kann Ihr Papier noch nicht so rasch verlassen, wie ich es möchte. Jetzt kommen wir zur Eigentumsfrage. (Abg. Dr. Maitz: „Das sind die weiteren Negativa!") Im weiteren Verlauf dieses Papiers wird behauptet, daß dieses Gesetz eine Diskriminierung des Wohnungseigentums sei. Das hat schon die Frau Präsident Klannic in ihrer Generalrede gesagt. Sie hat gesagt: Die Sozialisten in der Bundesregierung haben ein gestörtes Verhältnis, oder die sozialistische Koalition, das weiß ich nicht genau, ob Sie jetzt nur die sozialistischen Mitglieder gemeint haben oder auch den Koalitionspartner, das weiß ich nicht, aber daß wir ein gestörtes Verhältnis haben zum Eigentum. Das haben Sie, glaube ich, so gesagt. Heute haben wir es auch gehört. Aber auf die Worte des Kollegen Schützenhöfer gehe ich nicht ein. In diese Richtung wird auch in diesem Papier hingewiesen, und ich zitiere hier auch, daß die Wohnbeihilfe für Eigentumswohnungen zur Kann-Bestimmung der Länder gemacht wurde, es wurde heute von Ihnen gesagt, daß das besonders eigentumsfeindlich sei und daß die Eigenmitteldarlehensdarlehen kein Bestandteil mehr für die Berechnung der Wohnbeihilfe sind, bis zur Kritik schließlich am achtjährigen Veräußerungsverbot. Ich möchte gleich einmal zur Kann-Bestimmung der Länder eine Frage aufwerfen. Denn was mir auffällt, ich bin doch schon einige Jahre hier bei diesen Debatten dabei, immer wenn diese Frage in so einen Bereich gekommen ist und wenn es für die ÖVP gepaßt hat, dann war das Wort Föderalismus das wichtigste Wort aller Debatten. Diese Bestimmung erlaubt es jedem Bundesland, diese Frage föderalistisch für ihren Gebrauch so zu regeln, wie es am besten paßt. (Abg. Dr. Maitz: „Das ist eine Verschlechterung!") Kennen Sie die Verordnungen, die jetzt kommen werden vom Land, die sind im Beirat bereits durch, das werden Sie wissen, die Empfehlung an die Landesregierung, diese Verordnungen zu beschließen, das ist ja schon durch, da gibt es keine Verschlechterung für die Steiermark. Da wird der Weg fortgesetzt, den wir bisher schon immer gehabt haben. (Abg. Dr. Maitz: „Gott sei Dank wird es im Land ordentlich gemacht!") Ist in Ordnung. Das haben wir bisher schon gemacht. Ich sage Ihnen noch etwas, das hat ja einen anderen Sinn auch, und deswegen Föderalismus. Was ist mit jenen Bundesländern, die schon eine bessere Regelung gehabt haben? Ich kann Ihnen so ein Beispiel sagen, im Eigenheimbau, schauen wir nach Kärnten hinüber. Dort werden doppelt so viele Mittel gegeben, doppelt so viele Förderungsmittel pro Eigenheim wie bei uns. Jetzt stellen wir uns vor, diese Frage wird nur generell mit irgendeinem Durchschnitt gelöst. Daher Föderalismus, weil eben einfach in den Bundesländern viel zu viele verschiedene Regelungen waren. Ich bin überzeugt, daß es in keinem einzigen Bundesland dazu kommen wird, daß auch die Eigentumswohnung dahin gehend gefördert wird, daß es eine Wohnbeihilfe dafür gibt. Aber das ist nur eine Auslegungssache. Ja, ist das der ganze Kern der Eigentumsfeindlich-

keit, meine Damen und Herren? Das kann ich einfach nicht verstehen. Werte Damen und Herren, deswegen bin ich überzeugt, wenn die steirischen Wohnbaufachleute und Insider der ÖVP in Wien gewesen wären, hätten sie sich wahrscheinlich nicht gegen das Gesetz ausgesprochen. Aber noch einmal zur Eigentumsfrage, sehr geehrte Damen und Herren! Im neuen Wohnbauförderungsgesetz gibt es einen Paragraphen, auf den ich Sie besonders aufmerksam machen möchte. Es ist dies der Paragraph 36 Absatz 2. Und Ihre Fachleute kennen ihn ganz genau. Ich darf Ihnen ein paar Zeilen aus dem Gesetzestext wörtlich vorlesen. Im Paragraph 36 Absatz 2 heißt es wörtlich: „Das Land hat“ – bitte auf das Wort hat aufzupassen – „zum Wohnungsaufwand für Eigenheime die in Absatz 1 genannten Wohnungen, also Eigentumswohnungen und diverse andere, Dienstwohnungen und so weiter, auf Antrag mit Bescheid Wohnbeihilfe zu gewähren, sofern der Antragsteller infolge einer nach Zusicherung der Förderung eingetretenen wesentlichen Verschlechterung seiner wirtschaftlichen Verhältnisse durch den Wohnungsaufwand unzumutbar belastet wird.“ Wissen Sie, was das bedeutet? Ich sage es Ihnen an einem Beispiel. Ein Ehepaar: beide gehen einer Arbeit nach, beginnen mit dem Bau eines Eigenheimes, sie suchen um Wohnbauförderung an und bekommen eine Zusicherung. Da die vom Land zugesicherte Förderung nicht reicht, sie macht höchstens 20 bis 30 Prozent, wenn überhaupt so hoch, der Gesamtbaukosten aus, nehmen die beiden ein Bauspardarlehen dazu und einen weiteren Kredit eines Geldinstitutes und kommen somit zu einer Gesamtsumme von vielleicht 1,5 Millionen Schilling. Und dann wird die Frau arbeitslos, bekommt ein Kind und so weiter, bekommt keine neue Stellung. Das Einkommen des Gatten hat sich bisher als Beispiel belaufen auf 8.000 Schilling, die Höhe der Tilgungsrate mit den Zinsen fressen sicher dieses Einkommen auf. Zum Leben bleibt nichts mehr, vom Weiterbauen ist keine Rede. Und nun sagt dieses Gesetz, daß bei wesentlicher wirtschaftlicher Verschlechterung der Eigenheimbauer Anspruch auf Wohnbeihilfe hat. Nach dem Gesetz also ein Rechtsanspruch, der dem Eigenheimbauer die Abzahlung seiner Schulden und den Fertigbau seines Eigenheimes vom Gesetz her ermöglicht. Und das nennen wir Eigentumsfeindlichkeit, meine Damen und Herren der ÖVP. Auch gegen diesen Paragraphen haben Ihre Nationalräte gestimmt, indem sie gegen das ganze Gesetz gestimmt haben.

Aber weil wir gerade beim Häuslbauer sind. Etwas noch zum Ende meiner Ausführungen. Am 28. Mai 1984 erging seitens des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung an alle Bezirkshauptmannschaften betreffs verstärkter Pfuscherbekämpfung eine Weisung, die unter anderem folgenden Inhalt hatte, ich zitiere: „Ab sofort sind unter der persönlichen Verantwortung der Herrn Bezirkshauptmänner unter dem Arbeitstitel „Aktion Planquadrat“, ähnlich wie bisher im Bereich der Verkehrsüberwachung, vorbereitete Pfuscherbekämpfungsaaktionen durchzuführen. Im einzelnen bei der Bezirkshauptmannschaft und bei den beiden politischen Exposituren sind mit sofortiger Wirkung Bezirksstreifen zusammenzustellen, die aus dem jeweiligen Strafreferenten, einem Gendarmeriebeamten und einem Vertreter der Bezirksstelle der Kammer der gewerblichen Wirtschaft bestehen und die in

jedem Monat eine Aktionswoche, und zwar von jeweils Montag bis Donnerstag stichprobenweise und von Freitag bis Samstag abends durchlaufend, im Amtsbezirk Pfuscherkontrollen durchzuführen haben und gegebenenfalls gleich an Ort und Stelle Abstrafungen vornehmen.“ Zitatende. Werte Damen und Herren, so ist es heuer in der Steiermark geschehen in der Praxis. Ich weiß natürlich, das muß man korrekterweise natürlich dazusagen, daß der Anstoß zu dieser Weisung auf eine einstimmige Entschliebung des Nationalrates im Oktober 1983 zurückgeht. Ich muß Ihnen auch hier an dieser Stelle erklären, daß ich mich dem voll anschließe, daß das organisierte Pfuschartum bekämpft werden soll. Um was es mir geht, ist die Frage, bezogen auf die Nachbarschaftshilfe, bezogen auf den Häuslbauer. (Abg. Dr. Dorfer: „Die wird nicht bekämpft. Bekämpft wird das organisierte Pfuschartum!“) Da sind wir alle einer Meinung. Jetzt kommt es darauf an, was verstehen wir unter Nachbarschaftshilfe. Ich werde Ihnen gleich sagen, was ich darunter verstehe. Da müssen wir einen Weg finden, hier einen Unterschied machen zu können, denn das ist das Problem bei der ganzen Geschichte. Denn wenn heute ein siebzigjähriges Mutterl zum Tapezierermeister geht, dann hat meistens der schon so viel Herz, Sie, das machen wir nicht über die Firma, das kommt Ihnen zu teuer, da kostet die Meisterstunde 250 Schilling, da kann mein Lehrbub im dritten Lehrjahr Ihnen das am Samstag machen. Charakterlich in Ordnung. So kommt sie halt auch zu einem neu tapezierten Zimmer. Im Sinne des Gesetzes ist das aber keine Nachbarschaftshilfe. Und so könnten wir x Beispiele anführen, wo man differenzieren muß, ob es sich um organisiertes Pfuschartum handelt. (Abg. Dr. Dorfer: „Geschieht auch!“) Sie kennen sicher mindestens zehnmal so viele Beispiele wie ich. Ich bin auf Ihrer Seite, wenn ein Mechaniker in einer Doppelgarage praktisch einen Zweitbetrieb einrichtet. Der soll die Meisterprüfung, der soll das Risiko des Gewerbes auf sich nehmen. Ich bin ganz auf Ihrer Linie, Tischlermeister haben wir solche. Aber bitte, auch wenn ich schon in Richtung der Gewerbetreibenden spreche, Ihnen ist es wahrscheinlich genauso bekannt wie mir. Vielleicht kann man über die Kammer auf das Kollegium einwirken, die pfuschen nämlich untereinander auch ganz schön, das ist ja auch nicht unbekannt. (Abg. Dr. Dorfer: „Die werden auch bestraft, wenn sie pfuschen!“) Aber es geht ja auch manchmal so, daß ein Elektromeister einen Maurer als Hilfsarbeiter einstellt, weil er bei seiner Halle noch etwas dazubaut. Und jetzt pfuscht man weiter mit dem eingestellten Maurer. (Abg. Ing. Stoisser: „Wenn er jemanden als Hilfsarbeiter einstellt, dann zahlt er dafür Steuer!“) Das ist etwas Besseres, einen Arbeitsplatz hat er auch geschaffen. Aber dem Maurermeister, dem Bauunternehmer hat er ja trotzdem hineingepfuscht. Oder stimmt das nicht? Also das ist ein Thema, Herr Kollege, wo wir uns in vielen Bereichen treffen. Nur, wo fängt die ganze Geschichte an? Ist Nachbarschaftshilfe nur mehr das, was strenggenommen im Sinne des Gesetzes ist? Das heißt, daß da ja nicht einmal ein Arbeitskollege aus dem Betrieb zu Hause helfen darf, wenn man ihm eine Flasche Bier gibt und eine Jause. In der genauen Auslegung ist das bereits Pfuschartum und könnte schon bestraft werden. (Abg. Ing. Stoisser: „Wird nicht bestraft!“) Aber sicher, um das geht es mir nicht, meine Damen und Herren!

(Abg. Dr. Dorfer: „Wenn er ihm nur eine Flasche Bier und eine Jause gibt, dann ist es keine Pfuscherei, weil die Gewinnabsicht fehlt!“) Der Gewerbereferent der Bezirkskammer Knittelfeld hat mir das so gesagt, er ist auch Jurist. Irgendwo liegt es auseinander. Aber mit dem geringsten Naturallohn, mit der gegenseitigen Hilfe ist es schon Pfuschartum. Wissen Sie das auch? Wenn ich ein Häusl baue und Sie auch und ich komme zu Ihnen helfen und Sie zu mir, dann haben wir bereits gepfuscht, aber hundertprozentig! Wir dürfen uns nicht einmal gegenseitig helfen. (Abg. Dr. Dorfer: „Wir werden von den steirischen Behörden nicht bestraft!“) Und um das geht es mir ja, wie weit bestrafen wir und wie weit nicht, darum geht es mir! (Abg. Dr. Dorfer: „Das ist die Rute im Fenster!“) Darum geht es mir, und schauen Sie, der Herr Landeshauptmann – ich weiß nicht, ob er im Hause ist, er ist momentan nicht da, aber er wird sicher erfahren, was ich jetzt sage –, der Herr Landeshauptmann hat sich vor kurzem in Radkersburg bei einer Grenzlandkonferenz für die Nachbarschaftshilfe ausgesprochen, und ich hoffe, er meint das genauso, daß das Auge des Gesetzes in diesen Grenzbereichen eben humaner sein müßte, und an das möchte ich appellieren. Und da müssen wir auch mit den Aktionen „Scharf“ und Planquadrat, es kommt einem ja vor, wenn man sich das ansieht, wie in den Straßen von San Franzisko, wenn die vorfahren und der Gendarm mit den zwei Beamten auf die Baustelle kommt. In dieser Richtung, wie es der Herr Landeshauptmann gemeint hat ... Bitte, Sie haben das Wort! (Abg. Ing. Stoisser: „Nach dieser Aktion sind 100 Anzeigen eingegangen und 32 Strafen mit durchschnittlich 1000 bis 2000 Schilling wurden verhängt!“) Ja, das ist dann schon ein Zeichen, daß es in diese Richtung geht. Ich hoffe, das kann noch besser werden, daß man den echten Pfuschern, wie man sie früher genannt hat, daß man denen Schwierigkeiten macht. (Abg. Dr. Dorfer: „Wenn wir nur mehr pfuschen, gibt es keine Arbeitsplätze mehr!“) Genau, das will man ja nicht. Aber daß wir hier, ich rede für die Häuslbauer, daß wir hier zu einer anderen toleranten Lösung kommen, daß der Herr Landeshauptmann das nicht nur selber fordert auf so einer Konferenz im Sinne der weiteren Nachbarschaftshilfe, es war ja so gemeint, das nicht ganz so streng zu nehmen, sondern daß man auch die Weisungen zurückzieht, die von der Bezirkshauptmannschaft draußen sind. Ich habe sie Ihnen ja vorgelesen. Ich sage Ihnen noch etwas, bitte, wenn Sie mich jetzt kurz ausreden lassen. Ich sage Ihnen, Herr Kollege, die Sache hat den Beginn gehabt, wie schon gesagt, Nationalrat, Handelsministerium, ein Schreiben vom Handelsministerium an alle Landeshauptleute ist ergangen mit so einem Paket dabei, zehn Seiten stark, genaue Auslegungen, Sie werden das Papier kennen, was ist Pfusch und was nicht und so weiter, und vor allem auch die Aufforderung, streng vorzugehen. Und die Steiermark hat das prompt ausgeführt. Das haben wir gesehen mit dem strengen Vorgehen. (Abg. Dr. Dorfer: „Das waren der Steger und der sozialistische Sektionschef, die das ausgearbeitet haben!“) Jetzt habe ich mich interessiert, wie sieht das in anderen Bundesländern aus? Wie haben das die Kärntner zum Beispiel gelöst? Ich habe einmal nachgefragt. Ja, der Herr Landeshauptmann von Kärnten hat auch dasselbe bekommen vom Handelsministerium. Er hat dem damals zuständigen Gewerbereferenten, dem

Landesrat Jörg Haider, das gegeben, und dieser hat es dann auch an die Bezirkshauptleute weitergegeben. Ich werde Ihnen gleich sagen, wie er das gelöst hat. In Kärnten ist das so gelöst worden, daß es natürlich hinausgegangen ist zu den Bezirkshauptleuten, aber zugleich hat man diese zusammengerufen zu einer Enquete, die Interessensvertreter alle dazu, Kammern alle dazu, und dort hat man beraten, was man tun soll. Zuerst einmal beraten, bevor man die strenge Weisung gegeben hat. Jörg Haider hat dann vorgeschlagen und gesagt, bitte, die Kammer möchte doch einen Einsatzplan entwickeln und das genau aufbauen. (Abg. Dr. Dorfer: „Das ist ein Schwarzpeterspiel!“) Die Kammer hat bis heute diesen Plan noch nicht vorgelegt, und daher hat es bis heute in Kärnten noch keine Aktion Planquadrat gegeben. (Abg. Dr. Dorfer: „Trotz Ministerweisung!“) Verfahrensschwierigkeiten haben sie scheinbar gehabt, aber die Häuslbauer sind nicht bestraft worden, das war das wesentliche. (Abg. Ing. Stoisser: „Kärnten grenzt an Italien, und dort blüht die Schattenwirtschaft!“) Ja, ich weiß nicht, ob diese Aussage im Sinne unserer Völkerverständigung war. Ich müßte jetzt auch etwas wegen der Steiermark sagen, weil wir wieder angrenzen. Ich wollte dieses Thema anreißen und wollte den Herrn Landeshauptmann ersuchen, daß die Bezirkshauptleute vielleicht diese Weisung wieder rückgängig machen (Abg. Dr. Dorfer: „Im Parlament wart ihr dafür, daß das beschlossen wird!“), eine Interpretation dieser Weisung dahin gehend, daß nicht einer – sonst können wir ja aufhören, das wissen wir alle –, der einen Arbeitskollegen hat, der bei ihm bei der Mischmaschine steht, daß der dann noch dafür bestraft wird, daß er zehn Stunden für seinen Freund geschuftet hat.

Meine Damen und Herren, zum Thema Wohnbau ist es uns wichtig, das möchte ich abschließend sagen, daß wir diese Sache zu keinem Politikum werden lassen. In diesem Sinne, glaube ich, haben wir ein gutes Gesetz bekommen. Die Vorgangsweise vorher in der Steiermark und jetzt die neuen Verordnungen nach diesem Gesetz in der Steiermark beweisen, daß es mit unseren Intuitionen sehr gut zusammenstimmt. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP.)

Präsident Klasnic: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Rainer. Ich erteile es ihm.

Abg. Rainer: Ich möchte mit einer Frage an den Landesrat Dipl.-Ing. Riegler beginnen. Nachdem der Herr Abgeordnete Loidl ja dargestellt hat, daß das Mittel im Ausmaß von 30 Prozent abgezweigt werden müssen für andere Maßnahmen, wie viele Wohnungen werden jetzt tatsächlich gebaut? Darf man annehmen, daß das Normalprogramm etwa 1.800 oder 1.840 für das Jahr 1985 betragen wird plus weiterer 1.000 Wohneinheiten wie vorgesehen durch dieses Sonderprogramm plus weitere 720 aus dem 2. Sonderwohnbauprogramm des Bundes und für 1986 plus 1.000 Wohneinheiten plus 720 aus noch dem 2. Sonderwohnbauprogramm des Bundes? Eine Frage, deren Aufklärung sicher für viele sehr interessant wäre. Nun ergibt sich aus dieser Situation des Wohnbaues ja auch die Einkommenssituation für die Beschäftigten im Baugeerbe. Es ist einfach unangebracht, wenn in einer Form, wie es heute hier vom Kollegen Schützenhöfer zum Ausdruck gebracht wurde, in völliger Überein-

stimmung mit einem Zwischenruf des Vertreters der Unternehmer, des Herrn Dr. Dorfer, schon gestern die Einkommenssituation der unselbständig Erwerbstätigen in einer Form abgehandelt wird, die einfach unrichtig und einfach nicht zutreffend ist. Vielleicht kann man einmal damit beginnen, daß man in diesem Zusammenhang mit dem Bauprogramm die Verdienste, Stundenverdienste der Bauarbeiter darstellt, etwa 60 Schilling pro Stunde mal 173 Stunden die übliche Rechnungseinheit für das Monat, wären 10.380 Schilling. Wenn man jetzt also die Einkommenssituation überhaupt nimmt, wir werden im Baugewerbe nächstes Jahr wieder Verhandlungen haben, wir hatten heuer sehr große Schwierigkeiten bei den Abschlüssen, und wir haben eine anhängig laufende Kollektivvertragsrunde, die folgendes gezeigt hat, daß wir als Gewerkschafter jetzt – und das betone ich ganz besonders an sich ohne Ansehen, welcher Fraktion diese Gewerkschafter sind – von Grundüberlegungen in der Einkommenspolitik auszugehen haben und von diesen Überlegungen auch tatsächlich bei dieser Kollektivvertragsrunde ausgegangen sind. Daß die Kollektivvertragspolitik oder die Einkommenspolitik an sich eine Grenzfunktion hat, das heißt, daß die Gewerkschafter eine Einkommenspolitik mit ihrem Sozial- oder Wirtschaftspartner auf der anderen Seite zu betreiben haben, die keine Arbeitsplätze zusätzlich durch diese Erhöhung der Einkommen vernichtet. Ich glaube, so muß ein Konsens bei einer Einkommenspolitik da sein, weil ansonsten würden gewisse Gruppierungen überfordert werden und würden tatsächlich Arbeitsplätze verlorengehen. Daß wir verantwortungsbewußt waren als Gewerkschafter, zeigt die mehr oder minder in großen Bereichen abgeschlossene Lohn- und Gehaltsrunde. Wir haben auf der Ist-Seite, also bei den effektiven Erhöhungen der Einkommen, 4,8 Prozent etwa im Durchschnitt bei den Arbeitern wie auch bei den Angestellten abgeschlossen. Bei den kollektivvertraglichen Mindestbezügen eine Größenordnung von 5,5 Prozent und beim Handel etwa 5,2 Prozent. Es ist schon richtig, daß die Einkommen sehr unterschiedlich gestreut sind. Vielleicht einige Beispiele, weil die in diesem Hause noch eine Rolle spielen werden. Der Mindestbezug in der Gehaltstafel der Angestellten, und zwar allgemeiner Groß- und Kleinhandel, beträgt am ersten Ansatz, Beschäftigungsgruppe 1, 6.465 Schilling und beträgt im höchsten Ansatz in der Beschäftigungsgruppe 6 20.495 Schilling. Sie sehen also, innerhalb einer Berufsgruppe eine sehr große Bandbreite, ein Spannungsverhältnis, das sich etwa 1 zu 4 bis 1 zu 6 bewegt, je nach Branche unterschiedlich. Und wenn ich jetzt nur einmal die Angestellten herausnehme, so haben wir für 65 Fachgruppenbereiche im Bereich der Industrieangestellten eine Spannungsbreite, wo wir Durchschnittseinkommen von etwa 33.000 Schilling haben bis zu 12.000 Schilling Durchschnittsbezug, nämlich in jenen bereits angesprochenen zitierten Bereichen Textil, Bekleidung oder Holzverarbeitende Industrie. Ich sage Ihnen dazu, meine Damen und Herren, daß wir uns als Gewerkschafter auch angesichts dieser Bandbreite, dieses Spannend-Verhältnisses zu dieser Lohn- und Einkommenspolitik bekennen, weil wir uns dazu bekennen müssen aus dem vorhin Gesagten, daß tatsächlich die Einkommenspolitik auch dort jene Grenzfunktion hat, die ich eben dargestellt habe. Aber ich frage mich

andererseits, wenn man die Sozialpartnerschaft, wenn man diese Verantwortung anerkennt, ob man in dieser wirklich verantwortungslosen Art und Weise, wie es der Herr Schützenhöfer hier tut, aus rein parteitaktischen politischen Überlegungen eine Einkommenspolitik darstellt, die einfach unrichtig ist, meine Damen und Herren. (Beifall bei der SPÖ.) Mir kommt das manches Mal so vor, als ob diese Gruppierung – (Abg. Dr. Maitz: „Gibt es eine Wohnbauförderung der Arbeiterkammer? Gibt es eine Wohnbeihilfe der Arbeiterkammer?“) Was hat das damit zu tun, Herr Dr. Maitz? Ich möchte nur dazu sagen, wenn ich mir jetzt diese Art der Präsentation der Einkommensüberlegungen des Herrn Schützenhöfer vornehme, dann muß ich dazu sagen, es ist doch eigenartig, die Entwicklung dieses Bundes, der ein Teil oder ein Anhängsel oder wie immer Sie das wollen, der ÖVP ist. Ich sage Ihnen dazu folgendes: Das ist eine überaus abzulehnende Einstellung zur Einkommenspolitik. Ich bin mir dessen sicher, daß ich etwa Gleiches zu erwarten habe, wenn wir jetzt sagen, daß wir die Arbeitsverfassung in ganz wesentlichen Punkten novellieren wollen. Ich habe bis heute vom ÖAAB keine Zustimmung gehört, obwohl wir wissen, daß hier ganz grundsätzliche Fragen und Überlegungen, auf die Beschäftigten in allen Bereichen bezogen, auch in der Bauindustrie, im Baugewerbe, auf uns zukommen werden. Die zweite Frage, ich kenne dieses Papier des ÖAAB, des Herrn Schützenhöfer, persönlich (Abg. Dr. Dorfer: „Vielleicht ein Viertel von dem!“), wo er die Fragen der Arbeitszeitpolitik etwa ähnlich abhandelt. So kann es doch nicht sein, daß zu Lasten der Beschäftigten eine Arbeitszeitpolitik oder Modelle entwickelt werden, die ganz einfach zur Vernichtung, zur Verringerung von Einkommen bei allen Beschäftigtengruppen führen wird. Das kann ich Ihnen auch wieder nachweisen. Wenn man wieder den Kollektivvertrag des Handels nimmt, dann sage ich Ihnen, weil Sie so glühende Verfechter der Teilzeitregelung und aller jener flexiblen Regelungen sind.

Wenn man überlegt, daß im Handel die Beschäftigung nur mehr im halben Ausmaß angeboten wird oder nachgefragt wird, dann würde das bedeuten, daß eine Verkäuferin, die in der Verwendungsgruppe 2 eingestuft ist, dann nur mehr 3.737 brutto bekäme und 3.176 netto etwa das maximalste Einkommen für den Anfänger in diesem Bereich des Handels sein würde. (Abg. Schützenhöfer: „Das ist eine bewußte Verdrehung der Absichten!“) Und jetzt frage ich Sie, ist das eine Form der Arbeitnehmerinteressenswahrnehmung oder nicht? Lesen Sie nach in dem Papier, das der Herr Schützenhöfer entwickelt hat. Dort werden Sie die Bestätigung meiner Worte finden. (Abg. Dr. Dorfer: „Wenn er weniger arbeiten will, soll er die Möglichkeit dazu haben!“) Ich sage Ihnen dazu, ich glaube vielmehr, daß der ÖAAB so etwas Ähnliches ist wie ein Trojanisches Pferd für die Interessen der Wirtschaftsbündler und der Bauernbündler hier in diesem Hohen Hause. Das glaube ich, meine Damen und Herren. (Beifall bei der SPÖ.) Und die Rechnung dafür haben Sie bereits bekommen. Ich kenne noch diese großen Sprüche (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Gute Sprüche!“) des ÖAAB, des Herrn Schützenhöfer, aber auch des Landeshauptmannstellvertreters Wegart. Diese Ergebnisse der Arbeiterkammerwahl (Abg. Dr. Dorfer: „Die

tun euch weh!“) werden sich ja bei den Betriebsratswahlen fortsetzen. Lesen Sie nach bei den Betriebsratswahlergebnissen der Obersteiermark, da haben der ÖAAB und die ÖVP eine tiefe Niederlage bezogen, und ich meine, dies völlig zu Recht. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Klasnic: Als letztem Redner erteile ich dem Herrn Landesrat Dipl.-Ing. Riegler das Wort.

Landesrat Dipl.-Ing. Riegler: Frau Präsident, meine Damen und Herren!

Ich habe nicht die Absicht, in diese spannungsgeladene Diskussion über Fragen der Wirtschafts- und Einkommenspolitik im Detail einzugehen. Nur wenige Sätze dazu. Ich glaube, meine Damen und Herren, daß wir im Grunde in der Zielsetzung alle das gleiche wollen. Alle wollen, daß wir möglichst viel Beschäftigungsmöglichkeiten haben, daß die Arbeitgeber, ganz gleich, ob es die öffentliche Hand ist, ob es verstaatlichte Unternehmungen sind oder private Unternehmungen, auf Grund der wirtschaftlichen Konkurrenzsituation in der Lage sind, von der Entlohnung und von der sozialen Leistung her möglichst gute Angebote machen zu können. Wir wissen auf der anderen Seite, daß sich die Problematik verschärft hat. Wo die Unterschiede in der Auffassung liegen, das ist, mit welchem Weg diese Ziele bestmöglich erreicht werden können. Es ist das Wesen der Demokratie und auch das Wesen der sozialpartnerschaftlichen Wirtschaftspolitik in Österreich, daß es einen Wettbewerb der Ideen, einen Wettbewerb der Vorstellungen über die vernünftigste wirtschaftspolitische Vorgangsweise gibt. Und hier – mit Verlaub gesagt – sind wir der Auffassung, daß in der bundesweit betriebenen Wirtschaftspolitik, in der Steuerpolitik, in der Budgetpolitik manches besser gemacht werden könnte als es derzeit der Fall ist. Und das wurde letztlich zum Ausdruck gebracht. Nun, meine Damen und Herren, zu dem sehr ausführlich diskutierten Bereich der Wohnbaupolitik in der Steiermark. Erstens: Als Gesetzgeber und als Verantwortliche der Landesregierung kommt uns die Aufgabe zu, mit dem uns anvertrauten Steuergeld möglichst vernünftig umzugehen, das heißt, im Sinne der Bevölkerung, die wir hier vertreten. Diese Gestaltung in der Verwendung der Steuergelder kommt insbesondere auch im Bereich der Wohnbauförderung sehr deutlich zum Ausdruck. Die verschiedenen Bereiche sind ausführlich angesprochen worden. Die Wohnbauförderung soll versuchen, zu helfen, daß der unmittelbarste Lebensraum für unsere Familien so gestaltet werden kann, daß es sozial erschwingliche Wohnungen gibt, abgestimmt auf die Einkommenssituation, auf die soziale Lage der betroffenen Familien.

Wir sind zweitens der Auffassung, und auch das wurde genannt, daß auf Grund der Wunschvorstellungen der Mehrheit unserer Menschen, und zwar unabhängig von der parteipolitischen Einstellung ist das festzustellen, eine besondere Bedeutung im Bereich des Wohnens auf die Schaffung von Eigentum gelegt wird. Ich bin auch persönlich der Auffassung, daß die Möglichkeit des Zuganges zu einer sozial erschwinglichen Wohnung ohne politische Abhängigkeit und Pression zu erfolgen hat. Weil hier eine kritische Bemerkung des Herrn Abgeordneten Dipl.-Ing. Chi-

bidziura in diese Richtung gefallen ist, möchte ich sagen, wir legen größten Wert darauf, daß in der Vergabe der Wohnbauförderungsmittel nach der sozialen Situation, nach der Dringlichkeit, nach dem Zeitpunkt des Einbringens vorgegangen wird und nach sonst gar nichts. (Beifall bei der ÖVP.) Es wurde mit Recht sehr deutlich darauf hingewiesen, daß die Wohnbauförderung neben dieser unmittelbarsten Zielsetzung, nämlich der Wohnraumbeschaffung, auch hinsichtlich der Arbeitsplatzpolitik einen sehr, sehr hohen Stellenwert hat. Unsere steirische Bauwirtschaft und die Nebengewerbe in der gesamten regionalen Streuung sind in einem hohen Maße auf die Leistungen der Wohnbauförderung angewiesen. Und ich stimme hier voll mit allen Aussagen überein, die in diese Richtung gemacht wurden.

Drittens: Auch das ist für uns sehr entscheidend in den Überlegungen hinsichtlich der Förderungsgestaltung: Wir haben auf der einen Seite die Aufgabe, durch die Wohnbauförderung vor allem in den Ballungsregionen, und hier ist insbesondere die Stadt Graz in der Problemstellung besonders zu sehen, der nach wie vor unerfüllten Nachfrage entgegenzukommen, andererseits müssen wir aber auch mit Hilfe der Wohnbauförderung einen aktiven Beitrag leisten, daß die Gemeinden in den ländlichen Regionen, und insbesondere auch in den Grenzland- und Bergregionen, in den strukturschwachen Regionen durch die Wohnbauförderung eine Möglichkeit finden, den ansässigen Menschen und Familien einen kostengünstigen Wohnraum anbieten zu können und damit auch zur Stabilisierung der Bevölkerung in den Regionen beizutragen. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.)

Es ist sicher mit Recht auch angeklungen, daß die Problematik der Wohnversorgung nicht nur mit den Instrumenten der Wohnbauförderung bewältigbar ist, sondern daß die gesamte Palette des Mietrechtes und steuerlicher Maßnahmen dazugehört, um besser mit dem Problem fertig zu werden, das uns alle beschäftigt und Sorgen macht, nämlich, daß wir zwar jedes Jahr neuerlich geförderten Wohnraum schaffen, daß aber insbesondere in unseren Ballungsregionen damit das Problem der Nichtversorgung Wohnungssuchender in etwa gleichgeblieben ist. Daher möchte ich den Wunsch aussprechen, daß der Bundesgesetzgeber insbesondere im Bereich des Mietrechtes und des Steuerrechtes bessere Voraussetzungen schafft, damit die Mobilisierung des leerstehenden Wohnpotentials im Interesse der Wohnungssuchenden, insbesondere der jungen Menschen, der jungen Familien, besser gelingt, als es bisher der Fall war. (Beifall bei der ÖVP.)

Nun, meine Damen und Herren, ich glaube, wir können bei dieser Budgetdebatte feststellen, daß das Jahr 1984 in der steirischen Wohnbaupolitik einige sehr markante und sehr wesentliche Schritte in der Entwicklung gebracht hat. Es wurde vom Herrn Abgeordneten Schützenhöfer sehr ausführlich auf die Neugestaltung der Wohnbauförderungsrichtlinien hingewiesen. Wir haben versucht, durch die Neufassung der Richtlinien gewissen Fehlentwicklungen im Bereich des Wohnbauwesens zu begegnen. Einer Fehlentwicklung, die in Form der größeren oder kleineren Wohnbauskandale ja in der tagespolitischen Diskussion Gegenstand war. Ich möchte als Wohnbaureferent sehr dafür danken, daß auf Initiative von Landeshauptmann

Dr. Krainer unter meinem Amtsvorgänger Landesrat Koiner die Kommission „Kontrolle im sozialen Wohnbau“ geschaffen wurde, daß unter dem Vorsitz von Univ.-Prof. Dr. Brünner in einer sehr schwierigen Entscheidungsfindung ein Kompromiß zustande kam, mit dem viele der Beteiligten keine Freude hatten, wo wir aber letztlich auch in der Landesregierung einstimmig dieses Ergebnis in die neuen Förderungsrichtlinien vollinhaltlich umgesetzt haben. Und es hat sich bisher gezeigt, daß mit diesen Richtlinien eine vernünftige Abwicklung gefunden werden kann. Ich möchte es mir ersparen, auf die einzelnen Schwerpunkte dieser Richtlinien nochmals einzugehen. Sie sind im Beitrag des Herrn Abgeordneten Schützenhöfer sehr konkret und vollinhaltlich dargestellt worden. Ich hoffe nur, daß wir damit und im Zusammenwirken mit den verschiedenen Kontrollinstanzen in der Lage sein werden, auf absehbare Zeit jene Fehlentwicklungen hintanzuhalten, deren Bewältigung im Interesse der Wohnungswerber und der an gewissen Bauprojekten beteiligten Firmen uns noch große Sorgen bereiten. Wir sind derzeit bemüht, in einem sehr kooperativen Zusammenwirken innerhalb der Landesregierung einen Flächenbrand zu vermeiden, der als Folgewirkung wirtschaftlicher Turbulenzen einzelner Wohnbauträger sonst aufgetreten wäre. Ich möchte bei der Gelegenheit auch ausdrücklich festhalten, daß bei der Neufassung der Richtlinien insbesondere auch die Erfahrungen des Landesrechnungshofes Eingang gefunden haben. Und ich habe auf verschiedene Vorschläge hin auch veranlaßt, daß wir eine periodische Zusammenarbeit zwischen dem Landesrechnungshof, dem Revisionsverband und der Wohnbauförderungsabteilung der Landesregierung haben, um hier zeitgerecht gewisse problematische Entwicklungen entsprechend erkennen zu können und einzugreifen, bevor es beinahe oder überhaupt zu spät geworden ist. Ich möchte eines auch sehr deutlich sagen: Natürlich hat die Tatsache, daß das Förderungsvolumen im Geschoßbau erheblich zurückgegangen ist, auch zur Folge, daß eine gewisse Strukturbereinigung im Bereiche der Wohnbauträger notwendig ist. Es ist sicher so, daß die Anforderungen an die Wohnbauträger erheblich gestiegen sind, vor allem auch hinsichtlich des Managements, hinsichtlich des Apparates, der zur Verfügung steht. Und daher ist es meines Erachtens sinnvoll, rechtzeitig gewisse Fusionen oder Zusammenführungen vorzunehmen, um eben letztlich ein leistungsfähiges, der Struktur und dem Umfang entsprechendes System der Wohnbauträger zu haben.

Lassen Sie mich, weil Herr Abgeordneter Dipl.-Ing. Chibidziura ein konkretes Problem hier aufgeworfen hat, auch eines sehr dezidiert feststellen: Herr Abgeordneter Dipl.-Ing. Chibidziura, Sie haben einen sehr massiven Vorwurf erhoben bezüglich des Projektes in Rein. Ich möchte hier ganz dezidiert festhalten, daß dieser Vorwurf unbegründet ist. Es ist hier – es ist Ihnen auch mitgeteilt worden – eine Ausschreibung entsprechend den Richtlinien erfolgt. Es waren zwei der Angebote im Rahmen der vertretbaren Gesamtbaukosten nach den Förderungsrichtlinien. Es ist der Anbieter mit dem günstigsten Angebot mit dem Auftrag betraut worden, das heißt, es ist vollinhaltlich den sehr streng gefaßten neuen Wohnbauförderungsrichtlinien entsprochen worden. Wäre bei den Angeboten keines

dabei gewesen, das im Rahmen der zumutbaren Gesamtbaukosten gelegen ist, dann hätte die Ausschreibung wiederholt werden müssen. Das heißt, hier den Vorwurf zu erheben, hier wäre nicht korrekt vorgegangen worden, dieser Vorwurf ist unbegründet, und ich muß ihn daher zurückweisen. (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Das habe ich nicht gesagt. Richtlinien einhalten, habe ich gesagt!“ – Abg. Dr. Dorfer: „Das ist das Geschrei eines Ertrinkenden, Herr Landesrat!“) Und nachdem Sie das Verlangen gestellt haben, daß Ihnen die Angebotunterlagen übergeben werden sollen, mußte ich Ihnen mitteilen, daß ich das nicht kann, weil es nicht möglich ist, Unterlagen zur Verfügung zu stellen, die im Rahmen einer Ausschreibung zur Verfügung gestellt werden. Es kann der Landesrechnungshof eine Überprüfung dieser Ausschreibung und Auftragsvergabe vorgeben. Im Rahmen des Landesrechnungshofes stehen selbstverständlich alle Informationen und Unterlagen zur Verfügung. (Landeshauptmann Dr. Krainer: „Es war notwendig, das zu klären!“) Ich möchte das deshalb festhalten, weil es sonst einen Eindruck in der Öffentlichkeit hinterlassen würde, der einfach den Tatsachen in diesem Zusammenhang fundamental widerspricht.

Lassen Sie mich zu diesem Punkt abschließend noch eines festhalten: Die Wohnbauförderungsrichtlinien im Bundesland Steiermark sind seit dem Jahre 1971 schrittweise weiterentwickelt worden in Richtung Verbesserung der Bauqualität, in Richtung Verbesserung der Mitbestimmung, in Richtung Verbesserung der Standortvoraussetzungen. Es ist heute schon Selbstverständlichkeit, aber es war es damals nicht, daß beispielsweise die Hochhausentwicklung im Bereich des Wohnbaues gestoppt wurde, letztlich auch im Interesse einer vernünftigen Stadtbildentwicklung. In dem Zusammenhang darf ich darauf hinweisen, daß die vom Bundesministerium für Bauten und Technik herausgegebene Zeitschrift „Wohnbau“ eine Doppelnummer in diesem Jahr der Entwicklung der Wohnbauförderungsrichtlinien in der Steiermark widmet, und ich darf Ihnen nur einen Satz daraus zitieren. Es heißt hier wörtlich: „Forschen, Experimentieren und Erproben ist dann zweckmäßig, wenn das Wohnbaugeschehen dadurch insgesamt positiv beeinflusst wird. In der Steiermark ist dies in besonders konzentrierter Form der Fall. Grund genug, um ein Doppelheft den Innovationen aus der Steiermark zu widmen.“ (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.) Ich glaube, daß das ein bemerkenswertes Kompliment für die Bemühungen ist, die insbesondere auch im Rahmen des Arbeitskreises 12 des Modells Steiermark im Zusammenwirken mit dem geistigen Potential der steirischen Architektenschaft, der Bauträger, der Bauwirtschaft und sehr, sehr vieler Menschen ermöglicht wurden. Es zeigt das Bemühen, nicht nur Förderungsmittel bereitzustellen, sondern in der Gestaltung auch so vorzugehen, daß von der Kostengünstigkeit und von der Qualität her im Interesse der Wohnungswerber das bestmögliche Ergebnis erzielt wird.

Nun zum zweiten großen Schwerpunkt der Wohnbaupolitik in diesem Jahr. Es ist das Problem der Wohnbaufinanzierung. Es ist mit Recht sehr viel über diese Problematik diskutiert worden. Das Wohnbauförderungsgesetz sieht bekanntlich eine gewisse Zuweisung von Steuermitteln nach einem bestimmten Bun-

desländerschlüssel vor. Es ist von Herrn Abgeordneten Schützenhöfer auf diese Frage auch sehr eingehend hingewiesen worden. Wir können feststellen, weil diese Frage mehrmals aufgeworfen wurde, daß wir im Jahre 1985 insgesamt etwa 2.800 Eigenheime fördern werden, wobei 580 Millionen Schilling aus den Mitteln des Wohnbauförderungsgesetzes kommen und 116 Millionen Schilling aus den Mitteln des Landesfonds. Wir werden im Geschoßbau insgesamt etwa 2.800 Wohneinheiten fördern, es war die konkrete Frage etwa des Herrn Abgeordneten Rainer, und zwar etwa 1.000 im Normalprogramm, 1.000 durch die Verdoppelung im Rahmen der steirischen Wohnbauoffensive und etwa 800 im Rahmen des Bundessonderprogrammes 1983, das eben für die Jahre 1984/1985 zur Wirkung kommt. (Beifall bei der ÖVP.) Wir liegen damit für das Jahr 1985 im Förderungsvolumen etwa im Rahmen der Jahre 1977/1979, das heißt also nicht mehr der großen Zeit der Wohnbauförderung, aber doch wieder etwas besser, als es die unmittelbar vorangegangenen Jahre gewesen sind. Dazu kommt noch, daß etwa 3.000 Projekte im Rahmen der Wohnungssanierung erfahrungsgemäß gefördert werden können. Wir haben eine erhebliche Mittelbeanspruchung im Bereich der Wohnbeihilfen – etwa 15.000 Wohnbeihilfen werden abgewickelt – und der Eigenmittelsatzdarlehen. Es ist sicher richtig, wenn gesagt wurde, daß die Probleme in der Wohnbaufinanzierung enorm angestiegen sind, wie überhaupt die Fragen der Investitionsfinanzierung sich beachtlich verschärft haben. Es ist auch darauf aufmerksam gemacht worden, daß wir leider nicht in der Lage waren, in all den bisherigen Diskussionen im Bereich der Wohnbaufinanzierung auch vom Bund her über das Bundesbudget direkt einen notwendigen zusätzlichen Impuls zu erhalten. Und so haben wir eben die Tatsache, daß die normale Zuteilung der Steueranteile nominell in etwa gleich bleibt, daß auf Grund der steigenden Baukosten, auf Grund der erhöhten Mehrwertsteuersätze, auf Grund der höheren Anforderungen für Eigenmittelsatzdarlehen und Wohnbeihilfen, wo letztlich steigende Kosten und stagnierende Einkommen deutlich sichtbar werden und natürlich auch einer Weiterentwicklung der Eigenheimförderung der Anteil, der für den Geschoßbau zur Verfügung steht, immer weiter zusammengeschmolzen ist, so daß gegenüber etwa 4.000 Wohneinheiten in der Mitte der siebziger Jahre das normale Volumen aus den Wohnbauförderungsmitteln, die uns über den Bund zur Verfügung gestellt wurden, auf etwa 1.000 Wohneinheiten für das kommende Jahr zurückgegangen wäre. Das war für uns der Anlaß, daß wir seit Beginn des Jahres 1984 intensiv Überlegungen angestellt haben, wie wir in der Lage sind, diese Entwicklung zu korrigieren. Es ist sicher richtig, daß es auch Überlegungen bei der SPÖ gegeben hat, genauso wie wir uns den Kopf zerbrochen haben, was hier getan werden kann im Interesse der Wohnungswerber und insbesondere auch im Interesse unserer Bauarbeiter, der Beschäftigten in allen Bereichen der Bauwirtschaft und der Nebengewerbe. So haben wir, ich möchte hier insbesondere dem Herrn Landeshauptmann danken, daß es bei den Budgetverhandlungen für 1985 möglich war, diese Kraftanstrengung für die steirische Wohnbauoffensive auch zustandezubringen, eine Maßnahme, die ja letztlich in der Zielsetzung von allen gemeinsam getragen wird und

die wirklich einen ganz entscheidenden Schritt zur Erhaltung einer Normalsituation im Baugeschehen, was den Wohnbau betrifft, sichergestellt hat. (Beifall bei der ÖVP.)

Landesrat Dr. Klauser hat sicher mit Recht in der Beurteilung des Haushaltes 1985 darauf hingewiesen, daß gerade die 600 Millionen Schilling, die im außerordentlichen Haushalt für die Wohnbauoffensive vorgesehen sind, sehr rasch und sehr breit gestreut in der Wirtschaftsbelebung und damit in der Beschäftigungssicherung ihren Niederschlag finden werden. Und weil es hier immer wieder sehr viele Diskussionen über diese Wohnbauoffensive gegeben hat und sicher auch weiterhin geben wird, möchte ich sagen, wir sind davon ausgegangen, daß wir versuchen sollen, den bestmöglichen Effekt im Einsatz der öffentlichen Mittel sicherzustellen und auf der anderen Seite die bestmögliche Sicherheit für die Wohnungswerber, für die Wohnbauträger und auch für die an den Wohnbauprojekten beteiligten Firmen zu erreichen. Das war die Zielsetzung bei der Gestaltung dieser steirischen Wohnbauoffensive, wobei wir darüber hinaus noch den Effekt erreichen wollten, daß neben der reinen Neubauförderung auf der grünen Wiese auch die Stadt- und Dorferneuerung und die Einschaltung unserer heimischen Architekten durch die besondere Betonung der geförderten Wettbewerbe entsprechend betont werden sollte. Wir sind damit einen eigenständigen steirischen Weg gegangen, wir haben nicht das Bundessonderwohnbauprogramm abgeschrieben, weil wir der Auffassung waren, daß die Zielsetzungen in unserer eigenen steirischen Wohnbauoffensive besser erreicht werden. Mit diesen zusätzlichen 1.000 Wohneinheiten im Jahre 1985 und weiteren 1000 im Jahre 1986 werden wir einen wesentlichen Schritt im Interesse der Wohnungswerber und der Beschäftigung tun. Und ich darf, weil das mehrfach gefragt wurde, ausdrücklich festhalten, daß mit diesen 600 Millionen Schilling auf Grund der erfahrungsgemäßen Baukosten 1.000 Wohneinheiten finanziert werden. Die Befürchtungen des Herrn Abgeordneten Loidl und anderer Debattenredner, daß das nicht der Fall wäre, treffen nicht zu. Es war – glaube ich – auch ein Mißverständnis, was die Stadt- und Dorferneuerung betrifft. Diese Mittel werden nicht für Sanierungen eingesetzt, sondern für Bauobjekte, die sich in den Stadt- und Ortskernen befinden und damit eben im Rahmen der Neubauförderung gelegen sind. Unsere Aussage, daß 2.000 Wohneinheiten in den kommenden beiden Jahren dadurch geschaffen werden, trifft daher vollinhaltlich zu.

Damit darf ich abschließend zum dritten großen Problem in der Wohnbaupolitik dieses Jahres kommen, nämlich zur Neufassung der Wohnbauförderung auf Grund der Novellierung des Wohnbauförderungsgesetzes und des Wohnungssanierungsgesetzes. Ich bekenne ganz offen, daß es mir sehr wünschenswert gewesen wäre, für diese Gesetze im Nationalrat eine gemeinsame Verabschiedung zu finden. Es hat bis zum Sommer hin in den Verhandlungen auch so ausgesehen, als ob dies möglich wäre. Es war aber dann erkennbar, daß der Hauptverhandler der sozialistischen Fraktion im Unterausschuß des Bautenausschusses verschiedene Zielsetzungen, über die bereits eine Übereinstimmung erkennbar war, dann letztlich nicht

zum Zuge bringen konnte, weil eben andere Interessen, ich nehme an insbesondere Interessen, die im Blickpunkt der Wohnbaupolitik der Bundeshauptstadt Wien gelegen sind, das nicht möglich gemacht haben. Ich freue mich, daß der Abgeordnete Erhart unsere sehr korrekte Information hier zitiert hat. Wir sind natürlich interessiert daran, daß die Vor- und Nachteile abgewogen gesehen werden, und vor allem geht es uns ja darum, in der steirischen Wohnbauförderung das Bestmögliche aus dieser geänderten Gesetzeslage herauszuholen.

Aber eines muß man einfach feststellen: Ich begrüße den größer gewordenen Handlungsspielraum für die Bundesländer. Das ist ein Schritt im Interesse einer föderalistischen Gestaltung. Nur, logischerweise hätte dieser Spielraum in beide Richtungen gehen müssen. Und das ist es, was wir kritisieren, daß der Spielraum zwar ausgeweitet wurde, aber nur in die eine Richtung, nämlich der Begünstigung der Förderung für die Mietwohnungen, während im Bereich der Eigentumswohnungen entweder der bisherige Rahmen geblieben ist und in einigen Punkten eine deutliche Schlechterstellung erfolgt ist. Das ist es, was wir hier kritisch feststellen müssen. Und eines kommt natürlich noch dazu, daß, weil hier gesagt wurde, warum man trotzdem abgelehnt hat, in einer bundesweiten Entscheidung auch abgewogen werden muß, daß es Bundesländer gibt, die nicht im eigentumsfreundlichen Sinne diesen gesetzlichen Rahmen ausschöpfen, sondern möglicherweise die Tendenz auch in der praktischen Förderungsabwicklung voll zum Tragen bringen. Wegen dieser negativen Tendenz im Bereich der Eigentumsförderung wurde seitens der ÖVP im Nationalrat die Zustimmung nicht gegeben. Das zweite Hauptproblem liegt darin, daß in der Frage der Wohnbaufinanzierung durch diese Novellierung eine echte Chance versäumt wurde. Es hat hier eine Reihe von Vorschlägen gegeben: Die Mobilisierung von Mitteln durch die Umwandlung von Miete in Eigentum und eine Reihe weiterer Überlegungen. Ich bedaure es wirklich – so wie es mehrfach geäußert wurde –, daß ein neuer Impuls zur Verbesserung der Wohnbaufinanzierung durch diese Novellierung leider nicht zustande gebracht werden konnte. Obwohl der Beharrungsbeschluß im Nationalrat erst am 27. November gefaßt wurde, konnten wir in einer überaus intensiven Arbeit und Vorbereitungstätigkeit durch die Rechtsabteilung 14 das gesamte Paket der Durchführungsverordnungen so zeitgerecht ausarbeiten, daß dem Wohnbauförderungsbeirat am 4. Dezember ein fertiges Paket dieser neuen Durchführungsverordnungen zur Beratung vorlag. Im Wohnbauförderungsbeirat wurde einhellig festgestellt, daß wir bemüht waren, eine ausgewogene Konkretisierung der Wohnbauförderung vorzunehmen und so den Mittelweg zwischen maximaler Ausschöpfung aller Förderungsmöglichkeiten auf der einen Seite und Sicherstellung eines entsprechenden Förderungsvolumens auch für die weitere Zukunft gefunden haben. Ich möchte nur in wenigen Punkten die wesentlichsten Fragen zusammenfassen, die wir in der Steiermark in der Anwendung dieser neuen Gesetze vorsehen: Wir werden erstens, meine Damen und Herren, was die alten Verträge betrifft, keine Eingriffe vornehmen, außer im Rahmen der Inanspruchnahme der begünstigten Rückzahlung beziehungsweise der teilweisen Fälligkeitstellung von Förde-

rungsbeträgen im Falle des Verkaufes. Und zwar deshalb, weil hier sehr dezidierte Förderungszusicherungen in den bisherigen Richtlinien gegeben waren und weil – wie es auch gesagt wurde – das eine Frage ist, wo man sehr behutsam und überlegt herangehen müßte. Ich wollte das festhalten, weil es ja sehr viel Unsicherheit und Sorge bei vielen bisherigen Förderungswerbern gegeben hat. Das heißt, es wird bei bestehenden Förderungen keine rückwirkenden Veränderungen geben.

Zweitens: Wir haben vorgesehen, daß künftig generell bei geförderten Darlehen eine einprozentige Verzinsung vorgesehen ist und die Laufzeit mit 28 Jahren beibehalten wird.

Drittens: Im Bereich der Förderung von Mietwohnungen ist eine gewisse Verbesserung erfolgt, indem der Anteil des geförderten Darlehens von 60. auf 65 Prozent angehoben wurde.

Viertens, und das scheint mir ganz wichtig zu sein: Wir haben im Bereich der Subjektförderung für Miet- und Eigentumswohnungen den vollen Umfang der Subjektförderung, sprich der Wohnbeihilfen und der Eigenmittlersatzdarlehen, aufrecht erhalten. (Beifall bei der ÖVP.) Denn es ist völlig klar, daß Tausende Familien in eine prekäre Situation kämen, wenn auf einmal durch den Entfall der Wohnbeihilfe ein sprunghaftes Ansteigen der Annuitäten und der Wohnungskosten zum Tragen gekommen wäre.

Und ich möchte fünftens betonen, daß wir der Eigenheimförderung weiterhin einen besonders hohen Stellenwert beimessen. Es ist sicher so, daß die Eigenheimförderung im Verhältnis zur Geschosßbauförderung eher schlechter dotiert ist. Wir werden daher, nachdem wir mit 1. Jänner 1984 den Sockelbetrag angehoben haben, auch mit 1. Jänner 1985 eine weitere Verbesserung vornehmen, indem der Sockelbetrag von 170.000 Schilling auf 200.000 Schilling angehoben werden soll. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.) Ein diesbezüglicher Vorschlag wurde dem Wohnbauförderungsbeirat bereits unterbreitet, und ich werde den Antrag auch in der Landesregierung stellen. Ich glaube, wir sollten das deshalb tun, weil wir die Bereitschaft zur eigenen Anstrengung, zur Eigeninitiative, zu einer sehr, sehr hohen Leistung, die den Eigenheimbau in unserem Lande kennzeichnet und der sehr, sehr viel beigetragen hat zur positiven Entwicklung, weil wir diese Bereitschaft auch in der Zukunft erhalten möchten und damit jenen Menschen und Familien, die bereit sind, diese Schwierigkeiten auf sich zu nehmen, zumindest eine gewisse Verbesserung in der Förderung auch angedeihen lassen sollten.

Sechstens: Was den verdichteten Flachbau betrifft, waren wir auf Grund der angespannten Situation gezwungen, die besonders günstige Förderung nach der Variante eins einzustellen. Wir werden aber bemüht sein, die Variante zwei zu verbessern. Das geschieht auch bereits im Jahre 1985, und ich hoffe, daß wir damit in der Lage sind, diese sehr positiv zu wertende Form der Eigenheimförderung in einer raumsparenden oder flächensparenden Form auch künftig sicherzustellen.

Siebtens: Ich möchte erwähnen, daß im Rahmen der Wohnungssanierung durch das neue Gesetz sicher bessere Voraussetzungen für die Förderungsabwick-

lung geschaffen wurden. Was leider nicht erreicht wurde, war eine Verbesserung der Finanzierung, und dort werden wir das eigentliche Problem haben. Das heißt, wir werden die nun zur Verfügung stehenden Mittel aus der früheren Altstadtmilliarde dafür einsetzen, daß Direktdarlehen mit einprozentiger Verzinsung und 20jähriger Laufzeit für die Beseitigung von Substandardwohnungen und für Generalsanierungen angeboten werden. Ich hoffe, daß wir auch damit einen wichtigen Schritt in der Verbesserung der Stadterneuerung und der Dorfsanierung leisten können. Darüber hinaus wird es, wie bisher, Annuitätenzuschüsse für verschiedenste Verbesserungsmaßnahmen geben.

Abschließend darf ich noch darauf hinweisen, daß wir darüber hinaus auch bemüht waren, den Landesenergieplan des Landes Steiermark sehr zügig in der Wohnbauförderung umzusetzen und sicherzustellen, daß künftig neben den bisherigen Beurteilungskriterien auch auf die richtige Energiewahl Bedacht genommen wird. Und so darf ich abschließend – ich glaube, in Ihrer aller Namen – festhalten, daß wir uns redlich bemüht haben, einen vernünftigen Weg in der steirischen Wohnbaupolitik zu gehen, um eine sozial gerechte Wohnbaupolitik auf der einen Seite und andererseits ein Maximum an wirtschaftlicher Belegung und damit an Arbeitsplatzsicherung anzustreben. Ich möchte daher auch meinerseits einen sehr herzlichen Dank aussprechen: Der Rechtsabteilung 14, ihrem Abteilungsvorstand Hofrat Nopp, und ich möchte noch einen zweiten Namen erwähnen, nämlich Herrn Oberregierungsrat Rauchlatner, der vor allem in der legistischen Arbeit in diesem Jahr sehr, sehr viel geleistet hat und zur zügigen Bewältigung dieser Aufgaben mit die Voraussetzungen geschaffen hat. (Allgemeiner Beifall.)

Ich danke natürlich allen Mitarbeitern in meinem Büro, ich danke dem Rechnungshof, insbesondere den Beamten, die sich im Bereich der Kontrolle im sozialen Wohnbau bemüht haben. Ich danke den Wohnbauträgern und möchte es ausdrücklich festhalten, daß wir erfreulicherweise in der Steiermark Wohnbauträger haben, die verantwortungsvoll und leistungsorientiert arbeiten, mit wenigen Ausnahmen, die aufgetreten sind, und wo wir hoffen, daß wir künftig diese Probleme überhaupt vermeiden können.

Ich möchte allen danken, die beigetragen haben, daß Überlegungen, Initiativen und Vorschläge gebracht wurden. Im Modell Steiermark etwa Herrn Dipl.-Ing. Dreibholz und vielen, die hier mit beigetragen haben. Ich danke Ihnen, den Damen und Herren Abgeordneten und den Regierungskollegen, daß dieser massive Schritt in der Entwicklung der steirischen Wohnbauförderung möglich wurde. Ich danke auch den Vertretern im Wohnbauförderungsbeirat. Der Wohnbauförderungsbeirat hat sich als ein Instrument bewährt, verschiedene Fragen auszudiskutieren, um zu einer einvernehmlichen Meinungsbildung zu gelangen. Lassen Sie mich auch in diesem Zusammenhang festhalten, daß Herr Präsident Feldgrill, der seit 1957 dem Wohnbauförderungsbeirat angehört hat, nun seine Funktion zurückgelegt hat. Ich darf für diese jahrzehntelange Arbeit einen sehr, sehr herzlichen Dank sagen, Herr Präsident. (Allgemeiner Beifall.) Ich möchte insbesondere, ich glaube, das ist angebracht bei einer solchen Debatte, dem bisherigen Vorsitzen-

den des Wohnbauförderungsbeirates, Herrn Abgeordneten Dipl.-Ing. Schaller, der seit 1965 Mitglied des Beirates war, seit 1981 der Vorsitzende, der aber darüber hinaus im Landtag, im Rahmen des Modells Steiermark und durch sehr, sehr viele Impulse in der öffentlichen Meinungsbildung die steirische Wohnbaupolitik maßgeblich mitgestaltet hat, einen ganz herzlichen und aufrichtigen Dank aussprechen. (Allgemeiner Beifall.)

In diesem Sinne hoffen wir gemeinsam, daß es möglich sein wird, das Jahr 1985 in der steirischen Wohnbauförderung so zu bestehen, daß es im Interesse der Wohnungssuchenden, der Bauwirtschaft und vor allem auch der in diesem Bereich beschäftigten Menschen zu einem guten Gelingen kommt. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Klasnic: Zur Gruppe 4 liegt keine weitere Wortmeldung vor. Ich erteile dem Herrn Berichterstatter das Schlußwort.

Abg. Premberger: Ich verzichte auf das Schlußwort und wiederhole meinen Antrag auf Annahme der Gruppe 4.

Präsident Klasnic: Meine Damen und Herren, wir kommen zur Abstimmung. Wer mit den Ansätzen und Posten der Gruppe 4 einverstanden ist, möchte zum Zeichen der Annahme die Hand erheben.

Die Gruppe 4 ist einstimmig angenommen.

Bevor wir mit der Gruppe 5 „Gesundheit“ beginnen, darf ich die Sitzung für 15 Minuten Lüftungspause unterbrechen. (Unterbrechung der Sitzung von 18.30 Uhr bis 18.45 Uhr.)

Präsident Feldgrill: Wir nehmen die unterbrochene Sitzung wieder auf. Ich erteile dem Berichterstatter, dem Herrn Abgeordneten Dr. Günther Horvatek, das Wort.

Abg. Dr. Horvatek: Sehr geehrter Herr Präsident!

Die Gruppe 5 umfaßt in den Abschnitten 51 bis 58 die Ansätze für den Gesundheitsdienst, den Umweltschutz, den Rettungs- und Warndienst, die Ausbildung im Gesundheitsdienst, die Krankenanstalten, die Krankenanstaltenzuschüsse, die Heilvorkommen und Kurorte und jene für die Veterinärmedizin sowie die Beiträge an den Krankenanstaltenzusammenarbeitsfonds. Die Einnahmen für die Gruppe 5 sind im Voranschlag für das Jahr 1985 mit 3.679.634.000 Schilling und die Ausgaben mit 4.582.080.000 Schilling präliminiert. Ich ersuche Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren des Hohen Hauses, dieser vom Ausgabenvolumen her zu den größten, aber auch wichtigsten Gruppen des Voranschlages zählenden Gruppe für das Gesundheitswesen Ihre Zustimmung zu geben.

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Mag. Rader. Ich erteile es ihm.

Abg. Mag. Rader: Herr Präsident, meine verehrten Damen und Herren!

In der gestrigen intensiven Auseinandersetzung der Klubobmänner um die Frage, wer jetzt als erster reden darf, derjenige, der dagegen ist, oder der, der dafür ist,

habe ich den Eindruck gehabt, als ob diese Bestimmungen der Geschäftsordnung, daß an sich der Gegenredner beginnen muß, ein unerhörter Vorteil ist, zumindest haben alle sehr darum gekämpft. Wenn ich das jetzt nach einer Pause sehe und das Haus noch nicht ganz gefüllt ist, bekomme ich eher den Eindruck, es ist eine Strafe gegenüber demjenigen, der dagegen ist, weil er möglicherweise vor einem leeren Haus sprechen muß. Aber es füllt sich ja schon, und damit ist die Strafe viel geringer.

Meine verehrten Damen und Herren, ich bedanke mich obendrein noch herzlich dafür, daß gerade rechtzeitig vor dem Kapitel Gesundheit und Umweltschutz eine Lüftung hier vorgenommen wurde, um eine bessere Luft in diesem Saale herzustellen. Das ist eine vorbildliche Regie, wofür man der Frau Präsident Klasnic danken darf. Sie hat das, wie ich weiß, absichtlich genau vor diesem Kapitel gemacht, um hier die richtige Situation für eine Umweltdebatte herzustellen, und zwar für eine positive Umweltdebatte. Trotzdem, meine Damen und Herren, Sie wissen, daß wir bei dieser Budgetdebatte nur drei ausgewählten Gruppen unsere Zustimmung gegeben haben. Diese drei Punkte sind mit der letzten Gruppe aufgebraucht worden. Wir werden daher sofort, außer bei jenen Anträgen, die wir gemeinsam stellen, ablehnen, daher werden wir des öfteren noch den Vor- oder Nachteil, wie immer man es nimmt, des ersten Redners in Anspruch nehmen. Ich darf nur, damit, meine Damen und Herren, nicht wie bei der Gruppe 1 irgend jemand mit tränenerstickter Stimme sagt, er verstehe nicht, warum wir ausgerechnet dieser Gruppe unsere Zustimmung nicht geben, vorweg einige Anmerkungen machen, damit wir uns das nachher ersparen. (Abg. Dr. Dorfer: „Das ist dagegen gegangen!“)

Meine Damen und Herren, weil der Herr Kollege Dr. Dorfer einen Zwischenruf macht, darf ich bitte fünf Zitate des Kollegen Dr. Dorfer hier in den Raum stellen und damit meine Ablehnung begründen.

Zitat Nummer eins, und zwar handelt es sich um die Sitzung vom 3. Juli, wie Sie wissen, als wir über die Budgetvorschau gesprochen haben, Zitat Nummer eins: „Die Realisierung dieser Budgetvorschau ist durchaus möglich und machbar, wenn“ – und jetzt kommen die entscheidenden „Wenn“ – „vor allem der Wille der Landtagsparteien zur Durchsetzung dieser Vorschläge gegeben ist“, sagt Dr. Dorfer. Im Zitat Nummer zwei geht er noch einmal darauf ein und sagt: „Entscheidend und, jedenfalls von uns hier, beeinflussbar ist der politische Wille aller Landtagsparteien zu einer Konsolidierung dieses Budgets. Beeinflussbar ist der politische Wille zu einer Konsolidierung dieses Budgets.“ Sie haben sich nicht durchgesetzt, Herr Kollege Dr. Dorfer, in Ihrer Fraktion, habe ich festgestellt. Drittens sagt er noch einmal: „Dafür haben wir sicher noch eine Fülle von mehr oder weniger wirksamen Möglichkeiten. Wichtig ist die Ablehnung zusätzlicher Aufgaben durch das Land“, sagte der Herr Kollege Dr. Dorfer. Leider Gottes haben Sie sich auch hier nicht durchgesetzt. Dann sind Sie eingegangen auf die Frage des außerordentlichen Haushaltes, die Stabilisierung des außerordentlichen Haushaltes – ich werde mich dann nicht mehr zu Wort melden beim außerordentlichen Haushalt, deshalb lese ich es Ihnen jetzt vor, damit es Ihnen in Erinnerung bleibt – (Abg.

Dr. Dorfer: „Das kann kein Endpunkt sein!“) „die Stabilisierung des außerordentlichen Haushaltes auf zirka 600 Millionen Schilling muß so gut wie nur möglich weiter vertreten werden. Genauso wie eine drastische Reduzierung der Fremdmittelfinanzierung des ordentlichen Budgets.“ (Abg. Dr. Dorfer: „Inzwischen gibt es einen neuen Finanzausgleich, wodurch einige hundert Millionen dazugekommen sind. Das war am 3. Juli noch nicht!“) Dann noch abschließend das letzte Zitat des Kollegen Dr. Dorfer, damit wir das wirklich umfassend abgedeckt haben: „Ob diese durchaus realistische Hoffnung in die Tat umzusetzen möglich sein wird, hängt davon ab“ – Herr Kollege Dr. Dorfer, sagen Sie –, „ob wir sofort parteipolitisch populistisches Lizitieren möglichst hintanstellen und kostenbewußtes Agieren zur Leitlinie unserer landespolitischen Aktivitäten machen können.“ (Abg. Dr. Dorfer: „Grundrichtig!“) Sie haben damals gesagt „Ich kann“, und ich glaube, wir alle sollten es hoffen. Herr Kollege Dr. Dorfer, ich bestreite nicht, daß Sie können. Ich würde Sie daher einladen im Sinne dessen, was Sie am 3. Juli in diesem Hause erklärt haben, besser gesagt, drüben im Rittersaal erklärt haben, mit uns diesen Jahresvoranschlag mit abzulehnen, damit Sie das, was Sie am 3. Juli gesagt haben, wirklich unterstreichen können. Ich schicke das voraus, meine Damen und Herren, damit wirklich nicht wieder jemand mit tränenerstickter Stimme quasi sagt, ich verstehe wirklich nicht, warum ausgerechnet diese Gruppe von den Freiheitlichen abgelehnt wird, weil eben diese Budgetvorschau, die der Herr Kollege Dr. Dorfer, wie ich zitiert habe, so dramatisch unterstrichen hat, eben nicht eingehalten wird. Meine Damen und Herren, das ist der Grund. (Abg. Kollmann: „Ich nehme doch an, Sie raten Ihrer Partei, den Budgetvorschlag abzulehnen!“) Ich danke für diesen Zwischenruf. Ich habe heute früh in der „Tagespost“ gelesen, daß ich so unglaublich sei, weil ich gestern das Defizit im Bund angeblich in Ordnung befunden hätte. Ich hatte extra noch einmal nachgelesen in meiner Rede, ob ich nicht am Ende eine Passage vergessen habe, ich habe es nie gesagt, Herr Kollege Kollmann. (Abg. Dr. Dorfer: „Das ist die Freiheit der Presse!“) Ich habe nie gesagt, daß ich das, was im Bund an Defizit produziert wird, für richtig halte. Ich habe sogar ausdrücklich – das habe ich nachgelesen – gesagt, daß Sie die Defizitpolitik in den letzten Jahren sehr oft zu Recht am Bund kritisiert haben. Nur, jetzt realisieren Sie es selber, und daher müssen Sie sich diese Kritik auch gefallen lassen. (Abg. Dr. Dorfer: „Wir lehnen jede Pressezensur ab!“)

Meine Damen und Herren! Ich komme jetzt, damit es wirklich nicht zu lange dauert – ich weiß, daß die Präsidenten in einer genauen Zeitliste verfolgen, wie sehr wir schon im Rückstand sind, und der Herr Präsident Feldgrill hat in genauer Zeitlinie bewiesen, daß wir über eine Stunde im Rückstand sind, fast zwei, daher werde ich mich jetzt mit diesen Zwischenrufen, Sie verzeihen, nicht mehr länger auseinandersetzen – kurz zum Thema.

Meine Damen und Herren! Im heurigen abgelaufenen oder nun zu Ende gehenden Jahr hat das Thema „Umweltschutz“ dieses Haus ja oft beschäftigt. Es hat eine Reihe von Diskussionen gegeben, sogar eine dringliche Anfrage, wo schlussendlich geklärt werden

sollte, wie viele Vorschläge von wem doch oder doch nicht, wie immer man es sieht, realisiert wurden. Meine Damen und Herren! Ich habe schon einmal gesagt, und ich möchte das gerne wiederholen, gerade aus einer Position heraus, wo ich wirklich mir nicht oder niemand in unserem Bereich vorwerfen muß, schuld zu sein an der Umweltsituation, daß ich die Schuldfrage nicht so sehe, daß ich sage, die in der Vergangenheit politische Verantwortung getragen haben, haben hohe Versäumnisse willentlich und wesentlich gesetzt. Ich weiß, und ich stehe nicht an, das zu unterstreichen, daß in einer Demokratie dramatische Maßnahmen nur dann realisierbar sind, wenn sie ein Mindestmaß an Basisverständnis bei der Bevölkerung finden. Ich weiß auch, daß vor eineinhalb Jahrzehnten verschiedene Eingriffe in das Wirtschaften, die für Hintanhalten von Umweltschäden notwendig gewesen wären, nicht realisierbar waren. Meine Damen und Herren! Es war daher ganz logisch, und das ist ja auch heute so, daß jene Dinge, die schwer realisierbar sind, weil das Basisverständnis dafür noch nicht gegeben ist, zuerst in den politischen Programmen kleinerer Fraktionen auftauchen, die – bitte, auch das gebe ich Ihnen zu – in dieser Situation dem Zwang zur Realisierung nicht unterliegen. Das ist ja auch ein Hintergrund der jetzigen Umweltdebatte, daß verschiedene Maßnahmen, deren Realisierung auch noch nicht in dem Maße geht, wie wir uns das vorstellen, zuerst von den kleineren und dann erst von den größeren Fraktionen, die mehr Realitätszwang, die Realitätsrandbedingungen verspüren, beantragt werden. Meine Damen und Herren! Wenn wir nur eine Anmerkung für die Steiermark – (Abg. Kollmann: „Überschätzen Sie sich nicht!“) Nein, ich stelle es völlig wertfrei fest, das ist ganz einfach die Entwicklung, daß mit dem zunehmenden Verständnis diese Programmatik ganz einfach breiter wird – ich stelle das völlig wertfrei fest, und ich weiß, daß es da auch eine schrittweise Entwicklung gibt. Zuerst kommt nämlich die scheinbare Zustimmung, und erst, wenn die Breite und das Verständnis und die Forderung seitens der Bevölkerung stärker geworden sind, kommt die wirkliche Realisierung. Ich hoffe, daß wir nunmehr soweit sind. Auch das stelle ich wertfrei fest und ohne Kritik. Darf ich nun diese drei großen Bereiche, die im Umweltbereich diskutiert werden, Luft, Wasser, Boden, nur mit einigen Anmerkungen versehen, damit wir den Zeitplan halbwegs einhalten:

Zur Luft: Meine Damen und Herren! Wir haben gestern in einem Generaldebattenbeitrag vom Kollegen Trampusch bezweifelt bekommen, ob jetzt Melach zu 95 oder 90 Prozent entschwefelt wird. Meine Damen und Herren! Ich kann das persönlich als Nicht-techniker so nicht beurteilen. Ich frage mich allerdings nur eines, unter der Voraussetzung der neuen Ziffern der E-Wirtschaft über die Stromwirtschaft und hinter der Basis dessen, was ich befürchte in der Preisentwicklung in der Fernwärme, erhebt sich für mich noch immer die Frage, ob Melach in dieser Größenordnung überhaupt notwendig war, womit eine größere Verbesserung in der Umweltfrage gewesen wäre, wenn wir es nicht so gebaut hätten. Aber, meine Damen und Herren, es ist im Bau, und wir werden daher sorgen müssen, daß jene Fernwärmeanschlüsse in der Landeshauptstadt, die ja bitte dann wirklich einen Sinn

haben, wenn wir den Hausbrand eindämmen, möglichst intensiv eingeführt werden. Es ist mir völlig klar, daß das auf Grund der Preisentwicklung nur mit öffentlichen Förderungsmitteln möglich sein wird. Meine Damen und Herren! Ich bin – und das habe ich auch schon gesagt, weil der Kollege Buchberger gerade die „Kleine Zeitung“ verfolgt – der Landwirtschaftskammer sehr dankbar, daß sie in den vergangenen Jahren und auch heuer wieder die Frage der Waldschäden sehr deutlich in den Vordergrund gestellt hat und hier, das war ja die erste öffentliche Zugabe, festgestellt hat, daß vieles von dem, was wir an Schäden in der Steiermark haben, hausgemacht ist. Und wenn ich heute, meine Damen und Herren, nicht nur heute, sondern auch in den letzten Wochen viele Zeitungsartikel gelesen habe im Zusammenhang mit der starken Umweltbelastung, die es in Pöls jetzt gibt, dann darf ich mir nur leise erlauben daran zu erinnern, daß meine erste Rede, die in diesem Hause vom Kollegen Sponer sehr kritisiert wurde, die Frage Pöls behandelt hat, und ich habe mir herausschreiben lassen, was ich damals gemutmaßt habe. Das ist jetzt leider Gottes Realität. Ich habe mir damals gesagt, noch stärker wird die Belastung der Luft, während jetzt alles ins Wasser geht. Das war voriges Jahr im März, wenn ich mich erinnere, und die Luftbelastung faktisch Null ist, haben wir künftig mit dem Auftreten von Merkaptanen und Schwefelverbindungen zu rechnen. Mit anderen Worten, ein ständiger Geruch von faulen Eiern im gesamten Pöls Kessel. Und wenn ich in der heutigen „Kleinen Zeitung“ lese: „Man erprobt während der Pöls Probezeit offenbar wohl auch, wie lange die Menschen um Pöls hustend und spuckend gesund bleiben“, ist das eine traurige – bitte, ich bin nicht froh darüber – Bestätigung dieser Vermutung. Der Verweis darauf, daß die Probezeit eben nur eine Probezeit ist, und das regelt sich schon, der wird schwächer dann, wenn ich verfolge: Ich kann mich gut erinnern, daß wir im Jahr 1978 in Gratkorn bei einer großen Bürgerversammlung gesessen sind, wo es darum gegangen ist, diese Problematik mit der Leykam-Firma in den Griff zu bekommen. Und da hat der damalige Landeshauptmann, der vorherige Landeshauptmann, sich von einer Wahlveranstaltung per Telefon dort in den Saal hinein gemeldet und hat gesagt: „Ich darf Ihnen sagen, jetzt sind die Vorschreibungen in Ordnung, ein bißchen ausprobieren müssen sie noch, und dann haben wir die Problematik in Griff“. Meine Damen und Herren, Sie brauchen nur einmal hinaufzufahren, um zu sehen, wie lange die Probe noch dauern wird.

Einige Anmerkungen zum Wasser: Meine Damen und Herren! Es ist auch schon angeklungen gestern und heute, daß wir in den letzten Tagen einige sehr alarmierende Meldungen im Zusammenhang mit Mur und Raab gehabt haben. Meine Damen und Herren! Es hat sich Gott sei Dank der Staatssekretär aus dem Umweltministerium gestern Abend hinunter begeben nach Feldbach und hat dort Gespräche mit der Aktionsgemeinschaft Raabtal und mit einigen eventuellen in Frage kommenden Verschmutzern geführt – sagen wir das so – und hat auch festgestellt, daß hier eine Reihe von Investitionen erforderlich sind. Ich bin froh, daß nicht nur vom Land Steiermark, was ja schon vorgestern angekündigt wurde, sondern auch vom

Wasserwirtschaftsfonds und vom Bund diese Investitionen erfolgen werden. Und ich hoffe, daß die maximale Förderung, die es in diesem Bereich von Bund und Land gibt, im Raabtal greifen wird. Aber einige Anmerkungen noch zur Frage des Grundwassers. Das haben wir im Mai in diesem Hause anlässlich der dringlichen Anfrage in Umweltfragen besprochen. Und hier zur Frage der Altlasten, die natürlich in einem nicht feststellbaren Ausmaße in unseren Böden vergraben sind. Ich weiß, meine Damen und Herren, daß es hier zwei mögliche Haltungen gibt. Die Haltung Nummer eins, zu sagen, sind wir möglichst ruhig, tun wir um Himmels willen nicht Panikmache betreiben, wie es der Herr Landeshauptmann damals bezeichnet hat. Warten wir, bis irgend etwas geschieht, und dann versuchen wir, es raschest zu sanieren. Ich gebe zu, daß das eine mögliche und vielleicht sogar eine praktikable Vorgangsweise ist. Zumindest meine ich, sie wird so praktiziert. Ich persönlich würde meinen, daß eine offensive Vorgangsweise gescheiter wäre, auch wenn man kurzfristig noch nicht weiß, wohin mit den Dingen, die man ausgräbt. Aber dort, wo Wasserversorgungsprojekte geplant sind, müßten wir meiner Meinung nach und unserer Auffassung nach ganz gezielt Altlasten aufspüren und beseitigen. Ich habe am 15. Mai gefragt, ob es im Umraum von Graz, weil ich diesbezügliche Hinweise hatte, möglicherweise irgendwelche Altlasten gibt. Der Herr Landeshauptmann hat mir damals freundlicherweise in der Debatte mitgeteilt, daß er die Bezirkshauptmannschaft Graz-Umgebung beauftragt hat, Erhebungen im Raume der Autobahnauffahrt Ost durchzuführen. Ich wußte gar nicht, daß das die Autobahnauffahrt Ost sei und daß hier auch Einvernahmen durch die Gendarmerie erfolgen werden. Das war am 15. Mai. Darf ich die Gelegenheit der Umweltdebatte heute benutzen, den Herrn Landeshauptmann zu bitten, dem Hause mitzuteilen, nachdem wir das hier diskutiert haben, was bei diesen Erhebungen herausgekommen ist?

Thema Nummer zwei: Es hat bereits vor über einem Jahr eine Zeitung darüber berichtet, daß im Kaiserwald die Firma Weiditsch Dinge lagere, die gesundheitsgefährlich sind, und das in einer nicht zulässigen Art und Weise. Vor einiger Zeit hat es hier eine große Aufgrabungsaktion gegeben, die angeblich 500.000 Schilling verschlungen hat. Ich lese heute, daß ein gerichtlich beeideter Sachverständiger, den wir alle kennen und den ich auch für einen sehr anständigen und sehr guten Mann halte, öffentlich festgestellt hat, daß in einem Loch durch einen Bagger von der Firma Weiditsch Chrom-Falzspäne einfach ins Erdreich vergraben werden. Darf ich auch hier bitten, das Haus aufzuklären, welche Absicht man in dieser Frage hat, vorzugehen, gerade weil das ein so belastetes Gebiet hier ist, draußen im Kaiserwald. Persönlich noch einmal, ich weiß, daß es schwierig zu realisieren ist, persönlich würde ich die Auffassung haben, daß wir bei der Frage der Altlasten eine offensive Strategie haben sollten, das heißt, wo es gefährlich werden kann nicht nur zu warten, bis man die Altlasten findet, sondern sie zu suchen und zu beseitigen versuchen.

Nur einige Anmerkungen noch zur Frage des Bodens, weil ich glaube, daß das ja im Kapitel Landwirtschaft diskutiert gehört. Ich bin der Meinung, meine Damen und Herren, daß wir zwar vom Wald-

sterben ungeheuer viel lesen und hören, in Wahrheit die Problematik des Bodens aber das viel schwerwiegendere Umweltproblem ist. Warum man davon weniger hört ist eine öffentlichkeitspolitische Frage. Es ist ganz einfach leichter, einen sterbenden Baum zu verkaufen als einen sterbenden Boden. Und wenn der einfache Spaziergänger den sterbenden Boden registriert (Abg. Pörtl: „Kannst du mir erklären, wie der aussieht?“), dann ist es schon zu spät. Im Wald ist das leichter feststellbar. Ich glaube aber, meine Damen und Herren, daß wir diese Frage viel breiter, denn dort gehört es primär auch hin, in der Landwirtschaftsdiskussion diskutieren sollen. Meinen Damen und Herren, ich gebe dem Abgeordneten Trampusch recht, der gestern gesagt hat, daß man die Problematik nicht engstirnig länderspezifisch sehen soll, sondern daß faktisch so etwas Ähnliches wie eine Internationale im Umweltbereich erforderlich wäre. Ich gebe ihm recht, aber das sollte uns, meine Damen und Herren, überhaupt nicht daran hindern, unter dem Hinweis, daß größere, lokal weitreichendere Lösungen erforderlich sind, möglichst dezidiert und möglichst rücksichtslos und mit großer Gewalt und Engagement im eigenen Bereich zu beginnen. (Beifall bei der FPÖ.)

Präsident: Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Brandl das Wort.

Abg. Brandl: Hoher Landtag, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ohne entsprechende Mittel sind in der Regel keine größeren und sichtbaren Erfolge zu erzielen. Diese Aussage gilt nicht nur bei der Bewältigung öffentlicher Aufgaben in vielen Bereichen, diese Aussage hat bis jetzt auch für Natur- und Landschaftsschutz gegolten. In diesem Hohen Haus ist des öfteren Kritik darüber geübt worden, daß für den so wichtigen Bereich des Landschaftsschutzes, des Naturschutzes zu wenig Mittel zur Verfügung stehen. Im vergangenen Jahr wurde aufgezeigt, daß in der Steiermark im Budget pro Kopf der Bevölkerung 2 Schilling, in Salzburg 14 Schilling und in Vorarlberg 23 Schilling zur Verfügung stehen. Ab 1. Jänner 1985 ist eine sehr wesentliche Verbesserung für unser Bundesland eingetreten. (Beifall bei der SPÖ.) Aus dem neu errichteten Umweltfonds des Landes werden für den Landschaftsschutz, für den Naturschutz zweckgebunden 20 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt. Wir haben uns von 2 Schilling pro Kopf der Bevölkerung auf 18 Schilling verbessert, und das, meine Damen und Herren, war auch eine beachtliche Kraftanstrengung. Das darf gesagt werden. (Allgemeiner Beifall.)

Ich glaube, daß es mit diesem Betrag auch möglich sein wird, sehr wesentliche Probleme anzupacken, daß es möglich sein wird, notwendige Dinge zu machen, wobei wir uns natürlich bewußt sind, alles werden wir damit auch noch nicht tun können.

Und nun zu einem anderen Problem. Ich meine das Spannungsfeld zwischen Landschaftsschutz und Straßenbau. Wir haben in der Steiermark auf diesem Gebiet beachtliche Schwierigkeiten. Ich darf nur zwei wesentliche Projekte, die schon jahrelang in Diskussion sind, in den Vordergrund stellen. Das erste ist der Ausbau im Ennstal, die Strecke von Stainach nach Liezen, und das zweite ist die S 6, die Schnellstraße über den Semmering. Zuerst, meine Damen und Her-

ren, einige grundsätzliche Überlegungen dazu. Ich glaube, daß wir derzeit, die Diskussion hat ja schon vor einigen Jahren begonnen, an einer Wende stehen. Wir haben uns die Frage zu stellen, ob wir für unseren weiteren Straßenbau, ich meine nicht die Hauptverkehrsadern, aber ich meine einige andere wichtige Straßenverbindungen, nicht etwas umdenken sollten, denn die heutige Beurteilung unter dem Blickwinkel verschiedenster Argumente, die ich gar nicht alle aufzählen möchte, ist eine völlig andere Beurteilung, als das vielleicht noch vor zehn Jahren der Fall gewesen ist. Es werden die berechtigten Überlegungen anzustellen sein, wie wir auf diesem Gebiet, wo wir ohnehin insgesamt zu wenig Geld haben, mehr sparen können, und ein sichtbarer Ausdruck dafür ist ja bereits die Festlegung im zuständigen Ministerium, daß es eine sehr wesentliche Einschränkung des Schnellstraßennetzes insgesamt in ganz Österreich gegeben hat, daß man also zu der Erkenntnis gekommen ist, daß gewisse Verbindungsstraßen durchaus auch in etwas sparsamerem Rahmen ausgebaut werden können. Unter diese Einsparungsvariante oder diesen Einsparungsvorschlag ist ja bekanntlich auch die S 8 im Raume zwischen Stainach und Liezen gefallen, und es wird jetzt die entscheidende Überlegung sein, die Bundesstraße 145 entsprechend auszubauen. Und daraus, meine sehr geehrten Damen und Herren, ergibt sich eine große Chance. Eine Chance insofern, daß einerseits sowohl aus dem Gesichtspunkt des Straßenbaues als andererseits auch aus den Überlegungen des Landschaftsschutzes entsprechende Dinge eingebracht werden können und daß es notwendig sein wird, und das sage ich jetzt mit aller Deutlichkeit, daß man sich dazu durchringt, dieses Gesamtstück zu planen und in einer vereinfachten, sparsameren Form die Bundesstraße von Stainach bis nach Liezen auszubauen. Ich glaube nicht daran, daß mit der Umfahrung Stainach allein das Problem gelöst ist, sondern daß wir diese Dinge etwas großräumiger sehen müssen. Und letzten Endes glaube ich, meine Damen und Herren, daß wir es auch der Bevölkerung im Ennstal schuldig sind, daß nicht weitere – (Abg. Mag. Rader: „Aber nicht der Ennstaler!“) Das ist eine Aufgabe derjenigen, die dann darüber zu entscheiden haben, Herr Kollege Mag. Rader. Eine weitere Verzögerung ist auf keinen Fall mehr angebracht, und ich glaube auch, daß es für den Naturschutz und auch für den Naturschutzbeirat eine sehr entscheidende und grundsätzliche Frage werden wird, nachdem jetzt die S 8 gefallen ist, nachdem viele Probleme dadurch beseitigt worden sind, auch für einen zügigen Ausbau einer Bundesstraße in Form einer Gesamtumfahrung ein entsprechendes Verständnis aufzubringen. Denn eines, meine Damen und Herren, möchte ich auch sagen, und ich sage das als Mitglied des Naturschutzbeirates und weiß, wie schwierig eine solche Aussage ist. Unsere heutigen Straßenplaner, das gilt für alle Herren, die auf der Ebene beschäftigt sind, sind ja auch keine reinen Technokraten mehr, das sind in Wirklichkeit schon mehr Trassensucher als Trassenplaner, weil wir alle zusammen wissen, mit welchen Schwierigkeiten gerade diese Aufgaben verbunden sind, und wir wissen auch sehr genau, daß hier auch von den Straßenplanern her gewisse Überlegungen für den Landschaftsschutz, für verbesserten Naturschutz eingebracht werden.

Und nun zur Schnellstraße S 6 am Semmering. Auch hier, meine Damen und Herren, nur einige grundsätzliche Aussagen. Diese S 6 wurde geschaffen, projektiert als direkte Verbindung von der Südautobahn über den Semmering herein ins Mürztal, herein ins obersteirische Industriegebiet. Ganz einfach eine wichtige und notwendige Anschlußmöglichkeit für diese gesamte Wirtschaftsregion, die ja ohnehin mit so großen Schwierigkeiten zu kämpfen hat. Und nun sind am Semmering Probleme aufgetreten. Ein gewisser Teil der Trassenführung liegt im Landschaftsschutzgebiet. Ich glaube, seit rund zehn Jahren gibt es Diskussionen in diesem Bereich und werden die Interessen abgewogen zwischen dem, was einerseits wirtschaftlich notwendig ist, und dem, was andererseits dieser schönen Landschaft am Semmering am wenigsten schadet. Ganz ohne Schaden geht es auch hier nicht. Meine Damen und Herren, ich sage das sehr deutlich, ich wehre mich gegen Überlegungen, die da sagen, daß auf diesem gesamten Straßenstück der S 6 es ohne weiteres möglich wäre, daß man dann in Spital am Semmering aufhört, und daß man die jetzige Bundesstraße als Verbindungsstraße beläßt, aber auf der Landesgrenze Niederösterreich geht es dann wieder ganz normal mit Schnellstraßen weiter. Ich glaube, das ist eine Philosophie, die wir nicht aushalten. Wenn wir Einschränkungen machen, dann können wir diese Einschränkungen für ein ganzes Straßenstück betrachten. Dort ist es verständlich, dort ist es klar. Aber mitten hinein ein solches Nadelöhr, das, glaube ich, ist nicht brauchbar. Wir haben ja im Landesnaturschutzbeirat auch sehr viel über das Problem gesprochen, viele Begehungen gemacht, grundsätzliche Überlegungen angestellt, alles das ist klar. Wir haben eine Umweltverträglichkeitsstudie verlangt, die wird von einem unabhängigen Institut gemacht, und das Ergebnis wird bald bekanntgegeben werden. Ich glaube, meine Damen und Herren, wenn ich das zusammenfassend jetzt sage, daß es unbedingt notwendig sein wird, auf Grund der bitteren Erfahrung, die wir gerade im Raum Ennstal und auch im Raum Semmering gemacht haben, daß für unsere zukünftigen Projekte eine bessere, eine koordiniertere Zusammenarbeit zwischen den Straßenbauern und der Landschaftsschutzbehörde von Anfang an erfolgt. Es ist zu spät, wenn einmal konkrete Pläne vorliegen. Es ist zu spät, wenn wir dann die Schwierigkeiten haben und wenn die Bevölkerung dann erst später eingebunden werden kann. Das sind Überlegungen, wo alles einzubringen ist. Denn letzten Endes wollen wir weder vom Umweltschutz noch vom Landschaftsschutz, vom Naturschutz her Maßnahmen treffen, die unsere Wirtschaft umbringen. Das kann ja nicht der Sinn und der Zweck sein, das ist völlig klar, sondern es soll ein vernünftiges Einvernehmen hergestellt werden. Und das, was in anderen Bundesländern hervorragend funktioniert, das muß ja letzten Endes auch in der Steiermark möglich sein. (Landeshauptmann Dr. Krainer: „Vor allem unter Ihrer Ägide, Herr Abgeordneter, als Mitglied des Naturschutzbeirates!“) Ich habe alles getan, Herr Landeshauptmann. (Landeshauptmann Dr. Krainer: „Ich beteuere das, was Sie schon beteuert haben!“) Ja, Sie haben nicht recht viel ausgesagt, Herr Landeshauptmann. Nein, wir zwei kommen schon zu Rande, Herr Landeshauptmann, das ist kein Problem. Da brauchen Sie sich gar nicht

einzumischen, das ist gar nicht notwendig. (Landeshauptmann Dr. Krainer: „Ich werde mich bemühen!“)

Meine Damen und Herren, nur ganz kurz eine Aussage zu einem derzeit sehr aktuellen Problem im Landschaftsschutz. Ich meine die Kleinwasserkraftwerke. Es ist noch gar nicht recht lange her, ich kann mich erinnern, obwohl, wenn man älter wird, man etwas vergeßlicher wird, aber gewisse Dinge behält man ja, daß man hier in diesem Hause eigentlich einen großen Ausweg in der Richtung gesehen hat, daß wir nun unsere Kleinwasservorkommen für Kraftwerke nützen, daß man jetzt Bacherln, welche es in unserer Heimat gibt, dafür verwendet, daß man eine Turbine irgendwo anhängt und daß wir Energie gewinnen, und hat nach dem Motto „Klein ist wundervoll“ versucht, entsprechende Politik zu betreiben. Aber heute, und das ist ein sehr kurzer Zeitraum gewesen, muß man eigentlich sagen, daß die Realität eine völlig andere ist. Der Beitrag zur Energieversorgung, den wir aus diesen Kleinkraftwerken bekommen, der ist sehr gering, minimal gering. Ich glaube, das kann man sagen. Aber die Störung der Landschaft, die aus dieser Entwicklung entsteht, die ist sehr groß. Und das hat man wahrscheinlich damals zuwenig bedacht. Zuwenig bedacht wird man auch haben, das war genauso auf der Bundesebene – das sage ich gleich dazu –, daß es möglich geworden ist, auch sehr beachtliche steuerliche Spekulationen auf dem Gebiet des Kleinwasserkraftwerkbaues anzustellen. Und heute stehen wir vor dem Problem, daß wir dagegen etwas tun müssen, und ich darf im Namen unseres Klubs sagen, daß wir hier – glaube ich – keine Schwierigkeiten haben werden. Eine rasche Änderung des Naturschutzgesetzes, eine Einbeziehung in die Schutzbestimmung bei den fließenden Gewässern wird sicher eine Aufgabe und eine Möglichkeit sein, wo man nicht generell verbietet, denn das wäre völlig falsch, sondern wo man dann nach dem jeweiligen einzelnen Fall sehr genau prüfen kann, wo ein Kraftwerk sinnvoll ist und wo man andererseits ein solches Kraftwerk ablehnen muß.

Nun zum Schluß. Ich bin bekannt dafür, daß ich nicht einer der längsten Redner bin. Ich möchte also zusammenfassend sagen, daß uns sehr viel Arbeit auf dem Gebiet erwartet. Wir haben bei weitem noch nicht alles getan, was notwendig ist, daß wir aber diese Aufgabe sicher in gemeinsamer Zusammenarbeit für die Menschen unserer Heimat bewältigen werden, wenn wir die erforderlichen Mittel da zur Verfügung stellen, wenn wir den Mut haben, das Notwendige und das Richtige auch zu sehen und zu sagen, und wenn wir diese Politik letzten Endes konsequent vertreten. Danke schön. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Schaller. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dipl.-Ing. Schaller: Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Vielleicht muß ich etwas klarstellen, weil mich einige so eigenartig angesehen haben, ich bin nicht zur blauen Riege hinübergewechselt, sondern ein engagierter Umweltschützer hat mir diese Medaille hier anlässlich der Umweltdebatte verliehen. „I like 90 Prozent“, und es trägt das Signum der Maschinenfabrik

Andritz. Ich habe das gerne aufgesteckt, als Symbol dafür, daß erstens Umwelt heute sehr wichtig ist, und zweitens, daß es eine Chance für die Industrie ist. (Abg. Prensberger: „Das sind die Gebiete, wo Sie uns umbringen!“) Ja, das ist jetzt die Konkurrenz, lieber Freund. Ein Zweites möchte ich vorausschicken, ich habe in der vorletzten Sitzung einen Antrag eingebracht, wo ich mit einigen Kollegen die Landesregierung aufgefordert oder ersucht habe, Dienstwagen nur mehr mit Katalysatoren anzuschaffen und zweitens bleifreies Benzin bei den landeseigenen Fahrzeugen zu tanken. Der Herr Landeshauptmann hat in der letzten Regierungssitzung einen Antrag eingebracht, und die Regierung hat ihn einstimmig beschlossen, wo festgehalten wurde, daß das Land jetzt auf bleifreies Benzin umstellt und daß in Zukunft nur mehr Dienstkraftwagen mit Katalysatoren beziehungsweise mit möglicher Nachrüstung gekauft werden. (Landesrat Gerhard Heidinger: „Und unter 100 km/h fährt!“) Jawohl. (Landesrat Gerhard Heidinger: „Sonst nützt es nicht!“) Ich möchte mich bei der hohen Regierung bedanken, daß sie so schnell gehandelt hat. Das ist bitte keine Drohung, es ermutigt mich, weitere Anträge in Richtung Umweltschutz einzubringen.

Meine Damen und Herren, es ist in den Generalreden, ich glaube, es war einer der Generalredner, gesagt worden, daß Politik eigentlich eine große Herausforderung insoweit ist, als sie Antworten auf brennende Fragen geben soll. Meine Damen und Herren, die Umwelt ist eine solche Herausforderung für die Politik, und zwar im höchsten Ausmaß. Die Glaubwürdigkeit der Politik wird ganz sicher davon abhängen, ob wir auf diese Herausforderungen eine Antwort finden. Ich möchte vielleicht daher zwei Themen ansprechen, die, glaube ich, zu den brennendsten gehören, das ist die Frage der Luft und des Wassers, möchte aber vorher ganz kurz doch noch etwas zum Kollegen Brandl sagen. Er hat zwei solche Themen angeschnitten, die ebenfalls brennend sind und die Frage des Straßenbaues und des Naturschutzes betreffen. Ich bin eigentlich sehr froh darüber, und das ist auch ein Teil meiner Philosophie, dort, wo ich Verantwortung trage, werde ich immer versuchen, einen Konsens zu finden, wo immer es möglich ist. Wir haben daher in diesen zwei Fragen auch im Naturschutzbeirat, sowohl was die S 8 wie auch die S 6 betrifft, so lange gerungen, bis wir einstimmige Beschlüsse zustande gebracht haben. Ich muß sagen, das ist auch wirklich ein echter Fortschritt insoweit, weil damit der politische Wille dokumentiert wird, so brennende Fragen anzupacken und zu lösen. Ich möchte ein Zweites dazu sagen. Ich gebe dem Kollegen Brandl durchaus recht, daß wir etwa in der Frage der S 8, aber auch der S 6 zu Lösungen kommen müssen, möchte aber darauf hinweisen, daß wir gerade in der Frage der S 8 ein sehr hohes Maß an Kooperationsbereitschaft bewiesen haben und dank unserer Mitarbeit eine Lösung gefunden werden konnte für die Umfahrung Stainach als ersten Schritt, die nicht nur die Zustimmung der Betroffenen und der Bürgermeister, sondern auch des Naturschutzes gefunden hat. Der Naturschutz hat hier einmal mehr gezeigt, daß er nicht eine Neinsagerpartei ist, sondern daß er sehr wohl bereit ist, konstruktiv mitzuarbeiten. Ich sage noch etwas dazu. Wir haben auch erklärt, daß wir selbstverständlich bereit sind, im

Hinblick auf den weiteren Ausbau und die Sanierung der Bundesstraße mitzuarbeiten und daß wir auch bereit sind, jederzeit darüber zu reden und mit uns reden zu lassen. Ich möchte das ganz klar feststellen, daß von uns her keine Verzögerung in der Sache passiert. Was die S 6 über den Semmering betrifft, so möchte ich jedenfalls für meinen Teil feststellen, daß im Naturschutzbeirat gar nie zur Diskussion gestanden ist, mit der Schnellstraße in Spital aufzuhören, sondern daß die Frage vielmehr die gewesen ist, ob es bessere und umweltfreundlichere Trassen gibt, die den Übergang über den Semmering in einer besseren Weise lösen. Wir werden sehen, was das Institut für Raumplanung, das in der Zwischenzeit mit der Prüfung dieser Frage beauftragt wurde, uns vorlegt.

Nun aber zu den zwei Fragen Luft und Wasser. Meine Damen und Herren, die Luft, die schlechte Luft, die verpestete Luft, wie man manchmal fast sagen müßte, ist, das wissen wir heute, die Hauptursache des sauren Regens und des Waldsterbens. Aber sie ist sicherlich nicht nur ein Problem für den Wald, sondern sie ist zunehmend ein Problem für den Menschen und für seine Gesundheit. Das wissen die, die in so hoch belasteten Gebieten leben müssen, wie etwa im Voitsberger Raum oder zum Teil auch im Grazer Raum, wo nachgewiesenermaßen, wir wollen es nicht dramatisieren, aber man muß es sagen, das Krebsrisiko ich glaube um 68 Prozent höher ist als beispielsweise in Bad Aussee. Ich habe vor einigen Jahren einmal einen Situationsbericht gebracht über die Luft. Ich möchte meinen, daß der Landtag die Aufgabe hat, Probleme zu diskutieren und anzupacken und sie nicht zu verdrängen. Ich habe mir die Mühe gemacht und habe so nebenbei in den letzten Tagen sämtliche Luftmeßergebnisse aus den steirischen Regionen durchgearbeitet, um festzustellen, wie die Situation jetzt aussieht. Meine Damen und Herren, wenn man davon ausgeht, daß in der Luftreinhalteverordnung der Steiermark die Belastungsgrenze festgelegt worden ist, und zwar gehe ich nicht von der Zone 1 aus, das wären sozusagen die gesunden Gebiete, sondern ich gehe von der Zone 2 aus, das sind schon die belasteten Gebiete, dann ist dort ein Grenzwert von 0,2 Milligramm Schwefeldioxid pro Kubikmeter Luft festgelegt. Wir haben Gott sei Dank, und das ist sicher eine weitsichtige Tat gewesen, ein sehr gut ausgebautes Meßnetz, vor allem in den Problemgebieten. Es gibt insgesamt, nach dem, was ich gesehen habe, 33 Meßstellen in der Steiermark für SO_2 , fünf für NOX, die sicherlich noch weiter ausgebaut werden, und zwei sogar für Ozon. Wenn man sich dann die Mühe macht und jetzt Vergleiche anstellt, dann ergibt sich, wenn man von der Grenzbelastung von 0,2 Milligramm ausgeht, folgendes Bild: Die Hauptproblemmonate sind die Monate November bis Februar, wobei der Jänner erfahrungsgemäß am schlimmsten ist. Wir haben die höchsten Belastungen nicht im Voitsberger Raum, sondern in Graz, und zwar in den Meßstellen Graz-Nord und Graz-Süd.

Ich habe nur die Jännerwerte, die Monatsmittelwerte der letzten vier bis fünf Jahre, verglichen, so sind in der Meßstelle Graz-Nord im Jahre 1980 praktisch an 30 Tagen die Grenzwerte überschritten worden, im Jahre 1981 an 28 Tagen, im Jahre 1982 an 29 Tagen, im Jahre 1983 an 23 Tagen, und erst heuer haben wir etwas bessere Werte mit 13 Tagen. Ich weiß nicht, ob

es die klimatischen Verhältnisse sind oder ob die Situation wirklich besser geworden ist. In Liebenau ist es ähnlich, da haben wir 1981 an 23 Tagen Überschreitungen, es sind die Tagesmittelwerte in diesem Monat 23mal überschritten worden, im Jahre 1982 an 29 Tagen, praktisch jeden Tag, im Jahre 1983 an 13 Tagen und im Jahre 1984 an 16 Tagen. Und dann kommt schon Voitsberg. Hier haben wir Überschreitungen, die am schlimmsten waren im Jahre 1981 mit 27 Tagen im Monat und die jetzt im Jahre 1984 bei 14 Tagen liegen. Nun, das sind natürlich eigentlich sehr dramatische Zahlen, wenn man überlegt, daß es in einem Monat keinen einzigen Tag gibt, wo die Grenzwerte nicht überschritten worden sind. Ich glaube, das sind schon Entwicklungen, die man eigentlich nicht mehr einfach wegdiskutieren kann. Ich habe aber auch versucht, nach diesen eher tristen Zahlen festzustellen, ob sich die Situation insgesamt vielleicht doch etwas verbessert hat. Ich habe also die Monatsmittelwerte der vier Monate November bis Februar zusammengerechnet und gemittelt und habe Kurven aufgestellt für die hauptbelasteten Gebiete, und die darf ich Ihnen vielleicht kurz zeigen. Es sind die Jahre aufgetragen von 1979 bis 1984, und hier sieht man eines und kann deutlich bemerken, daß insgesamt eine doch leicht fallende Tendenz feststellbar ist. Das sind die Kurven aus dem Voitsberger Raum, und zwar Voitsberg und Rosental. Hier haben wir doch eine leicht fallende Tendenz. Es ist immer noch mehr als genug, aber immerhin eine leichte Abnahme der Belastungskurven in den letzten vier Jahren. Hier habe ich die Werte für den Grazer Raum, die grünen Werte sind die Werte von Graz, die beiden Meßstellen, die ich früher genannt habe, und die roten Ziffern sind aus dem Raum Judendorf-Straßengel. Hier kann man folgendes feststellen, daß auch in beiden Grazer Meßstellen eine spürbare Belastungsabnahme da ist. Aber was mich eher wieder etwas verunsichert hat, ist die Tatsache, daß diese roten Linien nach einer Abnahme wieder im Steigen sind. Das sind die Grenzwerte oder die Belastungsziffern für Straßengel und Judendorf. Ich weiß nicht, ich kann das jetzt nicht mit Sicherheit sagen, ob das mit Leykam zusammenhängt, aber es ist denkbar. Zusammenfassend kann man daher sagen, daß die Dinge etwas im Rücklauf, leicht rückgängig sind, aber daß es keineswegs so ist, daß das Problem als gelöst angesehen werden kann. Nun, ich möchte jetzt nicht den ganzen Maßnahmenkatalog aufzählen, weil wir darüber oft genug geredet haben. Sicher ist sehr wichtig und entscheidend der Ausbau des Fernwärmenetzes, weil der Hausbrand einen nicht unmaßgeblichen Anteil an der Luftverschmutzung hat, und zwar im Durchschnitt etwa 10 Prozent. Das sind also doch beachtliche Ziffern, vor allem dort, wo wir an sich hohe Grundbelastungen haben. Das ist beispielsweise im Köflach-Voitsberger Raum durch die Deputatkohle, die ganz sicher mit dazu beiträgt. Der deutsche Innenminister Zimmermann hat kürzlich den Vorschlag gemacht, um dieses Problem in den Griff zu bekommen, sogenannte Schornsteinkatalysatoren vorzuschreiben, jedem Haus einen Schornsteinkatalysator zu verpassen, der mehr oder minder auch die Abgase des Hausbrandes reinigt. Ich weiß nicht, ob das möglich ist, aber eines ist sicher, daß das Problem nur mit vielen Maßnahmen gemeinsam lösbar ist. Und dazu zählt sicherlich auch die konsequente Durchführung

der 2. Dampfkesselmissionsverordnung beziehungsweise einer dritten, die in Vorbereitung ist, mit entsprechender Abgasreinigung, um zu besseren Grundwerten zu kommen.

Zum Zweiten, zum Wasser: Meine Damen und Herren! Ich glaube, daß die Situation beim Wasser insofern noch dramatischer ist, weil das Problem eher verdeckt, aber trotzdem tiefgreifender und schwieriger zu lösen ist. Das Luftproblem kann ich vielleicht eher in den Griff bekommen, wenn ich die entsprechenden Maßnahmen mit Abgasreinigung und Katalysatoren und so weiter löse. Hier zeichnen sich Lösungen ab, beim Wasser sieht die Situation noch viel, viel schwieriger aus. Alle guten Ansätze, ich möchte durchaus nennen auch beispielsweise die Initiative „Murjahr 1974“, die von der sozialistischen Fraktion erwähnt worden ist, bleiben dann immer noch eine Deklamation oder eine gutgemeinte Erklärung. Wenn man sich zehn Jahre später die Mur ansieht, muß man sagen, sehr viel besser ist sie nicht geworden, obwohl viele Anstrengungen unternommen worden sind. Wenn man sich jetzt die ganze Belastung durch die Papierindustrie ansieht, hat man das Gefühl, daß sich gar nichts verändert hat. Nun, ich glaube, erstmals ist uns überhaupt erst voll bewußt geworden am Drama Gössendorf, wie es wirklich aussieht, und daß Gössendorf eigentlich nur die Spitze vom Eisberg war. Wir wissen inzwischen auch, daß der saure Regen letztendlich wiederum im Boden landet und auch dazu beiträgt, daß fast jeder von uns, meine Damen und Herren, kräftig an dieser Gefährdung des Grundwassers mitwirkt, ob es jetzt der Häuslbauer ist mit der „eleganten“ steirischen Lösung, „Abwasserbeseitigung auf steirisch“, mit den Bierflaschen, einbetoniert in den Sammelgruben, und die dann sozusagen geöffnet wird, wenn die Kommission vorbei ist. Wir kennen das, es ist ja nur ein Kavaliersdelikt, was macht das schließlich aus! In der Masse macht es sehr viel aus. Jeder von uns trägt im Haushalt zur Phosphatbelastung des Grundwassers durch die verschiedenen Reinigungsmittel, die da alle am Markt sind, meine Damen und Herren, bei. Das ist alles schwierig genug. Oder überhaupt das ganze Problem chlorierte Kohlenwasserstoffe, die zum Teil über die Industrieabwässer, Klärschlamm und so weiter in den Grund und Boden und dann in das Wasser hineinkommen. Das sind Dinge, die ungleich schwieriger zu lösen sind, weil sie so vielfältig sind und in jeden Bereich unseres Lebens hineinwirken, so daß sich eigentlich jeder ändern und mitwirken müßte, um eine Verbesserung herbeizuführen.

Auch zum Problem Landwirtschaft sollten wir die Augen nicht verschließen. Auch hier gibt es bei unsachgemäßer Anwendung Schwierigkeiten. Ich möchte ein Thema nennen, das heute vom Kollegen Mag. Rader angeschnitten worden ist, diese Mülldeponien, der im Boden eingegrabene Müll. Meine Damen und Herren, ich habe mich informiert. Es ist wirklich so, daß nach einer Erhebung der Fachabteilung I a, die im Jahre 1975 bereits durchgeführt worden ist, in der Steiermark sage und schreibe 422 ungeordnete Mülldeponien festgestellt wurden, 422 ungeordnete Mülldeponien, die irgendwo angelegt worden sind, wo gerade ein Graben war, den man zugeschüttet hat, oder, was noch schlimmer ist, wo eine Schottergrube ausgebaggert wurde. Das ist ziemlich das Schlimmste,

was es gibt, weil es mehr oder minder wie ein Sog direkt ins Grundwasser hinein wirkt. Das sind Probleme, die in der vollen Dimension überhaupt erst jetzt allmählich erkannt werden. Sicher, inzwischen ist, ohne sehr viel zu reden, viel geschehen. Nach der letzten Erhebung, die also jetzt am Anfang des heurigen Jahres durchgeführt worden ist, sind von diesen 422 ungeordneten Deponien inzwischen 381 geschlossen worden, so daß es nur mehr 41 gibt, die mehr oder minder Problemfälle sind. Von diesen 41 sind auf jeden Fall dringend zu sanieren 10 bis 14. Diese sind eine gefährliche Belastung für das Grundwasser, weil sie im Einzugsbereich oder im Nahbereich von Grundwasserbeständen liegen. Das ist zum Beispiel eine dieser großen Umweltaufgaben, die wir in den nächsten Jahren lösen müssen, die Sanierung dieser Fremdkörper. Meine Damen und Herren, vielleicht wird uns das Problem überhaupt erst bewußt, wenn man die Wirkzeit solcher Mülldeponien kennt. Das sind im Schnitt 100 bis 200 Jahre, wo sie ihre Säfte in das Grundwasser abgeben. Meine Damen und Herren, es ist in der letzten Zeit ein Spezialproblem auch in der Zeitung gekommen, es waren Meldungen über die Nitratbelastung des Grundwassers. Es sind dort Ziffern genannt worden von 75 Milligramm Nitraten in Grundwasserbeständen des steirischen Grundwasserreservoirs Grazerfeld. Ich habe mich auch in dieser Frage genau informiert. Die Ziffern stimmen leider. Ich habe mir auch hier Unterlagen geben lassen. Warum ist das Nitrat überhaupt ein Problem, meine Damen und Herren, warum ist es im Wasser ein Problem? Vielleicht muß man das auch ganz kurz sagen, das Wort „Nitrat“ sagt vielen nichts. Das Nitrat selbst ist nicht einmal so dramatisch, es ist eine Zwischenstufe, das sogenannte Nitrit. Das Nitrat ist das NO_3 , und das Nitrit ist das NO_2 . Das Nitrit entsteht im Rahmen dieser Umsetzungsprozesse im Boden oder dort, wo Stickstoff aus organischer Substanz abgebaut wird. Das Nitrit ist deshalb so problematisch, weil es auch in sehr geringen Mengen dazu beiträgt, daß das zweiwertige Eisen des Hämoglobins in dreiwertiges Eisen umgewandelt wird, und dieses Eisen ist dann nicht mehr in der Lage, den Sauerstoff für die Versorgung der Zellen aufzunehmen, und es kommt dann praktisch zu einem Absterben der Zellen durch Sauerstoffmangel. Besonders anfällig in dieser Richtung sind vor allem die Kleinkinder. Kleinkinder deshalb, weil sie einen relativ hohen Anteil der Sonderform des Hämoglobins haben, das besonders stark reagiert auf diesen Prozeß. Daher haben wir heute bereits die Empfehlungen, unter keinen Umständen nitratbelastetes Wasser für Kleinkinder zu verwenden. Ein zweiter Gefährdungspunkt ist, daß die Nitrite mit Amiden, das sind Eiweißbaustoffe, mit bestimmten Formen unter bestimmten Voraussetzungen die sogenannten Nitrosamine bilden, das sind wiederum nachgewiesenermaßen hoch krebserregende Stoffe. Meine Damen und Herren, die Grenzbelastungen in diesem Fall sind von der Weltgesundheitsorganisation festgelegt, wobei man insgesamt eines sagen muß, daß die Grenzwerte im Laufe der letzten Jahrzehnte hinaufgesetzt worden sind, aber nicht deshalb, weil man erkannt hat, daß es weniger gefährlich ist, sondern weil man sonst große Probleme gehabt hätte mit der Trinkwasserversorgung. Vieles hätte gar nicht mehr als Trinkwasser verwendet werden dürfen. Die Weltgesundheitsorganisation emp-

fehlt daher, unter keinen Umständen die Grenzwerte von 100 Milligramm zu überschreiten und auf jeden Fall bei Trinkwasserversorgungsanlagen die 50 Milligramm Nitrat einzuhalten. Das sind auch die Normen, die bisher der Önorm zugrunde gelegt wurden, aber die Situation ändert sich insoweit, als die EG jetzt die Richtwerte und die Grenzwerte heruntergesetzt hat. Nach den neuen EG-Richtlinien, die auch in den Nachbarländern eingeführt werden, sind als Grenzwerte nur mehr die 50 Milligramm erlaubt und als Empfehlung die 25 Milligramm. Wenn man sich jetzt auch die Frage stellt, wie schaut es dann aus, meine Damen und Herren, ich habe da einige Schaubilder vorbereitet, ganz kurz nur, dann muß man folgendes sagen: Das sind natürlich nur Momentaufnahmen, es sind Untersuchungen, die von der Fachabteilung I durchgeführt worden sind in einigen Wassereinzugsbereichen. Ich habe hier vier Säulen aufgetragen, wobei die grüne Säule die gesunden Wasserbestände, bis zu 25 Milligramm Nitrat, sind, dann kommen die leicht grünen bis zu 50, und dann jenseits des roten Striches sind die Werte über 50, wobei die erste Kolonne rosa bis 75 und rot dann bis 100 ist. So haben wie zum Beispiel im südsteirischen Raum, im unteren Murtal, noch eine relativ gute Situation, Gott sei Dank. Hier haben wir den größten Teil der Proben, die dort gezogen worden sind, in der günstigsten Kategorie, und nur 3 Prozent der Proben haben die 50 Milligramm überschritten, die jetzt noch toleriert werden. Etwas ungünstiger schaut es schon im Leibnitzer Feld aus. Hier sind 29 Prozent die günstigste Klasse, 58 Prozent immerhin auch noch in der problemloseren, aber da ist der Nitratanteil der Proben mit 50 bis 75 Prozent bereits um 11 Prozent größer. Hier haben wir schon 2 Prozent zwischen 75 und 100, 2 Prozent der Proben in einem eher sehr ungünstigen Bereich. Im Grazer Feld, die Proben stammen aus Grambach und Fernitz, hat sich die Situation in ungünstige Richtung verschoben, die Säule Nummer 2 zwischen 25 und 50 umfaßt 60 Prozent, und hier ist der Anteil der Klasse über 50 Milligramm bereits bei 20 beziehungsweise mit 6 Prozent bei der ungünstigsten mit 75 bis 50 Milligramm. Die Werte in Haslach/Stocking, also südlich von Wildon, sind noch ungünstiger, ich brauche Ihnen nur das Bild zu zeigen, hier rosa und rot, wir sind schon mit mehr als der Hälfte im Bereiche der Belastungsgrenzen über 50 Milligramm. Erwartungsgemäß am schlimmsten sind die Werte am Köglerweg in Graz. Meßdatum vom 12. Jänner 1984, hier sind 86 Prozent der gemessenen Proben in der Klasse zwischen 50 und 75 Milligramm Nitrat. Das ist nicht mehr trinkbar. Das ist bereits ein Wasser, das nicht mehr verwendet werden kann. Wie es sein könnte, bitte, meine Damen und Herren, das zeigt dieses Bild vom Hochschwab-Süd, das ist Tragödie. Ihr habt noch ein gutes Wasser oben, hier sind 100 Prozent der Proben in der Klasse von 0 bis 25 Milligramm.

Meine Damen und Herren, ich glaube, man soll diese Zahlen insoweit nicht verabsolutieren, als sie Momentaufnahmen darstellen und ganz sicher eines auch festzuhalten ist, daß der Nitratspiegel jahreszeitlich sehr stark schwankt, erfahrungsgemäß am größten ist in den Wintermonaten, also November, Dezember, Jänner, Februar, und relativ am geringsten ist in den übrigen Zeiten. Man kann sich sicher die Frage stellen, woher kommen diese relativ hohen Nitratwerte. Hier

gibt es sicherlich eine Reihe von Faktoren, die dazu beitragen. Das sind ganz sicher die Belastungen beispielsweise durch die Mülldeponien, das zeigt uns ja das Beispiel Köglerweg, das sind sicherlich auch die Belastungen, die aus verschmutzten Flüssen herrühren, aus nicht intakten Abwasseranlagen, also undichten Kanälen, nicht ordentlich ausgeführten Sammelgruben und dergleichen und sicherlich auch unter bestimmten Voraussetzungen aus der Landwirtschaft. Ich glaube, das sollte man auch nicht übersehen, wobei ganz sicher falsch wäre zu verallgemeinern, was immer wieder geschieht, und ich möchte das doch klar sagen. Es gibt eine Reihe von sehr guten Arbeiten, unter anderem auch von Univ.-Prof. Kämmerling, einer der Wasserpässe Österreichs, speziell zu diesem Thema, wo er nachweist, daß die Düngung, auch die Stickstoffdüngung, an sich kein Problem ist, wenn das ganze Jahr die Vegetation auf dem Boden ist, also bei geschlossener Pflanzendecke, auch dann kein Problem, wenn der Stickstoff, der gedüngt wird oder auch in sehr großen Mengen aus dem Abbau von organischer Substanz anfällt am Boden, also dort, wo nicht gedüngt wird, wenn er wieder sozusagen aufgebraucht wird. Ein Problem kann es dort werden, wo einseitig oder falsch gedüngt wird, bei bestimmten Fruchtfolgesystemen oder bei Nichteinhalten bestimmter Fruchtfolgen. Beispielsweise in sandigen Böden mit einem hohen Sickerwasseranteil, wo ununterbrochen vielleicht Mais gebaut wird und der Stickstoffdünger nicht von Zeit zu Zeit in Dosen gegeben wird, wenn er benötigt wird, das ist etwa Anfang Juni, sondern einfach kopflos, etwa im Herbst – das geschieht ohnedies nicht mehr – oder im Frühjahr, wo er nicht so stark beansprucht werden kann. Man muß das sagen, weil gerade in der Nitratfrage vielfach die Landwirtschaft als Sündenbock hingestellt wird, was einfach nicht stimmt, als Wasserverschmutzer. Durchaus ist aber eines richtig, daß bei falscher Anwendung von Stickstoffdüngung, bei falschen Fruchtfolgesystemen oder bei hohen Belastungen beispielsweise über die Mineraldüngung zur falschen Zeit durchaus eine Nitratbelastung aus der Landwirtschaft kommen kann. Das wird sicher eine Aufgabe sein, der sich auch die Landwirtschaft selbst stellen wird und, soviel ich weiß, ja auch schon stellt. Ich habe gerade in meinem Schulbereich einen sehr tüchtigen Mitarbeiter, den Ihnen sicher bekannten Prof. Deutsch, der gerade in diese Richtung hin sehr viele Versuche gemacht und den klaren Nachweis geliefert hat, daß dort, wo Düngung richtig eingesetzt wird, überhaupt kein Problem für das Bodenwasser besteht. Ich glaube, daß man trotzdem in jenen Gebieten, in denen eigentlich die zukünftigen Grundwasserreserven liegen, mit sehr viel Behutsamkeit an dieses Thema herangehen wird und über die Beratung die Landwirte sehr gezielt in die entsprechende Richtung hin beeinflusst.

Aber ich sage noch etwas ganz zum Schluß. Ich glaube, daß das Problem der Schottergruben mindestens so dramatisch ist, wenn ich den Grazer Raum ansehe und das Leibnitzer Feld, die eigentlich Hoffungsgebiete für das Grundwasser oder überhaupt unsere Grundwassergebiete sind. Wenn es uns hier nicht gelingt, dieses Problem Schottergruben bald und gezielt in den Griff zu bekommen, dann ist von dort her ebenfalls eine beachtliche Gefährdung unseres Grundwassers gegeben. Ich komme schon zum Schluß.

Meine Damen und Herren, ich glaube, daß wir insofern vor einer Weichenstellung sind, als wir auf drei Säulen aufbauend eine sehr gezielte Umweltpolitik werden machen müssen. Erstens mit einem Umweltschutzgesetz, und das wird demnächst dem Landtag vorliegen, wo wir auch starke gesetzliche Grundlagen schaffen können; zweitens mit einer Zusammenführung der Kompetenzen in Form eines Umweltlandesrates, der dann zuständig ist. Ich beneide keinen um diese Aufgabe, aber es ist sicherlich eine Schlüsselstelle der Politik, und drittens mit dem Umweltfonds, mit seinen 100 Millionen, der jetzt eingerichtet wird. Ich glaube, wenn man diese drei Instrumente einsetzt, gezielt einsetzt, bin ich überzeugt, daß wir auch diese Probleme, die sehr groß sind, und man sollte sie nicht unterschätzen, in den Griff bekommen können. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.)

Präsident Zdarsky: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Tschernitz. Ich erteile es ihm.

Abg. Tschernitz: Frau Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Nach diesem sicherlich sehr inhaltsreichen Vortrag des Herrn Abgeordneten Dipl.-Ing. Schaller vielleicht zu zwei anderen Punkten, obwohl es mich sicherlich auch sehr reizen würde, gerade im Rahmen des Landschafts- und Umweltschutzes auch dazu etwas zu sagen. Ich bin dem Herrn Abgeordneten Brandl sehr dankbar, daß er gerade diese für uns im Bezirk Liezen so entscheidenden Straßenprobleme mit angeschnitten hat, und ich möchte wirklich auch hier von meiner Warte aus sagen, daß es ein dringendes Problem ist und vielleicht vor allen Dingen eben an den Herrn Abgeordneten Dipl.-Ing. Schaller und an den Herrn Landeshauptmann wirklich das dringende Ersuchen richten, endlich eine endgültige Entscheidung in dieser Frage der Weiterführung der Straße von der Umfahrung Stainach bis Liezen zu treffen. Ich möchte aber vielleicht zu zwei anderen Punkten kurz Stellung nehmen, die eigentlich gestern schon angesprochen wurden vom Abgeordneten Dipl.-Ing. Schaller, und vor allen Dingen hat der Abgeordnete Kanduth sehr eindeutig dazu Stellung genommen, weil auch die zuständigen Herren, glaube ich, gestern in der Zuschauerkulisse gewesen sind. Ich glaube aber, daß diese beiden Punkte eigentlich gerade in die Gruppe 5 gehören. Das sind die Notfallmedizin und jene Frage, die gestern hier bereits zur Diskussion gestanden ist. Es ist der Hubschrauberrettungsdienst. Und wenn die sozialistischen Abgeordneten in diesem Hohen Haus vor einigen Wochen einen Antrag eingebracht haben, betreffend die Verbesserung der Notfallmedizin, dann, glaube ich, kann man dem wirklich besondere Bedeutung beimessen. Es sind einige Veranstaltungen, die in der letzten Zeit sehr deutlich auf diese dringenden Erfordernisse auf diesem Gebiet hingewiesen haben und dies auch bestätigt haben. Die Steiermark, eigentlich ein Land des Tourismus, des Durchzugsverkehrs mit der sogenannten Gastarbeiterroute, ihren Industriezentren, die sie ja hat, und auf der anderen Seite natürlich auch mit dieser herrlichen Bergwelt mit vielen alpinen Möglichkeiten, braucht natürlicherweise ein modernes Rettungswesen mit allen erforderlichen notfallmedizinischen Geräten und sicherlich auch einen gut funktionierenden Hubschrauberret-

tungsdienst. Und gerade in diesen Tagen gibt es viele Symposien und Tagungen, die sich mit diesen Fragen der Notfallversorgung beschäftigen, um für die Menschen eine unverzügliche Hilfeleistung nach einem Unfall, nach einer akuten Erkrankung, nach einer Vergiftung oder einer lebensbedrohlichen Störung zu gewährleisten; Abwenden einer Lebensgefahr von Menschen durch lebensrettende Maßnahmen oder Befreiung aus einer lebensbedrohlichen Lage. Dafür – glaube ich – brauchen wir eine klare Koordination und Kooperation aller Verantwortlichen. Die Steiermärkische Landesregierung, die Ärztekammer, die Krankenversicherungsträger und natürlich auch alle Rettungsorganisationen sind dafür zuständig. Ich glaube, daß wir hier in diesem Hohen Haus die materiellen und finanziellen Voraussetzungen schaffen müssen, um diese notfallmedizinischen Geräte und Ausbildungsmöglichkeiten der Organisationen zu gewährleisten. Und es ist sehr interessant, wenn 1872 bereits das erste Mal dieser Gedanke einer präklinischen Notfallversorgung von Patienten in Graz eigentlich geboren wurde. Hier müßte man also sagen, heute, nach 112 Jahren, im Zeitalter der technischen Entwicklung müssen wir feststellen, daß es mit dieser Notfallmedizin eigentlich nicht so gut bestellt ist, wie wir uns dies wünschen müßten. Es fehlt an Notarztwagen, zum Teil natürlich auch an der Ausbildung des Personals und der Ärzte, wobei ich glaube, daß das eine rein organisatorische Frage ist, weil ja der Arzt im Dienst ist und sicherlich hier mit einer Ausbildung als Notarzt jederzeit zur Verfügung stehen würde. Was ich aber besonders bedauerlich finde, und das hat gestern der Abgeordnete Kanduth hier in diesem Hohen Haus sehr klar zum Ausdruck gebracht, ist, daß eigentlich im Rettungswesen als weißer Fleck auf dieser Hubschrauberlandkarte immer noch die Steiermark aufscheint. Und es ist ja auch gestern zum Ausdruck gebracht worden, daß wir mit dem Österreichischen Bundesheer, der Hubschrauberstaffel Aigen im Ennstal, ein hervorragend geschultes Personal zur Verfügung haben, hervorragende Hubschrauberpiloten, die sich eigentlich tausendfach bei schwierigsten Einsätzen für in Not geratene Menschen, sei es bei Verkehrsunfällen, vor allem aber bei alpinen Einsätzen, bestens bewährt haben. Der Einsatz der Hubschrauber zum Rettungsdienst hat sich gerade in unserer Region, ich möchte sagen, bestens seit Jahren bewährt und hat sich auch einen ganz besonderen Namen gemacht. Wir möchten hier wirklich alle Verantwortlichen ersuchen, und der Herr Landeshauptmann hat ja gestern schon dazu Stellung genommen, aber ich möchte das auch von meiner Warte aus bekräftigen, daß jene Kooperation mit dem Österreichischen Bundesheer hergestellt wird, um vielleicht doch 1985 eine effizientere Lösung in der Steiermark herbeizuführen. Wenn wir bedenken, daß eine Pilotstudie der Allgemeinen Unfallversicherungsanstalt in Salzburg beweist, daß nur innerhalb eines Jahres allein im Bundesland Salzburg 130 Menschen einen Unfall ohne Hubschrauberhilfe kaum überlebt hätten. Das ist in der Statistik bereits nachgewiesen. Ich glaube, allein diese Zahl aus nur einem Bundesland zeigt uns schon, wie notwendig der Einsatz eines Rettungshubschraubers ist und wieviel Leid und Elend dadurch verhindert werden können. Der Abgeordnete Kanduth hat ja gestern auch auf das Bundesheer in der Steiermark bereits hingewiesen, das

in 375 Flugstunden 740 oder 748 Personen rettete. Wir sozialistischen Abgeordneten dieses Hauses ersuchen und verlangen deshalb, daß man gerade diesen Ansätzen im Budget besondere Bedeutung beimißt, vor allem diesem Ärztenotdienst, und daß man diesem Budgetposten und dem Rettungsflugwesen besondere Priorität einräumt, daß aber auch Voraussetzungen geschaffen werden, daß im Rahmen dieser Koordination mit dem Innenministerium, wie es gestern schon gesagt wurde, und dem Österreichischen Bundesheer – das vielleicht als konkretes Ersuchen von uns – zwei solche Stützpunkte in der Steiermark errichtet werden sollen; einer eben hier in der Landeshauptstadt Graz und der zweite in Aigen im Ennstal. Ich glaube, daß es gerade dort sehr erfahrenes Personal gibt bei den Bergungsaktionen im Hochgebirge, weil dem Österreichischen Bundesheer vor allen Dingen der Umgang mit den technischen Geräten, mit den Seilwinden und so weiter möglich ist. Darum glaube ich, daß wir diese Voraussetzungen schaffen müssen, um eben auch mit dem Österreichischen Bergrettungsdienst jenen Einklang herzustellen und eben zu versuchen, den in Not geratenen Menschen jene Hilfe, die sie brauchen und die von einer gut funktionierenden Organisation sicherlich auch erwartet werden kann, zu gewähren, damit auch jener weiße Fleck, den die Steiermark auf dieser Hubschrauberlandkarte einnimmt, doch für immer beseitigt werden kann. Dieses Ersuchen richte ich auch an den Herrn Landeshauptmann, daß hier diese Vorkehrungen getroffen werden. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP.)

Präsident Zdarsky: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Pörtl das Wort.

Abg. Pörtl: Frau Präsident, meine Damen und Herren!

Ich möchte in aller Kürze auch aus der Sicht der Landwirtschaft zu den Fragen der Umwelt Stellung nehmen und möchte grundsätzlich sagen, daß wir mitten drinnen stehen, daß die Umwelt und alles, was wir in der Landwirtschaft nebenbei mitproduzieren, vom Nebenprodukt langsam zum Hauptprodukt wird. Es gibt die pauschale Meinung, weil wir heute auch in einer Zeit leben, daß eine gute Nachricht eine schlechte ist und auch umgekehrt, wo gesagt wird, wie der Abgeordnete Dipl.-Ing. Schaller ausgeführt hat, daß die Landwirtschaft den Boden gefährdet, das Grundwasser gefährdet, daß letzten Endes auch die Kulturlandschaft durch die Bewirtschaftung gefährdet ist. Meine Damen und Herren, wir sehen die ganze Problematik der Intensivierung, vor allem das Verlustigwerden einer geordneten Fruchtfolge, wie das die Dreifelderwirtschaft ist, aber wir sehen auch die Fakten, wie es tatsächlich aussieht. Ich möchte das auf das engste beschränken, was möglich ist. Durch eine intensive Bewirtschaftung, durch die Nutzung des Wirtschaftsdüngers haben wir einen höheren Humusgehalt in unseren Böden. Wir haben eine genaue und systematische Untersuchung bezüglich der Düngung, weil es auch wirtschaftlich nicht richtig ist und letzten Endes auch die Konsumenten den erhöhten Einsatz von Düngemitteln und von chemischen Pflanzenschutzmitteln letzten Endes durchaus nicht wollen. Wenn zum Beispiel der Staatssekretär Muhrer sagt,

weil das Waldsterben tatsächlich akut und durchaus nicht zu bagatellisieren ist, daß damit automatisch der Boden auch tot sein muß, dann möchte ich dazu wirklich einige Dinge sagen. Solange noch die Champignons wachsen (Abg. Preamsberger: „Und die Pilze wachsen!“) und solange ein dynamisches Bodenleben spürbar ist, ist der Boden noch nicht tot. Wir machen vor allem deshalb Meliorationen, um die Durchlüftung des Bodens zu fördern. In unseren landwirtschaftlichen Schulen ist ein sehr dynamisches verstärktes Bemühen, diese ökologischen Kreisläufe wieder neu zu beleben, weil sicherlich durch die Vereinfachung manche Dinge verlorengehen könnten. Meine Damen und Herren, ich glaube, vor allem muß man auch die andere Seite sehen. Es wird uns vorgeworfen, daß wir das Wasser ableiten und kanalisieren. Ja, meine Damen und Herren, wir wissen sehr genau, daß bei Gewitterregen eine vernäßte Fläche keine Chance hat, große Mengen Wasser aufzunehmen, und unsere Meliorationen haben die Aufgabe, diese Kapillarkraft, dieses Haarröhrchensystem und diese Bodenbelüftung zu steigern. Auch das muß man zu dieser Zeit sagen. Aber noch eine Ausführung, weil wir die Probleme mit der Fruchtfolge haben. Auch aus diesem Grund sind wir überzeugt, daß wir eine weitere attraktive Fruchtfolge brauchen in unseren Ackerbaugebieten, und das wäre der Rapsanbau, das wäre dieses Bioenergiespritprojekt. Meine Damen und Herren, auch eine zusätzliche Maßnahme.

Vielleicht noch einen Gedankengang, wie wir versuchen, die Dinge selbst in die Hand zu nehmen. Es wurde umfassend probiert zum Beispiel mit einem vermehrten Bemühen, daß wir unsere Hackfrüchte tatsächlich hacken, wir haben das aber auch wahrgenommen, daß bei Steifflächen auch die umgekehrte Folge eintreten kann, daß die Abschwemmungen wesentlich stärker werden, und auch bei den chemischen Mitteln gibt es eine sehr dynamische Entwicklung. Wir haben den integrierten Pflanzenschutz, und vielleicht zur Aufheiterung folgendes: Man versucht zum Beispiel, durch Verwirrung mit Duftstoffen das Männchen zu behindern, daß es das Weibchen findet. Das ist zum Beispiel beim Apfelwickler möglich; eine raffinierte Geschichte, die aber funktioniert. Weil sie keine Sprache wie wir zur Liebeserklärung haben, gibt es also Duftstoffe.

Das ist zwar unfair, aber bitte, die Natur hat uns den Verstand gegeben, auch die Natur mit der Natur zu überlisten. Ich bin durchaus nicht bereit, auf andere Lebewesen dieser Welt das umzulegen. Im politischen Bereich passiert es trotzdem, daß manchmal mit der Verwirrungstaktik agiert wird. (Landesrat Gerhard Heidinger: „Chat noir!“) Meine Damen und Herren, zum Beispiel die Problematik beim ganzen Warnendienst; ich will das gar nicht auf Grund der gebotenen Kürze sozusagen ausführen. Wir haben versucht, in Hartberg zum Beispiel den Maiszünsler mit der Zerstörwespe, mit der Raupe, die den Maiszünsler dann auffrißt, zu bekämpfen. Wir haben geplant gehabt, daß am 8. Juli der Maiszünsler auftauchen wird, auf Grund der Witterungsverhältnisse, die Raupen waren fertig, ist der Maiszünsler nicht gekommen. Jetzt haben wir am 25. noch einmal schnell versucht, daß die Raupen wachsen. Es war ein Zufall, daß es gelungen ist. Ich sage nur, daß diese biologischen Mittel leider nicht so

handelsfähig sind. Genau das gleiche bei den Marienkäfern. Das sind die Blattläuseverzehrer, und wir haben einige Beispiele, bei Tabakkulturen, wenn wir dort die Marienkäfer sehen, empfehlen zuständige Pflanzenbauleute bereits keine Spritzung mehr. Ähnlich beim Rapsglanzkäfer. Wenn die Blüte kommt, keine Spritzung mehr. Meine Damen und Herren, ich sage das vor allem deshalb, weil dort ernsthafteste Bemühungen da sind.

Abschließend vielleicht noch eine Feststellung, wo Sie sagen werden, jetzt ist der Beschwichtigungshofrat perfekt. Es gibt also die allgemeine Hysterie in bezug auf Gift. Ich habe vor kurzem eine Untersuchung in die Hände bekommen, wo zum Beispiel ein amerikanischer Wissenschaftler vor allem bezüglich der Krebsentwicklung ein System entwickelt hat, um die Krebszellenentwicklung zu forcieren, und er hat ausgesagt, daß wir das Tausend- bis Fünftausendfache an Nahrungsmitteln zu uns nehmen müßten, damit wir das an Schadstoffen erreichen, was wir durch die natürlichen Gifte in den Nahrungsmitteln zu uns nehmen. Denken wir an den Alkohol, denken wir an das Nikotin, denken wir an das Koffein im Tee und Kaffee. (Abg. Prensberger: „Eine Zwischenbemerkung. Ein Viertel Wein!“) Ich sage aber jetzt gleich etwas dazu: In diesen Nahrungsmitteln sind auch die Naturkräfte, welche alles wieder stabilisieren, und vor allem auch die Gefühle werden aktiviert – wie heute schon einmal gesagt worden ist –, daß die Aufregung für den Kreislauf so gut ist, so gut kann sicherlich auch ein Glas Wein sein.

Abschließend, ich hätte noch sehr viel dazu zu sagen, meine Damen und Herren, ich nehme mich zusammen. Ich möchte nur sagen, daß sicherlich eine gesunde Landwirtschaft, meine Damen und Herren, nicht nur in der Frage der Energie, nicht nur in der Frage der Ernährungsproduktion, unterschätzen wir das nicht, wir haben nach wie vor den Welthunger auf dieser Erde, sondern vor allem auch im Bereich des Umwelt- und Naturschutzes wahrscheinlich die allerbeste Form ist, daß wir unsere natürlichen Lebensbedingungen erhalten. Ich glaube vor allem, daß man das auch bei dieser Diskussion Umwelt nicht vergessen sollte. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.)

Präsident Zdarsky: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Zellnig. Ich erteile es ihm.

Abg. Zellnig: Frau Präsident! Geschätzte Damen und Herren! Hohes Haus!

Ich wollte heute über das Waldsterben sehr ausführlich sprechen. Da aber Kollege Dipl.-Ing. Schaller hier sehr intensiv über die Umweltschädigung gesprochen hat, will ich bezüglich der Waldschäden eigentlich nur darüber sprechen, welche Schäden der Wald naturbedingt oder durch die Waldbewirtschaftung aufweist, sehr geehrte Damen und Herren. Naturbedingt weist der Wald Schäden auf in einer Größenordnung von 15,5 Prozent des Holzvorrates im Wirtschaftswald. Diese Schädigung entsteht durch Feuer, durch Blitz, Ziesel, Druck- oder Bruchschäden. Der Mensch verursacht Schäden im Wald durch die Bearbeitung, also durch die Rückung oder mechanische Holzernte, wie zum Beispiel die Seilwinde und andere Rückungs- und Schlägerungsgeräte. Diese Schäden sind in der Steier-

mark seit neuesten Erhebungen mit 5,9 Prozent etwa gleich groß – und auf das möchte ich ganz besonders hinweisen – wie der Wildschaden durch das Schälen von Rotwild. Aber weit beachtenswerter ist der Verbißschaden, sehr geehrte Damen und Herren. Bei 57 Prozent der Jungflächen sind diese Schäden festzustellen. Bei fast 30 Prozent aller Jungflächen sind mehr als 50 Prozent der Jungbäume durch Verbiß geschädigt. Die Tanne kann sich nicht mehr verjüngen, dadurch verliert der steirische Wald seine natürliche Mischungsvielfalt, in dem sich die Buche und Ahorn kaum mehr entwickeln können. Durch den Todverbiß dieser Baumarten wird das Öko-System verarmt, indem sich die Kraut- und Strauchgeneration im Wald verbreitet. Der dadurch in Österreich entstehende ökonomische Schaden für die Waldbesitzer wird auf 3 bis 4 Milliarden Schilling unter Mitberücksichtigung der höheren Wertschöpfung der Holzindustrie geschätzt. Da die Jagd Landessache ist, fordere ich die zuständige Abteilung auf, im Interesse des steirischen Waldes in bezug auf Wildschaden in den steirischen Wäldern Gegenmaßnahmen einzuleiten. Die Novellierung des Jagdgesetzes, das zur Zeit zur Diskussion steht, bietet hier wirklich eine Möglichkeit. Als Modell, sehr geehrte Damen und Herren, könnte Kärnten gelten, das einen Vertrag gemäß Artikel 15 a abgeschlossen hat, um das ausgewogene Verhältnis von Wald und Wild zu sichern. Natürlich sind die wirtschaftlichen Verluste durch Immissionen besonders groß. Besonders leidet darunter der Kleinwaldbesitzer der bergbäuerlichen Regionen. Sehr geehrte Damen und Herren! Der Schaden, der daraus entsteht, wird mit rund einer Million von den Verursachern – und hier ist es schwierig, das festzustellen – entschädigt. Die geschätzten Schäden liegen aber bei weit über 200 Millionen. Natürlich ist Entschädigung notwendig, wenn der Verursacher festgestellt wird. Aber, sehr geehrte Damen und Herren, der Ruf nur nach Geld würde für mich als Kleinwaldbesitzer bedeuten, daß ich meinen Wald und mit ihm die Zukunft, ja sogar die Existenz meiner Kinder vorzeitig verkaufen würde. Ich glaube, dies ist nicht der richtige Weg, zumal der Waldbesitzer durch den Einkauf von Betriebsmitteln sich seine Entschädigung zum Teil selbst bezahlen müßte, indem ein umweltfreundlich erzeugter Strom, ein umweltfreundlich erzeugter Traktor, andere land- und forstwirtschaftliche Betriebsmittel höhere Produktionskosten verursachen würden, welche natürlich auf den Verbraucherpreis umgelegt werden. Daher glaube ich, und hier möchte ich den Maßnahmenkatalog nicht aufzählen, der schon einige Male hier diskutiert oder bekanntgegeben worden ist, daß im Interesse der Waldbesitzer eine bessere Umwelt, ja sogar eine bedeutend bessere Umwelt von Vorteil ist. Hohes Haus, sehr geehrte Damen und Herren, wenn all diese Aktivitäten, die insbesondere vom Bund und von den Ländern gesetzt sind, in Angriff genommen werden, dann bin ich davon überzeugt, daß unsere Umwelt wieder besser werden wird. Unter der Voraussetzung, daß die Wissenschaft in der Lage ist, uns tatsächlich die einwandfreien Gutachten über die Schadstoffe zu liefern. Eine bessere Umwelt ist die Voraussetzung, daß unser Wald wachsen und gedeihen kann, um somit seine Funktion der Ökologie, der Ökonomie sowie der Erholung – um nur einige zu nennen – auch in Zukunft zu erfüllen. Der steirische Wald braucht diese

Sicherheit, damit die heute oder morgen ausgepflanzten grünen Bäume auch noch nach 40 und mehr Jahren wachsen und gedeihen können, im Interesse nicht nur der Waldbesitzer, sondern im Interesse der steirischen Menschen. Danke bestens! (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Zdarsky: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Ritzinger das Wort.

Abg. Ritzinger: Sehr geehrte Frau Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Der Abgeordnete Trampusch hat bei seiner Generalrede, die er gestern hier gehalten hat, mit viel Elan und Esprit hier auch über den Umweltschutz und über die Müllbeseitigung gesprochen. Ich habe mit viel Aufmerksamkeit seinen Ausführungen gelauscht und auch mit viel Aufmerksamkeit die „Neue Zeit“ gelesen und habe mir gedacht, was ist eigentlich in der Sozialistischen Partei der Steiermark passiert, die sich so als Umweltschutzpartei profilieren will und auf einmal die Flucht nach vorne antritt. (Abg. Preamberger: „Das ist nett, daß du uns dabei hilfst!“) Ich weiß nicht, ob mir das gelingt zu helfen. Aber jedenfalls, irgendein Grund muß es ja sein, wenn auf einmal so die Flucht nach vorne angetreten wird. Ich bin auch darauf gekommen, was es ist. Es ist nämlich der Umstand, daß gerade dort, wo die Sozialistische Partei in diesem Lande maßgebend regiert, in der Müllbeseitigung wenig geschehen ist oder geschieht. (Abg. Dr. Strenitz: „Dann soll der Landeshauptmann eine Müllverbrennung bauen lassen!“) Und jetzt ist das die beste Verteidigung. Meine Damen und Herren! Ich darf Ihnen ganz kurz die Kompetenzen der Müllbeseitigung in Erinnerung rufen. Jeder von uns weiß, daß Müllentsorgung eine reine Pflichtaufgabe der Gemeinden ist. (Abg. Dr. Strenitz: „Der Landeshauptmann weiß das sicher besser!“ – Landeshauptmann Dr. Krainer: „Ich melde mich zu diesem Thema!“ – Abg. Dr. Strenitz: „Wir bitten darum!“) Der Herr Landeshauptmann wird sicher dazu Stellung nehmen. Es ändert aber nichts an der Tatsache, daß für das Bauen und Errichten von Mülldeponien die Gemeinde oder die Gemeinden als Interessensvereinigung – (Abg. Dr. Strenitz: „Auf Grund des Müllbeseitigungsplanes das Land Steiermark!“ – Landeshauptmann Dr. Krainer: „Den Standort hat die Gemeinde zu beschließen!“) Jawohl. Standort, sehr richtig, hat die Gemeinde zu beschließen, bitte. In der Müllentsorgung, das Land kann nur Pläne verordnen. Und jetzt ist es ja, meine Damen und Herren – (Abg. Dr. Strenitz: „Wir wollen dem Herrn Landeshauptmann die Kompetenz nicht wegnehmen. Er hat sie ja!“) Sie wollten sie ihm aber auch gar nicht geben, das ist es ja. Sie wollten sich um das Problem herumschwindeln. Ich habe Verständnis, wenn man so einen Trouble hat, wie Sie ihn in der Stadt Graz haben, zuerst haben Sie einen neuen Stadtrat sozusagen gemacht, dann bringt der auch nichts zusammen. Jetzt geht nichts weiter. „Argumente“-Sendungen und was weiß ich was alles wurden gemacht, und jetzt geht nichts weiter. In der Müllbeseitigung, glaube ich, kann die Steiermark wirklich auf einen Erfolg pochen. Das, was der Herr Kollege Trampusch gesagt hat, widerlegt sich. Ich darf Ihnen einen Artikel vom 14. November 1984 vorlesen, da steht ausdrücklich drinnen, Lob für die Steiermark bitte. Die Steiermark in der Abfallbeseiti-

gung führend: Bei einer Alpen-Adria-Tagung in Laibach nannten Experten der Handelskammer, Regionalregierungen, Unternehmungen in der Steiermark von Privatfirmen ohne staatliche Subventionierung angebotene Lösungen zur Hausmüllbeseitigung, Wiederverwertung und Sonderabfallsammlung beispielgebend. (Abg. Preamberger: „Die wollen alles umsonst haben!“) Meine Damen und Herren, das allein ist ja auch schon ein Beweis. Ich möchte auf dieses Thema nicht weiter eingehen. Ich verstehe das. Auf der einen Seite hat die Stadt Graz einen Vertrag mit der VOEST, die VOEST kommt in Donawitz nicht weiter, der Herr Bürgermeister von Leoben und Donawitz wird wieder Spitzenkandidat, und jetzt weiß man nicht, wie man weiter soll. Man kann nicht ihm oder wem immer den Schwarzen Peter zuspielen (Abg. Preamberger: „Der bisherige Bürgermeister von Graz hat es auch nicht gelöst!“), daher sagt man der Landeshauptmann. (Abg. Dr. Strenitz: „Jawohl, Landeshauptmann und Bund werden es lösen!“) Herr Kollege Kirner, ich habe auch für Sie Verständnis und daher auch für die Rede des Herrn Kollegen Trampusch, aber jedenfalls möchte ich mit aller Deutlichkeit sagen, das Problem liegt bei Ihnen und nicht beim Land. (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Dr. Strenitz: „Herr Kollege, wir haben einen unverdächtigen Zeugen. Das sagt nicht irgendwer, daß die Kompetenz beim Land liegt, sondern das hat der Altlandeshauptmann Niederl festgestellt auf Grund des Gesetzes 1974!“) Aber, Herr Kollege, Sie kennen das Abfallbeseitigungsgesetz, lesen Sie dort den Paragraph 15 nach. Ist doch eindeutig festgelegt, daß das Land nur zuständig ist (Abg. Dr. Strenitz: „Für den Plan!“) für gewerberechtliche Belange, für die Genehmigung, für die Unterstützung bei der Planung und dann für die Entsorgung. Ich sage Ihnen ein Beispiel, im Bezirk Murau gibt es eine Hygienisierungsanlage. Vier Gemeinden sind nicht dabei. Es kann sie niemand zwingen, daß sie zum Bauen mitzahlen. Nur zur Entsorgung können sie gezwungen werden. Aber, meine Damen und Herren, ich habe Verständnis für Sie, aber dort, wo Sie eigentlich oder Ihre Parteifreunde in Wien wirklich das Sagen haben, nämlich bei der Sonderabfallentsorgung, dort geht ja im Prinzip nichts weiter, und dort ist das Problem. Heute fallen in Österreich 300 Tonnen an, davon sind 100 Tonnen an und für sich giftiger Müll. Was ist die Folge? Seit 1972 beispielsweise bemüht man sich in der Deutschen Bundesrepublik, dieses Problem zu lösen, aber man ist relativ weit. Sie haben im Jahre 1972 ein Umweltschutzministerium installiert, einen Minister dorthin gesetzt und erst 1983 das erste Gesetz für den Sonderabfall beschlossen, 1. Jänner 1984 in Kraft gesetzt, die Verordnung erst am 1. April 1984, und dort steht im Gesetz drinnen, sie sollten ein Konzept für Österreich vorlegen, und da haben Sie sich einen Terminplan bis 1985 gesetzt, und die Handelskammer und die Industrie sagen nicht umsonst, daß bis 1990 wahrscheinlich nichts geschieht. Was geschieht jetzt mit dem? Meine Damen und Herren, nicht nur, daß das Gesetz ein kleiner Pfusch ist, weil einige wesentliche Punkte fehlen.

Es ist Ihr eigenartiges Glück, und beim Sonderabfallgesetz sieht man es wieder ganz deutlich, daß Sie immer dann, wenn Sie Akzente besonderer Art setzen wollen, manchmal halt danebengreifen. Dort, wo Sie an und für sich die Privatinitiative wirken lassen sollten, nämlich vor allem im Wirtschaftsbereich, dort

wollen Sie nichts davon hören, und dort, wo es an und für sich erforderlich wäre, daß die öffentliche Hand, nämlich Bund, Land und Gemeinden, eingreift, wie beim Sonderabfall, dort überlassen Sie das der Privatinitiative. Ich sage Ihnen ein Beispiel. (Abg. Trampusch: „Umweltschutz ist eine unternehmerische Aufgabe. Die unangenehmen Sachen dürfen die Gemeinden machen!“) Herr Kollege Trampusch, ich habe nicht gesagt, daß die Privatinitiative nicht dabei sein soll, ich darf Ihnen ein Beispiel sagen. Der Herr Kollege Dipl.-Ing. Schaller hat das heute hier aufgezählt. Nehmen wir einen Joghurt-Becher her. Ein Joghurt-Becher wird in Sekunden erzeugt, in Minuten ausgelöffelt, und 25.000 Jahre braucht er unter Giftfreiwerdung, daß er überhaupt verrottet. (Abg. Preamberger: „In eurer Zeit hat es noch keinen Becher gegeben?“) Wir regieren schon 15 Jahre nicht mehr, Herr Kollege, und für alles sind wir noch zuständig. Wo sind wir denn? Aber, Herr Kollege, lassen Sie sich das doch ganz kurz sagen, und horchen Sie sich die Problematik an. Es ist heute so, wenn man einem Privaten allein meines Erachtens eine Sondermülldeponie genehmigt, und der geht in Konkurs oder vererbt das und kümmert sich nicht darum, wer schert sich nachher, wenn sozusagen das aus dem Privatbesitz, was immer, ausscheidet? Meines Erachtens muß unbedingt die öffentliche Hand dabei sein. Meine Damen und Herren, es würde den Rahmen der heutigen Budgetdebatte weitgehend überfordern, wollte man in die Tiefe dieser Problematik des Sondermülls einsteigen. Eines steht jedenfalls fest. In dieser Frage stehen die Zeichen der Zeit fünf vor zwölf. Es wäre zu überlegen, ob nicht in der Frage der Müllbeseitigung ein neuer Gedankengang einkehren soll. Nicht, daß wir uns jetzt vorwerfen, so wie gesagt wurde, der Herr Landeshauptmann ist für den Grazer Müll zuständig, wir sagen umgekehrt, letzten Endes für die Steiermark. Ich glaube, hier müßte es eine neue Zusammenarbeit geben unter dem Titel ökologische oder Ökologiesozialpartnerschaft. Nur wenn alle Kräfte zusammenhelfen (Abg. Preamberger: „Da gebe ich Ihnen recht!“), Bund, Land, Kammern, Gewerkschaftsbund, Arbeiterkammer, dann werden wir dieses Problem vielleicht lösen. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident Klasnic: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Hammerl. Ich erteile es ihm.

Abg. Hammerl: Frau Präsident, meine Damen und Herren!

Ich bedaure es sehr, daß ich dem Herrn Abgeordneten Ritzinger die Gesetzesstellen vorlesen muß, die eigentlich dieses ganze Problem beinhalten. Es besteht das „Abfallbeseitigungsgesetz“, ein Landesgesetz vom 25. Juni 1974 über die Abfuhr und die Beseitigung von Abfällen, das sogenannte „Abfallbeseitigungsgesetz“. Dieses Gesetz normiert im Paragraph 3 eine Abfuhr- und Beseitigungspflicht der Gemeinde. Gleichzeitig wird aber im Paragraph 15 Absatz 1 festgehalten, daß die Errichtung und der Betrieb öffentlicher Müllbeseitigungsanlagen den Gemeinden auf Grund von Müllbeseitigungsplänen obliegt. Und nun zu diesen Müllbeseitigungsplänen. Die Landesregierung hat durch Verordnung regionale Müllbeseitigungspläne zu erstellen. Da heißt es im Absatz 4, „daß unter Bedachtnahme auf die örtlichen und überörtlichen Gegebenheiten für

jede Gemeinde eine dem Stand der technischen Entwicklung, den hygienischen Erfordernissen sowie den Grundsätzen der Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit entsprechende Müllbeseitigung im Sinne des Absatzes 2 zu gewährleisten ist“. Im Durchführungserlaß zum Abfallbeseitigungsgesetz vom 4. März 1975 wird die besondere Bedeutung des Gesetzes betont und dazu festgestellt: „Die Müllbeseitigungspläne der Landesregierung bilden die Grundlage für die Abfallbeseitigung durch die Gemeinden. Zur Durchführung des Abfallbeseitigungsgesetzes ist daher die Erlassung von Müllbeseitigungsplänen durch entsprechende Verordnung der Landesregierung vordringlich erforderlich. Die Einleitung dieses Verfahrens, nämlich zur Erstellung der Müllbeseitigungspläne, wird im Erlaß der Rechtsabteilung 7 in rechtlicher Hinsicht und der Landesbaudirektion, Fachabteilung III c, hinsichtlich Technik und Planung übertragen.“ Das ist das eine, und das andere, Herr Kollege Ritzinger, daß es bis heute keinen einzigen regionalen Müllbeseitigungsplan für die ganze Steiermark gibt, obwohl in einigen Regionen, unter anderem Bezirk Leoben, Region Graz und Graz-Umgebung (Abg. Ritzinger: „497 Gemeinden!“), Bezirk Deutschlandsberg, das Abfallproblem als weitgehend ungelöst zu bezeichnen ist und die Lösung allein den betroffenen Gemeinden überlassen bleibt, obwohl die Landesregierung hier die echte Zuständigkeit hat.

Nun zum Raumordnungsgesetz. Auch hier sind einige Passagen in diese Richtung fixiert. Am 25. Juni 1974 wurde das Gesetz über die Raumordnung im Land Steiermark beschlossen. Und hier wurde auch fixiert, daß es Landesentwicklungsprogramme geben soll für bestimmte Planungsregionen und auch für Sachbereiche. In diesem Landesentwicklungsprogramm ist am 11. Juni 1977 von der Steiermärkischen Landesregierung verordnet worden – auch ein Entwicklungsprogramm für Abwasser- und Abfallbeseitigung fällt darunter –, innerhalb von fünf Jahren, so heißt es im Paragraph 10, diese regionalen Entwicklungsprogramme und die Entwicklungsprogramme für Sachbereiche aufzustellen. Bis heute, vom Juli 1977, fünf Jahre, wäre Juli 1982 gewesen, sind diese Entwicklungsprogramme nach wie vor unauffindbar. (Abg. Pinegger: „Für die Bezirke? Das stimmt nicht!“) Ich bitte daher, nicht den Gemeinden allein die Schuld in die Schuhe zu schieben. Da ist das Land säumig. Und das ist ziemlich eindeutig. (Abg. Kröll: „Nur die Grazer!“) Wir müssen eben ein bißchen aufpassen bei den Gesetzen, die wir beschließen. Meine Damen und Herren! Es gibt auch (Abg. Kröll: „Unser ganzer Bezirk ist nach solchen Plänen entsorgt!“) ein Entwicklungsprogramm für die Planungsregion Graz und Graz-Umgebung. Das ist ein Vorentwurf, der zum Thema Abfall nur eine einzige, wenn auch sehr wichtige Maßnahme vorschlägt. Und zwar Sicherung der Flächen, die für die Errichtung und den Betrieb überörtlich bedeutsamer und in der zeichnerischen Darstellung ausgewiesener Anlagen für die Energieversorgung, Abwasserbeseitigung und Abfallbeseitigung erforderlich sind, durch Freihaltung dieser Gebiete von einer weiteren nutzungsfremden Bebauung und durch Festlegung entsprechender Flächen als Vorbehaltsflächen in den Flächenwidmungsplänen der Gemeinden. In der Plandarstellung des Vorentwurfes fehlt allerdings die Ausweisung der Vorbehaltsflächen für die

Abfallbeseitigungsanlagen. Also ist das wieder nicht brauchbar in der täglichen Arbeit. Und, meine Damen und Herren, ich glaube, man muß schon sagen, daß hier eine bestimmte Verschleppungstaktik praktiziert wird, denn neben diesen legislativen Versäumnissen wird überall, wo nur die Idee auftaucht, in einem Bereich der Steiermark einen Platz zu finden, wo diese Anlagen erbaut werden können, nicht nur, bevor die behördlichen Verfahren eingeleitet oder abgelaufen sind, Einsprüche von Bürgerinitiativen auf, sondern da melden sich auch überall ÖVP-Abgeordnete und ÖVP-Funktionäre, die sagen, dort kommt diese Anlage nicht in Frage. Dort wird eine Anlage nicht gebaut. (Abg. Pinegger: „Gehört der Bürgermeister Posch auch zu uns?“) Und, meine Damen und Herren, wir werden in die Situation kommen, die in einer Grazer Tageszeitung vor kurzem so gut dargestellt worden ist, nämlich mit dem Übertitel „Müllkrieg, jeder gegen jeden“. Wir alle produzieren den Müll, aber keiner will ihn letztlich haben. Ich meine doch, daß wir einfach die verdammte Pflicht und Schuldigkeit haben, etwa auch bestimmte Wertmaßstäbe anzusetzen. Ich habe die Gelegenheit gehabt, bei zwei Aufenthalten, einmal in New York und einmal in London, meine Damen und Herren, zu sehen, wie es einer Stadt geht, wenn diese Müllabfuhr nicht funktioniert. In New York bin ich dazugekommen bei einem Kongreß, als damals die Stadt oder der Staat New York 10.000 Bedienstete entlassen hat, weil in New York gerade diese Finanzmisere war. Darunter waren Tausende Müllarbeiter. Und dann konnte man auf den Straßen den Effekt sehen. Die Müllhalden, Ratten, Schmutz, es war entsetzlich. Die Stadt New York hat Monate zu tun gehabt, um diese Übelstände wieder zu beseitigen. In London hat es auch einen Streik der Müllarbeiter gegeben. Und, meine Damen und Herren, dasselbe trostlose Bild. Als ich das London gesehen habe und mich erinnert habe, in welcher Situation die Grazer sind, habe ich mir eigentlich gedacht, daß wir unter Umständen schon im nächsten Jahr auch dort sein werden. Müllhalden auf der Straße, die Müllsäcke in den Eingängen und keine Möglichkeit, diesen Müll wegzubringen. Sollte das der Sinn einer vernünftigen Politik sein? (Abg. Dr. Hirschmann: „Nein!“) Ich würde also meinen, daß Sie mittun und daß Sie nicht in der Art des Kollegen Ritzinger diese Dinge darstellen. Ich würde meinen, daß wir gemeinsam (Abg. Ritzinger: „Man soll den Schwarzen Peter nicht dem Landeshauptmann zukommen lassen!“) an einem Strang ziehen. Und da paßt mir eines auch nicht, das möchte ich Ihnen noch sagen.

Die Stadt Graz hat ihr Abfallentsorgungsprojekt, und zwar Klärschlamm, Entwässerungsanlage, Umladestation mit transportgerechter Aufbereitung des Mülls und eine Kompostieranlage von der AFVG, das ist die gemeinsame Tochter der Stadt und der VOEST-Alpine, zur Förderung durch den Wasserwirtschaftsfonds bei der zuständigen Finanzabteilung III c des Amtes der Landesregierung eingereicht. Diese Einreichung erfolgte am 19. September 1984. Der Akt wurde am 22. Oktober nach Wien zum Wasserwirtschaftsförderungsfonds weitergeleitet. Nun mußte die Stadt sofort mit dem Bau beginnen, weil der Fertigstellungstermin der 15. August 1985 sein soll und sein muß, und nach den Usancen des Wasserwirtschaftsförderungsfonds aber erst Förderung geleistet wird, wenn der Akt in Wien liegt. Einige Millionen Schilling sind also durch

die Lappen gegangen, weil ein Monat vergangen ist. Einen Monat zugewartet (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Wenn in Graz so schnell entschieden würde!“), mehrere Millionen Schilling, die die Stadt Graz zu tragen hat. Meine Damen und Herren! (Landeshauptmann Dr. Krainer: „Einen Zwischenruf, Herr Kollege Hammerl. Erkundige dich beim sozialistischen Gemeindereferenten, bevor du in dieser Sache den Landtag mit einer Information versiehst, die nicht stimmt. Ich sage das in aller Gelassenheit und wirklich im Interesse der Sache!“) Ich habe die Zahlen. Die Stadt hat eingereicht am 19. September 1984, und am 22. Oktober ist der Akt nach Wien weitergeleitet worden! (Landeshauptmann Dr. Krainer: „Ich unterstelle dir nicht, daß du etwas sagst, was du so vorgefunden hast. Das ist nicht die ganze Information!“)

Meine Damen und Herren! Ich kann das jetzt nicht beurteilen, das ist ein bißchen zu viel verlangt. Ich habe meine Informationen, der Herr Landeshauptmann hat sicher auch Daten im Kopf. (Landeshauptmann Dr. Krainer: „Ich bin gerne bereit, dir diese Information nachher zu geben. Nachdem ich annehme, daß eine direkte Linie besteht, würde ich empfehlen, den eigenen Gemeindereferenten zu befragen!“) Meine Damen und Herren, um was ich Sie ersuchen und bitten möchte: Wir haben in Graz tatsächlich die Situation, daß an sich die Stadt das menschenmögliche getan hat, daß nun diese Tochtergesellschaft die Aufgabe übernommen hat, die Müllentsorgung durchzuführen. Aber all das hängt an einem seidenen Faden, und dieser seidene Faden ist, daß irgendwo in der Steiermark ein Platz gefunden werden muß. Ich habe schon angedeutet, daß es hier auch um eine große politische Verantwortung geht, meine Damen und Herren, und um eine Abcheckung der Wertmaßstäbe. Man kann die Meinung vertreten, daß man die Umwelt für eine Viertelmillion Menschen in Graz halt auf diesen Zustand bringt, den ich etwa in New York oder in London gesehen habe, daß es dabei furchtbar wird für eine Stadt, oder man kann die politische Verantwortung übernehmen und sagen, in Bereichen, wo es vielleicht nur einige Grundbesitzer trifft und wo wenige Menschen wohnen, da werden wir solche Anlagen errichten müssen. Ich glaube, daß es dabei möglich sein wird, mit einem entsprechenden Geld- und Materialaufwand alle Schäden, die dort entstehen, beseitigen zu können. Wir sind aber nicht in der Lage, in Graz etwa für 250.000 Menschen Schäden, die durch diese Umweltbelastung entstehen, zu beseitigen. Ich würde Sie wirklich einladen zu einer gemeinsamen sehr ernstesten Behandlung dieser Frage, daß alle hier im Landesbereich und die Verantwortlichen der Stadt Graz zusammenwirken, um dieses Problem zu lösen. Nicht Hickhack und nicht jeder gegen jeden beim Müll. Ich glaube, daß man den Grünen einmal beweisen müßte, die Politiker aller Couleurs im Land und in der Stadt haben es doch geschafft, diese Müllfrage positiv zu erledigen. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Klasnic: Dazu darf ich dem Herrn Landeshauptmann Dr. Krainer das Wort erteilen.

Landeshauptmann Dr. Krainer: Ich darf ganz kurz, sonst komme ich erst gegen Mitternacht dran, zu dieser Sache Stellung nehmen, weil sie mir wirklich viel zu wichtig erscheint, als daß man durch den Versuch,

Kompetenzen hin- und herzuschieben, in die Versuchsung kommen könnte, zu glauben, das Problem ließe sich auf diese Weise lösen, möchte ich antworten. Ich habe mir da eine ganz gediegene Unterlage meiner juristischen Fachleute kommen lassen, weil das ein alter Streitpunkt ist, und wir haben ja in der Sache überhaupt keinen Gegensatz. Es ist ja ein dramatisches Problem, nicht nur für diese Stadt, das weiß ja jeder, nur, jeder weiß auch, daß das keine Problematik parteipolitischer Zugehörigkeit ist, um es noch einmal ganz direkt zu sagen. Nach Adam Riese, weil der schon so oft zitiert wurde, auch gestern von Ihrem Generalredner, müßte man annehmen, daß zum Beispiel ein der Sozialistischen Partei zugehöriger zuständiger Stadtrat, der Landeshauptmann mit dem der Sozialistischen Partei zugehörigen Bürgermeister der Stadt Leoben in einer Frage, ich weiß, Herr Abgeordneter Kirner, du kennst das Problem genauso hautnah wie wir – (Abg. Dr. Strenitz: „Unter Zwischenschaltung eines andersfärbigen Bürgermeisters der Landeshauptstadt Graz!“) Nur, das ist eben wieder ein Trick, der nicht stimmt. Seien Sie mir nicht böse, der ist nicht zuständig. Aber schauen Sie, der ist ja nicht zuständig. Ich bin auch auf Provokation hin nicht bereit, in dieser Frage polemisch oder demagogisch zu agieren. Dazu ist mir die Sache viel zu ernst. Sie sollte es Ihnen auch sein. Ich wollte nur sagen, sollte man angenommen haben, es käme zu einer Einigung. Es kam zu keiner. Denn quer durch alle Parteien gehen die Zustimmung und die Ablehnung. Die Zustimmung der einen, die Ablehnung der anderen. Nichtsdestotrotz hat die Behörde auf Antrag – und Sie sind ja ein Jurist, auch ein gelernter Verwaltungsjurist, Herr Kollege Dr. Strenitz – nach einem entsprechenden Verfahren zu entscheiden.

Hier handelt es sich in der Frage der Pläne, von denen du, Hammerl, sprichst, um eine völlig eindeutige juristische Sache. Die Erlassung eines Müllrahmenplanes durch das Land Steiermark für Graz ohne die dafür vorhandenen geeigneten Standorte als Voraussetzung, die die behördlichen Bewilligungen besitzen müßten. Das ist eine ganz einfache Problematik. Der Vertragsabschluß konkret mit der VOEST-Alpine bedeutet juristisch (Abg. Hammerl: „Herr Landeshauptmann, was war zuerst, die Henne oder das Ei?“), daß der Erlassung eines entsprechenden Müllplanes für die Landeshauptstadt nach den Bestimmungen des Steiermärkischen Abfallbeseitigungsgesetzes und des dazu ergangenen von dir zitierten Durchführungserlasses dann nichts im Wege stünde, wenn die erforderlichen behördlichen Verfahren abgeschlossen sind, und, bitte schön, Wasserrechtsgesetz, Gewerbeordnung, Forstgesetz sind Bundesvorschriften. Ich kann sie durch eine Landesvorschrift nicht ersetzen. Ich will nichts anderes sagen, als daß wir es uns nicht so leichtmachen. Er tut mir ja leid, der zuständige Mann. (Abg. Preamberger: „Wie werden wir es lösen?“) Ehrlich, weil er sich wirklich engagiert, aber weil sich zeigt, wie unendlich schwierig die Problematik zu lösen ist. Nicht mit einem Müllrahmenplan. Das ist leider die Situation. Ich habe mich sehr engagiert, ich habe meine Abteilungen alle immer voll zur Verfügung gestellt, alle, die man überhaupt damit befassen kann, um Rechtshilfe zu leisten – Raumordnungsabteilung, III c, Rechtsabteilung 3, waren alle zur Verfügung; nur, wir können bitte nicht die Deponie erfinden

oder den Standort. Um das kommen wir nicht herum. Und die Verantwortung kann ich dem zuständigen Grazer Stadtrat auch nicht abnehmen. Das ist die Situation. Und das wollte ich sagen, weil ich dich zu sehr schätze, lieber Freund Hammerl, ganz offen gesagt, daß wir versuchen, durch eine quasi juristische Betrachtung des Falles die Vorstellung zu erwecken, das Problem sei auf diese Weise zu lösen. Es ist es leider nicht. (Abg. Dr. Strenitz: „Herr Landeshauptmann!“) Ich bin ja schon zu Ende. (Abg. Dr. Strenitz: „Gestatten Sie mir einen Satz, weil Sie gemeint haben die Verantwortung des zuständigen Grazer Stadtrates. Nicht nur! Ich habe diese Durchführungsverordnung sehr deutlich im Kopf. In dieser steht, daß die Rahmenpläne auch die Standorte für die Gemeinde zu enthalten haben und daß für die Erlassung die Landesregierung und der Landeshauptmann zuständig wären. Ich will es niemandem leichter machen, als es ist. Aber es ist nicht nur der Grazer Stadtrat!“) Zuerst muß das Behördenverfahren abgeschlossen sein und der Standort existieren. Dann jederzeit. Schauen Sie, ich kann mich gewisser Verantwortungen und Kompetenzen auch nicht entziehen, die ich besitze, so angenehm das in vielen Fällen wäre, nur, es ist nicht möglich, es geht sogar so weit, wie Sie wissen, daß dann ein Beamter schreibt, „Für den Landeshauptmann“, und ich weiß das nicht einmal, denn er hat gar keine Verpflichtung. Natürlich nicht. Ich handle als mittelbare Bundesverwaltung in bestimmten Causae. Der braucht mir den Akt gar nicht vorzulegen, der unterschreibt ihn, ja selbstverständlich. Ich muß auch dafür geradestehen insofern, als das eine behördliche Entscheidung ist. Und es ist auch, wie ich Ihnen an Hand einiger Beispiele zeigen könnte, nicht immer nur Sonnenschein. Für niemanden, bitte.

Der Herr Abgeordnete Trampusch, dem ich den Sonnenschein sehr wünsche, weil er weiter südlich lebt als wir alle, hat ihn auch nicht immer. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident Klasnic: Um die Debatte fortzusetzen, darf ich jetzt der Frau Präsident Zdarsky das Wort erteilen.

Präsident Zdarsky: Frau Präsident, meine Damen und Herren!

Das Thema ist jetzt schon im Mittelpunkt gestanden, aber es steht seit einiger Zeit konstant periodisch im Kreuzfeuer der Öffentlichkeit, eben die Müllentsorgung! Aber ich möchte hier zu dem vielleicht diffizilsten Teilproblem dieser Materie sprechen, nämlich zur Müllentsorgung der Krankenhäuser. Die Patienten in den Spitälern merken ja wenig davon. Sie werden gut betreut und wenn möglich mit den neuesten Hilfsmitteln versorgt. Der Patient verlangt vom Spital eine medizinische Ausrüstung, die dem letzten Stand entspricht – wir verlangen aber zugleich größte Sparsamkeit. Und, sehr geehrte Damen und Herren, diese Anforderungen stehen derzeit mindestens in einem Punkt im Widerspruch: bei der Müllentsorgung! Wenn man im Haushalt bewußt Müll vermeiden oder dem Gedanken des Umweltschutzes in gewisser Weise Rechnung tragen kann, so ist dies im Krankenhaus sehr schwer möglich. Ja, ich möchte sagen, daß der Gedanke der Müllvermeidung einer optimalen Versorgung und einer optimalen Hygiene der heutigen Medi-

zin entgegenwirkt. Wenn hier gespart wird, geht es zu Lasten der Sicherheit der Gesundheit und der Versorgung des Patienten. Deshalb ist eine gut funktionierende Müllentsorgung der Krankenhäuser eine ganz wichtige und unumgängliche Notwendigkeit. Die Regelung der unschädlichen Beseitigung – das haben wir schon gehört – von Abfällen fällt in die Zuständigkeit der Länder. Und auf Grund dieser Verfassungsrechtslage haben alle neun Bundesländer Müllabfuhr- und besondere Abfallbeseitigungsgesetze erlassen. Sie unterscheiden sich aber sehr wesentlich voneinander. Das gilt schon für die Terminologie, Begriffe wie Abfall, Müll, Hausmüll, Sperrmüll, Gewerbe-, Industrie- und Sondermüll oder Sonderabfall werden sehr oft mit sehr unterschiedlicher Bedeutung verwendet. Eine Studie des Österreichischen Bundesinstitutes für Gesundheitswesen hat ergeben, daß von den Krankenhausabfällen, dem Volumen nach, rund vier Fünftel auf nicht bedenkliche Abfälle, Sperrmüll und Speisereste entfällt. Ein Fünftel sind hygienisch bedenkliche Abfälle, wie krankenhausspezifische Abfälle, zu verbrennender Sonderabfall und Pharmaabfälle. Bei letzteren sind von der Beseitigung mit dem Hausmüll ausgeschlossen: Das sind die Blutkonserven, radioaktive Stoffe, Stubstanzen, die Quecksilber, Blei, Arsen, Kadmium oder lösliche Zyanide enthalten, leicht brennbare Flüssigkeiten, wie zum Beispiel Äther, nicht sterilisierte bebrütete Nährböden, ausgesonderte Impfstoffe, die Mikroorganismen enthalten, Pharmaabfälle und Chemikalien aus der Auflösung großer Bestände und Pharmaabfälle aus der pharmazeutischen Industrie. Und unter Beachtung dieser Grundsätze können Pharmaabfälle im allgemeinen mit dem Haus- und Sperrmüll beseitigt werden. Die steigende Tendenz der Krankenhausabfälle wird im wesentlichen davon abhängen, ob und in welchem Umfang in Krankenhäusern Einwegartikel verwendet werden, also die Plastik- und Kunststoffartikel. Sie verbessern aber zweifellos die medizinische Versorgung und die Personalökonomie.

Sehr geehrte Damen und Herren! In der Bundesrepublik Deutschland rechnet man damit, daß in absehbarer Zeit das Volumen der krankenhausspezifischen Abfälle das der hausmüllähnlichen Abfälle übersteigen wird. Dort besteht allgemein die Tendenz, die Beseitigung der krankenhausspezifischen Abfälle aus den Krankenanstalten herauszunehmen und die Abfälle zu zentralen Beseitigungsanlagen zu bringen, die mit entsprechenden Einrichtungen zum Schutze der Umwelt ausgestattet sind. Das Problem der Müllentsorgung der Krankenhäuser wird sicherlich nicht kleiner werden, sondern sich auch bei uns vergrößern. Wir sind das Bundesland mit den meisten Krankenhäusern. Wenn wir es nicht lösen können, sehr geehrte Damen und Herren, wird es ein echtes politisches Problem werden! In den steirischen Landeskrankenanstalten – und dazu kommen ja noch die privaten Anstalten und die Arztpraxen, von denen wir überhaupt nichts wissen – erfolgt die Trennung des Mülls, doch ist es oft ob der Materie sehr schwierig, diese lückenlos durchzuführen. Die Beseitigung der krankenhausspezifischen Abfälle geschieht in den steirischen Landeskrankenanstalten überwiegend in hauseigenen Verbrennungsanlagen, die oft – und daß muß ich ehrlicherweise sagen – nicht den Anforderungen des Umweltschutzes, vor allem hinsichtlich der Vermeidung von

Rauchgasbelastigungen, genügen. Ausgenommen sind die neuen Häuser, bei denen schon ganz moderne Verbrennungsanlagen eingeplant wurden. Einzelne Anstalten beseitigen aber alle anfallenden Abfälle, also den gesamten Müll einschließlich des hausmüllähnlichen, in der hauseigenen Verbrennungsanlage. Hiezu ist es jedoch notwendig, daß diese eine entsprechende Verbrennungsleistung besitzt. Sonstiger Sondermüll, wie Batterien, Spraydosen und so weiter, wird zum Großteil über die Gemeinden zu den organisierten Sammelstellen gebracht. Speiseabfälle werden einer Verwertung in eigenen beziehungsweise privaten Landwirtschaftsbetrieben als Schweinefutter zugeführt. In sämtlichen Krankenanstalten der Steiermark werden Glas, Papier, Kartonagen und Altmetalle getrennt gesammelt und einer Wiederverwertung zugeführt. Aber, sehr geehrte Damen und Herren! Die schwierigste Entsorgung – das ist ein Teil dessen, was der Kollege Hammerl schon hier gesagt hat und meine Vorredner – stellt sicherlich schon vom Volumen her das Krankenhaus Graz dar. Und hier hat sich der Herr Landesrat Heidinger schon seit Jahren bemüht, zu einer zeitgemäßen Lösung zu kommen. Auf Grund der Überalterung der bestehenden Müllverbrennungsanlage und der wiederholten Beschwerden – ich erinnere nur an die Bürgerinitiative Billrothgasse – wurde mit Beschluß der Steiermärkischen Landesregierung vom 17. Mai 1982 der Auftrag zur Planung einer neuen Müllverbrennungsanlage in Form einer Pyrolyse erteilt.

Im Sommer heurigen Jahres wurde dann die fertig erstellte Planung hinsichtlich der maschinentechnischen Ausgestaltung zur behördlichen Genehmigung beim Magistrat eingereicht. Und heute habe ich gehört, daß nächste Woche über diese maschinentechnische Prüfung eine Sitzung stattfindet und daß entschieden wird. Gleichzeitig wurde eine neue Form von Mülltrennung eingeführt, daß heißt, der Sondermüll kommt nach Simmering. Der darauf vermehrt anfallende Hausmüll wurde jedoch ab Anfang Oktober in der Mülldeponie Köglérweg, wie auch schon gehört, vom Magistrat nicht mehr angenommen, so daß kurzfristig auch dieser Müll einem Unternehmen zur Entsorgung überlassen wurde. Nach Erstellung von Angebotsunterlagen und eines neutralen Leistungsverzeichnisses wurde die Entsorgung des sogenannten Hausmülls aus dem LKH Graz ausgeschrieben. Und heute war die Anbotseröffnung. Um welche Mengen es sich handelt, darf ich Ihnen als Beispiel angeben: An Krankenhausmüll ohne infektiösen Müll, nur im Krankenhaus Graz, ohne Plastikbestandteile sind wöchentlich aus dem LKH Graz abzuführen: 25 bis 33 Kubikmeter, das entspricht zirka 3000 Müllsäcken à 60 Liter, mit einem Gesamtgewicht von 11 bis 13 Tonnen. Ich glaube, es muß auch einmal gesagt werden, daß der sogenannte Hausmüll der Krankenanstalten meist weniger infektiös ist als der normale Müll der Haushalte. An Sondermüll mit Plastikbestandteilen kommen wöchentlich 175 Plastikgefäße fest verschlossen mit zirka 2,7 Tonnen Gewicht in die Entsorgung Simmering. Die Gefäße werden dort mitvernichtet. Und das, sehr geehrte Damen und Herren, das ist, glaube ich, jetzt ein ganz besonders wichtiger Teil, diese Entsorgung dieses Krankenhauses Graz kostet jährlich zirka 5 Millionen Schilling. Es sind aber nicht die derzeitigen Kosten das große Problem, sondern ich

stelle die Frage, die auch der Kollege Hammerl gestellt hat, wie können wir bei der politischen Allergisierung die Müllentsorgung der Krankenanstalten sicherstellen? Es ist einfach nicht hinnehmbar, daß unabdingbare Erfordernisse durch aufgeschaukelte Emotionen, und ich möchte sagen, durch gewisse Lobbys zu Bedrohungen und Geschäftemacherei benützt werden. Das Florianiprinzip wird bei uns schon fast das elfte Gebot. Als Verantwortungsträger in diesem Lande müßten wir Verantwortung tragen und uns auch endlich einmal zu unpopulären Schritten entschließen und bekennen. Ich darf hier sagen, ich persönlich glaube, daß wir dieses Problem nur lösen können, wenn wir zu einem gemeinsamen Beschluß kommen und nicht eine Partei die andere ausspielt. Es ist für unsere Zukunft viel zu wichtig, um Parteipolitik zu machen. Die großen Summen, die hierfür aufgewandt werden, müßten uns das vor Augen halten, und wir müßten einmal ein bißchen Mut zeigen. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Klasnic: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Hirschmann. Ich erteile es ihm.

Abg. Dr. Hirschmann: Frau Präsident, Hohes Haus, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Angesichts der fortgeschrittenen Zeit werde ich mich nicht allzu lange mit der engeren Sachpolitik beschäftigen, weil schon fast alles Wichtige zu diesem Thema gesagt wurde. Ich darf aber einleitend vielleicht eine allgemeine Bemerkung voranstellen. Ich glaube, wenn heute über Umweltschutz gesprochen wird und sehr lange gesprochen wird, dann ist das durchaus ein erfreuliches Zeichen, ein Beispiel letztlich für die Lernfähigkeit unseres demokratischen Systems, wo bewiesen wurde, glaube ich, und das kann man in aller Zurückhaltung und in der notwendigen Selbstbescheidung auch sagen, daß dieses demokratische System und die Parteien, die sicherlich oft zu Recht, aber oft auch von der falschen Seite und über Gebühr in Kritik gezogen werden, bewiesen haben, daß dieses System in der Lage ist, neue Aufgaben zu erkennen und in den politischen Alltag zu übersetzen. Freilich, wir wissen, daß gerade dieser Bereich des Umweltschutzes einer jener Bereiche ist, wo es nicht ohne viele Geburtswehen abgehen kann. Wir wissen, daß wir die Schubkraft einer breiten Bevölkerung brauchen, die Schubkraft eines breiten politischen Willens dieser Bevölkerung. Ich glaube, und ich darf es noch dazusagen, daß gerade die politischen Parteien, die tragenden Kräfte dieses Systems, ohne Zweifel vieles dazu beigetragen haben, daß es heute eine so hohe Sensibilität in diesen Fragen gibt und wohl auch eine so hohe Bereitschaft der Bevölkerung, das eine oder andere Opfer auch auf sich zu nehmen. Wenn ich nur kurz in Erinnerung rufen darf, wir haben zum Beispiel versucht, in den letzten Monaten 1500 Umweltreferenten in unseren Ortsgemeinden zu schulen, wir haben ein Umweltbüro eingerichtet, wir haben Wettbewerbe und Aktionen veranstaltet, und ich weiß, daß auch die Fraktion der Sozialistischen Partei ähnliche Bemühungen unternommen hat, wenngleich natürlich, ist im Moment nicht da, der Präsident Ileschitz, es dort immer wieder durchaus eine feinfühligke Skepsis gegen alle diese Bemühungen geben mag. Den alten großen Herren der steirischen Sozialdemokratie sollen wir auch gut und nobel behandeln.

Das Zweite, meine sehr geehrten Damen und Herren, die großen Umweltschutzprobleme können – glaube ich – nur durch die tragenden Kräfte dieses politischen Systems gelöst werden. Wir wissen, daß es eine ungeheuer große Zahl von Problemen gibt, und diese Probleme können nur mit der modernsten Technologie auch gelöst werden, und wir werden nicht umhinkommen, da schließe ich mich den Ausführungen der Frau Präsident Zdarsky vollkommen an, auch unpopuläre Lösungen zu suchen und die Lasten auf alle einigermaßen gerecht zu verteilen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich darf aber auch einiges kritisch anmerken, nicht, daß es um Schuldzuweisung oder ähnliches ginge, aber es gibt natürlich auch eine große Verantwortung der Bundesregierung, und diese Verantwortung wurde in den letzten Monaten oder Jahren nicht so wahrgenommen, wie es in vielen Bereichen hätte sein müssen. Weil gerade vorher vom Müll die Rede war, ich erinnere an das Sonderabfallgesetz oder die Gewässerreinigung. Der Bundeskanzler Kreisky hat im Jahre 1973 gesagt, daß in fünf bis sieben Jahren alle Gewässer Österreichs sauber sein würden. (Abg. Sponer: „Die Seen!“) Alle Gewässer. Wenn Sie wollen, darf ich Ihnen ein wörtliches Zitat bringen. (Abg. Trampusch: „Die Seen!“) Bundeskanzler Kreisky stellte am 26. August 1973 fest, daß in sieben Jahren alle österreichischen Gewässer saniert sein werden. Der Bundeskanzler war immer sehr großzügig. Ich meine, diese Rechnung ist leider nicht ganz aufgegangen. (Abg. Halper: „Es sind neue Seen dazugekommen!“) Es sind neue Seen dazugekommen, lieber Kollege Halper, das ist sehr erfreulich. Aber es gibt da ein paar Gewässer in Österreich, die nicht allzu neu sind und die es trotzdem verdient hätten, etwas besser behandelt zu werden.

Eine zweite Geschichte, die jüngeren Datums ist. Wenn wir an die Katalysatorgeschichte denken, wo der Herr Bundesminister Steyrer die sehr sympathische Ankündigung gemacht hat, na, wir müssen schauen, daß wir hier eine steuerrechtliche Regelung finden, die diese Umstellung auf Katalysatoren fördert. Der Finanzminister Vranitzky war dann einige Tage später ganz anderer Meinung. Und ein anderes Beispiel, das auch bemerkenswert ist, ist die alte Geschichte mit dem Biosprit. Meine sehr geehrten Damen und Herren, auch hier bitte eine geradezu atemberaubende Entwicklung beim Minister Haiden. Im April 1982 hat er bei einer parlamentarischen Enquete festgestellt: „Für mich ist der Treibstoffalkohol aus Biomasse die ganz große Alternative für die Landwirtschaft. Das ist keine emotionale Feststellung, sondern eine sehr rationale.“ Und er meinte bei dieser Enquete, man müsse alles tun, um dieses Projekt so schnell als möglich zu realisieren. Noch im September dieses Jahres war der Minister Steyrer auch dafür und hat diese Meinung unterstrichen. Zwei Wochen später war der Minister Haiden folgender Meinung: „Wenig Chancen gibt der Landwirtschaftsminister derzeit der Realisierung des Biospritprojektes“, stand damals in der „Arbeiterzeitung“, denn die Zumischung von Biosprit könne das Problem der Immissionen nicht bewältigen, und die Stickoxide können nur in marginalen Größen reduziert werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das sind nur einige wenige Punkte. Noch einmal möchte ich

betonen, mir geht es hier nicht um eine Schuldzuweisung oder was ähnliches, sondern darum, daß in ein paar Punkten, die eigentlich von Österreich aus leicht machbar und realisierbar wären, hier auch Hand angelegt wird. Aber hier unterscheidet sich offenbar die Regierung Burgenland II nicht besonders von der Regierung Burgenland I. Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir können in der Steiermark aber stolz sein, daß es einige Beispiele gibt, die trotz einer sehr schwierigen Situation – wir müssen mit unseren Mitteln mehr haushalten, wenn man so will, als andere Bundesländer, weil wir mehr und schwierigere Aufgaben bestreiten müssen –, wir können froh sein, daß es einige Dinge bei uns gibt, die für Österreich sogar eine Signalwirkung haben. Und dazu gehört, und man kann es nicht oft genug sagen, das Kraftwerk Mellach. Wenn hier versucht wird, vom Kollegen Mag. Rader zum Beispiel oder auch vom Kollegen Trampusch, diese Dinge in Frage zu stellen oder eine gewisse Verunsicherung in die Bevölkerung zu tragen, dann muß man das schlicht und einfach zurückweisen. Dozent Raggam, der einer der unverdächtigsten Zeugen der Energieszene in der Steiermark ist, hat vor kurzem festgestellt, wortwörtlich festgestellt: „Dieses Kraftwerk wird wohl das sauberste kalorische Kraftwerk Europas werden.“ Und auf dessen Urteil halte ich etwas, das muß ich ganz ehrlich sagen, und darauf können wir stolz sein. Ähnliches gilt für den Landesenergieplan, der im Jänner dieses Jahres von der Regierung verabschiedet wurde, und nicht zuletzt – man kann es nicht oft genug erwähnen – den Umweltfonds, der von beiden großen Fraktionen ins Leben gerufen wurde und der auch einen Meilenstein in der Umweltschutzpolitik in Österreich, muß man sagen, in den Bundesländern darstellen wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin von einem, nein von mehreren Kollegen der sozialistischen Fraktion gebeten worden, doch kurz auf die Ausführungen meines Kollegen Dr. Horvatek von gestern zu replizieren. Da ich ein höflicher Mensch bin, komme ich derlei Aufforderungen gerne nach. Ich muß hinzufügen, mir fehlt natürlich das notwendige Quentchen an Polemik, um im selben Stil zu replizieren, aber ich darf folgendes festhalten: In Abwandlung eines berühmten Stoßseufzers müßte man sagen, mein Gott Günther, Sie halten sich doch an einen biblischen Auftrag, der da lautet „Geben ist seliger als Nehmen“. Das gilt zumindest für Ihre Rhetorik. Wenn ich mich zurückerinnere, ich bin noch nicht sehr lange in diesem Haus, aber was ich in dieser Zeit allein immer wieder erlebt habe, wie Ihrerseits mit Reittiefeln und mit Sporen bestückt verbal Haxlereien und Fußtritte verteilt werden, und wenn man Ihnen dann leise das Haar kraut, wird mit Empörung in einer Lautstärke der schallenden Trompeten von Jericho und mit Freund wie Gegner oft verblüffender Wehleidigkeit und großem Pathos geantwortet. (Unverständlicher Zwischenruf.) Lieber Herr Kollege Dr. Horvatek, ein paar sind schon noch da, und da geht sich das schon aus. Auch an Ihnen ist der Verfall des österreichischen Kabarett deutlich, wenn man das nicht schon seit dem Tode Karl Farkas wüßte. Ich weiß nämlich aus Gesprächen von Studienkollegen von Ihnen, daß Sie früher ein blendender Kabarettist gewesen sein sollen. Was Sie hier gestern geboten haben, war leider wenig humorvoll und war ein Schauspiel von Erregung und Empörung.

(Abg. Dr. Strenitz: „Es war eine sehr gute Rede. Dem Inhalt nach treffend und richtig!“) Ich habe das jetzt nicht abqualifiziert, Herr Kollege Dr. Strenitz. Ich habe das ja gar nicht in Frage gestellt. Ich freue mich sogar, daß es solche Beiträge auch gibt. (Abg. Halper: „Wir könnten den Flossmann vom Simpl fragen, ob er dich aufnimmt oder nicht!“) Ich höre nur, daß der Kollege Dr. Horvatek früher besser war als der von dir soeben zitierte Herr, und ich stelle fest, daß das im Moment nicht mehr der Fall ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich darf aber noch zur Sache eines sagen: Und, Herr Landesparteiobmann Gross, bei allem Respekt für Ihre Arbeit, und ich weiß genauso wie Sie, daß Programme nicht von Parteiobmännern und in der Regel auch nicht von der Mehrzahl der Abgeordneten geschrieben werden, muß ich mir dennoch erlauben dürfen, auch zum Programm, das von Ihnen vor wenigen Wochen vorgelegt wurde, einige Bemerkungen zu machen. Ich möchte bei dieser Gelegenheit auch den Abgeordneten Gmoser in Schutz nehmen. Ich kann mir nicht vorstellen und weiß auch aus Gesprächen, daß er durchaus die Meinung kundtut, daß dieses Programm denn doch nicht aus seiner Feder stammt. Und Sie wissen selber, daß die Autoren, als sie dieses Programm verfaßt haben, nicht den allerbesten Tag erwischt haben. (Landesrat Gerhard Heidinger: „Herr Dr. Hirschmann, Dr. Horvatek pfeift sich ja um Ihr Urteil nichts. Das ist ihm egal!“ – Abg. Dr. Strenitz: „Was soll das?“) Ich darf das gleich ausführen, Herr Kollege Dr. Strenitz, und komme auch zur Sache! Ich glaube, wir reden ja hier auch über Sachprogramme und über die Politik der Zukunft, und der Landesparteiobmann hat in seiner Rede am Parteitag gesagt: „hier liegt das Programm für die zweite Hälfte der achtziger Jahre vor.“ (Abg. Halper: „Vor allem reden wir zur Gruppe 5!“) Wenn ich mich recht erinnere, hat der Kollege Dr. Horvatek gestern zur Gruppe 0 gesprochen. Offenbar war er der Meinung, daß das die Generaldebatte sei. Aber ich werde ausschließlich zu Punkten sprechen, die mit dem Umweltschutz zu tun haben, Herr Kollege Halper. Und wenn ich jetzt kurz auf Ihre „25 Punkte“, auf jene wenigen, die mit dem Umweltschutz zu tun haben, eingehen darf. (Abg. Halper: „Herr Kollege Dr. Hirschmann, Sie dürfen es kopieren und in die Tat umsetzen. Das wäre uns das liebste!“) Herr Kollege Halper, darf ich Ihnen zwei, drei Punkte aus diesem Programm kurz vorlesen? (Abg. Tschernitz: „Das Programm muß furchtbar schmerzen!“) Von den 25 Punkten sind 23 – bitte, meine sehr geehrten Damen und Herren – zum Teil erledigt, zum Teil schon sehr lange erledigt und zum Teil in Angriff genommen. Einen lehnen wir ab, und einer ist durch den Bundeskanzler verzögert. Wenn ich nur kurz in Erinnerung rufen darf: Das Programm wurde am 16. November vorgestellt. Ein Punkt davon heißt: Forderung nach einem Sonderwohnbauprogramm. Dieses Sonderwohnbauprogramm wurde zwei Monate vor der Vorstellung dieses Programmes bereits von Landesrat Dipl.-Ing. Riegler präsentiert! Ein Punkt heißt – (Abg. Dr. Strenitz: „Was haben Sie nicht schon alles angekündigt?“ – Landeshauptmann Dr. Krainer: „Am 4. November beschlossen!“) Schauen Sie, Herr Kollege Dr. Strenitz, darf ich Ihnen folgendes sagen: Von einem Programm erwarte ich mir irgend etwas Neues, etwas in die Zukunft Weisendes, denn was Sie

gemacht haben – Sie haben einfach Dinge zusammengeschrieben, die so im Laufen sind. Dazu brauche ich keine Programme zu schreiben, das würde auch ein mittelmäßiger Notar zusammenbringen. (Beifall bei der ÖVP.)

Sie fordern darin einen Umweltfonds. Bitte, der wurde Wochen vorher bereits in Absprache mit Ihrem Landesparteiobermann fixiert. Es wird darin die Einberufung eines steirischen Waldgipfels gefordert. Sie fordern die Einberufung eines steirischen Waldgipfels. Am 7. November hat dieser Waldgipfel im Beisein von Landesparteiobermann Gross und Landesrat Heidinger und von Landtagsabgeordnetem Dr. Strenitz bereits stattgefunden.

Sie fordern die Zusammenführung der Umweltschutzkompetenzen in einem Ressort. Bitte, das wurde Monate vorher bekanntgegeben, daß das angestrebt wird. Sie fordern die Aufstockung der Sondermittel für die Wasserversorgung, Monate vor der Programmstellung wurde das mit dem Landeshauptmannstellvertreter vereinbart. Und so geht es, meine sehr geehrten Damen und Herren, querfeldein durch dieses Programm dahin. Ich meine noch einmal, im Sinne eines Wettstreites der besseren Ideen wäre es natürlich durchaus wert gewesen, hier etwas sorgfältiger vorzugehen.

Wenn ich jetzt aber noch zum Textteil zwei, drei Dinge vorlesen darf, die mit der Umweltschutzgeschichte im besonderen zu tun haben. Ich glaube, wir sind uns einig, daß wir den öffentlichen Verkehr in den städtischen Ballungszentren forcieren sollen. Im SPÖ-Programm, das zu diskutieren ist, finde ich auf der Seite 17 folgenden Vorschlag: „Durch Intensivierung der Werbung sowie der Öffentlichkeitsarbeit sollen in erster Linie Autofahrer davon überzeugt werden, daß die öffentlichen Verkehrsmittel eine schlechte Alternative zum Pkw darstellen.“ Meine sehr verehrten Damen und Herren von der sozialistischen Fraktion, dieser Meinung können wir uns nicht anschließen.

Ich finde einen weiteren Vorschlag, der sich mit der Energieproblematik auseinandersetzt. Und da heißt es unter anderem, jeder Mensch hat ein Recht auf Energiedienstleistungen. Ich halte solche Feststellungen zunächst einmal für einen generellen Unsinn oder überflüssig, wie man will, das braucht man nicht besonders zu betonen. In den Leitlinien, die dann angeführt werden, könnte man meinen, daß es heißen sollte, wir müssen schauen oder Vorschläge erarbeiten, wie man zu einer vernünftigen Energiebereitstellung kommt oder zu einer billigeren Energie oder zum Energiesparen, nein, hier gibt es Punkte, die da lauten: Förderung gleicher Lebenschancen für alle, Förderung demokratischer Strukturen, Sicherung und Ausbau der sozialen Sicherheit. Ich weiß schon, daß alles mit allem auf der Welt zusammenhängt, aber ob das mit der Energiepolitik zunächst zusammenhängt, das möchte ich doch in Zweifel stellen, meine sehr geehrten Damen und Herren. (Abg. Sponer: „Was hat das mit der Gruppe 5 zu tun?“) Das kann der Abgeordnete Gmoser sicherlich geschrieben haben. Am 16. Oktober gibt es im „Kurier“ eine Glosse, ich darf einen Satz zitieren: „Die Steirische Landesregierung, Energieerzeugung ist ja zu einem Teil Ländersache, hat einen Energieplan ausgearbeitet, einen sehr zukunftsweisenden.“ Auf Seite 2 des „Kuriere“ 16. Oktober. Ihr Programm erscheint am 16. November (Abg. Tschir-

nitz: „Das Programm macht euch Sorgen!“), was finde ich dort für einen Passus?: „Noch immer liegt kein steirischer Landesenergieplan vor, auch wenn er bereits mehrmals versprochen wurde.“ Sie wissen, dieser Energieplan wurde im Jänner mit der Zustimmung Ihrer Fraktion in der Regierung beschlossen.

Letzter Punkt, der auch noch mit dem Umweltschutz zusammenhängt, „ländlicher Raum“. Ich darf der morgigen Debatte eines vorwegnehmen, unsere Kollegen aus dem bäuerlichen Bereich (Abg. Hammerl: „Da seid ihr zuständig!“) können zufrieden und beruhigt sein, nachdem der Bundeskanzler Kreisky immer wieder in seinen Wahlkämpfen darauf hingewiesen hat, daß die Kühe nicht aus dem Stall getrieben werden, finden wir hier die beruhigende Feststellung, daß es ein richtiger Tatbestand sei, „daß die Landwirtschaft auch im Interesse der gesamten Bevölkerung am besten in bäuerlicher Form erfolgt“. Danke schön, dem können wir gerne zustimmen, und wir hoffen, daß das auch eine Zusicherung ist, die letztlich uns alle weiterbringt. Ein letzter Punkt, der Freizeitbereich hat ja auch mit dem Umweltbereich zu tun, denn da kann man ja einiges für die Umwelt tun oder in der Umwelt. Im letzten Absatz heißt es: „Freizeit ist nicht nur jenes Quantum Zeit, das nicht Arbeitszeit ist, sondern jenes Quentchen an objektiv freier Verfügbarkeit von zusammenhängender Zeit, in der weder notwendige Haus-, Garten-, Reparatur-, Einkaufs- oder Wirtschaftsarbeiten getätigt werden müssen, Freizeit ist schlicht jener schmale Zeitraum, in dem die freie Zeit für das Individuum Freiheit bedeuten könnte.“ Der Herr Landesrat Klauser ist zum Beispiel ein begeisterter Heimgärtner, der Prensberger hat auch einen Schrebergarten, wie ich weiß, der Rupert Gmoser tut gern Schach spielen beim Pfeifer draußen. Ich hoffe, daß hier die Ideologen nicht – (Abg. Prensberger: „Was mich stört, ist, daß Sie über das Parteiprogramm sprechen. Was hat das mit der Gruppe 5 zu tun?“ – Abg. Dr. Strenitz: „Haben Sie einen Gartenzwerg zu Hause?“) Premsi, das hat alles mit der Umwelt zu tun. Ich weiß natürlich, daß dir das alles sehr fremd ist. Es hat ja auch niemand von Ihnen bitte dieses Parteiprogramm hier zitiert bis jetzt in den Reden. Meine sehr geehrten Damen und Herren! (Abg. Dr. Strenitz: „Wir können uns über noch etwas unterhalten. Nämlich darüber, wie korrekt es ist, wenn ein ÖVP-Regierungsmitglied von der Regierungsbank aus alles oder vieles, was im Land Steiermark geschieht, auf das Modell Steiermark bezieht und sich noch dazu bei Beamten für die Mitarbeit am Modell Steiermark bedankt!“) Herr Kollege Dr. Strenitz, das kann man Ihnen gerne beantworten. Schauen Sie, wir sind da nicht so zimperlich. (Abg. Dr. Strenitz: „Da sind Sie nicht zimperlich. Bei Ihnen sind Landesverwaltung und Modell Steiermark eine Einheit!“) Da wurde beispielhaft gearbeitet, wo gute Ideen herkommen, schließen wir uns gerne an, und wir sind gerne zur Zusammenarbeit bereit. Nur hier, meine ich, aber mit diesem Programm, da müssen wir noch ein bißchen mehr nachdenken, da müssen wir noch ein bißchen mehr arbeiten, meine sehr geehrten Damen und Herren, für eine bessere gemeinsame steirische Umwelt, für eine lebenswerte und lebenswerte Steiermark. Danke schön. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident Klasnic: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten DDr. Steiner das Wort.

Abg. DDr. Steiner: Frau Präsident, Hohes Haus!

Ich bin als Kurzredner bekannt (Allgemeiner Beifall.) und werde mich auch kurz halten. Ich deponiere mit meiner Wortmeldung einen Wunsch des Bezirkes Bruck an der Mur an Herrn Landesrat Heidinger in Angelegenheiten des Landeskrankenhauses Bruck an der Mur.

Herr Landesrat, ich habe am 3. Juli dieses Jahres an Sie die Anfrage gerichtet, was geschieht, was wird aus dem Brucker Krankenhaus? Was wird gemacht, Neubau oder Sanierung? Und Sie haben damals geantwortet: „Ich habe daher noch im April 1984 einen Beschlußantrag der Steiermärkischen Landesregierung zur Inangriffnahme von Planungsarbeiten für die Sanierung des Landeskrankenhauses Bruck an der Mur vorgelegt“. Ich war am 21. November im Krankenhaus mit dem ärztlichen Leiter der Krankenanstalten von Steiermark, Bundesrat Dr. Stepantschitz, und wir wurden von Ärzten und Belegschaft gebeten, zu deponieren, daß ehe baldigst die Sanierung beginnen möge. Nun habe ich festgestellt, daß im Landesvoranschlag, außerordentlicher Haushalt, Ansatz 551003, 2 Millionen Schilling für das Jahr 1985 vorgesehen sind. Das Krankenhaus Bruck an der Mur ist das drittgrößte Krankenhaus der Steiermark und weist 85.775 Pflege-tage im Jahr auf. Wie sieht es aus in Bruck? Die Belegschaft hat mir einen Brief geschrieben. Das Landeskrankenhaus Bruck an der Mur entspricht keinesfalls den heutigen medizinischen Anforderungen. Es bestehen noch Krankenzimmer mit 15 Betten, die sanitären Anlagen sind katastrophal, zwei WC-Anlagen für 50 Patienten, zwei Bäder für 50 Patienten, die Nebenräume sind unzureichend und fehlen teilweise, die Funktionsräume, wie Ambulanzräume, Ultraschall, Röntgen und Endoskopie, sind keinesfalls ausreichend vorhanden. Die Zimmer sind nur mit Waschbecken ausgestattet. Die Wasserinstallationen sind total veraltet, zum Teil verrostet, so daß erstens laufend Rohrbrüche auftreten und zweitens das Wasser zeitweise durch die veralteten Leitungen an Geruch leidet. Nachdem seit 15 Jahren größere Umbauarbeiten im Hinblick auf den geplanten Neubau nicht durchgeführt worden sind, kann der Gesamtzustand des Hauses als sehr schlecht bezeichnet werden. Die Generalsanierung ist im Interesse der Bevölkerung des Bezirkes Bruck an der Mur und des hier tätigen gesamten Personals von allergrößter Wichtigkeit. Herr Landesrat, ich bitte Sie darum, alle Maßnahmen zu ergreifen. Ich habe gehört, die Erhebungen sind im Gange. Jetzt liegt es daran, die Sanierung sobald als möglich nach allen Planungsarbeiten einzuleiten, so daß noch im Jahr 1985 mit der Generalsanierung begonnen werden kann. Ich bitte Sie im Namen des gesamten Bezirkes Bruck an der Mur. Ich glaube, alle Fraktionen sind einig, daß ehe baldigst begonnen wird, und nichts, aber schon gar nichts soll vorgezogen werden. Bruck an der Mur genießt die Priorität aller Krankenhaussanierungen. (Abg. Freitag: „Nach Feldbach!“) Ich bitte darum. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident Klasnic: Als nächstem Redner darf ich dem Herrn Abgeordneten Rainer das Wort erteilen, der für den Kollegen Spöner das Wort ergreift.

Abg. Rainer: Hohes Haus, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich könnte aus diesen Punktationen die entsprechenden Punkte des SPÖ-Programmes, die zur Gruppe passen, herausuchen und könnte sie sehr breit darstellen. Das würde unter Umständen weitere Stunden an Zeit erfordern und könnte ganz deutlich und ernsthaft auch zum Ausdruck bringen, daß wir dieses Programm, das ein Arbeitspapier, ein Diskussionsprogramm der zweitstärksten Partei in diesem Lande ist, sehr wohl ernst nehmen. Oder aber ich könnte es anders tun. Ich könnte auch in etwa sagen, wir sind bei einem Kapitel, wo wir auch die Person, und zwar den Herrn Landesparteiensekretär Dr. Hirschmann, zum Anlaß nehmen, aus dem Kapitel heraus zu behandeln und sehr wohl dann auch die Zuständigkeit für eine Wortmeldung dabei finden. Sein neurotisches, intellektuelles Spiel, das er scheinbar während seiner akademischen Ausbildung gelernt hat und das er versucht, in dieser Form darzustellen, lehnen wir ab. Wir wehren uns dagegen, meine Damen und Herren des Hohen Hauses, vor allem der Österreichischen Volkspartei, daß man in einer derartig billigen und – verzeihen Sie, wenn ich jetzt diesen Ausdruck verwende – miesen Demagogik, in einer derartig miesen Form ein Programm der zweitstärksten Partei dieses Hauses heruntermacht. Unsere Delegierten am Landesparteitag haben dieses Arbeitsprogramm als ein richtiges Programm für die vorrangigsten Ziele der nächsten Zeit erkannt. Sie haben es als solches beschlossen. Wir nehmen es ernst, und wir verbieten uns, daß Sie das in dieser Form von einem Benjamin in diesem Hause so abhandeln lassen! Das ist kein Stil! Das kann keine Zusammenarbeit fördern, und das akzeptieren wir nicht! Wir würden uns nie die Freiheit nehmen, meine Damen und Herren, Ihre Programme, Ihre Überlegungen, Ihre Konzeptionen, die Sie haben, in der gleich miesen polemischen Form abzuhandeln. Wir nehmen das, was Sie tun, ernst, wir anerkennen Ihre Arbeit hier in diesem Haus, und wir erwarten von Ihnen dasselbe, meine Damen und Herren! (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Klasnic: Nächste Rednerin ist die Frau Abgeordnete Dr. Kalnoky, der ich das Wort erteilen darf.

Abg. Dr. Kalnoky: Frau Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich habe schon überlegt, ob ich nur noch Stichworte sage und das andere Ihnen schriftlich zuschicke, aber es wäre doch einiges noch zu sagen. Das Sparen war früher einmal eine Tugend. In den sechziger und siebziger Jahren ist es dann fast zu einem peinlichen Vergehen geworden. Es hat altjüngferlich und sauer-töpfisch gewirkt. Es war so, wer vom Sparen geredet hat, hat geschienen, als wenn er vor lauter Sorgen um die Zukunft das Heute vergißt, daß er keine Phantasie hat und keine Vision. Heute ist das Sparen zwar auch nicht attraktiv, aber es wird ein Zwang. Es zeigt sich aber im Laufe der Entwicklung, daß das Wort „Sparen“ zwar das gleiche Wort noch ist, aber es hat eine andere Bedeutung bekommen. Früher hieß Sparen, von dem, was man hat, etwas zurücklegen. Heute heißt Sparen, daß man weniger von dem ausgibt, was man nicht hat. Es scheint so, daß niemand mehr begreift, daß aus einer Kasse, in der 1.000 Schilling sind, wenn man 3.000 Schilling herausnimmt, daß man eigentlich 2.000 Schilling wieder hinzugeben muß, damit in der

Kasse nichts drinnen ist. (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Den Gürtel enger schnallen!“) Nein, dieses Gefühl haben auch Sie verloren. Und obgleich man sparen muß, will und soll, hat es immer noch einen schlechten Geschmack. Es wird ja auch bei der Z-Steuer immer noch bestraft. Und man hört öfters die Ersatzworte statt Sparen „Einschränken“, „Begrenzen“, oder im Budget heißt es auch so oder ist manchmal versteckt das Ausgeben. Sparen muß wieder etwas Positives werden. Ich glaube, das ist allgemein unsere Pflicht, vor der nicht jeder Angst haben soll. Sparen soll nicht heißen, daß man Dinge, die man braucht, nicht bekommt, sondern daß man nur das bekommt, was man braucht. Das ist nämlich ein Unterschied.

Und hier bin ich schon bei der Ambulanz. Nach dem Paragraph 34 des KALG-Gesetzes sind die Aufgaben der Ambulanz auf fünf klar definierte Punkte gesetzt. Ich sage heute nur die zwei wichtigsten. Der erste Punkt ist die Hilfe. Auch da wäre zu diskutieren, ob das immer notwendig wäre in der Ambulanz. Und der zweite, vielleicht wichtigste Punkt ist die Befunderhebung vor der Aufnahme in stationäre Pflege. In der Realität hat das Verhältnis zwischen Befunderhebung und stationärer Pflege aber keinen echten Zusammenhang mehr. Im Jahre 1983 hat es sich gezeigt, daß 588.000 Ambulanzfälle waren, und man kann davon ausgehen, daß jemand, der zur Ambulanz kommt, wahrscheinlich nicht nur einmal kommt, sondern er kommt während dieses Quartaljahres mindestens zweimal, manche vielleicht sogar zehnmal. Man kann also sagen, daß ungefähr 1,2 millionenmal die Ambulanz aufgesucht worden ist, und dem gegenüber stehen 158.000 Fälle, die stationär sind. Wenn man das kostenmäßig vergleicht, so wird angegeben, daß ein Fall in der Ambulanz 600 Schilling kostet, die Kasse bezahlt 220 Schilling ungefähr, und das Land bekommt davon 110 Schilling. Das heißt: Von den 360 Millionen, die es kostet, zahlt das Land 300 Millionen. Das sind eigentlich nur 20 Prozent. Bei der stationären Pflege schaut es etwas besser aus, aber auch nicht wirklich, weil allzuoft werden die Ausgaben oder der Ersatz der Kassen mit dem Pflegesatz verglichen. In Wirklichkeit müßte man aber die Fallkosten berechnen. Im Landeskrankenhaus Graz sind die Fallkosten mit 1.935 Schilling angegeben und im Landessonderkrankenhaus mit 809 Schilling. Im Landeskrankenhaus werden etwas mehr als 50 Prozent ersetzt und im Sonderkrankenhaus eigentlich nur 40 Prozent. Ich glaube, es geht nicht nur darum, daß man den Kassen zeigt, daß sie mehr beitragen müssen, sondern es geht auch darum, daß man wieder viel mehr Ambulanzfälle hinaus in die Praxis zurückverlegt zum Praktiker und zum Facharzt, damit weniger Doppeluntersuchungen geschehen. Das verdoppelt ja die Ausgaben und vor allem auch, daß die Vorbereitung und vor allem die Nachbetreuung sowohl als Kontinuität für den Patienten da sind, wir aber auch Krankenhausaufenthalte verkürzen. Selbstverständlich müssen auch die Ärzte auf diese Entwicklung reagieren. Es wird notwendig sein, daß sich Ärzte in Gruppenpraxen zusammensetzen. Es wird wichtig sein, daß nicht mehr lange Wartetermine sind und daß die Praktiker und die Fachärzte mit dem Pflegedienst gemeinsam arbeiten. Bei den Sparern wird ganz wichtig sein, daß vor allem ein Überangebot aufhört, wie es jetzt herrscht, sondern eben für jeden die entsprechende Hilfe möglich ist. Es darf nicht sein, daß ein

kleines Abszeß von zwei OP-Schwestern, einem Anästhesisten, einem Oberarzt plus Assistenten oder einem Sanitäter, und das alles mit einer Hygiene wie bei einer Organverpflanzung, behandelt wird. Entsprechend behandeln heißt eben auch sparen. Bei der nicht leistungsbezogenen Quartalverrechnung, wie es gegenwärtig ist, stimmen einfach die Relationen nicht. Ich möchte nur den Patienten A herausuchen, der im Jahr 1983/84 in zwei Jahren einen Materialverbrauch von 5.150 Schilling gehabt hat, und die Vergütung in diesen zwei Jahren war 472 Schilling. Das heißt, Einnahmen zu Ausgaben stehen in einem Verhältnis von 1 zu 10. Hier wird das Land schlechter bezahlt als der praktische Arzt. Und wie kommt es eigentlich dazu? Durch diese ungeheure Belastung hat das Land auch Reformen nicht vorgenommen, die notwendig wären. Hier möchte ich vor allem von der Psychiatriereform sprechen, die – wie wir alle wissen – sehr notwendig ist, zum Teil auch aus einem Anliegen heraus, das nicht in unserer Einsicht steht. Ich glaube aber, wir sollten alle uns wirklich wünschen, daß Neurologie und Psychiatrie getrennt werden, weil die Übergänge sind einfach sehr oft nicht kontrollierbar. Es ist so, daß die Neurologie sehr viel aus der Psychiatrie herausaugt, weil die Neurologie eben ganz anders gezahlt wird, und die Psychiatrie ist einfach ein Stiefkind bisher. Ich glaube, es kommen viele auch in den Zwiespalt dadurch, daß sie glauben, eine Reform ist eine Verbesserung, und eine Verbesserung ist gleichzeitig eine Verteuerung, und der Wirtschaftskörper wird einsparen, und Einsparen heißt Verschlechterung. Ich glaube aber nicht, daß es so ist, sondern ich glaube, nur mit einer neuen finanziellen Durchschaubarkeit wird eine Reform überhaupt möglich sein. Die Reform hat hauptsächlich zwei wesentliche Anliegen, einmal ist es so, daß viele Patienten eigentlich aus dem Sonderkrankenhaus ausgegliedert werden müssen, und andererseits ist es so, daß ein anderer Bettenschlüssel sein muß, aber auch ein anderer Arzt- und Therapeuteschlüssel. Das Ausgliedern vieler Patienten aus dem Sonderkrankenhaus würde sowohl menschlich sein als aber auch realistisch, denn bisher gibt es sehr viele alte Menschen, geriatrische Fälle, die einfach ins Sonderkrankenhaus abgeschoben werden, und man muß sich fragen, wie kommt eigentlich ein alter Mensch dazu, nur weil er ein hilfloser Pflegefall ist, daß er zu den Geisteskranken eingeordnet wird, wie kommen die Enkelkinder dazu, daß sie ihre alten Großeltern oder Urgroßeltern im Sonderkrankenhaus besuchen müssen? Es zeigt sich aber auch, daß diese Ausgliederung nicht nur menschlich richtig wäre, sondern sie wäre auch wirtschaftlich. Im Landessonderkrankenhaus sind die Pflegekosten monatlich für einen Pflegefall 22.000 Schilling. Im Landesaltenheim in Radkersburg sind dagegen die Pflegekosten 11.000 Schilling, bitte, das ist einfach nur die Hälfte. Und dort hört man immer wieder, daß die Pflege ganz besonders gut ist. Wir müßten schauen, daß bei der Ausgliederung möglichst viele, es wurde ja heute immer wieder gesagt, Mischformen gefördert werden. Die Privatinitiative ist einfach ein ganz wichtiger Faktor. Wir müssen aber gleichzeitig, ohne mißtrauisch zu sein, Kontrollmöglichkeiten schaffen. Ganz besonders hier bei den Pflegefällen ist es so, es gibt eine Verordnung, daß ab 10 Pflegefällen eine amtsärztliche Kontrolle sein muß, und ich glaube, wir sollten schauen, daß es in

diesem Rahmen ist. Wenn Patienten aus dem Sonderkrankenhaus ausgegliedert werden, dann würde auch der Arztschlüssel sich ändern. Bisher ist es so, daß im Sonderkrankenhaus er ungefähr 1 zu 40 ist, im Gegensatz zum Landeskrankenhaus, wo er 1 zu 8 ist. Ich habe es gerade in der vergangenen Woche noch gesehen, die schwersten Fälle, wo eigentlich niemand mehr helfen kann, werden ins Sonderkrankenhaus abgeschoben. Sie bedürfen ganz besonders sorgfältiger Pflege. Dort sind aber viel, viel weniger Ärzte zuständig. So ist es nicht zu lösen. Es wäre auch wichtig, daß Patienten, die unten im Sonderkrankenhaus bleiben, eine Tag- und Nachtambulanz erhalten. Im stillen geschieht da schon einiges. Es gehen Gott sei Dank einige Patienten über Tag hinaus und kommen nur in der Nacht zurück. Aber das sollte einfach besser geregelt sein. Wie ich schon gesagt habe, es soll keine Überversorgung sein, es darf aber auch keine Unterversorgung sein. Und aus dieser entsprechenden Hilfe würde auch eine neue Wirtschaftlichkeit zu fördern sein. Ich glaube, wir müssen einfach immer entsprechend helfen, das heißt, wenn man eine Blume versetzt, um bei der Gärtnerei zu bleiben, dann braucht man eben keinen Bagger zu holen, um sie zu versetzen, sondern man kann das eben anders machen. Wichtig wird auch sein, daß das Personal eine Umschulung erhält, eine Möglichkeit zur Weiterbildung und dann bei der Aufnahme neuer Berufe die Sozialarbeiter, die Psychologen und auch die Arbeitstherapeuten mehr berücksichtigt werden.

Wenn wir über das Sparen weiter nachdenken, so hat sich in der Vergangenheit erwiesen, daß Investitionsrückstau eben auch kein Sparen ist. Ich glaube, Sie haben schon gehört, daß bei dem Konzept der Manager ein Investitionsrückstau von 3,5 Milliarden festgesetzt wurde. Es schaut so aus in manchen Landeskrankenhäusern und besonders hier in Graz im Landeskrankenhaus, daß manche Geräte schon 15 bis 30 Jahre alt sind. Da kann man nur sagen, das ist eigentlich ein bedenklicher Zustand. Wenn Reparaturen mehr als 50 Prozent einer Neuanschaffung kosten, dann muß man sich wirklich überlegen: war das klug gehandelt? Es schaut in den Voranschlägen der letzten Jahre so aus, als würde eingebremst, als würde gespart, wenn man aber dann den Rechnungsabschluß sieht, dann kommen all die Vorschläge, die die Direktion gegeben hat, die heruntergebremst wurden, wieder in den Rechnungsabschluß hinein, und dann plötzlich stimmt die Kurve. Also vorher ist es leider nur ein Wunschtraum, von dem man aber von vornherein weiß, daß er nicht eingehalten wird. Es ist auch unverständlich, daß nicht unter anderen Gesichtspunkten gedacht wird. Es wird zum Beispiel jetzt in Deutschlandsberg über eine Zentrifuge nachgedacht, ob man 10.000 oder 15.000 Schilling spart, auf der anderen Seite, die eine kommt aus Wien, und für den Service, wenn die Zentrifuge auch 10.000 Schilling billiger ist, wenn jedes Mal jemand aus Wien kommt, wird das dann auf die Dauer viel teurer. Da muß man sicher auch vordenenken lernen. Es wäre auch wichtig in der Überlegung, ob man nicht bei allen Geräten mehr schaut, einheitliche Geräte anzuschaffen und einen Hausservice aufzubauen. Für die ganze Finanzierung der Landeskrankenanstalten wird es aber auch wesentlich davon abhängen, wie der Wille und vor allem der Einfluß unseres Landesfinanzreferenten ist.

Im Moment scheint es so, als ob die Regierung erhofft, durch die zu erwartende Erhöhung des Fonds, es wird ja eine große Erhöhung im Fonds geben, daß die differenzierten Landeswünsche sozusagen eingeschliffert werden. In der Konferenz wurde ausgehandelt, daß zwei Modelle vorgeschlagen werden und daß diese zwei Modelle in jeweils fünf Spitälern ausprobiert werden. Dann soll abgestimmt werden, welches Modell man bevorzugt. Und wenn jetzt auch noch für die zwei Modelle Einstimmigkeit herrschen muß, so weiß man noch nicht, wie das bei der letztendlich Abstimmung sein wird. Wir wissen, daß das Wiener Modell die Kosten des Vorjahres plus der jährlichen Inflationsrate haben will, das heißt, eine Betonierung der Abgangsdeckung und eine Verhinderung einer leistungsbezogenen Verrechnung. Wir wünschen uns, daß der Landesfinanzreferent die Interessen des Landes vertritt. Leider hat er vor einiger Zeit in der „Neuen Zeit“ gesagt, daß er für das Wiener Modell größtes Verständnis hat, aber hoffentlich hat er das nur in der Zeitung gesagt, und bei den Verhandlungen wird er doch an die Steiermark denken. Wie unsere finanzielle Situation sein wird, hängt dann von seinem Verhandlungsgeschick auch ab. Sparen heißt einfach, besser organisieren und sinnvoller investieren. Dafür braucht man Verantwortlichkeit, und diese Verantwortlichkeit, das wird auch ein Konzept sein, muß man dezentraler wieder zu den Menschen hinbringen. Es kann nicht so sein wie in der Vergangenheit, daß zum Beispiel bei einem erstklassig geführten Landeskrankenhaus, wie in Feldbach, wo der Kollege Harmsdott schon im Jahre 1979 hier im Landtag gesagt hat, es bedarf dringendst einer Generalüberholung, eigentlich nichts getan worden ist und daß in der Zwischenzeit in Deutschlandsberg ein Spital mit allerhöchstem Luxus gebaut worden ist. Wir tun uns dann wirklich schwer, von der Chancengleichheit, von der Sie immer sprechen, etwas bemerkbar zu machen. Ich für meinen Teil, ich habe keine großen Schwierigkeiten mit der Gleichheit, denn ich glaube nicht an die Gleichheit. Ich hätte lieber Gerechtigkeit. (Abg. Hammer: „Sie sind ein bißchen gleicher als die gleichen, Frau Kollegin!“) Das glauben Sie. Sie sind ganz gleich, ja das stimmt. In Wirklichkeit geht es um Gerechtigkeit, und da würden auch andere Landeskrankenhäuser einen besseren Standard brauchen. (Beifall bei der ÖVP.)

Kurz, um beim Sparen zu bleiben, muß ich doch noch sagen, daß die Gesundheit ebenfalls ein Kapital ist, welches man erhalten, ja welches man vermehren kann. In Wirklichkeit reduzieren es viele in ihrer Jugend. Die vergangenen Geiseln, wie Ansteckung und Seuchen, sind durch die Impfungen behoben, aber die jetzigen Krankheiten, die Zivilisationskrankheiten, die beginnen schleichend, sie beginnen früh. Die Natur präsentiert ihre Rechnung erst viel später. Die Menschen wissen sehr oft nichts von der Ursache und der Auswirkung. Ich glaube, gerade hier haben wir unserer Jugend gegenüber eine große Verantwortung.

Eine wirklich schädliche Angewohnheit, wie das Rauchen, wurde vom jetzigen Kanzler, vom damaligen Minister Sinowatz, gefördert, indem er in den Schulen die Rauchzimmer erlaubte. Ich glaube, das war wirklich eine Gefälligkeit. Wir müssen aber der Jugend gegenüber mehr Verantwortung zeigen. Wir müssen ihnen sagen, was in der Zukunft für sie schädlich ist.

Ich möchte nur mit zwei Sätzen Ihnen sagen, wir haben hier schon sehr oft über die Zahngesundheit gesprochen, auch vor mir wurde schon darüber gesprochen. Es gibt Länder, wo Kariesfreiheit zwischen 70 und 80 Prozent bei der Jugend ist. Wir in Österreich haben 5 bis 10 Prozent. Das ist ein weites Feld, wo wir uns wirklich Ruhm erwerben könnten. Die Bombe tickt. In der vergangenen Woche hat das zentrale Statistikamt gesagt, im Jahre 2000 – und ich hoffe, wir alle sind noch im Jahre 2000 da lebend, wir können das miterleben – werden auf 1.000 arbeitende Menschen 700 Pensionisten kommen. Und es wird einfach von einem großen Unterschied für uns alle sein, wie diese Pensionisten sind. Ob es Menschen sind, die zwar alt sind aber noch aktiv, die gesund sind. Alter darf nicht nur einfach ein Trick der Medizin sein, der den Alten erhält, sondern Alter muß etwas sein, wo man auch gesund sein kann. Wenn Sie hören, daß ein Pflegefall zweieinhalbmal soviel kostet wie ein alter Mensch, so ist es nicht nur menschlich, daß man den Jugendlichen jetzt schon darauf vorbereitet, daß er im Alter auch gesund sein kann. Wir werden es wirtschaftlich überhaupt nicht finanzieren können, wenn wir hier nicht wesentliche Entscheidungen treffen. Es wird von uns abhängen, wie die Zukunft aussieht, und viele Dinge, die wir jetzt nicht sehen, werden uns in der Zukunft belasten oder umgekehrt. Es wird einmal die nächste Generation sagen können, so wie wir von der vergangenen, wo durch die Impfungen die Seuchen aufgehoben sind, daß wir auch an sie gedacht haben. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Trampusch. Ich erteile es ihm.

Abg. Trampusch: Geschätzter Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Ich weiß nicht, das Kapitel 5 beinhaltet ja Gesundheit und Umweltschutz, ob es besonders gesund ist, wenn man dann um 22 Uhr noch viel zum Umweltschutz sagt? Ich darf mich daher sehr kurz halten. Aber der Herr Abgeordnete Hirschmann hat ja auch zum Thema Umweltschutz gesprochen, ich würde sagen in zweierlei Hinsicht. Er hat versucht, ein paar praktische Dinge zu bringen, und er hat versucht, geistigen Umweltschutz zu betreiben. Das eine ist sicher danebengegangen. Die entsprechende Antwort hat ihm der Abgeordnete Rainer bereits gesagt. Ich darf nur einen Satz anfügen. Ich glaube, man soll das Hohe Haus nicht mit einem Kabarett vergleichen, das wäre wirklich zu simpel, um das also so auszudrücken.

Zu den anderen Fragen, die der Herr Abgeordnete Dr. Hirschmann angeschnitten hat, hier sind einige Lösungen vorgeschlagen worden und auch gleichzeitig gesagt, wieso die Sozialisten hier meinen, daß das eine oder anderen noch nicht erledigt sei. Stichwort „Katalysatoren“. Hier hat es eine Enquete „Saurer Regen“ gegeben. Der Herr Landeshauptmann selbst hat dort gesagt, er ist noch mehr verunsichert als vor Beginn der Enquete, weil selbst die Sachverständigen der hohen Technik, die dort waren, sich nicht über den Wert oder den Unwert der Katalysatoren einig waren. Wie sollten wir hier im Hohen Landtag einfach so drüber hinweg sagen „na ja, da sind sich der Minister Steyrer und Vranitzky nicht einig“, wenn selbst die

sich nicht einig sind, die ja eigentlich vom Technischen her mehr davon wissen müßten. Das nur dazu. (Abg. Dipl.-Ing. Schaller: „Es hat ein Gespräch bei Prof. Möse stattgefunden!“) Das wäre einmal ein gutes Beispiel von Innovation, wenn hier ein Fortschritt erzielt worden wäre. Aber ich bin überzeugt, nachdem auch international die Frage etwa von der Schweiz her so gebracht wird, daß das auch gewisse gesundheitliche Gefahren in sich birgt, daß die Diskussion noch leider – möchte ich sagen – im Interesse des Umweltschutzes leider noch lange nicht abgeschlossen ist. Der Herr Abgeordnete Dr. Hirschmann hat auch zum Kraftwerk Mellach gesprochen und gesagt: „Wir haben eigentlich ja einen guten Erfolg, und wieso das hier in Frage gestellt wird?“ Ich habe gestern ausdrücklich gesagt, 90 Prozent sind ein international sehr, sehr hoher Wert, und wir freuen uns darüber, aber man soll nicht mehr verkaufen als man hat. (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Du hast es gestern anders formuliert!“) Und es hat sicher einen besonderen Grund gehabt, denn in einer Veranstaltung von Modell Steiermark ist in der Ausschreibung wörtlich gestanden: „Mellach konnte eine mehr als 95prozentige Entschwefelung erreichen“. Das war also der Anlaß, und ich glaube, man soll sich dann darauf einigen, daß 90 Prozent wirklich eine Leistung sind, und man soll auch zu den 90 Prozent stehen. (Landeshauptmann Dr. Krainer: „Herr Kollege, ich will Sie nicht unterbrechen, aber damit wir das gleich aufklären. Sie wissen, daß die Erzeugerfirma der STEWEAG mitgeteilt hat – ich will keine Werbung betreiben, noch dazu für eine steirische Firma –, daß sie 95 Prozent erreicht. Die STEWEAG hat aber gebeten, man möge im Bescheid diese 95 Prozent deshalb nicht statuieren, weil es zur Zeit kurzfristig möglich ist, daß diese 95 Prozent nicht erreicht werden. Das ist der einzige Grund. De facto gibt es Übereinkunft zwischen Erzeugerfirma und STEWEAG, daß die 95 Prozent erreicht werden, nur, im Bescheid ist gebeten worden, die 95 Prozent nicht zu statuieren. Sie werden das mit Freude zur Kenntnis nehmen!“) Herr Landeshauptmann, im Interesse des Umweltschutzes nehmen wir jede Verbesserung zur Kenntnis. Nur, Herr Landeshauptmann, ich kenne den Brief auch. Hier steht also drinnen, daß für den Dauerbetrieb nur 90 Prozent garantiert werden können. Und Dauerbetrieb ist doch das, auf was man sich in Wirklichkeit verlassen kann. Das meine ich damit. (Landeshauptmann Dr. Krainer: „Ich freue mich schon, wenn wir die wirklichen Werte hier liegen haben!“) Wir würden uns auch freuen, gemeinsam wahrscheinlich, wenn die wirklich über 90 Prozent liegen würden.

Der Herr Abgeordnete Dr. Hirschmann hat sich mit den 25 vorrangigen Punkten der SPÖ Steiermark befaßt. Ich betone noch einmal, und der Herr Abgeordnete Rainer hat es gesagt, das ist doch kein langfristiges Programm. Das sind Punkte, die sehr kurzfristig durchzusetzen wären. Wenn er sagt, es sind nur mehr zwei Punkte offen, zu einem bekennt sich die ÖVP nicht, dann nehme ich an, das ist die Demokratisierung der Bezirkshauptmannschaften. Es sind aber weitere Punkte, wie die Verabschiedung des Fremdenverkehrsgesetzes, eines zeitgemäßen Kulturförderungsgesetzes, Staatsvertrag. Das sind alles Punkte, wo wir hoffen, daß sie sehr rasch erledigt werden. Aber man darf als politische Partei doch bitte einen Katalog der Notwendigkeiten haben und dann jeden Punkt abha-

ken, wenn es soweit ist. Nur, wir können leider noch viele dieser Punkte nicht abhaken. Und wenn wir beim Programm sind. Es hat auch ein Inserat gegeben „Lebenswerte Steiermark – Zukunftsmark, Hoffnungsmark“. Hier werden bereits 100 Millionen für den Umweltfonds als „bereitgestellt“ angeführt. Wir würden uns freuen, wenn alle 100 Millionen schon erreicht wären. 50 Millionen haben wir einmal, die anderen 50 Millionen müssen wir erst durch eine Form finden, die gemeinsam vertretbar ist. Das ist auch wieder ein Punkt, daß wir der Meinung sind, man soll nicht vorher schon das verkaufen, wenn es noch nicht da ist. (Landeshauptmann Dr. Krainer: „Nach den Verhandlungen in der Regierung hat Übereinstimmung geherrscht, daß wir das erreichen werden!“) Wir sind überzeugt, daß wir es erreichen, aber hier wird es ja schon verkauft. Das ist eben ein wesentlicher Unterschied. (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Ihr redet nur!“) Und wenn der Herr Abgeordnete Dr. Hirschmann dann auch das grundsätzliche Programm der SPÖ Steiermark erwähnt hat, und ich möchte beim Umweltschutz bleiben, die Energie ist ja ein wesentlicher Bestandteil des Umweltschutzes. Es gibt auch „Perspektiven 90“ der ÖVP, oder zumindest ich habe es von der Vereinigung Österreichischer Industrieller, Landesgruppe Steiermark, bekommen. Hier wird im Programm wörtlich gefordert, daß Hainburg und Zwentendorf in Betrieb gehen. Wir haben uns darüber auch nicht aufgeregt, daß Parteien oder der Partei sehr nahestehende Verbände hier derartige Zukunftsperspektiven machen, weil wir sagen, jede Partei muß in sich und mit ihren eigenen Anschauungen zu Rande kommen. Und wir haben auch keine Stellungnahme dazu gegeben, daß es auch ein offizielles Diskussionspapier „Zukunftsmanifest der ÖVP“ gibt, wo die Junge ÖVP, ich darf hier die „Kronenzeitung“ vom 26. Oktober zitieren, sagt, das Zukunftsmanifest der ÖVP sei zwar ein schöner Haufen Papier, doch vergesse man, daß die konkrete Umsetzung der Vorschläge betrieben wird. Ich habe es mir durchgelesen. Man kann wirklich nichts dazu sagen. Da sind keine 25 Punkte drinnen, die man anhängen könnte. Es ist zu allgemein formuliert, und das ist leider so, daß man nicht über Programme reden soll, wenn man keine Inhalte anfindet. Ich bitte, in Zukunft die Dinge hier im Hohen Haus nicht durcheinanderzubringen. Ich darf abschließend noch einmal darauf zurückkommen, was der Herr Abgeordnete Ritzinger gesagt hat. Ich habe nie verlangt, daß der Herr Landeshauptmann selbst für die Müllentsorgung von Graz zuständig gemacht wird, wohl aber, daß es eine landesweite Regelung und landesweite Planung geben muß. Ich frage mich, worin liegt der Sinn der Raumplanung an und für sich, daß es auf höherer Ebene einmal Vorgaben gibt, die ich dann in der örtlichen Raumplanung auch tatsächlich verwirklichen kann und an die ich mich halten muß? Es heißt ja auch im Raumordnungsgesetz, die örtliche Planung hat die überörtliche Planung zu berücksichtigen. In dem Fall hat es die überörtliche Planung leider noch nicht gegeben. Und daher haben wir mit Recht gefordert, daß hier alle die betroffen sind, die verantwortlich sind und die sich mitverantwortlich fühlen, darf ich das so formulieren, daß die wirklich gemeinsam versuchen, dieses heikle Problem zu erledigen. Ich persönlich könnte mir nur vorstellen, daß wir überhaupt in Umweltfragen nur weiterkommen, wenn in

Zukunft ein Modell gefunden wird, wonach wir Umweltstandortgemeinden, das heißt Gemeinden, in die in Zukunft irgendwelche Umwelteinrichtungen kommen, in Form eines internen Finanzausgleiches dafür entschädigen, daß sie dann andere Leistungen, etwa Fremdenverkehr, nicht in Anspruch nehmen können. Nur so, indem wir langfristig und wirklich landesweit Ziele setzen und Maßnahmen setzen, werden wir es wirklich erreichen, diese heiklen Fragen des Umweltschutzes, und dazu zählt auch die Abfallbeseitigung, in den Griff zu bekommen. Danke. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Loidl. Ich erteile es ihm.

Abg. Loidl: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die Frau Abgeordnete Dr. Kalnoky hat vor wenigen Minuten eine, wie ich sagen möchte, sehr gute und engagierte Rede zur Frage unserer Spitäler gehalten. Es fällt mir an sich schwer, ihr jetzt energisch zu widersprechen, das muß ich auch gar nicht, weil sie über weite Strecken wirklich recht hat, aber in einigen Punkten glaube ich schon, daß man die Dinge etwas differenzierter sehen sollte, als sie es getan hat. Rund 640 Millionen Schilling sind wiederum für die sogenannte Abgangsdeckung oder, wie die Zeitungen lieber schreiben, für die Bezahlung des Spitalsdefizits vorgesehen. Ich möchte jetzt ein wenig provokant sein und sagen, daß unsere Spitäler weder einen Abgang, schon gar nicht ein Defizit im Sinne dieser negativ auszulegenden Bezeichnung haben. In unseren Spitälern entstehen selbstverständlich Kosten, welche aber gegenüber vergleichbaren Krankenhäusern des In- und Auslandes doch bemerkenswert niedrig sind. Das sollen wir, nachdem wir alle miteinander sehr viel dazu beigetragen haben, nicht vergessen. Für die Bezahlung dieser Kosten gibt es und muß es Kostenträger geben. Das sind in erster Linie die öffentlichen und privaten Krankenversicherungen. Die Paragraph-2-Krankenkassen tragen, und da stimmen wir schon nicht mehr ganz überein, aber das läßt sich ja dann eruieren, rund 60 Prozent der Kosten. Der zweite Kostenträger ist der sogenannte KAFZAF, dieser etwas schwierig zu erklärende Zusammenarbeitsfonds, wo die Zusammenarbeit in erster Linie darin besteht, daß jeder versucht, aus diesem Topf möglichst viel für sich herauszuholen. Diese Verhandlungen wurden erst vorgestern zum Abschluß gebracht. Unser Landesfinanzreferent Dr. Klauser hat sich wirklich sehr eingesetzt. Er hat nicht umsonst in seiner Einbegleitungsrede, wenn Sie sich erinnern können, dieser Frage einen so großen Spielraum gelassen, weil er damit schon etwas signalisieren wollte. Aber ich möchte dem, was der Herr Landesrat zu sagen hat, nicht vorgreifen. Es gibt also nach meiner Meinung keinen Defizitzähler, sondern die Genannten müssen in dem ihnen zumutbaren Umfang zu den entstandenen Kosten beitragen.

Eine andere Sache ist es allerdings, und da gebe ich der Frau Abgeordneten vollkommen recht, daß es noch immer ganz beträchtliche und unnötige vermeidbare Kosten gibt. Da aber alle Kostenträger glaubhaft, meine ich, versichern, daß sie an der Grenze ihrer Leistungskraft angelangt sind, scheint es nicht zielführend zu sein, wenn einer vom anderen verlangt, mehr

zu zahlen. Es wäre für alle besser, vor einem solchen Streit die zweifellos gegebenen und auch hier im einzelnen besprochenen Möglichkeiten von Kostenstabilisierung und Einsparung ernstlich zu versuchen. Da stimmen wir wieder überein. Wenn der angestrebte eigene Wirtschaftskörper tatsächlich so konstruiert wird, und das wissen wir ja zur Stunde noch nicht, daß er vor allem diesem Zweck dient, dann soll und wird er auch einvernehmlich zustande kommen. Es ist halt ein Problem, meine Damen und Herren, wenn der größte Kostenträger, und das ist die Krankenversicherung, nicht die geringste Möglichkeit hat, auf die Entstehung und Gestaltung von Kosten, die sie ja immerhin zu 60 Prozent übernehmen muß, Einfluß zu nehmen. Ein Beispiel nur: Alle Experten, wo immer sie zusammenkommen und die Frage diskutieren, sprechen davon, daß wir in erster Linie viel zu viel teure Spitalsbetten haben. Und das machen wir, meine Damen und Herren, gerade in diesen Wochen, wir vermehren die Spitalsbetten um mindestens 200, entgegen allen Versprechungen, die gemacht wurden. Es ist, wie ich gelesen habe, sogar so, daß selbst für die III. Chirurgie, welche aufgelassen werden sollte, schon wieder irgendwelche Pläne bestehen, ein Orthopädiehospital oder sonst etwas zu errichten. Das ist halt auch die Realität.

Und nun möchte ich noch kurz zu den etwas umkämpften Ambulanzgebühren in unseren Landesspitalshäusern sagen. Das ist ja eine Frage, die die Frau Abgeordnete schon ein paarmal, auch während des Sommers, ins Spiel gebracht hat. Aber das ist gerade ein Beispiel dafür, daß man die Dinge etwas differenzierter sehen soll. Wenn man nämlich von jemandem verlangt, daß er mehr zahlen soll, dann sollte man sich auch anhören, was die Betroffenen dazu sagen und vor allen Dingen die Situation, in der sich diejenigen befinden, auch berücksichtigen. Umso mehr, wenn es sich um Einrichtungen, wie es die Krankenkassen sind, handelt, welche immerhin auch im Lande für 90 Prozent unserer Bevölkerung wichtige Aufgaben zu erfüllen haben. Wenn man bedenkt, daß die Versicherungsleistungen zum Beispiel der Gebietskrankenkasse zu rund 32 Prozent aus Krankenhauspflege, 33,5 Prozent aus ärztlicher und zahnärztlicher Behandlung, 16 Prozent für Arzneimittel, Heil- und Hilfsmittel, das sind schon über 80 Prozent, bestehen, dann bleibt noch die Mutterschaftsleistung mit 8 Prozent, Krankenunterstützungen mit nur 6,5 Prozent. Ich frage, welcher Spielraum bleibt dann noch für andere Dinge übrig. Und so ähnlich ist es bei allen Kassen, es sitzen ja einige Kassenfunktionäre hier im Haus.

Nun zur Sache mit den Ambulanzgebühren selbst. Die von der Kasse vereinbarten Tarife – und das bitte, Frau Abgeordnete, einmal zu bedenken – für Röntgen, für Dialyse und Zytologie sind – ich habe hier die Liste – genau so hoch wie für die Ärzte in der freien Praxis und machen in der Summe des Geldes immerhin 60 Prozent der Ambulanzgebühren aus. Niemand kann sagen, daß die Röntgenologen oder jene Herrschaften, welche die Dialyse in der freien Praxis machen, und auch die Zytologen nicht kostendeckend, sondern im Gegenteil sehr, sehr gewinnbringend arbeiten. Wenn diese Möglichkeit des Gewinnes oder der Kostendeckung im Krankenhaus nicht gegeben ist, dann kann das nicht an der Höhe der Tarife liegen, sondern muß

es irgendwoanders seine Ursache haben. Der Deckungsgrad der anderen Tarife dürfte allerdings im Durchschnitt so hoch sein wie bei den Tagessätzen, das sind ungefähr 60 Prozent. Aber bei der Beurteilung dieser Sachlage muß man ganz offen auch etwas sagen, weil es von entscheidender Bedeutung ist. Von den rund 130 Millionen Schilling, welche die Kassen zum Beispiel 1983 gezahlt haben, bekommen die Ärzte 50 Prozent für die Normalbehandlung, für Röntgen 25 Prozent, für Dialyse 13 Prozent. Dort ist ein niedrigerer Satz, weil der Geräteeinsatz dementsprechend hoch ist. Das werden in diesem Jahr rund 64 Millionen sein als Zusatzhonorar, obwohl diese Tätigkeiten mit den Einrichtungen des Krankenhauses, mit den Schwestern während der normalen Arbeitszeit verrichtet werden. Es ist ein etwas sonderbarer Aufteilungsschlüssel, daß selbst der Klinikchef, wenn er sich zum Zeitpunkt, wo die Injektion gegeben oder der Finger verbunden wird, irgendwo in einem anderen Krankenhaus befindet, um eine Behandlung eines Klassepatienten durchzuführen, auch diese Gebühr bekommt. Sie müssen dann schon, wenn diese Sache auch legitim und Angelegenheit des Landes ist, Verständnis dafür haben, wenn Kassenfunktionäre, welche für die Führung eines großen Ambulatoriums mitverantwortlich sind, in dem immerhin auch 40 Ärzte beschäftigt sind und Tausende solche Behandlungen gemacht werden und die außer ihrem Gehalt, das nicht einmal so hoch ist wie das in den Krankenhäusern, keinen einzigen Groschen zusätzlich bekommen, die Dinge etwas anders sehen. Ich möchte sagen, daß dieser Bereich der Ambulanzen, so groß er zahlenmäßig an sich in Erscheinung tritt, doch eher von untergeordneter Bedeutung ist. Ich glaube, man wird auch in dieser Frage nach Verhandlungen eine einvernehmliche Lösung finden. Es ist ja nicht das erste Mal, daß über diese Dinge gesprochen, verhandelt und dann abgeschlossen wird. Das wichtigste scheint mir aber zum gegenwärtigen Zeitpunkt zu sein, daß offenbar insgesamt gesehen, und ich nehme an, daß das der Landesrat bestätigen wird, nunmehr tatsächlich eine Stabilisierung des Landesbeitrages eingetreten ist. Ich glaube, diesen zu erhalten und zu festigen, ist eine sehr, sehr wichtige Aufgabe für die Zukunft auch im Zusammenhang mit den bevorstehenden Verhandlungen über den Spitalskörper. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Univ.-Prof. Dr. Schilcher. Ich erteile es ihm.

Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Hebammen wissen, daß bei einem Geburtsakt größte Vorsicht am Platz ist. Ich werde nicht zum Dienstrecht der Hebammen sprechen, auch nicht zum medizinischen Problem der Geburt, wohl aber zum politischen Geburtsakt des Wirtschaftskörpers, und zwar als eine jener Hebammen, die vom steirischen Primar eingesetzt wurden, damit dieses Kind endlich das Licht der Welt erblicken möge. Wir sind – um es ganz kurz zu sagen – bei den Preßwehen angelangt in dem Zusammenhang. Weiter möchte ich dieses Bild nicht strapazieren, weil ich weiß, daß Männer das in der Regel nicht aushalten. Ich möchte nur sagen, daß das Vor-

sichtsgebot, das in diesem Zusammenhang gelten soll – (Präsident Zdarsky: „Sie sind der erste Mann, der so ein Kind gebärt!“) Ja, ich war dabei bei der Geburt, daher weiß ich es! –, daß das Vorsichtsgebot, das hier gelten soll, nicht von allen ernst genommen wird. Es gibt eine ganze Menge im Krankenhaus offenbar, die ganz gerne eine Risikogeburt, wenn nicht überhaupt eine Fehlgeburt gesehen hätten. Der Herr Landeshauptmannstellvertreter hat schon das Blatt der sozialistischen Gewerkschafter verlesen, den „von uns unerwünschten Wirtschaftskörper“ betreffend, zur Verunsicherung des Personals gedacht. (Abg. Rainer: „Sie wissen schon, was daraus wird!“) Ja, ich weiß auch schon, was daraus geworden ist, Herr Rainer. Und Sie wissen es auch schon. Gestern war nämlich gerade jene Arbeiterbetriebsratswahl. Und ich möchte dem hier anwesenden Kollegen Scheribel herzlich gratulieren, daß er sie bravourös gewonnen hat trotz dieser Versuche. (Beifall bei der ÖVP.) Er hat absolut und relativ Stimmen gewonnen bei einem Mandatsstand von 11 zu 3. Also diese Art von Verunsicherung hat – Gott sei Dank – nicht verfangen. Ich selbst möchte mich allerdings wohl an das Vorsichtsgebot der Hebammen halten und daher nur darüber reden, was das neue Kind – (Landesrat Gerhard Heidinger: „Sie wissen schon, was daraus wird?“) Genau! Wissen Sie es, Herr Landesrat? (Landesrat Gerhard Heidinger: „Wir ahnen es!“) Ahnen wir gemeinsam, Herr Landesrat! Ich weiß schon, da werden noch einige Schwierigkeiten auftauchen. Der Herr Abgeordnete Hammer hat heute vormittag Schokolade verteilt, ich kann das nicht. Angesichts des Problems habe ich nur Papier verteilt, das Ihnen vorliegt. Ich möchte Sie bitten, wenn Sie vielleicht das erste Blatt nehmen, dann sehen Sie eine Kurve, das ist der Pillenknick der Rechtsabteilung 12. Hier hat sich nämlich etwas Wundersames getan. Allein schon bei der Ankündigung des Wirtschaftskörpers, daß es ernst wird, gab es einen Pillenknick. Wenn Sie nämlich die Sachausgaben anschauen, ich habe nur die Sachausgaben genommen, Herr Hofrat Schaffer, nicht die Personalaufwendungen. (Landesrat Gerhard Heidinger: „Das glaube ich Ihnen. Sie wissen auch warum!“) Jawohl, oh ja. Ich werde es Ihnen gleich nachliefern, Herr Landesrat. Aber nur, damit wir bei den Sachausgaben bleiben. Sie haben vom Jahre 1976 an eine Vollgaspartie gehabt, ziemlich Bleifuß, 10 Prozent, 9,6 Prozent. Dann war ein kleiner KRAZAF-Knick 1,1 Prozent, 7,5 Prozent. Wenn Sie da den Schnitt nehmen, sind das etwa 7,6 Prozent, das heißt, um 7,6 Prozent ist jedes Jahr der Sachaufwand gestiegen. Und dann kam die Ankündigung des Wirtschaftskörpers, und dann wurde voll eingebremst. Und Sie sehen hier: 10,2 Prozent noch im Jahre 1983, dann kam die Vollbremsung: Minus 2,9 Prozent, ergibt eigentlich minus 13,1 Prozent, und im nächsten Jahr noch einmal minus 6,2 Prozent, um das in der neuen Casino-Sprache in Graz zu sagen: rien ne va plus. Es ist nichts mehr gegangen, wer immer irgend etwas angesucht hat, ist abgewiesen worden. Man hat gesagt, Achtung, der Wirtschaftskörper kommt, wir können nichts mehr ausgeben, denn wir müssen das bestätigen, was der Herr Abgeordnete Loidl gerade gesagt hat, wir haben ohnedies eine hervorragend sparsame Verwaltung. (Landesrat Gerhard Heidinger: „Sie kündigen das Teurerwerden an!“) Nein. Warten Sie, ich weiß, daß Sie gespannt sind. Wissen Sie, das ist

übrigens so, wie wenn Sie ein Auto verkaufen müssen, einen Gebrauchtwagen, dann wissen Sie natürlich auch, wenn Sie ein Vollgasfahrer waren, daß der Benzinverbrauch eine Rolle spielt, es dürfen nicht zu viele Kilometer oben sein. In dem Moment, wo Sie wissen, daß Sie verkaufen, werden Sie sehr sparsam, holen sie den Gasfuß weg, reduzieren die Kilometer, um dann den Wagen mit einem eleganten Tachostand und einem günstigen Benzinverbrauch übergeben zu können. (Abg. Preamsberger: „Das mache ich nicht. Ich schaue, daß ich einen Käufer finde!“) Und genau das ist bei Ihnen passiert.

Jetzt habe ich nur zwei Fragen dazu: Der Herr Abgeordnete Loidl war so nett und hat mir das Stichwort geliefert und hat wieder gesagt, der Abgang beträgt etwa 640 Millionen Schilling, und ist auch gar kein Abgang, hat er gesagt, sondern das sind Kosten. Ja, das erinnert mich terminologisch an das „Minuswachstum“ und an das Prinzip der „Steuervermeidung“. Das sind so schönfärbische Worte. Bitte, es ist ein Abgang, in dem Sinn, als uns das Geld abgeht. Wir müssen es zahlen. (Abg. Loidl: „Wenn ich mir einen Anzug kaufe, geht mir das Geld schon ab!“) Wir müssen es zahlen und haben es nicht von den Einnahmen. Na, ein Unterschied ist schon, wenn Sie sich einen Anzug kaufen, haben Sie vorher Einnahmen gehabt. (Abg. Preamsberger: „Auch nicht immer!“) Aber hier haben Sie keine Einnahmen, denn in dem Ausmaß des Abganges fehlen Ihnen die Einnahmen. Das ist der große Unterschied. (Abg. Halper: „Das sind nicht vereinnahmte Ausgaben!“) Wenn wir in dem Bild bleiben, habe ich folgenden Verdacht. Wenn Sie ein Auto verkaufen, dürfen Sie natürlich nicht am Tacho manipulieren. Das macht auch die Rechtsabteilung 12 nicht. Sie manipuliert nicht am Tacho, aber sie nimmt ein Tacho-Verwirrspiel vor. Es gibt nämlich viele Tachometer, und sie hat zum Beispiel immer nur einen genannt, den ordentlichen Haushalt. Da stimmt es fast, Herr Abgeordneter Loidl, das sind nicht 640 Millionen, sondern 649 Millionen Abgang. Jetzt gibt es aber noch einen außerordentlichen Haushalt, das ist schon der zweite Tacho, den es da gibt, das sind weitere 54 Millionen Abgang, also haben Sie, wenn Sie das zweite Blatt nehmen, in der Mitte 703 Millionen Abgang ordentlicher, außerordentlicher Haushalt. Jetzt gibt es aber noch weitere Tachos. Wenn Sie ein bißchen im Budget blättern, finden Sie unter dem Titel Schuldendienst für aufgenommene Kredite Rottenmann, Deutschlandsberg, eine Bedienung jährlich von 68 Millionen. Die habe ich mir erlaubt, da rechts außen herzuschreiben. Schuldendienst 68 Millionen. Dann überspringen Sie die Post und haben eine Post „Zentrale Verwaltung“, Pensionsaufwand. Da müssen Sie wieder ganz woanders blättern, Pensionsaufwand für ungefähr 460 Beamte, muß natürlich auch bezahlt werden. Dann gibt es noch die in der Zentralverwaltung, 126 Mann, die müssen ja auch bezahlt werden, die haben auch einen Pensionsanspruch. Summe 153 Millionen Schilling, die beim offiziellen Tacho nie aufscheinen. Dann haben wir noch eine Post 296 Millionen Mehraufwand laut Trend. Was heißt das? Darf ich Sie bitten, die dritte Tabelle zu nehmen. Da wird nämlich jetzt ein klein wenig an der Tachonadel gedreht, auch von der Rechtsabteilung 12. Warum? Seit dem Jahre 1980 erhöht sich die Differenz zwischen dem Voranschlag und dem Rechnungsabschluß stän-

dig. Bis 1980 ungefähr ist das sehr prallel gelaufen, dann plötzlich klappt die Schere. Die Rechnungsabschlüsse werden immer sehr hoch, und der Voranschlag ist immer relativ nieder. Wenn Sie das anschauen, stellen Sie fest, Rechnungsabschluß 1980 3,2 Milliarden, vorgesehen waren nur 3,1. Oder im Jahre 1981 3,3 Milliarden, es war der Abschluß dann aber fast 3,6 Milliarden. Also, da divergiert es. Und wenn Sie eine Linie ziehen bei den Abschlüssen, werden Sie feststellen, die Ausgaben Personal- plus Sachaufwand sind konstant gleich in die Höhe geklettert, trotz aller Versuche, geht auch bitte nicht anders, weil das Personal kostet natürlich ein Geld, und einen gewissen Sachaufwand muß man machen. Und jetzt habe ich mir erlaubt, zu prognostizieren, daß es im Jahre 1985 nicht 4,4 Milliarden sein werden, sondern 4,7, weil ich rechne, daß der Rechnungsabschluß genauso wieder drüber sein wird, wie all die Jahre. (Abg. Halper: „Wie bei den Repräsentationskosten!“) Herr Abgeordneter Halper, das ist wirklich ein schlechter Vergleich. Da sind wir uns einig. Wenn Sie das dazurechnen, kommen Sie auf die erstaunliche Summe von 517 Millionen zusätzlichen Abgang. Bitte, in der Mitte Summe des wahren Abganges 1.222.000.000. Und wenn Sie jetzt ganz ehrlich sind, das habe ich aber gar nicht zugemutet, dann müßten Sie eigentlich noch bei den Einnahmen, oberstes Stück, die 201 Millionen von der Fürsorgeabteilung, die in das Landessonderkrankenhaus fließen, auch noch einmal abziehen. Das tut das Land von einer Tasche in die andere. Eigentlich geht es ja dem Land auch ab in Wahrheit. Ich habe es nicht hingeschrieben, weil man darüber streiten kann. Wenn Sie das aber tun, wird es 1.420.000.000 und ist in Wahrheit, Herr Loidl, genau doppelt so hoch wie die offizielle Zahl. (Abg. Preamberger: „Da ist ein Haufen Personal dabei!“) Sie verkaufen das Auto mit einem Tachostand 640 Millionen, in Wahrheit sind es 1.420.000.000. Die erste Frage, die sich daran richtet, ist nicht so sehr, ist das erlaubt, daß man so etwas macht. Diese Tarnkappe der Kameralistik ist überall so. Ich will überhaupt nicht sagen, daß das nur die Rechtsabteilung 12 macht, das ist allgemein, daß man die Budgetposten im ganzen Budget verteilt.

Etwas Zweites ist, ob es gescheit ist, wenn man das so darstellt. Man will damit ja etwas sagen, wir sind ja eh so billig. Nun ist überhaupt nicht zu bezweifeln, daß wir im Verhältnis zu anderen wirklich noch billig sind. Nur, wenn Sie die wahren Kosten nehmen, Herr Abgeordneter Loidl, und dann die Fallkosten daraus konstruieren, sehen Sie, daß ein Patient im steirischen Durchschnitt 1.583 Schilling pro Tag kostet, wahre Fallkosten. Die Deckung ist 714 Schilling pro Tag, daher ist die Deckung nicht, wie Sie sagten, 60 Prozent, sondern genau 43 Prozent. Und das ist in dem Punkt, wo Sie eine schwierige Position haben, nämlich bei dem Gesetz, das wir beschließen wollen mit der Deckung zwischen 60 und 80 Prozent, ganz entscheidend. Habe ich nämlich 43 Prozent oder 60 Prozent. Ich behaupte, im Schnitt habe ich nur 43 Prozent. Das heißt, die Sozialversicherung zahlt mir nicht einmal die Hälfte dessen, was die Fallkosten wirklich ausmachen. Das, bitte, muß man ganz einfach einmal sagen, damit wir wissen, von welchen realen Ziffern wir ausgehen, wenn der Wirtschaftskörper kommt, und nicht von irgendwelchen Traumbüchlezziffern, die es gibt. Wobei ich noch etwas sage, Herr Landesrat Heidinger. Wir

wissen von der Problematik der Bestbieter, daß der Billigste nicht immer der Beste ist. (Abg. Preamberger: „Meistens der Teuerste!“) Sehr richtig. Der Herr Abgeordnete Preamberger kennt das. Der Billigste ist meistens deshalb so teuer, weil er irgendwann in Konkurs geht oder nachher nicht nachliefert, nicht repariert, er ist nicht sicher. Der Loidl weiß das auch. Das heißt ganz einfach, nur sparen und nur billig sein, die Vollbremsung ist noch nicht wirtschaftlich. (Abg. Preamberger: „Aber, Herr Professor, nicht auf Kosten der Gebietskrankenkasse!“) Schon gar nicht auf Kosten der Patienten, Preamberger. Schon gar nicht auf Kosten der Patienten. (Beifall bei der ÖVP.) Dr. Lindi Kalnoky hat mit Recht schon hingewiesen, daß es ein Problem der Gleichheit gibt. Es ereignet sich die große Welt in der steirischen Spitalslandschaft noch einmal sozusagen. Ich habe ein West-Ost-Gefälle, eine West-Ost-Spannung, etwa Deutschlandsberg, Voitsberg, Hartberg, wenn Sie sich das Gefälle anschauen, und ich habe ein Nord-Süd-Gefälle. Rottenmann, Leoben, Graz, Feldbach. Das heißt, das kann man auf die Dauer auch nicht aufrecht erhalten. Ich muß da irgend etwas tun, und da habe ich mir erlaubt, Ihnen eine letzte Tabelle vorzulegen. Diese Tabelle zeigt Ihnen den angenommenen und durch die Fachabteilung IV a und das Rechtsgutachten von Dr. Moser festgestellten Bedarf an baulichen und medizinisch-technischen Aufwendungen pro Jahr, der ist etwa 350 Millionen, und die Zwölfer sagt noch in Summe etwa 80 Millionen pro Jahr für auch medizinisch-technische Apparate und so weiter. Ergibt einen Soll-Investitionsbedarf pro Jahr von 430 Millionen. Und jetzt schauen Sie, was wirklich investiert wurde: 1982 276 Millionen, 1983 ein bißchen mehr, 289 Millionen, 1984 nur mehr 229, die Bremse wurde wieder gezogen, und dann 1985 im Voranschlag noch einmal die Bremse, überhaupt nur 180 Millionen. Das heißt, ich habe einen jährlichen Rückstau durch dieses Bremsenziehen von 250 Millionen Schilling. Also, wenn ich jetzt ein Fazit ziehe, und ich will meinen armen Kollegen nicht mehr länger belästigen, muß ich folgendes sagen: Wir haben in Wahrheit, Herr Abgeordneter Loidl, am Betrieb, der kein 3,6-Milliarden-Betrieb ist, sondern ein 5-Milliarden-Ding, keinen Abgang von 640 Millionen, sondern von 1,4 Milliarden. Und wir haben einen Investitionsrückstau von 250 Millionen Schilling jährlich. Damit wird der Wirtschaftskörper konfrontiert. Und das bedeutet, daß man von diesen Leuten verlangt, daß sie jenen Balanceakt erwischen zwischen der Notwendigkeit für die Patienten, denn das ist das oberste Gebot, und der Kostenträglichkeit für den Spitalerhalter. (Abg. Loidl: „200 Betten mehr!“) Und das wird angesichts dieser Situation ein ganz schwieriges Unternehmen, von dem wir aber beide hoffen, daß es glückt, weil ich völlig Ihrer Meinung bin, Herr Abgeordneter Loidl, daß es an vielen, vielen Stellen viel zu sparen gibt. Danke sehr! (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Sponer. Ich erteile es ihm.

Abg. Sponer: Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Wenn der Kollege Univ.-Prof. Dr. Schilcher sich heute hier als Hebamme bezeichnet, so möchte ich mich anschließend vielleicht als zukünftige Säuglings-

schwester oder Kinderschwester bezeichnen. Vielleicht haben wir dann gemeinsam etwas zu tun. (Abg. Dipl.-Ing. Schaller: „Ich habe gedacht als Vater!“) Nein, nein, so einen falschen Ehrgeiz habe ich nicht.

Aber, meine Damen und Herren, die Beiträge und die Aussagen und vor allen Dingen auch diese graphischen Darstellungen vom Kollegen Univ.-Prof. Dr. Schilcher, aber auch die Rede der Kollegin Dr. Kalnoky waren ja sehr interessant. Und mit Statistiken, ich glaube, das weiß jeder, der damit zu tun hat, kann man alles mögliche machen, und auch von der mathematischen Seite her ist es möglich, mit Zahlen zu spielen oder Dinge so zu richten, wie man es gerne hätte. Diese Möglichkeiten gibt es, wobei ich nicht behaupte, daß das in Ihrem Fall so ist, Herr Kollege Univ.-Prof. Dr. Schilcher, aber vielleicht wäre das möglich. Ich bin bitte nicht in der Lage, in dieser kurzen Zeit, seitdem ich dieses Papier habe, dieses Papier auch auf seine Richtigkeit zu prüfen. Daher könnte ich Zweifel diesbezüglich haben. Aber, meine Damen und Herren, etwas hat also bis jetzt gefehlt. Ich glaube, das ist eine sehr wichtige Frage, die ich im Anschluß stellen werde, und hoffe nur, auch eine Antwort zu bekommen. Aber, meine Damen und Herren, zur derzeitigen Situation gibt es natürlich schon noch einiges zu sagen, und ich möchte behaupten, es gäbe auch einiges richtigzustellen, denn, meine Damen und Herren, die Situation, daß unsere Krankenanstalten – das ist eine Feststellung, die ich jetzt sage, die der Landesrechnungshof gemacht hat, das sind nicht meine Erfindungen –, ist nun so, daß der Aufwand enorm im Steigen ist, und insbesondere in den Krankenanstalten hat also dieses Ansteigen in der Kostenentwicklung ein Maß angenommen, wo die Finanzierbarkeit nach den derzeitigen Möglichkeiten bald in Frage zu stellen ist. Und weiters hat der Landesrechnungshof festgestellt, daß die Kosten im Krankenhauswesen in den letzten Jahren schneller gestiegen sind als etwa die Lebenshaltungskosten. Hier auch einen Vergleich, wenn wir heute schon mit Zahlen zu tun haben, meine Damen und Herren. Wenn man die Entwicklung von 1960 bis 1982 zum Beispiel, was den Sachaufwand betrifft, vergleicht, so haben wir im Jahre 1960 noch 140.265.000 Schilling ausgegeben. Im Jahre 1982 war der Sachaufwand 1.231.779.000 Schilling, das heißt, in diesem Zeitraum von 22 Jahren hat es auf dem Sektor des Sachaufwandes eine Steigerung von 878 Prozent gegeben. Für den gleichen Zeitraum, wenn wir den Personalaufwand hernehmen und vergleichen, so war etwa im Jahre 1960 ein Personalaufwand in finanzieller Weise von 163.047.000 Schilling notwendig und im Jahre 1982 ein Betrag von 2.314.351.000 Schilling. Eine Steigerung von 1.419 Prozent. Damit wollte ich eigentlich nur zum Ausdruck bringen, daß die Kosten für den Personalaufwand ungleich höher gestiegen sind als etwa für den Sachaufwand. Und, meine Damen und Herren, ich möchte vor allem den Kolleginnen und Kollegen, die schon länger in diesem Hohen Haus vertreten sind, in Erinnerung rufen, daß etwa vor 10 Jahren im Rahmen einer Krankenanstaltenplanung die Strukturprobleme aufgezeigt wurden, und zwar ganz deutlich nicht nur aufgezeigt, sondern auch aufgelistet. Ich darf erinnern, meine Damen und Herren, und wenn man die Protokolle der letzten Jahre – von mir aus auch 10 oder 15 oder geht es noch weiter zurück – durchliest, so ist eigentlich immer bei der

Gruppe 5 diskutiert worden, vielleicht vor längerer Zeit mehr als in der jüngsten Vergangenheit. Und ich kann mich erinnern, daß wir eigentlich immer wieder jedes Jahr fast das gleiche gemacht haben, nämlich, daß wir eigentlich die Probleme, die wir haben, die uns bekannt waren, daß wir diese Probleme aufgezeigt haben und daß sich aber leider dort und da zuwenig oder oft überhaupt nichts verändert und gerührt hat. Im vergangenen Jahr, meine Damen und Herren, glaubte man nun den Stein der Weisen gefunden zu haben, indem man nämlich drei Gutachter beauftragte, Studien zu erarbeiten, welche die Ursachen der negativen Wirtschaftsentwicklung unserer Krankenhäuser und Krankenanstalten aufzeigen beziehungsweise Lösungsvorschläge unterbreiten sollten. Ich darf also wieder sagen, und wenn man dann diese Gutachten liest, die ja zum Teil einen ganz schönen, starken Umfang haben, so kommt man wieder drauf und liest darin, daß eigentlich nichts Neues drinnen steht, daß all die Dinge, die aufgezeigt werden, uns schon seit vielen, vielen Jahren bekannt sind. Meine Damen, einige Beispiele! Wenn zum Beispiel zu lesen ist, unsere Krankenanstalten sind also veraltete Häuser, es wird zuwenig gemacht, ich kann mich an einen Ausspruch von Herrn Landesrat Heidinger erinnern, als er in seiner Funktion als Landesrat angetreten ist. Er hat gesagt, er würde ad hoc 2 Milliarden Schilling brauchen, um diese Situation ändern zu können. Oder wenn man liest in dem Gutachten, meine Damen und Herren, daß die Organisationsform so ist, daß es keine zentralistische, sondern eine dezentralisierte Organisation gibt, dann leuchtet das auch ein, wenn man weiß oder vergleicht eine Privatfirma – von mir aus – nicht in dem Ausmaß, aber wenn es dort vier Chefitäten gibt, wo einer oft vom anderen gar nicht weiß, was er tut, dann kann ich mir nicht vorstellen, daß ein solcher Betrieb funktioniert.

Ähnlich könnte man das auch mit unseren Krankenanstalten vergleichen, meine Damen und Herren, denn wenn ich denke Personalwesen, da ist ein eigener Referent zuständig, für die Wirtschaft ist ein eigener zuständig, für die Planung und, und, und. Wir wissen ja, bei uns sind vier verschiedene Landesräte für das Krankenanstaltenwesen zuständig. Und da passiert es halt dann, daß oft wirklich die rechte Hand von der linken nicht weiß, was sie tut, und dann darf man sich aber bitte nicht wundern, wenn es zu einer Kostenexplosion kommt, die nicht kontrollierbar und zum Teil nicht überschaubar ist. Meine Damen und Herren, weiters liest man in diesem Gutachten, was uns auch nicht neu ist, daß es eine zum Teil schlechte Bettenauslastung gibt. Es gibt also Krankenhäuser in der Steiermark, Landeskrankenhäuser, die oft nur bis zu 60 Prozent ausgelastet sind. Weiter liest man, und das ist uns nicht unbekannt, daß oft die Verweildauer zu lange ist, auch dieses Thema und Problem wurde hier wiederholt diskutiert, aber anscheinend hat sich nichts geändert. Oder, meine Damen und Herren, und das wurde heute auch schon gesagt, der Ambulanzbetrieb müßte mehr ausgebaut werden, die Bettenzahl müßte reduziert werden, und wenn man liest, und das wissen wir auch, daß es zu viele Langzeitkranke in unseren Krankenhäusern gibt, die Frau Kollegin Dr. Kalnoky hat das ja an einem Beispiel dargestellt, nämlich, was ein Krankenhausbett und was zum Beispiel ein Bett in einem Landesaltenpflegeheim kostet. Meine Damen und Her-

ren, jedem von uns ist es schon passiert, dem einen mehr, dem anderen weniger, daß man gebeten wurde, beim Herrn Primar Sowieso, in der Abteilung Sowieso, zu intervenieren, damit unter Umständen eine Verlängerung in einem Krankenhaus für einen Pflegefall erwirkt werden kann. Man tut sich hart, und zwar deshalb, weil wir wissen, daß in unseren Landesaltenpflegeheimen zu wenig Platz ist, daß es lange Wartelisten gibt und oft als Ausweiche diese bedauernswerten Menschen dann in ein doch teures Krankenhausbett kommen müssen. Ich könnte mir vorstellen, nur, der Vorschlag ist bis heute noch nicht gekommen, daß wir einen Antrag stellen, okay, wir wissen zu wenig, Landesaltenpflegeheime, bauen wir noch eines in der Steiermark. Das wäre wahrscheinlich auch eine Möglichkeit, hier eine Entlastung herbeizuführen. Aber, meine Damen und Herren, die von mir nun aufgezählten Punkte, die sind sicherlich nicht vom Verantwortlichen für das Krankenanstaltenwesen beeinflussbar. Da kann man nicht sagen, Herr Landesrat Heidinger, jetzt schauen Sie, daß sich das ändert, sondern da möchte ich schon sagen und behaupten, daß in diesen Dingen sehr wohl die Ärzte die Verantwortung tragen. Und selbst, wenn wir einen selbständigen Wirtschaftskörper haben – (Abg. Brandl: „Seit halb neun sitzen die Damen da. Da wird von Menschen geredet. Sagt da keiner etwas? Hören wir auf. Unterbrechen wir!“ – Präsident Zdarsky: „Der Herr Abgeordnete Sponer ist am Wort. Ich bitte ihn weiterzumachen!“) Ich werde mich jetzt beeilen, meine Damen und Herren, damit diesem Wunsche nachgekommen werden kann. Aber trotzdem, einige Sätze noch, es wird nicht mehr länger als 5 Minuten dauern. Das, was heute vom Kollegen Univ.-Prof. Dr. Schilcher und auch von der Frau Kollegin Dr. Kalnoky nicht gesagt wurde, das ist das Problem des Personals und der Kosten. Hier, meine ich, soll eine gewisse Ehrlichkeit vorherrschen, denn wenn man weiß, daß im Dienstpostenplan 1985 8.411 Bedienstete für die Krankenanstalten vorgesehen sind mit einem Aufwand von mehr als 4 Milliarden Schilling und der Personalaufwand etwa 72 Prozent beträgt, der Sachaufwand etwa 28 Prozent und, meine Damen und Herren, wenn wir wissen, daß vor mehreren Jahren das Verhältnis einmal 50 zu 50 war, dann muß man sagen, dann stimmt irgend etwas nicht. Wir wissen schon, daß es zu einer Personalvermehrung kommen mußte, auch auf Grund sozialer Errungenschaften wie Urlaubsvermehrung, wie Arbeitszeitverkürzung und, und. Aber, meine Damen und Herren, wenn man dann in einem Kontrollbericht liest, daß nachweislich zu viele Bedienstete in den Landeskrankenhäusern eingestellt sind, nur ein Beispiel, in drei kleinen Krankenhäusern nachweislich mehr als 50 Personen zu viel beschäftigt. Das ist nicht meine Feststellung, das war die Feststellung des Landesrechnungshofes. Meine Damen und Herren, wenn man das hochrechnet und vor allen Dingen sich die Vergleichszahlen vom Vorjahr anschaut, dann kommt man drauf, daß wir um mehr als 1.000 Bedienstete in den Krankenanstalten mehr haben als das im Dienstpostenplan vorgesehen ist. Wenn ich gesagt habe, man soll hier ehrlich sein, meine Damen und Herren, so deshalb, weil entweder ist es uns das wert, daß wir uns bekennen, und wir sagen okay, in Anbetracht der wirtschaftlichen Situation, in Anbetracht der schlechten Beschäftigungsmöglichkeiten nehmen wir das auf uns und sagen, wir

nehmen als arbeitsplatzsichernde Maßnahme diesen Personenkreis auf, und das geht in Ordnung, aber dann brauchen wir nicht Theater zu spielen und nicht Verstecken zu spielen und zu sagen, unsere Krankenhäuser sind so teuer, es wird so schlecht gewirtschaftet, und schuld ist immer der Heidinger. So geht es bitte nicht, meine Damen und Herren. (Beifall bei der SPÖ. – Unverständlicher Zwischenruf.) Ich weiß, Herr Kollege, das ist dir nicht angenehm, aber es hilft nichts. Ich bin schon gleich fertig.

Zum Abschluß, meine Damen und Herren, möchte ich zum Unterschied vom Kollegen Univ.-Prof. Dr. Schilcher ersuchen, aufmerksam machen, daß wir nicht, vor allen Dingen die verantwortlichen Herren aufmerksam machen, der Herr Landeshauptmann ist jetzt nicht da, daß man nicht in einem Husch-Husch-Verfahren darüberfährt und diese neue Konstruktion baut, sondern daß man versucht, die derzeit noch ungelösten und offenen Probleme zu lösen. Meine Damen und Herren, wenn unter anderem in den Gutachten auch drinnensteht, daß es innerhalb eines Jahres möglich sein müßte, Personal zu reduzieren, dann muß ich fragen, was soll in Zukunft mit diesen Leuten geschehen, die freigesetzt werden? Gibt es eine Möglichkeit, gibt es keine? Wenn es eine Möglichkeit gibt, dann hätte ich das bitte gerne gehört, der Herr Landeshauptmannstellvertreter Wegart ist auch nicht da, der könnte mir vielleicht eine Auskunft geben, aber vielleicht sagen Sie es ihm, und ich bekomme das im nachhinein. Daher noch einmal, nicht husch-husch, nicht hudeln, sondern die Dinge ordentlich abklären, und wenn es eine gute Lösung gibt, dann kann ich Ihnen sagen, sind auch wir dafür, daß ein Wirtschaftskörper installiert wird. Danke. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP.)

Präsident Zdarsky: Zu Worte gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Kohlhammer. Ich erteile es ihm.

Im Sinne der fortgeschrittenen Zeit ersuche ich die Damen und Herren Abgeordneten, sich bei ihrer Wortmeldung möglichst präzise und kurz zu halten.

Abg. Kohlhammer: Ich glaube nicht, daß sich jene genieren müssen, die sich zu Wort melden, vielleicht sollten jene nachdenken, die zu lange reden. Ich möchte in kürzestmöglicher Form, aber aus tiefstem Herzen allen Abgeordneten, die seinerzeit zugestimmt haben, daß das Landeskrankenhaus Deutschlandsberg gebaut wurde, herzlichst danke sagen, insbesondere den Regierungsmitgliedern (Beifall bei der SPÖ.), natürlich dem zuständigen Referenten Landesrat Heidinger. Ich habe heute durchgehört, daß die Ausstattung etwas nobel sein soll. Im Sinne der Patienten darf ich sagen, freue ich mich, daß sozusagen das neue Auto auch neu ausgestattet wird und keinen alten Tacho und alte Sitze bekommt. Ich nehme an, daß es eine Zeitlang halten wird. Im übrigen hat mir der Herr Landesrat gesagt, Sie alle sind herzlichst zur Eröffnung, die demnächst stattfinden soll, eingeladen. Ich würde mich sehr freuen, Sie alle in Deutschlandsberg begrüßen zu dürfen. Dankeschön! (Beifall bei der SPÖ und ÖVP.)

Präsident Zdarsky: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Hammerl das Wort.

Abg. Hammerl: Frau Präsident! Meine Damen und Herren!

Ich bitte um Nachsicht, aber die Diskussion, die wir von der Abgeordnetenbank zur Regierungsbank geführt haben, die konnte für mich nicht als abgeschlossen gelten. Die Frage, die ich hatte, konnte ich nicht stellen, und deshalb die neuerliche Wortmeldung. Es ist eine sehr einfache Frage. Eine sehr einfache Frage! Wir haben ein Abfallentsorgungsgesetz, Raumordnungsgesetze, Flächennutzungspläne und Verordnungen noch und noch an der Zahl. Und der einfache Gemeindebürger von Graz wird sich fragen, wenn wir jetzt die rechtliche Auslegung suchen, warum wurde nicht in einem dieser Gesetze oder Verordnungen nur mit einem Satz erklärt, das Land ist nur zuständig, wenn die Gemeinde zuerst den Standortplatz hat. (Abg. Dr. Maitz: „Es ist in der ganzen Steiermark so!“) Das fehlt! Und da haben Juristen gearbeitet und 56 Landtagsabgeordnete. (Abg. Dr. Maitz: „In anderen Bezirken funktioniert es!“) Da haben sehr geschickte Menschen gearbeitet, nur diesen einfachen lapidaren Satz haben sie nicht gefunden, und deshalb besteht der gute Glaube der Gemeinden, daß sie das nicht machen müssen, und die Möglichkeit der Rechtsauslegung vom Land her, das sei die Voraussetzung. Aber ich meine, daß diese Sache brennend ist, viel brennender als andere Dinge, und daß wir Abgeordneten an sich zwar sachlich sein müssen, aber auch emotionell sein dürfen, wenn es wirklich um die Wurst geht, wenn es um die Haut geht, daß sonst 250.000 Menschen leiden müssen. Und ich glaube, das ist das entscheidende Faktum, nicht nur akademische Erörterungen. Verzeihen Sie mir, daß ich eine Antwort auf diese einfache Frage des Staatsbürgers will. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Zdarsky: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Landesrat Gerhard Heidinger. Ich erteile es ihm.

Landesrat Gerhard Heidinger: Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

In Zukunft werden die Krankenhäuser jene glänzenden Wahrzeichen der Städte sein, wie es jetzt die Dome sind, so hat ein hoffnungsloser Optimist vor zehn Jahren geschrieben. Denn heute wird das Verständnis für das Krankenhaus eigentlich im Bewußtsein vieler Politiker, Versicherungsmanager und Medien leider nur mehr auf die Kostenproblematik zusammengeschnitten. Es wird der Eindruck oder ein Klima der Verschwendung dargestellt, des Schlendrians, des Verschleierns, wie es der Kollege Univ.-Prof. Dr. Schilcher vor wenigen Minuten uns hier vorgeführt hat. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte es kurz machen. Der Vergleich, den der Herr Kollege Univ.-Prof. Dr. Schilcher hier angestellt hat, ist ein Vergleich, den er, wenn der Wirtschaftskörper eingeführt sein wird, anstellen will, und er liegt dann falsch, wie alle anderen Bundesländervergleiche zeigen, völlig daneben. (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Wir haben ja keinen Wirtschaftskörper!“) Ich kann nicht Birnen mit Äpfeln vergleichen. Es ist nirgends gesagt worden, daß in den Vergleichen die Steiermark als das kostengünstigste Krankenhausträgerland in Österreich gilt. Das läßt sich beweisen. Das ist nirgends darge-

stellt. Oder sind jene Summen, die Sie hier angestellt und aufgezeigt haben, irgendwo enthalten? Sie sind nirgends drinnen. (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Das ist nicht das Problem!“)

Herr Kollege Univ.-Prof. Dr. Schilcher, ich weiß aus vielen persönlichen Gesprächen, daß Sie Angst vor dem haben, was mit dem selbständigen Wirtschaftskörper auf uns zukommt, weil Sie genauso wie ich um die Problematik des Krankenhauswesens an und für sich wissen und weil Sie wissen, daß dort, wo Kosteneinsparungen stattfinden können, es zu sehr harten politischen Entscheidungen kommen muß. Und vor diesen harten politischen Entscheidungen werden wir uns, wenn wir die Verantwortung gemeinsam tragen wollen, nicht drücken können. Es wäre nur falsch, wenn Sie jetzt heute hier in diesem Hohen Hause mir und uns gegenüber die Schnitzelklopfmethode anwenden. Weichklopfen für den selbständigen Wirtschaftskörper werden Sie mich nicht! Ich habe Ihnen gestern volle Verhandlungsbereitschaft angedeutet. Ich habe Ihnen gestern angedeutet, wo es den gemeinsamen Weg gibt. Und Sie haben gemeint, das könnte gehen. Wozu dann dieser heutige Auftritt, muß ich Sie ganz ehrlich fragen. (Beifall bei der SPÖ. – Landeshauptmann Dr. Krainer: „Vielleicht ist es wirklich schon zu spät. Langsam versteht man die Welt überhaupt nicht mehr. Das war im Grunde genommen nichts anderes als der Versuch zu zeigen, wie schwierig die Problematik ist!“) Nein, hier wurde das Verschleiern dargestellt. (Landeshauptmann Dr. Krainer: „Wenn Sie das so interpretieren, ist das Ihre Sache!“) Natürlich, Herr Landeshauptmann! Hier hat es an Unterstellungen nicht gemangelt, möchte ich feststellen. Hier wurde ein korrekter Beamter der Verschleierungsmethode beschuldigt. Meine sehr geehrten Damen und Herren, mit diesen Späßchen und Mätzchen werden Sie uns nicht zu einer Neuordnung unserer Krankenhäuser, unserer Krankenhausorganisation zwingen. Darum geht es ja in erster Linie. (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Suchen Sie ein Schlupfloch?“) Ich suche gar kein Schlupfloch. Ich habe gestern Ihrem neben Ihnen sitzenden Kollegen viel anderes gesagt, als Sie hier nun vorwerfen wollen. Nur eines sage ich Ihnen auch, nicht mit der Schnitzelklopfmethode und nicht mit der ununterbrochenen Drohung und unter Terminzwängen werden Sie uns zu diesem selbständigen Wirtschaftskörper hinführen, sondern wenn wir gemeinsam Gespräche führen können. Wir haben sie in letzter Zeit in einer Weise geführt, wo wir einander in den Meinungen nähergekommen sind. Das wird der Herr Abgeordnete Univ.-Prof. Dr. Schilcher bestätigen. Bitte, Herr Dr. Maitz, bevor Sie einen Zwischenruf machen, fragen Sie Ihren Nachbarn, wie die Dinge sich wirklich entwickeln. (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Herr Landesrat, darf ich einen Zwischenruf machen? Wenn Sie sich diese Kurve anschauen. Sie würde da hinaufgegangen sein, wenn nicht ein Bremsen gemacht worden wäre. Nur das habe ich gesagt. Damit die Manager des Wirtschaftskörpers eine ordentliche Basis für ihre Arbeit haben. Die müssen diese Basis haben. Es ist übertrieben eingebremst worden!“) Aber bitte, ich halte es für völlig falsch, wenn wir mit Gewalt die Dinge ins unrechte Licht rücken. Wir wissen, daß unsere Spitäler einen Abgang haben. Wir wissen, daß alle österreichischen Spitäler einen Abgang haben und der steirische der geringste aller Bundesländer ist. Ja,

ich bitte Sie, meine Damen und Herren, das muß Sie doch zum Nachdenken veranlassen, wenn wir Steirer so großartig in den KRAZAF-Statistiken ausgewiesen werden. Das muß doch zum Denken Anlaß geben. Da muß man sich doch fragen, sind hier Schlendriane, sind hier Verschwender oder sind hier korrekte Beamte, korrekte Verwalter, korrekte Manager am Werk, die das Beste in dieser Institution für dieses Land tun wollen? (Beifall bei der SPÖ.) Ein Vorwurf, und das paßt ja in das Gesamtbild hinein, ein Vorwurf an den Landesrat Dr. Klauser, er sei ein Wienhöriger. Dieser Dr. Klauser ist die Speerspitze gegen Wien, das werden Ihnen alle Ihre Unterhändler der Österreichischen Volkspartei, die mit ihm gemeinsam und gemeinsam mit Hofrat Dr. Tito Kriegseisen die Bundesländerinteressen vertreten, bestätigen. Ich kann Ihnen jetzt sagen, auf Grund dieses Verhaltens, das der Dr. Klauser in Wien bei den Verhandlungen an den Tag gelegt hat, werden wir zu dem, was hier im Budget ausgewiesen ist, weitere zusätzliche 148 Millionen Schilling, mehr als bisher, bekommen. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Karrer: „Das ist Arbeit!“) Das ist doch ein großartiges Verhandlungsergebnis. Die Abgangsdeckung des Landes wird unter Hinzurechnung dieser weiteren 148 Millionen Schilling 633 Millionen Schilling betragen. Das ist genausoviel, wie das Land Steiermark im Jahre 1978 für Ihre Krankenhäuser ausgegeben hat. Trennen Sie sich doch einmal von dem Gedanken, daß das Budget mit 4,1 Milliarden Schilling die Ausgabe des Landes ist. Die Ausgabe, die das Land hier tätigt, sind 633 Millionen Schilling im Jahre 1985. Ich habe Sie gleich darauf aufmerksam gemacht, wenn wir schon die Kostensteigerung im Sachaufwand darstellen, so müssen Sie schon ein Gesamtbild darstellen, und nicht schlag nach bei Bosch, Ihrem besonderen Gewährsmann für den Selbständigen Wirtschaftskörper. Nur bis 1982 geht seine Darstellung, also zu einem Zeitpunkt, wo Sie uns, mir vorwerfen, ich hätte an der Bremse gezogen. Er stellt folgendes fest: Der Personalaufwand stieg im Zeitraum von 1960 bis 1982 um 1.419 Prozent, der Sachaufwand hingegen nur um 878 Prozent. Im selben Zeitraum sind jedoch die Einnahmen der Gruppe 5 um 1.103 Prozent gestiegen, das Ausmaß der gemeinschaftlichen Bundesabgaben 947 Prozent. Glauben Sie es dem Bosch oder glauben Sie es ihm nicht? Oder können Sie, wenn er hier etwas Unrichtiges dargestellt hätte, den Mann auch noch zum Generalmanager unserer Krankenanstalten machen? Das wird doch nicht sein.

Meine Damen und Herren, es ist sicherlich richtig, daß die Gesamtkosten insgesamt gestiegen sind. Aber wir sollen es nicht so halten, daß man in der Gruppe 0, Personal, feststellt, wie wohl sich das Personal im Steiermärkischen Landesdienst fühlt, ich unterstreiche dies. (Abg. Schützenhöfer: „Hammerl hat das Gegenteil gesagt!“) Ich unterstreiche es, warum nicht? Wenn Bosch feststellt, daß 400 Millionen Schilling an zusätzlichen Ausgaben für das Personal gegeben werden, ich unterstreiche es, ich bin nicht dagegen, aber der eine verteilt den Honig und die Weihnachtsgaben, und der andere trägt die Last des Defizits, wie Sie es formulieren, das ist eine sehr einseitige Politik. (Beifall bei der SPÖ.) Ich bin der Meinung, daß diese Ausgabensteigerung beim Personal zum allergrößten Teil gerechtfertigt ist. Und ich möchte hier nicht bei Bosch nachschlagen, was er zu diesen Personalfragen sagt.

Investitionsstau. Sie tun, als ob das eine Erfindung wäre, die seit gestern bekannt ist und zumindest von den Gutachtern ebenfalls gesagt wurde. Als ich es vor vier Jahren gesagt habe, da hat man mich ausgelacht und hat gemeint, viele haben es gesagt, haben mir auf die Schulter geklopft und gesagt, ein wunderbarer politischer Gag, den du da jetzt angebracht hast – damit wird man berühmt. Einen Schmarren bin ich berühmt geworden, man hat mir nicht geglaubt. Heute stellen Sie es hier vier Jahre später fest. Ich danke für diese verspätete Anerkennung.

Und nun zu dem, was noch im einzelnen zu sagen wäre. Vielleicht darf ich doch noch etwas zu Frau Dr. Kalnoky sagen. Sie meinen, die Ambulanz müßte sich auf die Erste Hilfe, auf das Vorbefunden et cetera beschränken. Ich bin mit Ihnen völlig einer Meinung, und wir sagen es unseren Ärzten, allen, nur, sie tun es nicht. Der Arzt entscheidet, er stellt fest, und er ist letzten Endes – (Abg. Dr. Kalnoky: „Der Patient entscheidet!“) Der Patient verlangt es auch. Das geht sogar so weit, wenn der eine eine Infusion bekommt, fragt der andere, der daneben liegt, warum er denn keine Infusion bekommt, obwohl er sie gar nicht braucht. Auch der Patient will, und er ist eben beeinflussbar, er will alles haben. Er will alles haben zum Nulltarif, wenn Sie wollen. Lassen Sie mich jetzt zu jenen Fragen Stellung nehmen, wie sie im einzelnen angeführt wurden, zum Beispiel zum Nachholbedarf, Investitionsstau, bauliche Maßnahmen. Ich habe es zum Überdruß hier gesagt, man kann es im Protokoll nachlesen, daß ich der Meinung bin, mehrmals hat es mir der Herr Abgeordnete Harmsdott bestätigt, als Baufachmann, daß man Wirtschaftsförderung auch so betreiben könnte, daß man einfach Hochbauten des Landes vorzieht, sie so rasch als möglich umsetzt. Und diese Meinung habe ich immer vertreten. Diese Meinung wurde auch von meinen Vorgängern vertreten. Wir sind heuer in der glücklichen Lage gewesen, Rottenmann zu eröffnen. Wir sind in der glücklichen Lage, den Bau fortzusetzen. Aber wir haben noch niemals Kapital und Zinsen, die daraus entstehen, in irgendeiner anderen Gruppe an-, nach- und aufgerechnet. Es ist dies auch eine neue Art des Budgetierens. Aber bitte dann nicht nur bei den Landeskrankenhäusern, sondern in allen Sparten. Zum Beispiel bei den Schulden für den Straßenbau, der Kilometer kostet dann nicht eine Million Schilling, sondern plus Kapitalisierung, plus Zinsen 1,2 Millionen Schilling. Bitte, wenn Sie diese Methode dieses neuen Budgetierens überall anwenden, bin ich mit Ihnen einverstanden. Wir werden in wenigen Tagen das Strahlentherapiezentrum in Graz seiner Bestimmung übergeben. Der Probetrieb läuft. 270 Millionen Schilling kostet es. Es ergibt sich in diesem Strahlentherapiezentrum die einmalige Chance, ein neues bildgebendes diagnostisches Verfahren einzuführen, das sogenannte Nuklearmagnetikresonanz-Gerät. Wir werden die ersten in Österreich sein, und deshalb wäre es sehr billig, anstatt der 40 Millionen Schilling käme es nach mehrmaligen Gesprächen, nach vielerlei Hin und Her und nochmaliger Ausschreibung könnten wir es um 17 Millionen Schilling installieren.

Wir werden, um nur die großen Brocken darzustellen, in den ersten Monaten des nächsten Jahres Deutschlandsberg eröffnen. Wenn es stimmt, was Sie,

Frau Abgeordnete Dr. Kalnoky, gesagt haben, daß es das luxuriöseste Krankenhaus sein wird, so sage ich Ihnen, es stimmt nicht, aber es ist ein modernes, gut ausgestattetes Haus, es wird einen Standard haben wie schon andere Häuser, nur wird es neu sein. Warum soll es, wenn wir etwas neu bauen, in eine Region hineinsetzen, nicht dem modernsten Standard entsprechen? (Abg. Dr. Kalnoky: „Auf Kosten der schon vorhandenen!“) Schauen Sie, es wäre fast undenkbar, wenn wir Krankenhäuser, die wir heute bauen, im selben Stil, in der selben Ausstattung wie 1912, als das Landeskrankenhaus Graz gebaut wurde, errichten würden. Es ist ein hervorragend, ich sage es bewußt, ein hervorragend ausgestattetes Krankenhaus. Und Sie können nun meinen, es ist Ihnen zu luxuriös, ich bin der Meinung, es ist das nicht, es ist modern und wird seinem Zwecke dienen. Es wurde Voitsberg vervollständigt, es wurde ein aseptischer Operationsraum in Hartberg, in Fürstenfeld — allerdings schon im vorvergangenen Jahr — seiner Bestimmung übergeben.

Und nun zu Bruck: Der 20jährige Dauerbrenner dieses Hauses. Meine Damen und Herren! Ich sage Ihnen jetzt ein sehr offenes, ehrliches Wort. Ich habe es meinem Kollegen Gruber und ich habe es all jenen in Bruck gesagt, von denen ich glaube, daß ich es ihnen sagen mußte. Ich war nicht mehr davon überzeugt, daß man bereit ist, den Neubau in Bruck zu forcieren, durchzuführen, zu finanzieren. Aus dieser persönlichen Überzeugung habe ich in der Steiermärkischen Landesregierung den Antrag gestellt, das alte Haus zu adaptieren. Es wurde eine neuerliche Bedarfserhebung verlangt. Diese Bedarfserhebung wurde durchgeführt. Es ist eigentlich nichts anderes dabei herausgekommen, als was wir eigentlich schon gewußt haben. Es ergibt sich nur die Frage, wie weit das, was an Bedarf gegeben ist, im alten Brucker Haus untergebracht werden kann. Zu den zwei Millionen, die als Planungsbedarf im Budget sind, können Sie eine Rücklage, die für Bruck existiert, dazuzählen, und die Planung ist ganz sicher für das nächste Jahr gesichert. Bruck, Feldbach, Hartberg, das sind jene drei Landeskrankenhäuser außerhalb von Graz, die weit unter dem steirischen Standard liegen und daher von mir immer vordringlich genannt wurden und werden. Feldbach ist ausgeplant, ist dem Landesrechnungshof zugegangen. Er hat das Vorprojekt zu prüfen. Der Landesrechnungshof hat Rückfragen gehabt, es hat ein Gespräch stattgefunden. Ich hoffe, daß in diesem Gespräch alle Unklarheiten beseitigt wurden. Es ist anzunehmen, daß der Rechnungshof seine Dreimonatsfrist in Anspruch nimmt, um es gewissenhaft — wie ich meine — zu überprüfen. Sollte es zu weiteren Zwischen- und Nachfragen kommen, werden wir uns wieder zusammensetzen, um die Dinge zu klären.

Herr Kollege Harms, Sie sind selbst mehrmals Zeuge gewesen, wie schwierig es war, in Feldbach alle dort anwesenden Herren auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen. Wir sind vor eineinhalb Jahren mit dem Bemerkten auseinandergegangen „und nun paßt es“, und dann hat es nicht gepaßt. Sie wissen das sehr genau.

Hartberg ist ebenfalls in einem Vorplanungsstadium. Für die Kinderchirurgie wird demnächst ein Wettbewerb ausgeschrieben, mit der Verbrennungsanlage, wie sie die Frau Präsident urgiert hat, soll nächstes

Jahr, und es sind auch Mittel im Budget vorhanden, begonnen werden.

Meine Damen und Herren! Ich habe von den Schwierigkeiten gesprochen, die auf den Wirtschaftskörper zukommen. Ich habe ehrlich gesagt, welcher politischen Entscheidungen es bedarf. Was sind denn die Kosten, die wir beeinflussen könnten? Schlag nach bei Bosch! Er meint, es sei unrentabel, diese eingliedrigten Krankenhäuser zu führen. Mit dieser Bemerkung hat er recht. Es ist eine politische Entscheidung, ob Mariazell, Eisenerz, Bad Aussee weiter bestehen bleiben. Wir können das mit dem Rechenstift erledigen, oder wir können den Mut haben, für die Unrentabilität auf Grund der aber doch erforderlichen regionalen Versorgung die politische Verantwortung zu tragen. (Beifall bei der SPÖ.) Die Krankenhaushäufigkeit: Sie ist bei uns größer als anderswo, mit ein Problem der Verteuerung unserer Anstalten, weil wir damit auch ein größeres Bettenangebot haben müssen, das wir aber auch reduzieren wollen. Hier liegt das Versagen, nicht in der politischen Führung, auch nicht in der Verwaltung. Wenn Bagatellfälle von Ärzten eingewiesen werden, weil sie zum Teil der Meinung sind, der gehört ins Krankenhaus, oder weil sie sich des Patienten entledigen wollen, ja, so liegt diese Entscheidung wieder bei den Ärzten. Wir können sie ermahnen, wir können darauf aufmerksam machen. Sollte uns hier ein erzieherischer Erfolg gelingen, dann kann die von allen drei Gutachtern verlangte Bettenreduktion auch durchgeführt werden, und damit können von Haus aus die Gesamtkosten unserer Anstalten gesenkt werden. Für mich persönlich darf ich in Anspruch nehmen, daß ich diesen unpopulären Versuch, Betten zu reduzieren, bereits unternommen habe. Im übrigen, in bezug auf Deutschlandsberg, meinte ich, sei es richtig, das Überangebot an Betten in Graz zu reduzieren. Ich habe beantragt, daß die III. Chirurgie gesperrt wird, es ist nicht so lustig, man wird dafür nicht gelobt. Ich habe aus berechtigten Gründen beantragt, ich kann es nachweisen, ich will es nur nicht im Detail hier darlegen, eine Bettenstation in der II. Med. und eine Bettenstation aus räumlichen Gründen, weil es dort eine große Beengtheit gibt, in der IV. medizinischen Abteilung zu sperren. Diesem Antrag wurde nicht stattgegeben, oder besser und richtiger gesagt, er wurde Verhandlungen zugewiesen, und man hat mir bedeutet, ich möge es schubladisieren. Ich habe den Mut gehabt, die Dinge zu sagen und zu tun, die notwendig sind.

Meine Damen und Herren! Abschließend: Wenn es uns gelänge, all die Dinge, die ich jetzt hier aufgezeigt habe, durchzusetzen, umzusetzen, dann könnten wir ganz sicher ein kleineres oder ein niedrigeres Budget hier vorweisen, und damit würde sicher der Abgang geringer werden. Ich sage aber eines dazu, weil es hier mehrmals gesagt wurde, sparsam sein, wirtschaftlich sein. Die derzeitigen Verpflegskosten, die Ihnen von den Versicherungsträgern zugemittelt oder zugestanden oder vom Gesetz her eigentlich zugestanden werden, sind nicht kostendeckend, weil sie von 1.400 Schilling, die wir in Graz pro Pflegetag verbrauchen, nur 749 Schilling im nächsten Jahr bekommen werden. Da werden Sie einen Abgang zu verzeichnen haben. Hier war die Frage der Normkosten, und ich sage Ihnen, meine sehr geehrten Damen und Herren,

die steirischen Anstalten brauchen sich vor österreichischen Normkosten nicht zu fürchten. Wenn wir den österreichischen Schnitt der Normkosten erhalten würden, dann würden wir sogar einen Überschuß verzeichnen können. Oder wenn wir das als Einnahme verzeichnen könnten, was in Deutschland – wie es Bosch hier anführt – gesetzlich verankert ist, nämlich eine kostendeckende Pflegegebühr wie in Köln, dann könnten die steirischen Krankenanstalten mit dem Überschuß das Land Steiermark subventionieren. Die Krankenanstalten habe ich ja besucht, sie sind hervorragend, qualitätsmäßig bestens ausgestattet, räumlich bestens ausgestattet, meine Damen und Herren, dort bekommt man pro Verpflegstag nicht ganz 2.100 Schilling, es kommt auf den täglichen Kurs an. Nur darf es ja gar nicht sein, weil wir ein gemeinnütziges Unternehmen sind. Ich weiß schon, daß das jetzt übertrieben dargestellt ist, das weiß ich schon. Aber, meine Damen und Herren, es ist richtig. Hier kommen Leute zu uns, die ganz andere Vorstellungen haben von der Einnahmenseite. Wir waren mehrere, die mit diesen Leuten gesprochen haben. Die können sich gar nicht vorstellen, daß es nicht gesetzlich geregelte kostendeckende Pflegegebühren in diesem Lande gibt. Wenn uns das gelänge, Normkosten einzuführen, dann könnte man ehrlich einmal feststellen, wer wirtschaftet gut in diesem Land Österreich, wer wirtschaftet schlecht in diesem Lande Österreich. Ich bin davon überzeugt, daß die steirischen Krankenanstalten gut abschneiden werden.

Abschließend, meine Damen und Herren, einem alten Brauch folgend, darf ich all jenen Herren, die mit 31. Dezember aus dem steirischen Landesdienst ausscheiden, herzlichen Dank sagen. Es sind das Primarius Dr. Friedrich Lang von Mürrzuslag, Dr. Erich Riegler von Radkersburg, Dr. Renatus Schmidt, der ärztliche Leiter von Knittelfeld, Primarius Dr. Nievoll, Leiter der Kinderabteilung des Landessonderkrankenhauses, und Herr Univ.-Prof. Ernst Kahr, der Leiter des Departements für Strahlentherapie am Zentralröntgeninstitut. Ich möchte ihnen allen einen herzlichen Dank sagen, genauso meinen Mitarbeitern, der Rechtsabteilung 12 mit Herrn Hofrat Dr. Josef Schaffer, ihm möchte ich ganz besonders danken. (Allgemeiner Beifall.) Ich möchte auch der Fachabteilung IV a mit Hofrat Dipl.-Ing. Reiter einen herzlichen Dank sagen und all jenen in diesem Hohen Hause, die für das Anliegen der steirischen Krankenanstalten immer ein besonderes Verständnis gezeigt haben. Danke. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Zdarsky: Zu Worte gemeldet hat sich Herr Landesrat Prof. Jungwirth. Ich erteile es ihm.

Landesrat Prof. Jungwirth: Frau Präsident, Hohes Haus!

Zu später Stunde ist die Kunst des Weglassens keine große Kunst. Ich bitte Sie um Ihre kurze Aufmerksamkeit für ein Wort des Dankes an einen sehr verdienten Beamten des Landes Steiermark, der mit Jahresende in den Ruhestand geht. Es handelt sich um Herrn Landessanitätsdirektor Hofrat Dr. Josef Tausentschen. Er ist für heute abend schon lange eine private Verpflichtung eingegangen und hat um Entschuldigung gebeten, daß er nicht ins Haus kommt. Wir werden ihn

natürlich noch persönlich verabschieden, aber ich glaube, es ist meine Pflicht, eine paar Worte des Dankes zu sagen, und sei es nur für das Protokoll unserer Sitzung. (Allgemeiner Beifall.) Josef Tausentschen ist Grazer und promovierte in der Stadt Graz und ist im Jahre 1949 in den Dienst des Landes Steiermark eingetreten. Er kam zuerst an die BH nach Radkersburg und dann nach Feldbach, war in Feldbach 14 Jahre als Amtsarzt tätig und kam 1963 an die Bezirkshauptmannschaft Graz-Umgebung. Dort wirkte er als Amtsarzt bis zum Jahre 1980. In diesem Jahre wurde er als Nachfolger von Gustav Mittelbach Landessanitätsdirektor. Seine Zeit als Landessanitätsdirektor ist an und für sich eine kurze, fünf Jahre sind keine lange Zeit, aber er hat mehrere wichtige Initiativen gesetzt. Er hat sich ganz besonders um die Verbesserung des schulärztlichen Dienstes verdient gemacht, er hat die Gesundheitskontrolle der Kinder in den Kindergärten sehr stark zu seiner Sache gemacht, er hat sich um neue Impfaktionen in der Steiermark gekümmert. In seiner Zeit wurden die Masern-Mumps-Impfungen und die Zeckenimpfungen in der Steiermark eingeführt, er hat die Drogenberatung ganz besonders weiterentwickelt, nicht nur in Graz, sondern auch in Leoben und in Judenburg, und er hat nicht zuletzt auch dafür gesorgt, daß die Physiotherapeutinnen durch neue Kurse so ausgebildet wurden, daß die dezentrale Versorgung von behinderten Kindern außerhalb von Graz in der Steiermark ganz besonders verbessert werden konnte. Hofrat Tausentschen war ein verlässlicher, fleißiger, expeditiver Beamter und ein Landessanitätsdirektor mit viel menschlichem Engagement. Wir wünschen ihm viel Gesundheit, alles Gute und danken ihm für viele lange, treue Dienste am Land Steiermark und seinen Menschen. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Zdarsky: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

Abg. Dr. Horvatek: Ich verzichte auf das Schlußwort und wiederhole meinen Antrag.

Präsident Zdarsky: Meine Damen und Herren, sollten Sie den Ansätzen der Gruppe 5 die Zustimmung geben, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Die Gruppe 5 ist damit angenommen.

Abg. Brandl: Bitte zur Geschäftsordnung. Meine Damen und Herren, ich beantrage die Unterbrechung der Landtagsdebatte. 24 Stunden lang schreiben die Frauen sich die Finger wund. Das ist unmenschlich. Ich bitte Sie, dem Antrag zuzustimmen und für heute aufzuhören. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Zdarsky: Sehr geehrte Damen und Herren, Sie haben den Antrag des Abgeordneten Brandl gehört. Ich lasse darüber abstimmen. Wortmeldung, Herr Abgeordneter Univ.-Prof. Dr. Schilcher.

Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: Zur Geschäftsordnung. Ich habe die Damen gefragt. Sie haben gesagt, sie wollen keine Pause, ihnen ist lieber fertigzumachen. Sie sollen sich nicht auf die Damen ausreden, wenn Sie müde sind! (Abg. Brandl: „Nach 14 Stunden Arbeit, um Himmels willen!“)

Präsident Zdarsky: Der Antrag des Herrn Abgeordneten Brandl steht zur Abstimmung. Ich bitte die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Abgeordneten Brandl zustimmen, eine Hand zu erheben. Das ist die Minderheit.

Der Antrag ist abgelehnt.

Wir kommen nun zur Gruppe 6, „Straßen- und Wasserbau, Verkehr“. Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Dr. Leopold Johann Dorfer. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dr. Dorfer: Frau Präsident, Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Die Gruppe 6, Straßen- und Wasserbau und Verkehr, wurde im Finanz-Ausschuß beraten. Es gibt Gesamteinnahmen in dieser Gruppe von 28,655.000 Schilling und Gesamtausgaben von 1.280.000.009 Schilling. Namens des Finanz-Ausschusses stelle ich den Antrag, den Ansätzen der Gruppe 6 zuzustimmen.

Präsident Zdarsky: Als erste Wortmeldung ist der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Chibidziura. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: Sehr geehrte Frau Präsident, werde Damen und Herren!

Die Gruppe 6 der Straßensänger möchte ich, wäre ich fast geneigt einzuleiten, nach dem alten Homer, zum Kampf der Straßen und Gewässer der steirischen Götter froh vereinigt, aber weiter will ich gar nicht reden, denn ich merke die Unruhe. Ich möchte mich (Präsident Zdarsky: „Bitte um Ruhe im Haus!“), um den Damen heute und morgen etwas Gutes zu tun, kurz fassen und auf mein vorbereitetes Manuskript verzichten. (Allgemeiner Beifall.) Das ist mir noch nie passiert, daß ich so einen Applaus bekomme. Ich möchte aber sagen, daß wir dieser Gruppe nicht zustimmen, weil wir meinen, daß es in der Verantwortung der Mehrheit liegt zu sagen, wo in diesem Budget eingespart werden soll. Aber trotzdem ein kurzer Beitrag zum Kapitel 6, ein Beitrag zur S 8. Ich fürchte, daß sie als Bundesstraße errichtet wird, wo die S 8 kommen hätte sollen. Nur vielleicht etwas schmaler. Wir Freiheitlichen meinen, so wenig Straße wie möglich und so viel Tal wie möglich. (Beifall bei der FPÖ.)

Präsident Zdarsky: Als nächste Wortmeldung ist der Herr Abgeordnete Lind. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Lind: Frau Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Auf Grund der vorgerückten Stunde gestatten Sie mir, daß ich mich mit einigen Sätzen begnüge und zum Ausdruck bringe, daß gerade wir uns im oststeirischen Raum überaus freuen, daß doch die Südautobahn in einem großen Stück befahrbar ist. Ich mache heute die 20. Budgetdebatte in diesem Hohen Hause mit, und ich glaube, es war zirka zehnmal, daß ich mich zur Südautobahn zu Wort gemeldet habe. Es war schon der Altlandeshauptmann Josef Krainer, der vor vielen Jahren zum Ausdruck gebracht hat, daß die Versorgung des oststeirischen Raumes in verkehrstechnischer Hinsicht von besonderer Bedeutung ist, und es wurde schon damals ein großes Verkehrskonzept erstellt, obwohl man ihm immer wieder vorwarf, daß in der

Steiermark in dieser Hinsicht nichts geschah. Gerade die Südautobahn ist es, die das Wirtschafts-dreieck Wien-Graz-Linz schließt. Wenn die Strecke Hartberg-Gleisdorf im Vorjahr übergeben wurde, so kann man doch sagen, daß somit eine große Verkehrserschließung stattgefunden hat. Man kann echt zum Ausdruck bringen, daß die Wechselstraße entlastet wurde und daß somit eine Reihe von Verkehrsunfällen verhindert werden konnten, daß besonders wir Oststeirer es deutlich spüren und eine große Plage des Autofahrers weggefallen ist. Wenn wirklich vereinzelt Verkehrsunfälle auf dem Abschnitt Hartberg-Gleisdorf stattfinden, sind diese auf menschliches Versagen zurückzuführen, denn es ist eine Geschwindigkeitsbeschränkung mit 100 Stundenkilometer, das heißt also, man muß sich eben danach verhalten. Aber wir schauen weiter: Wir erwarten in Kürze, vielleicht in einem Jahr bereits, die Fertigstellung der Südautobahn von Hartberg bis nach Grödenstein, also die durchgehende Fertigstellung der Südautobahn von der Kärntner Landesgrenze bis nach Wien ist dann eingetreten. Das ist besonders erfreulich für unsere Pendler. Das ist wichtig in wirtschaftlicher Hinsicht, aber auch für die Entlastung der Wechselstraße, für die Verhinderung weiterer Verkehrsunfälle. Ich glaube, mit dem durchlaufenden Verkehr ist ein großer Fortschritt erreicht. Selbstverständlich bitten und ersuchen wir, alles daranzusetzen, daß der Vollausbau der Südautobahn von Hartberg nach Gleisdorf eines Tages erfolgt, obwohl das Wichtigste mit dem Halbausbaubereits geschehen ist und wir dadurch schon einen großen Fortschritt zu verzeichnen haben.

Wenn ich nur einige Straßenwünsche noch anschließen darf für den oststeirischen Raum. Ich darf sagen, daß gerade das Land Steiermark auf dem Sektor der Landesstraßen viel getan hat, daß viele, viele Straßen gebaut und ein großes Verkehrsnetz errichtet wurden. Einige Straßen wären noch vordringlich in unserem Raum: die Verbindung von Kaindorf nach Pöllau, die Verbindung von Waltersdorf nach Neudau, aber auch von St. Johann in der Haide und der Fertigbau der Straße von Neustift bis hinüber nach Großhartmannsdorf.

Nun, meine sehr geehrten Damen und Herren, nur ganz kurz zu einer utopischen Sache. Vielleicht mögen Sie diese Sache als utopisch bezeichnen, aber wir reden immer vom Defizit der Eisenbahn. Wie wäre es, wenn die Eisenbahn attraktiver gestaltet würde, und wie wäre es, wenn auch eine Städteschnellverbindung von Graz-Gleisdorf-Hartberg-Friedberg-Wiener Neustadt errichtet würde? Eine zweigleisige Bahn. Wirtschaftliche Erfolge, Entlastung der Kraftfahrer, Zukunft, und es wäre sicherlich möglich, unseren Pendlern zu helfen, die wir nicht mehr zurückbekommen, weil es kaum Möglichkeiten gibt, Arbeitsplätze hier zu schaffen, weil alles zentral in Wien ausgeführt wird. Und mit einer Städteschnellverbindung wäre es möglich, von Graz in eineinhalb bis eindreiviertel Stunden nach Wien zu kommen. Von Hartberg in einer Stunde nach Wien zu fahren, das würde heißen, daß unsere Wochenpendler Tagespendler würden, daß wir die Familien somit wieder unterstützen können. Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bin am Ende meiner Ausführungen. Ich danke Ihnen herzlich für das Zuhören, und ich freue mich schon darauf, daß die

Autobahn so bald als möglich von Hartberg bis Wien durchlaufend befahrbar ist. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.)

Präsident Zdarsky: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Loidl. Ich erteile es ihm.

Abg. Loidl: Frau Präsident!

Mit Rücksicht auf die Tatsache, daß die Damen seit 14 Stunden arbeiten, will ich es nicht verantworten, sie durch meine Wortmeldung weiter zu belasten. Ich verzichte daher auf meine Wortmeldung.

Präsident Zdarsky: Als nächster Redner hat sich der Herr Abgeordnete Prutsch gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Prutsch: Ich verzichte ebenfalls auf das Wort und ziehe meine Wortmeldung zurück.

Präsident Zdarsky: Der nächste Redner wäre der Herr Abgeordnete Hammerl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Hammerl: Ich ziehe meine Wortmeldung auch zurück.

Präsident Zdarsky: Der Herr Landeshauptmann Dr. Krainer hat das Schlußwort.

Landeshauptmann Dr. Krainer: Meine Damen und Herren! Verehrte Frau Präsident!

Die Sache würde es verdienen, wenn wir ausführlich darüber reden könnten. (Abg. Loidl: „Morgen gerne!“) Ich sage es nur. Es ist offenkundig nicht gelungen, in der Vorbereitung dieser Budgetdebatte einen Ablauf zu garantieren, der sowohl der Sache als auch dem Menschen gerecht wird. Und ich würde daher vorschlagen, daß die Herren Klubobmänner zusammen-treten am morgigen Tage, um Überlegungen für den morgigen Tag, aber auch schon für das nächste Jahr anzustellen, wie es garantiert werden könnte, daß solches sich nicht wiederholt, was wir heute erlebt haben. Ich möchte niemandem persönlich bei der Gelegenheit einen Vorwurf machen. Was meine Person anlangt, nur weil ich am Wort bin, habe ich bisher 20 Minuten Zeit des Hohen Hauses in Anspruch genommen. Jeder, der gesprochen hat, weiß für sich, und deshalb habe ich auch von mir geredet, wieviel Zeit des Hohen Hauses er bisher in Anspruch genommen hat. Vielleicht ist es auch eine Basis dafür, daß wir auch den nötigen Ernst, der letztlich alle Abgeordneten auszeichnet, auch in der Durchführung einer solchen Veranstaltung, in die Wirklichkeit umzusetzen in der Lage sind. Ich sage das ohne irgendeine Beschuldigung. Es ist sicher so, daß niemand auch nur den Versuch unternommen hätte, mutwillig diese Verhandlungen über Gebühr auszudehnen, aber es ist auch wirklich niemandem zuzumuten, daß er zu einer Zeit aufgefordert wird zuzuhören, zu diskutieren, zu reportieren, zu protokollieren oder was immer. Ich bleibe auch bis morgen früh, wenn Sie das wünschen. Das möchte ich ausdrücklich dazusagen – non recuso laborem. Aber, es ist auch keine Frage, daß es gut und notwendig ist, einen Weg zu finden, der es verunmöglichlicht, daß wir auch nächstes Jahr wieder in die gleiche Situation geraten.

Ein kurzes Wort zum Thema. Wir haben unser Baubudget für das Jahr 1985 um 12,5 Prozent steigern können. Wenn Sie, Herr Abgeordneter Dipl.-Ing. Chibidziura, gemeint haben, daß es Aufgabe der Mehrheit dieses Hauses ist, so verstehe ich die beiden Regierungsparteien in diesem Fall, weil sie das Budget miteinander beschlossen haben, die entsprechenden Kürzungen und Einsparungen vorzunehmen, dann kann ich Ihnen sagen, in diesem Teil des Budgets ist das nicht möglich, und ich werde gerne auch morgen generell – und ich hoffe, zu einem Zeitpunkt, wo auch die Presse nicht überstrapaziert ist – überhaupt zur Frage unserer Budgetgestaltung mich äußern. Der Bund hat sein Bautenbudget um 0,5 Prozent reduzieren müssen. Ich bin froh, daß wir das nicht mußten. Denn es ist überhaupt keine Frage, daß nach dem, was der Landesrat Dipl.-Ing. Riegler über das Wohnbausonderprogramm gesagt hat, und eigentlich alle Redner, die dazu gesprochen haben, daß natürlich der Hauptanteil der notwendigen Ausweitung dieses Budgets darauf zurückgeht, daß wir gezwungen sind, in dieser Phase der Konjunktur gerade die Baukonjunktur entscheidend zu stützen, wo sie endlich begonnen hat, sich zu erholen. Nach den letzten Ziffern, die wir zur Verfügung haben aus der heutigen Besprechung des Wirtschaftsforschungsinstitutes, ist dieser Anteil des Bruttoinlandsproduktes der Bauwirtschaft für das Jahr 1985 insgesamt in Österreich mit einem Prozent im Wachsen begriffen. Das ist die allgemeine Wachstumskurve, die mit 3 Prozent für das nächste Jahr prognostiziert wird. Ich wollte einen Dank aussprechen, auch an den in Pension gehenden Hofrat Gerhard Grill der Baubetriebsleitung Feldbach (Allgemeiner Beifall.), und es auch nicht verabsäumen, die Stimmung dieses Hauses beeinträchtigt das nicht, dem Bauoberinspektor Manfred Tremel, der im 42. Lebensjahr im Mai 1984 verstorben ist, dem Bauoberinspektor Ing. Tüchler Wilhelm, der im Juli im 58. Lebensjahr verstorben ist, und dem Regierungsoberbaurat Dipl.-Ing. Krainer Johann, der im Jänner im 63. Lebensjahr verstorben ist, einen Dank zu sagen und ihrer in Ehren zu gedenken. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Zdarsky: Eine weitere Wortmeldung zur Gruppe 6 liegt nicht mehr vor. Der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

Abg. Dr. Dorfer: Ich verzichte auf das Schlußwort und bitte Sie, meine Damen und Herren des Hohen Hauses, den Ansätzen der Gruppe 6 zuzustimmen.

Präsident Zdarsky: Ich schreite nun zur Abstimmung und ersuche die Abgeordneten, die mit den Posten und Ansätzen der Gruppe 6 einverstanden sind, um ein Händenzeichen.

Die Gruppe 6 ist angenommen.

Ich unterbreche nun die Sitzung. Sie wird morgen um 8.30 Uhr wieder aufgenommen. (Unterbrechung der Sitzung um 23.45 Uhr.)

Präsident: Meine Damen und Herren. Wir kommen nur zur Gruppe 7, „Wirtschaftsförderung“, und nehmen die unterbrochene Sitzung wieder auf. (Wiederaufnahme der Sitzung: 7. Dezember 1984, 8.30 Uhr.) Bevor ich dem Berichterstatter zur Gruppe 7 das Wort erteile, darf ich für diese kleine, in einem Korb einge-

fügte Morgengabe dem Bauernbund herzlich danken (Allgemeiner Beifall.) und möchte Sie auch gleichzeitig bitten, im Laufe des heutigen Tages bei der Unterschiedlichkeit der Auffassungen auf die Ehre und Würde des Hauses Rücksicht zu nehmen und das, was Sie selbst erwarten, nämlich die Fairneß vom Partner, auch dem Partner gegenüber entgegenzubringen hier in der Debatte. Ich will sonst nichts dazusagen, aber ich bitte Sie auch, Ihre Beiträge so vorzutragen, daß Sie persönliche Angriffe, wenn das irgendwie möglich ist, unterlassen. Wir kommen zur Gruppe 7, Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Franz Kollmann. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Kollmann: Herr Präsident, Hohes Haus!

In der Gruppe 7 ist die Wirtschaftsförderung zusammengefaßt. Sie gliedert sich in die Kapitel Landwirtschaft, Energiewirtschaft und die eigentliche Wirtschaftsförderung. Die Ansätze an Einnahmen sind 123,694.000 Schilling und an Ausgaben 541,403.000 Schilling im ordentlichen Haushalt. Die Budgetansätze wurden im Finanz-Ausschuß eingehend beraten. Ich bitte um Annahme.

Präsident: Meine Damen und Herren, im Einvernehmen mit den Obmännern der in diesem Hause vertretenen Parteien schlage ich vor, die Spezialdebatte der Gruppe 7 zu teilen, und zwar als ersten Teil in die Landwirtschaft, als zweiten Teil in den Fremdenverkehr und als dritten Teil in die Wirtschaftsförderung.

Wird dagegen ein Einwand erhoben. Das ist nicht der Fall.

Wir beginnen also mit dem ersten Teil der Gruppe 7, Landwirtschaft. Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Chibidziura. Ich erteile es ihm.

Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: Werter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Ich habe eine Bitte, daß wir vielleicht doch das Körberl behalten dürfen, obwohl wir dagegenstimmen. (Allgemeiner Beifall. – Abg. Dr. Dorfer: „Euch braucht man kein Körberl zu geben, ihr habt es schon!“) Herr Präsident, diese Bitte hätte ich im besonderen an dich. Danke für die Zustimmung. Meine sehr geehrten Damen und Herren, Bauer ist ein ertragreicher Beruf, aber nur, wenn der Boden gut ist. Er ist ertragreich, aber nicht, was das Geld anbelangt, nur an Getreide oder was derjenige Spezielles anbaut. Das sagte niemand geringerer als Erzherzog Johann. Nur, wenn der Boden gut ist. Wir müssen leider Gottes heute feststellen, daß vieles in unseren Böden gestört ist. Es ist und war ein Irrglaube, ich glaube, die Meinung ist längst vorbei, wo man glaubte, den Bauernhof wie einen Industriebetrieb führen zu können und durch Gaben von Kunst- oder Handelsdünger die Produktion ins Unermeßliche steigern zu müssen. Wir leiden in der Landwirtschaft gerade unter der Überproduktion. Wir müssen heute auch feststellen, daß unsere Böden überdüngt sind und vieles von dieser Überdüngung bereits in das Grundwasser eingedrungen ist. Gestern erst haben wir in der Debatte über die Gesundheit einiges über den Nitratgehalt unseres Trinkwassers bereits erfahren. Was sind die Ursachen, die man feststellt? Natürlich die falsche Düngung. Man hat hier zu wenig umgestellt auf alte ökologische Verfahren in

der Fruchtfolge. Natürlich gibt es auch den sauren Regen. Und dieser saure Regen fällt nicht nur auf den Wald, sondern auch auf den Boden. Ich glaube, es ist falsch, wenn man sagt, nichts weitersagen. Nur keinen Staub aufwirbeln. Es ist einfach notwendig, daß man darüber und über dieses Problem spricht, denn nur dann, wenn es alle wissen, wird hier ein Weg der Umkehr eingeschlagen werden. Jährlich werden ungefähr 3.000 Bodenproben gezogen und geprüft. Ich glaube, es wäre notwendig, auch festzustellen, wie groß der Humusanteil an unseren Böden noch ist. Es wäre notwendig. Ich glaube aber, daß man hier die Chemische Versuchsanstalt ausrüsten müßte, um das wirklich gut feststellen zu können. Wir Freiheitlichen haben in der Paragraph-17-Kommission einen Antrag gestellt, jene Kommission, die den Grünen Bericht redigiert, daß im nächsten Jahr ein Bericht, also über das Jahr 1984, eingehen möge, über die Gesundheit unserer steirischen Böden, nachdem man festgestellt hat, daß im Bereich Köflach/Voitsberg schwer belasteter Boden da ist, ein Boden, der in erster Linie durch Schwermetalle verunreinigt ist. Überhaupt ist diese Problematik ja nicht nur auf die Steiermark bezogen, sondern österreichweit und darüber hinaus Europa leidet unter diesen Schwierigkeiten. Aber ich glaube auch, daß es nicht nur Europa ist, sondern auch weltweit. Und daher hat unser Staatssekretär Murer ein 10-Punkte-Programm zur Rettung unserer Böden vorgestellt. Ich muß der Landeslandwirtschaftskammer eigentlich danken, daß sie sich so einsetzt für die Rettung unseres Waldes, aber es ist halt auch so, daß der Wald besser verkaufbar ist und man eher die Schäden sieht und daher die Bevölkerung leichter zu sensibilisieren ist. Aber gerade dieser saure Regen und diese Düngung haben gezeigt, daß von 170.000 Kühen in Österreich nur 100.000 abgekalbt haben. Das muß doch irgendwo einen Grund haben. Und meistens ist es der Grund, daß man feststellt, daß durch die Überdüngung auch unserer Wiesen eine Monokultur eingetreten ist und die Heilkräuter, die ja sehr wichtig sind für unsere Tiere, weg sind. Natürlich ist es jenen, die die Düngemittel verkaufen, egal. Die sagen, der Umsatz ist entscheidend. Ich bin überzeugt, daß es auch unseren Stickstoffwerken in erster Linie darum geht, daß sie ihre Produktion verkaufen können. (Abg. Schrammel: „Blaue Veilchen gibt es immer weniger!“)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, gerade, weil wir vom Abkalben gesprochen haben, ein Wort zur Marktordnungsgesetznovelle, die nun vier Jahre lang Geltung haben wird und erstmals unter freierlicher Mitwirkung zustande kam. Einstimmig, weil es ja ein Gesetz ist, das die Zweidrittelmehrheit braucht. In diesem wird in erster Linie die Milchkontingentierung geregelt. Es gibt keinen Einkauf mehr durch Überlieferung. Ich weiß, daß es das Interesse der Molkereien war, die Leute zu animieren zum Überliefern, weil sie lieber gesehen haben, daß ihre Maschinen ausgelastet sind. Aber es war in Wirklichkeit eine zusätzliche Belastung des Milchmarktes. Wenn ich Ihnen ganz kurz ein paar Milchpreiserhöhungen aufzählen darf, dann kann ich Ihnen sagen, seitdem die Freiheitlichen in der Regierung sind, es im Juli 1983 eine allgemeine Erzeugerpreiserhöhung um 17 Groschen je Kilogramm gegeben hat, im Jänner 1984 anlässlich der Anpassung der Mehrwertsteuer eine Erhöhung um 9 Groschen, im August 1984 eine Erhö-

hung des Erzeugerpreises um 15 Groschen, wobei hier zusätzlich noch im August eine Erhöhung des Erzeugerpreises um gut 2 Groschen gekommen ist im Falle einer volumetrischen Rohmilchübernahme. Weiters wurde im Zuge der Marktordnungsnovelle 1984 eine Vergütung des allgemeinen Milchkrisengroschens für die Bergbauern in der Extremzone 3, was einer Erhöhung des Milcherzeugerpreises um weitere 22 Groschen entspricht, ausgemacht. Das ist eine Steigerung um 43 Groschen. Und wenn man alle Dinge zusammenzählt, so ist das, meine ich, ein ganz ordentlicher Betrag, den man dank unserer Mithilfe den Bauern mehr geben konnte. Bedauerlich im Vergleich ist ja, daß die ÖVP in den Jahren zwischen 1966 und 1970 nicht einen Groschen Milchpreiserhöhung geben konnte. (Landesrat Dipl.-Ing. Riegler: „Das stimmt nicht einmal. Es sind 7 Groschen erhöht worden für die erste Qualität!“) Ja, das stimmt!

Auch bei Getreide kam es zu einer Erhöhung mit 15. Juli 1984, bei Roggen 7 Groschen, Mahlweizen 8,5 Groschen, Qualitätsweizen 12 Groschen, Mais 10 Groschen, Gerste 9 Groschen.

Im ständigen Kontakt mit unserem Handelsminister Steger ist es gelungen (Landesrat Dipl.-Ing. Riegler: „Nur auf die Propaganda hineingefallen!“), trotz Überschußproduktion fast einer Million Tonnen, diese Preiserhöhungen für die Bauern zu realisieren. Und gerade das nun zu beschließende Bundesagrarbudget hat eine sehr gute Steigerung gerade für die Bauern, und hier muß man sehen, daß die Steigerung 8,6 Prozent beziehungsweise für die Preisausgleiche 5,3 Prozent beträgt.

Nun, ein altes Leiden ist der Viehexport. Hier wurde auch kräftig angekurbelt. Der Viehabsatz wurde gesteigert und im Vergleich zum Vorjahr kräftigst angehoben. Die Bergbauernförderung wurde erhöht, und unser Staatssekretär Murer hat auf sein Drängen hin eine Wohnbauoffensive durchgebracht. Eine Wohnbauoffensive für die Bauernhöfe. Da bleibt die Kaufkraft in den ländlichen Regionen und im ländlichen Kleingewerbe. Hier stehen zusätzlich 500 Millionen mehr der Bevölkerung an Kreditrahmen zur Verfügung.

Herr Landesrat Dipl.-Ing. Riegler, eine Frage möchte ich an Sie stellen, und zwar dreht es sich um den Kuhfleischexport. Um diese Aktion, die Länder Niederösterreich und Oberösterreich haben sofort mitgetan, Sie haben gemeint, daß es für die Steiermark nicht dringlich sei, obwohl bei uns genauso beinahe die Kuhschwänze schon aus dem Stall hinaus stehen. Soundso viele Bauern auf Grund dessen, daß der Sommer heuer so trocken war, zuwenig Futter haben und abverkaufen müssen (Abg. Aichhofer: „Das stimmt nicht!“), daß im europäischen Teil ja auch eine Kontingentierung der Milchabgabe eingetreten ist und damit hier der Markt eigentlich sehr gesättigt ist, und trotzdem ist es gelungen, in der letzten Zeit eine Erhöhung der Exportziffern bei Rindern zu erreichen. Ich will es Ihnen ersparen, die Prozentsätze aufzuzählen. Nun, ich kann in Summe sagen, auch wenn wir nur einen Staatssekretär im Landwirtschaftsministerium haben, aber er bemüht sich um die Bauern, das muß man ihm zugestehen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Eines ist noch eine Herzensangelegenheit für mich, das ist gerade das Sonderkulturenförderungsgesetz. Herr

Landesrat, ich verstehe eigentlich nicht, wo doch gerade dies eine Sache ist, die allein bei Ihnen zu entscheiden ist, warum nicht gerade Sie ein steirisches Sonderkulturenförderungsgesetz erlassen oder ausgehandelt haben. Denn die steirischen Sonderkulturen – und das ist ja in diesem Grünen Bericht sehr gut diesmal ausgeführt – haben große Probleme. Ich kenne das, weil ich ja selbst mich mit diesen schwarzen Johannisbeeren durch Jahre hindurch beschäftigt habe, weil ich weiß, was es heißt, an der steirischen Grenze solche Sonderkulturen zu haben, um einen Nebenerwerb, ein Nebeneinkommen hier aufzeigen und für sich in Anspruch nehmen zu können. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist bedauerlich, daß viele Bauern ihre Johannisbeeranlagen roden müssen, weil es sich für sie nicht mehr lohnt. Ich weiß schon, daß es hier viele Probleme und Problemchen gibt. (Unverständlicher Zwischenruf.) Lieber Pörtl, der Murer kann natürlich in einem Jahr das alles nicht reparieren, was in 30 Jahren vorher verbrochen worden ist. Dieser Vorwurf ist unfair, wenn man das dem Murer gegenüber macht. (Abg. Aichhofer: „Er hat ja diesbezüglich noch gar keinen Murrer gemacht!“)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, aber nun zu etwas anderem, nämlich das, was ich alljährlich gerade bei dieser Budgetdebatte immer wieder angezogen habe und wo der Herr Landeshauptmann gesagt hat, jawohl, es wird hier eine Änderung stattfinden, das ist nämlich die TKV-Verordnung, jene Verordnung, die ein Monopol in der Steiermark geschafft hat für die Ablieferungspflicht von Schlachtabfällen, und wo sich eben daraufhin die Agrosserta diese TKV einverleibt hat. Diese Agrosserta, die heute einen Schlachthof in Graz bereits hat, diese Agrosserta, die heute gemeinsam mit dem Konsum diesen betreibt und betreiben wird. Diese Monopolstellung haben wir immer bekritelt und gesagt, das soll nicht sein. Wir wissen die ganzen Probleme um die TKV, wie es dazu gekommen ist und wie es mit den Konten in Liechtenstein war. Ich war selbst dort und habe mich überzeugt. Aber diese Briefkastenfirma, diese Nummernfirma, ist noch immer nicht aufgelöst, obwohl Ihr Kollege, der Herr Schröck, gesagt hat, die ist liquidiert. Die ist bei weitem nicht liquidiert. Sie heißt nur heute anders, „Ost-West-Fisch-Kompanie“ mit ihrem Sitz in Helsinki. Da gibt es noch solche Dinge. Ich sage Ihnen, eine Einrichtung der saftigen Gewinne. Einblick in die Tarife, das wollen wir haben. Aber anscheinend will man das nicht, obwohl nun eigentlich der Verfassungsgerichtshof hier eine Aufhebung einer weiten Passage dieser Verordnung erlassen hat.

Meine Damen und Herren, wir können nicht zusehen, wie der Bauer entschädigungslos enteignet wird. Es wundert uns, warum Sie von der ÖVP eigentlich zuschauen. Der Bauer hat das Pech im Stall, und damit machen die anderen die fetten Gewinne.

Die Agrosserta ist doch eine Bauerngenossenschaft zum Wohle der Bauern. Hier müßte doch eingehakt werden, und es müßte sein, daß diese Agrosserta diese Gewinne einrechnet und sagt, ich verzichte auf diese Entschädigungen und Zahlungen durch die Fleischer. Ich verstehe das nicht, daß Sie hier zuschauen. (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Wozu investieren?“) Es ist eine, wo immer geschehene, abgesprochene Verordnung. Ich weiß, daß hier private Leute diese übernehmen

würden und weiterführen, aber das glaubt ja niemand. Und das muß man hier sagen, daß ja eigentlich die Agrosserta einen totalen Einblick in ihre Konkurrenten und einen jederzeitigen Überblick über die Konkurrenzsituation hat, weil eben hier Daten weitergegeben werden, Schlacht- und Beschauungsdaten. Ich glaube, daß hier eine private TKV auch möglich ist, und ich würde sagen, das wäre gut, daß man hier noch eine Konkurrenz aufzieht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, auch wird immer groß über das Problem Biosprit gesprochen. Ich weiß nicht, aber ein bißchen habe ich schon das Gefühl, als ob die steirischen Bauern vor den Karren gespannt werden, damit die niederösterreichischen Genossenschaften die großen Gewinne machen können. (Abg. Buchberger: „Wo denn?“) In der Herstellung. (Abg. Buchberger: „Wir stellen ja keinen her!“) Wenn man es ehrlich betrachtet, ich weiß schon, die ganze Argumentation, daß man hier einiges aus der Produktion herausziehen kann, aber wenn man es energiewirtschaftlich betrachtet und vorher sehr viel Energie in die Düngemittel steckt und mit diesen Düngemitteln wieder eine Überproduktion herbeiruft und diese dann erst verwertet, ich weiß nicht, ob das gut sein kann. (Landesrat Dipl.-Ing. Riegler: „Warum reden Sie nicht mit Ihrem Staatssekretär Murer, der, als er in die Regierung eingetreten ist, erklärt hat, er werde das Biospritprojekt verwirklichen!“) Das ist schon möglich, aber, Herr Landesrat, ich hoffe, daß Sie mir noch zubilligen, daß ich hier eine eigene Meinung habe. (Landeshauptmann Dr. Krainer: „Man kann ja eine andere Meinung haben!“) Ich verbiete ja auch Ihnen nicht, daß Sie eine eigene Meinung haben, genauso wie eben ich und wir meinen, daß wir dieses Kapitel heute ablehnen. (Beifall bei der FPÖ.)

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Präsident Buchberger. Ich erteile es ihm.

Abg. Buchberger: Verehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Darf ich nur einige Sätze zu dem kurz sagen, was unser Kollege Dipl.-Ing. Chibidziura nun zu einer breiten Palette von agrarischen Bereichen versucht hat, kurz zu sagen. Das sind zwei Dinge. Erstens, Herr Kollege Dipl.-Ing. Chibidziura: Wir als praktizierende Bauern wissen zur Genüge, was für uns die drei wichtigsten Grundelemente bedeuten, nämlich die Luft, das Wasser und der Boden. Weil du die Meinung vertreten hast, das ist sehr klar zum Ausdruck gebracht worden, daß an und für sich die Bauern es seien, die die größten Bodenverschmutzer sind, und du die Meinung vertreten hast, daß die Bauern bedenkenlos Düngemittel in den Boden geben, die an und für sich in der weiteren Konsequenz vom Boden nicht verarbeitet werden. Darf ich dir grundsätzlich eines dazu sagen. Sowohl Kalk, Kali und Phosphor sind an und für sich natürliche Düngemittel, die nirgendwo zu einer Beeinträchtigung und zur Unfruchtbarkeit des Bodens beitragen. Glaube ja nicht, lieber Kollege Dipl.-Ing. Chibidziura, daß die Bauern solche Trottel sind (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Sie werden auf Grund der Situation gezwungen!“), die aus Begeisterung heraus Stickstoffe, sprich Nitromonkal, in Massen in den Boden geben, ohne daraus die notwendigen wirtschaft-

lichen Konsequenzen zu erreichen. (Abg. Mag. Rader: „Aus deiner Position mußt du ja so reden!“) Ich würde mir das nicht so leicht machen und sagen, die Bauern sind schuld, daß die Fruchtbarkeit des Bodens von Jahr zu Jahr schlechter wird. (Beifall bei der ÖVP.)

Wir sind als praktizierende Demokraten dankbar für jede Anregung, ganz gleich von wem sie kommt, aber wir sollen es uns nicht so einfach machen, daß wir sagen, die Bauern sind schuld, weil sie eine zu starke Überdüngung hegen. Also so einfach soll man es sich in diesem Zusammenhang nicht machen.

Ein Zweites, lieber Kollege Dipl.-Ing. Chibidziura, ich verstehe die Welt nicht mehr. Ich habe das schon in der letzten Zeit erlebt, und wir haben immer wieder darauf hingewiesen, daß es für die Steiermark – rein kompetenzmäßig stünde uns die Möglichkeit zu – paradox wäre, ein eigenes Sonderkulturenförderungsgesetz zu beschließen, aber die Konsequenz in der weiteren Folge ist die, daß man dann für den Absatz dieser Produkte, die man unter Umständen über ein Sonderkulturengesetz zum Anbau brächte, überhaupt keine Möglichkeit hätte, die Dinge zu beeinflussen, weil entscheidend in Import- und Exportfragen und auch in Fragen der Zollpolitik der Bund ist, der, wie bewiesen in der letzten Zeit, eine Ostliberalisierung einfach beschlossen hat und wir der Konkurrenz des Ostens ausgesetzt sind und keine Möglichkeit haben, hier dieser Entwicklung Paroli zu bieten. Die Voraussetzung, um hier ein entsprechendes Sonderkulturgesetz zu schaffen, von mir aus ein Sonderkulturenförderungsgesetz oder wie wir es nennen wollen, die Voraussetzung dafür ist die, daß der Bund vorher erst einmal entsprechende grundsätzliche gesetzliche Bedingungen schafft, um dann in weiterer Folge auch die Möglichkeit zu haben, hier aus unserer Sicht gesehen, bundeseinheitlich ein entsprechendes Sonderkulturenförderungsgesetz auch entsprechend praktizieren zu können. Das sind die grundsätzlichen Voraussetzungen. Früher braucht man bei uns im Land darüber überhaupt nicht zu reden. (Beifall bei der ÖVP.) Als gegenwärtiger Vertreter der Bauern bei uns in der Kammer würde ich mich hüten, zur Produktion irgendeines Produktes zu raten oder zu animieren, wenn ich in der weiteren Folge die Konsequenz oder die Möglichkeit nicht habe, dieses Produkt zu entsprechenden Preisen an den Mann zu bringen, weil man – wie gesagt – jetzt einer Konkurrenz aus dem Osten ausgesetzt ist, gegen die wir kaum die Möglichkeit haben, Paroli zu bieten. (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Es geht um das Auslasten, das Halten dessen, was da ist!“) Wir sind bereit, mit jedem in Konkurrenz zu treten, aber nicht mit den Kolchosebauern des Ostens, weil, jeder weiß das, in jeder Hinsicht ganz andere Voraussetzungen herrschen.

Aber meine sehr verehrten Damen und Herren! Darf ich vielleicht grundsätzlich einige Dinge sagen. Wir haben in der letzten Zeit und in den letzten Tagen im verstärkten Maße in Presse und Rundfunk hören können, wie es um die Situation in vielen Gebieten auf dieser Welt, was die Nahrungsmittelversorgung betrifft, bestellt ist. Wir haben in den letzten Tagen und vor allem auch gestern gehört, und wir wissen, daß in weiten Bereichen und vor allem nun in der letzten Zeit in Äthiopien, in Abessinien – wie es seinerzeit geheißen hat – 7,8 bis 9 Millionen Menschen Gefahr laufen,

in den nächsten Wochen den Hungertod zu sterben. Ich bin dankbar dafür, daß der steirische Rundfunk zu einer Spendenaktion aufgerufen hat oder aufrufen wird. Aber für mich persönlich ist bedauerlich, daß es an und für sich, wenn man die Gesamtnahrungsproduktionsituation betrachtet, nur in einigen Ländern so ist, das ist der Norden, im freien Westen, die Staaten Kanada und die Vereinigten Staaten von Nordamerika, daß dort an und für sich eine Überproduktion vorherrscht, die fast schon als Katastrophe bei uns bezeichnet wird. Und daß es andererseits weite Gebiete auf dieser Welt gibt, die total unterversorgt sind, und es sehr schwierig erscheint, hier den notwendigen Ausgleich herzustellen. Es ist für mich auch bedauerlich, das muß ich in diesem Zusammenhang auch sagen, wenn ich an Äthiopien denke, daß einerseits Millionen von Menschen dort Gefahr laufen, den Hungertod sterben zu müssen, und auf der anderen Seite es in diesem Lande noch immer kriegsartige Auseinandersetzungen zwischen zwei oder drei Gruppen gibt, die, von anderen Mächten schwer bewaffnet, aufeinander losgehen. Das ist für mich unverständlich. Daher müßte man von exponierter Stelle her Einfluß darauf nehmen, daß es viel vernünftiger wäre, diese Länder mit den notwendigen Werkzeugen auszustatten, um ihnen die Möglichkeit einzuräumen, ihr Land selbst zu bebauen, und sie nicht – fast in allen diesen Regionen ist es so – bis auf die Zähne zu bewaffnen. Wir stellen also fest, daß es weite Teile dieser Welt gibt, die an Hungersnot leiden, und kleine Gebiete an und für sich, die laufend mit Überschußsorgen zu kämpfen haben. In einer ähnlichen Situation befinden auch wir uns in Österreich und in der Steiermark. Wir haben uns, meine sehr verehrten Damen und Herren, erlaubt, eine kleine Palette steirischer Produkte auf den Tisch zu stellen. All diese Produkte, meine sehr verehrten Damen, erzeugen wir an und für sich im Überschuß. Wir haben zuviel Äpfel, wir haben zuviel Fleisch, wir haben zuviel Milch, wir haben zuviel Wein. Wir befinden uns in einer Situation, die wir vor 20 Jahren gar nicht gewagt haben vorauszuahnen. Wenn wir uns zurückerinnern an die erste Phase nach dem Zweiten Weltkrieg, wir haben nirgendwo etwas besessen. Die Baulichkeiten waren weitgehend ruiniert, zerstört in weiten Gebieten. Und es hat eine Hungersnot geherrscht. Darum war es so – ich kann mich noch an diese Zeit zurückerinnern –, daß es Aufgabe der bäuerlichen Vertretung sein mußte, dafür Sorge zu tragen, daß der Tisch des Volkes gedeckt wird. Diese Phase hat sich bis vor einigen Jahren vollzogen. Es gibt bei uns im Lande – darauf haben wir schon hingewiesen – kaum noch ein Produkt, wo wir nicht mit Überschußsorgen zu kämpfen haben. Und daher, meine sehr verehrten Damen und Herren, wird es unsere Aufgabe sein, neben den ökonomischen und ökologischen Fragen, die wir uns sowieso mit Überzeugung auf unsere Fahne geschrieben haben, dafür Sorge zu tragen, daß wir irgendwo von dieser Überschußproduktion wegkommen. Es wird nicht möglich sein, lieber Freund Dipl.-Ing. Chibidziura, daß wir sagen, wir gehen wieder zurück, wo wir 1945 angefangen haben (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Das ist eh klar!“), daß wir die alten Sorten wieder nehmen, das alte Saatgut, das wir seinerzeit besessen haben. Du mußt ja wissen, daß auf all diesen Gebieten, ob es die Pflanze oder das Tier ist, daß wir am genetischen

Sektor uns derart weiterentwickelt haben. Ich hoffe nicht, daß du diese Entwicklung übersehen hast, daß wir in Fragen der Bodenbearbeitung und in Fragen der Düngung logischerweise Gott sei Dank Fortschritte erzielt haben. Wenn wir noch beim Stand des Jahres 1945 wären, dann würde es uns auch so ähnlich ergehen, wie vielen Ländern auf dieser Welt, die viel zuwenig von dem haben, was sie bräuchten. Das ist eine notwendige Entwicklung, meine sehr Verehrten. Und daher wird es nicht möglich sein, zu sagen, wir produzieren jetzt um das weniger. Sie müssen uns dann auch gleichzeitig sagen, meine sehr verehrten Kollegen, was der Bauer dann machen soll. Er hat seine Ausgaben zu leisten. Er ist verpflichtet, seine Sozialabgaben zu bezahlen, seine Kammerumlage zu bezahlen, seine Grundsteuer zu herappen, völlig klar, und daher muß auch der Bauer für die Zukunft, wenn wir auch die Absicht haben, eine Produktionsumlenkung herbeizuführen, die Möglichkeit haben, notwendige Einkommen zu erzielen. Zu den Einkommen, meine sehr Verehrten, auch ein offenes Wort. Wir sind in den letzten Jahren in echte Schwierigkeiten geraten, die Ausgaben immer größer, die Einkommen geringer. Ich halte an und für sich nicht viel von statistischen Zahlen, weil ich ganz genau weiß, wie man das dreht und wendet und jeder für sich so lange dreht und wendet, bis er das Passende für sich herausbekommt. Das wissen wir zur Genüge. Daher würde ich sagen, um greifbare Dinge vorzustellen, daß man den Tauschwert in Vergleich stellt, was habe ich im 70er Jahr gebraucht, um mir einen 50-PS-Traktor zu kaufen? Darf ich Ihnen das sagen? Im 70er Jahr waren 44.000 Kilogramm Weizen notwendig, um mir einen 50-PS-Traktor kaufen zu können. 44.000 Kilogramm Weizen! Wissen Sie, was Sie jetzt im Jahre 1983 brauchen? Da brauche ich nicht mehr die 44.000 Kilogramm Weizen, sondern 80.000 Kilogramm Weizen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Und das ist die Diskrepanz, in der wir uns befinden. Wir sagen auch immer wieder, eine solche Erweiterung der Preisschere ist für die Zukunft der Landwirtschaft nicht verkraftbar.

Darf ich ein zweites Beispiel in diesem Zusammenhang sagen? Ich habe für eine Mechanikerstunde im Jahr 1970 20 Kilogramm Weizen gebraucht, jetzt brauche ich dafür 100 Kilogramm Weizen. Das ist die Situation. (Abg. Preamberger: „Die haben die Preise ganz schön erhöht!“) Sicher haben wir eine Produktivitätssteigerung erreicht, aber nicht zu übersehen auch flächenbezogen, um diese Menge zu erwirtschaften, brauche ich wesentlich mehr als seinerzeit. Und, meine Herrschaften, wir sind ja nicht diejenigen, die bei jeder Gelegenheit in einen Jammerton verfallen. Uns geht es darum, daß der Bauer das notwendige Einkommen erzielt, um seine Existenz behaupten zu können. Und daß wir nicht eine Zeit erreichen, liebe Freunde, ich will nicht zurückerinnern an die schwierigen Zeiten der 30er Jahre, wo es nicht nur Arbeitslose gegeben hat noch und nöcher, auch im gewerblichen Bereich die größten Schwierigkeiten vorhanden waren und die Bauernhöfe der Reihe nach versteigert worden sind. In eine solche Zeit will ich mich nicht mehr zurückversetzen, weil wir wissen, wie das gewesen ist. Daher gibt es für uns in der gegenwärtigen Situation, meine sehr verehrten Damen und Herren, und wir haben diesbezüglich immer wieder schon die entsprechenden Vorschläge unterbreitet. Auch wenn ich an die

Milchmarktordnung denke, was der Dipl.-Ing. Chibidziura angedeutet hat, meine Herrschaften, wir haben von der Steiermark Vorschläge unterbreitet, wie man das machen könnte durch eine Lieferverzichtsprämie. Wir haben diskutiert über diese Frage. Wir haben diesen Vorschlag auch dem Bund entsprechend vorgestellt, aber, meine Herrschaften, wir sind nicht durchgekommen. Das wäre eine Chance gewesen, die dem Bund keinen einzigen Groschen gekostet hätte. Wir sind nicht so unvernünftig, daß wir nur Vorschläge unterbreiten und sagen, das Land soll zahlen, der Bund soll zahlen, und wir wollen uns nicht strapazieren. Bei weitem nicht so. Und auch in anderen Bereichen, meine sehr Verehrten.

Wir haben also die erste Phase abgeschlossen, daß wir den Tisch des Volkes decken und eine gewaltige Überproduktion haben. Wir treten an und für sich nun in die zweite Phase. Bei den Marktverhandlungen ist es leider nicht gelungen, den großen Durchbruch bei den so wichtigen Produktionsalternativen zu erzielen. Allerdings gibt es gewisse Verbesserungen im Bereich der Eiweißpflanzenproduktion. Und zwar wurde auf Bundesebene vereinbart, daß für die Ausweitung des Eiweißfutterpflanzenanbaues ab 1985 im Bundesbudget 30 Millionen Schilling für vorerst 10.000 Hektar zur Verfügung stehen. Es besteht eine positive Absichtserklärung, diese Förderung auszuweiten und auf 20.000 Hektar aufzustocken. Wir wollen also von der Nahrungsmittelproduktion hin auf die Eiweißfuttermittelproduktion und auf andere Dinge ausweichen. Diese Entscheidung ist jedoch nur ein kleiner Schritt in die richtige Richtung, die große Weichenstellung für die so notwendigen flächenwirksamen Produktionsalternativen wurde nicht vorgenommen. Immerhin entspricht ein Getreideexport, und wir exportieren in Mengen, ich darf Ihnen hier einige Zahlen in dem Zusammenhang sagen, von etwa 800.000 bis 900.000 Tonnen einer Fläche von 170 bis 180 Hektar. Oder mit anderen Worten, 180.000 Hektar könnten aus der Getreideproduktion umgelenkt werden, ohne daß die Inlandsversorgung in Gefahr käme. Wir können also von der gegenwärtigen Nahrungsmittelproduktion 180.000 Hektar herausnehmen, um das noch einmal im Klartext zu sagen. Wenn diese Umlenkungsmaßnahmen nicht gesetzt werden, wird der Getreideexport jährlich um 70.000 bis 80.000 Tonnen steigen, laufend in den nächsten Jahren. Diese jährlichen Mehrkosten würden rund 130 bis 150 Millionen Schilling betragen und zur Hälfte von den Bauern mitfinanziert werden. Also sehr kostensteigend, sowohl für den Bund als auch für die Bauern selbst. Die Bauernschaft und ihre Vertreter sind der Meinung, daß man einfach nicht weiter darüber hinwegsehen kann, daß wir nur zu rund 5 Prozent die pflanzlichen Fette selbst produzieren, während in den EG-Staaten immer mehr Rapsfelder gepflügt werden, und daß wir jährlich 500.000 bis 600.000 Tonnen Eiweißfuttermittel importieren müssen. 500.000 bis 600.000 Tonnen Eiweißfuttermittel! Daher brauchen wir dieses zukunftsorientierte Gesamtkonzept Eiweiß- und Ölsaaten, um dem gemeinsamen Ziel von Staat und Bauern, Minimierung der Kosten der Getreideverwertung, gerecht zu werden. Wir haben Berechnungen angestellt, daß der Getreideexport von 50.000 Hektar rund 450.000 Millionen Schilling kostet, während die Stützung von 25.000 Hektar Raps und 25.000 Hektar Pferdebohnen nur 300 Millionen Schilling kosten

würde, also um 30 Prozent billiger käme als der Getreideexport. Wir haben also hier Vorschläge unterbreitet, daß wir einerseits am Sektor des Eiweißfuttermittels und andererseits auch im Ölsaatenbereich, daß wir dort Inlandanbauten verstärkt durchführen und auf der anderen Seite weniger Importe bräuchten. Vorschläge, meine sehr verehrten Damen und Herren, und ich sage das noch einmal, die den Bund wesentlich weniger kosten als die bisherigen Exporte.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die steirische Landwirtschaftskammer hat Vorschläge vorgelegt, wie man mit Spezialkulturen die bisherigen Arbeitsplätze in der Landwirtschaft und in den industriearmen Gebieten der Steiermark sichern kann. Die Kammer hat allerdings nicht die Möglichkeit, diese Vorstellungen zu verwirklichen, das können nur die Bundesregierung und die Sozialpartner. An ihnen liegt es, also vorwiegend, ob in Hinkunft in der Land- und Forstwirtschaft gleich viel oder vielleicht sogar mehr Menschen eine Beschäftigung finden und dadurch der Arbeitsmarkt entsprechend entlastet wird. Wir sind weiter der Meinung, daß die intensive Debatte um die Benzinentbleiung und die Abgasentgiftung durch die Einführung von Katalysatoren eine rasche Entscheidung hinsichtlich der Realisierung des Biospritprojektes verlangt. Bei den Marktordnungsverhandlungen wurde vereinbart, die Bemühungen um eine heimische Biospritproduktion fortzusetzen. In einem parlamentarischen Unterausschuß wird diese Problematik derzeit behandelt. Viele Erklärungen von Regierungs- und Sozialpartnerv Vertretern zeigen aber deutlich, daß von dieser Seite eine gewichtige Unterstützung des Biospritprojektes nicht zu erwarten ist. Wir müssen daher in den nächsten Wochen und Monaten verstärkt in die Öffentlichkeit treten, um auf die Bedeutung des Biospritprojektes aus gesundheitspolitischer, neutralitätspolitischer, agrarpolitischer und handelspolitischer Sicht hinzuweisen. Als erste Stufe schlagen wir eine mindestens fünfprozentige Beimischung von Biosprit zu Normalbenzin vor. Als weitere Stufe soll die Beimischung von Biosprit zu Superbenzin erfolgen. Wir brauchen eine rasche Entscheidung, damit die entsprechenden Unternehmen ihre Investitionen realisieren und mit der Produktion beginnen können. Und da möchte ich dich bitten Kollege Dipl.-Ing. Chibidziura, weil dein Staatssekretär so kräftige Aussagen gemacht hat, aber bis dato von dem noch nichts in die Tat umgesetzt hat, sich um die Biospritsituation oder Thematik zu kümmern. Wenn er nichts tut in den nächsten Wochen auf dem Gebiet, dann werden wir das in der Öffentlichkeit entsprechend zu publizieren wissen. Wir werden auf dem Gebiet eine ganz klare Sprache führen. (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Du weißt, daß ich das nicht allein mache!“) Das ist ja die Ausrede. Wenn du mit den einzelnen Regierungsstellen sprichst, ein jeder behauptet von sich, daß er für dieses Thema nicht zuständig sei. Da mußst zum Handelsminister gehen, da mußst zum Gesundheitsminister gehen, und da mußst zum Finanzminister gehen, und dann kommst wieder zurück zum Landwirtschaftsminister mit dem gleichen Wissen, das man früher besessen hat. (Beifall bei der ÖVP.) Das ist die Schwierigkeit in dem Zusammenhang. Wenn es nicht gelingt, in dem Bereich eine entsprechende Kooperationsstelle zu schaffen, von der aus gesagt wird, so wird es gemacht, wird sich auf dem Gebiet, so meine ich, in der nächsten Zeit nicht viel

ändern. Aber wir werden keine Zeit verabsäumen, um dieser Sache den entsprechenden Nachdruck zu verleihen. (Abg. Trampusch: „Was kostet der Biosprit?“ — Abg. Brandl: „Was kostet das ungefähr?“) Meine sehr Verehrten, wir haben auch in dieser Frage die notwendigen Berechnungen angestellt. (Abg. Schrammel: „7 Groschen die Beimischung!“) Meine Herren, darf ich das kurz zu erläutern versuchen? (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Das ist nicht so billig. Der Finanzminister muß darüber entscheiden!“) Meine sehr Verehrten! Darf ich das kurz aufklären, meine Herrschaften. Ich weiß, wie es in solchen Dingen ist, man kann über alles reden, aber entscheidend in der Endkonsequenz ist, was kostet das Ganze. (Abg. Preamberger: „Und wer bezahlt es?“), völlig klar. Da taucht die Frage auf, ob man von der seinerzeitigen Produktion der Getreideflächen weggehen soll. Die 800.000 bis 900.000 Tonnen, die wir gezwungen sind zu exportieren, mit enormer Staatsstützung, muß ich miteinkalkulieren, was billiger kommt. Bei einer fünfprozentigen Beimischung zum Normalbenzin, was die Flächen betrifft, wären etwa 18.000 Hektar Getreideflächen, bei einer Beimischung von 8 Prozent zum gesamten Benzin rund 100.000 Hektar erforderlich.

Wenn ich dem gesamten Benzin 8 Prozent Biosprit beimenge, brauche ich eine Gesamtfläche von 100.000 Hektar. Ich bringe also die 100.000 Hektar von der Getreideproduktion einmal weg. Wenn die Kosten einer fünfprozentigen Beimischung von Biosprit zum Normalbenzin auf die gesamten Vergasertreibstoffe umgelegt werden, so würde dies eine Verteuerung von rund 7 Groschen je Liter bedeuten. Meine Herrschaften, das macht 7 Groschen aus. Liebe Freunde! Biospritbeimischung zu jedem Benzin macht 7 Groschen, eine klare Berechnung. (Abg. Preamberger: „Jetzt spricht man von 3 Schilling!“) Bei einem Preis von 11,50 Schilling oder 11,70 Schilling, meine Herrschaften, muß es uns wert sein, die 7 Groschen zu bezahlen, weil auch die Umwelt damit verbessert wird, meine sehr verehrten Freunde, dies in diesem Zusammenhang bitte nicht zu übersehen. (Beifall bei der ÖVP.) Ich habe versucht, die möglichen Alternativen anzubieten, daß wir die notwendigen Eiweißfuttermittel selbst produzieren. Wir sind ja schon abhängig genug — wenn ich nur daran denke, meine Herrschaften, wir kaufen die Kohle aus Amerika oder aus Polen, das Erdgas aus Rußland, die Eiweißfuttermittel aus den Vereinigten Staaten. Meine Herrschaften, abhängiger könnten wir gar nicht mehr sein. Ich will in diesem Zusammenhang nicht weitere Überlegungen anstellen. Wir stehen jetzt im agrarischen Bereich in der Land- und Forstwirtschaft auch in der Steiermark auf einem Scheideweg, auf einer Weggabel. Wenn es auch nach der Statistik über die Zahl der Vollarbeitskräfte heißt, daß in Österreich nur mehr 7 Prozent in der Land- und Forstwirtschaft beschäftigt sind und in der Steiermark rund 10,5 Prozent, so darf man doch nicht übersehen, daß mehr als 20 Prozent unserer steirischen Landsleute auf Bauernhöfen leben. Die Bauernschaft deckt zur Gänze den Tisch. Sie ist der größte Landschaftspfleger und arbeitet überdurchschnittlich. Fleiß und Können, Agrarwissenschaft und Technik haben uns allen große Fortschritte gebracht zum Nutzen und zum Wohle der gesamten Bevölkerung. Produktionsfortschritt und Produktionssteigerungen sowie gesättigte Märkte einerseits und große Marktlücken sowie

eine bedenkliche Auslandsabhängigkeit bei wichtigen Gütern andererseits zwingen zu einem Umdenken und verlangen einen bloßen agrarpolitischen Kurswechsel. Ich betone nochmals, die Erträge werden langfristig weitersteigen, der inländische Konsum stagniert hingegen weitgehend. Wir brauchen große Mengen Eiweißfuttermittel und müssen 95 Prozent unseres Speiseöls importieren. Daher heißt es umdenken, meine sehr verehrten Damen und Herren! Zeiten der raschen industriellen Entwicklung in der Hochkonjunktur und im Wachsen des Dienstleistungssektors haben wir alle aus bauerlicher Sicht befürwortet, daß Menschen aus der Landwirtschaft in andere Berufe übergewechselt sind. Wir waren nie bestrebt, die Landwirtschaft zu konservieren, wie das in anderen großen Wirtschaftsbereichen in unserem Lande geschehen ist. Wir waren stets für den Strukturwandel, jedoch zu erträglichen Bedingungen. Heute wäre es jedoch falsch, der Abwanderung weiter das Wort zu reden, denn es hätte keinen Sinn, die Pflege unserer Landschaft zu gefährden, die Besiedlungsdichte zu unterminieren und auf der anderen Seite die Arbeitslosigkeit weiter zu vergrößern. Wir müssen daher alle ganz besondere Interessen haben, um in Hinkunft auch in der Landwirtschaft zumindest gleich viel und in der einen oder anderen Sparte sogar neue Existenzen zu sichern. Durch ein entsprechendes Verständnis und richtige agrarpolitische Maßnahmen können wir unsere großen Produktionssparten gut absichern und mit einigem guten Willen neue Wege in der Zukunft beschreiten. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Zellnig. Ich erteile es ihm.

Abg. Zellnig: Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren! Hohes Haus!

Vielleicht zu Beginn einige Bemerkungen. Der Herr Kollege Dipl.-Ing. Chibidziura und auch der Herr Präsident haben über die Überdüngung der Böden in der Land- und Forstwirtschaft gesprochen. Ich habe Dipl.-Ing. Chibidziura nicht so verstanden, daß er einfach den Landwirt als den Umweltverschmutzer hingestellt hat, sehr geehrter Herr Präsident Buchberger, wir müssen sicherlich eines zur Kenntnis nehmen, daß in der Vergangenheit auch über die Düngemittelindustrie und Düngerberatung sicherlich in gewissen Bereichen zu viel geschehen ist. Ich kann mich noch gut erinnern als praktizierender Bauer, als vor 15 Jahren die Düngerberatung im Raum von Obdach argumentiert hat, es wäre günstiger, wenn wir den wirtschaftseigenen Dünger hinausrauchen könnten und uns große Investitionen dadurch ersparen könnten, da der Mineraldünger billiger und wirtschaftlicher ist. Ich glaube, wir gehen jetzt schon den richtigen Weg, wenn versucht wird, hier kritisch aufzuzeigen, weil in diesem Zusammenhang zu viel geschehen ist, indem wir uns dadurch teure Betriebsmittel ersparen, sicherlich in diesem oder jenem Bereich den Boden gesund erhalten und vielleicht doch bessere, wirtschaftlichere Erträge uns einhandeln können. (Beifall bei der SPÖ und FPÖ.) Vielleicht noch einen Satz, sehr geehrter Herr Präsident Buchberger. Immer wieder steht in der Agrarpolitik die Ostliberalisierung groß zur Diskussion. Ich bin auch der Meinung, den steirischen Bauern, den öster-

reichischen Bauern kann es schon von der Gesellschaft her gesellschaftspolitisch nicht gelingen, mit dem Osten diesbezüglich konkurrenzfähig zu sein. Aber wir müssen das Problem so sehen wie es ist. Die Ostliberalisierung ist gegeben, aber wenn die Inlandsproduktion auf den Markt kommt, gibt es doch das sogenannte Dreiphasensystem (Abg. Buchberger: „Nur bei der Frischware!“), also jenes System, wie es mir bekannt ist, daß in der ersten Phase der Import mengenbegrenzt wird, in der weiteren Folge wird der Import gesperrt, und in diesem Dreiphasensystem, das erscheint mir so wichtig, sehr geehrte Damen und Herren, da entscheidet ja nicht der Landwirtschaftsminister, sondern da entscheiden die Sozialpartner, auf die ich so stolz bin als Bauer. Und es kann nichts importiert werden, wenn nicht gleichzeitig die Zustimmung der bäuerlichen Interessensvertretung, sprich: Präsidentenkonferenz, gegeben ist. Ich weiß schon, wie schwierig es ist, sehr geehrte Damen und Herren, weil man einfach von der Natur her den sogenannten Erntetag nicht immer feststellen kann, durch Klimaumschwung und so weiter, und daß es manchmal auch durch beste Überlegung und Wohlwollen passiert, daß Importware hereinkommt und diese Importware dann dem Inlandspreis einfach die großen Schwierigkeiten macht trotz ehrlichem Bemühen der Sozialpartner.

Und vielleicht noch einen Satz, ich habe in der letzten Landtagssitzung ganz kurz dazu gesprochen, sehr geehrte Damen und Herren. Ich bin sicherlich davon überzeugt, daß Biosprit jene Produktionsalternative ist, die wir in der Landwirtschaft und darüber hinaus auch für eine bessere Umwelt brauchen. Wir müssen aber auch ganz ehrlich und offen zur Kenntnis nehmen, daß die derzeitige Technologie, die uns zur Verfügung steht, und insbesondere nach meiner Meinung auch die Produktionspalette auf pflanzlichem Sektor, noch nicht ausreichen wird, damit wir jene Wirtschaftlichkeit erreichen, damit wir den Vorsprung gegenüber dem Ausland ausgleichen können. Ich bin aber zuversichtlich. Wir sollen die Diskussion ehrlich und offen ohne Polemik, ohne daß Schuldige gesucht werden, führen. Ich bin zuversichtlich, daß wir auch hier einen Schritt weiterkommen, schon im Interesse einer besseren Umwelt und, sehr geehrte Damen und Herren, auch im Interesse der österreichischen Industrie, weil ich davon überzeugt bin, daß gerade diese Technologie auch sehr viele Arbeitsplätze mit sich bringen wird. Noch eines, in der derzeitigen Situation, soweit ich Information habe, wird es schwierig sein, ohne Außenhandelsschutz durchzukommen, weil einfach importierte Treibstoffe, die insbesondere den westlichen Raum in Österreich versorgen, billiger sind. Wir werden keinen Einfluß haben ohne Außenhandelschutz, daß nicht der ausländische Biosprit, der zur Zeit noch billiger produziert wird als unserer, beigemischt wird und nach Österreich kommt. Versuchen wir doch gemeinsam, ehrlich und aufrichtig auch in einer Budgetsitzung zu diskutieren. Ich werde mich bemühen, sehr geehrte Damen und Herren, ich werde aber nicht immer Ihrer Meinung sein können und, wie ich die Situation kenne, auch Sie nicht meiner Meinung.

Ich war heute außerordentlich erfreut, sehr geehrte Damen und Herren, als ich hereinkam und eine große Produktionspalette, wie ich es immer formuliere, Herr Präsident Buchberger, durch den Fleiß der Bauern am

Tisch in einem schönen Körberl gefunden habe. Es ist gut so. Wir sollen das aufzeigen, sehr geehrte Damen und Herren. (Allgemeiner Beifall.) Ich habe aber gleichzeitig auch kritisch nachgedacht, wie würde dieser Raum dekoriert sein, wenn zum Beispiel der Fleiß der Stahlindustrie hier auf dem Tisch sein würde oder der Maschinenfabrik Andritz. Auch hier gibt es Überproduktion, auch hier haben wir Schwierigkeiten, aber trotzdem bin ich froh, daß dies heute in der Form geschehen ist. (Abg. Aichhofer: „Bekommt jeder ein Fahrrad!“) Sehr geehrte Damen und Herren! (Abg. Schrammel: „Bekommt jeder einen Abfangjäger!“) Auch der Herr Kollege Schrammel, für die Sicherheit des Landtages. Jetzt, sehr geehrte Damen und Herren, der Herr Präsident Buchberger hat auch schon in diese Richtung hineinargumentiert, und ich will es auch versuchen. Durch die neuen und noch mehr Technologien, durch die besseren Erkenntnisse in der Agrar- und Forschungswissenschaft sowie deren Anwendung und das Wissen und den Fleiß unserer Bauern wird in Zukunft die Produktion in der Land- und Forstwirtschaft, und hier glaube ich überwiegend nur in den Industriestaaten, zunehmen. Für die Agrarpolitiker stellt sich die berechnete Frage, ob die wachsende Produktivität gleichzeitig auch zu ständig steigenden Überschüssen führen muß. Für uns Bauern wird es immer schwieriger, unseren Fleiß durch angemessene Produktionspreise zu vermarkten, indem es immer weniger aufnahmefähige Agrarmärkte gibt, die auch diese Produkte kaufen können. Was die Inlandsversorgung betrifft, sind wir an den Grenzen der Aufnahmefähigkeit unseres Marktes angelangt. Im Raume der EG werden die Staaten im Agrarhandel immer mehr, und das ist so bedenklich, zu Nettoexporteuren auf diesem Gebiet. Der internationale Agrarhandel vollzieht sich heute so, daß die Industriestaaten einander die Agrarüberschüsse aufdrängen. Um sie verkaufen zu können, werden Mittel aus den öffentlichen Haushalten dazu verwendet, nicht nur in Österreich, auch in allen anderen Staaten. Märkte, die uns heute noch zur Verfügung stehen, werden nicht wachsen, sondern schrumpfen. Für den Produktivitätsfortschritt nur ein Beispiel: Im Jahre 1950 hatten wir beim Weizen einen Hektarertrag von nicht ganz 18 Dezitonnen. Im Jahre 1983 waren es schon mehr als 45 Dezitonnen. Das ist eine Zunahme von 2,9 Prozent jährlich. Geht diese Entwicklung weiter mit einem jährlichen Zuwachs von nur 2 Prozent, dann haben wir im Jahre 2000 63.000 Dezitonnen pro Hektar Weizenantrag. Und hier eine Bemerkung, sehr geehrter Herr Präsident! Du hast richtig aufgezeigt, daß die sogenannte Preis-Kosten-Schere gemessen an den Betriebskosten und gleichzeitig auch dem Ertrag pro Kilo oder auch Fläche immer weiter auseinandergeht. Aber auch hier ein ehrliches Wort nach meiner Meinung. Wir müssen, und das erscheint mir auch nicht unbedeutend, natürlich auch den Rationalisierungsfaktor mithineinrechnen, und wenn wir den Rationalisierungsfaktor hineinrechnen, dann glaube ich, daß diese Preis-Kosten-Schere nicht ausgeglichen sein wird, aber vielleicht doch in ein realistisches Licht kommen würde. Das bedeutet nun aber, daß wir bei dieser Entwicklung der Produktivitätssteigerung ohne Änderung der Rahmenbedingungen nicht eine Million Tonnen Getreide exportieren, wie heute, sondern 3 bis 3,5 Millionen Tonnen, und das bei Märkten, die weniger aufnahmefähig sind als

heute. Wahrlich keine ermutigende Feststellung für uns Bauern, indem sich solche Beispiele auch noch auf andere Produktionssparten übertragen ließen. Daher stellt sich die Frage, muß Produktivitätssteigerung gleichzeitig zum Überschuß führen? Ich glaube, daß wir in Zukunft weniger auf Quantität, sondern mehr auf Qualität achten müssen. Versorgt soll überwiegend das Inland werden. Sonderkulturen bieten sich dafür an. Gerade aus diesem Grunde stellten wir in diesem Haus in letzter Zeit einen Antrag für ein Steirisches Sonderkulturengesetz mit gewissen Vorstellungen, sehr geehrte Damen und Herren. Wir werden bei einem Sonderkulturengesetz ohne Außenhandelschutz nicht das Auslangen finden. Es ginge auch gar nicht, aber Sonderkulturen dort, wo der Inlandsmarkt noch nicht gedeckt ist. Ich glaube, Außenhandelschutz dort, wo der Inlandsmarkt nicht gedeckt ist, Außenhandelsschutz nicht mehr, wo wir in den Weltmarkt hineinexportieren müssen zu den Weltagrarmarktpreisen. Ich würde gleichzeitig glauben, wenn ich von Außenhandelsschutz spreche, daß ich meinen Freunden, also den Konsumenten und deren Vertreter, immer sehr dankbar bin, weil Außenhandelsschutz bedeutet doch, und sprechen wir es offen aus, unter Umständen etwas höhere Preise für sie. Aber nicht nur den Anbau in diesem Sonderkulturengesetz, sondern auch die Weiterverarbeitung.

Sehr geehrte Damen und Herren, hier erscheint mir als Bauer sicherlich noch eine Möglichkeit, etwas zu tun. Um den kleinflächigen Anbau sollen wir uns bemühen und ihn in der kleinstrukturierten Landwirtschaft halten. Sehr wesentlich, wir müssen uns bemühen, gemeinsam bemühen, daß wir vielleicht doch zu einer besseren Direktvermarktung kommen. Der Bauer ist in letzter Zeit immer mehr zum Rohstofflieferanten geworden. Das zeigt sich immer deutlicher, daß alle Risiken der Produktion der Bauer zu tragen hat, dagegen der Vermarkter, ja sprich Genossenschaften, mit wenig Risiken einen sicher kalkulierten Gewinn sich erwirtschaftet. Interessant ist dabei festzustellen, daß die Genossenschaften, wenn sie bilanzieren, sich stets über hohe Gewinne freuen. Die Bauern, für die die Genossenschaften geschaffen sind, gehen aber in manchen Bereichen mit wenig Einkommen aus. Ich möchte jetzt aufzeigen, warum ich in diese Richtung spreche, sehr geehrte Damen und Herren. Am Vermarktungssektor haben wir zum Beispiel bei Milch 90 Prozent Genossenschaftsvermarktung, bei Getreide 66 Prozent, beim Futtermittelimport 75 Prozent, beim Käseimport 75 Prozent, Düngemittelabsatz 75 Prozent, Saatgut 80 Prozent. Und diese Liste ließe sich noch fortsetzen. Sehr geehrte Damen und Herren, warum sage ich das im Hohen Haus, weil ich am Beispiel Milchmarktordeung das vorhin Gesagte noch einmal untermauern und unter Beweis stellen möchte.

Bei der 49. ordentlichen Generalversammlung des obersteirischen Molkereirings Knittelfeld berichtete der Obmann, wir kennen ihn alle, über die positive Entwicklung dieser Molkerei. Er sagte laut Zeitungsbericht, daß 46.583.170 Kilogramm Milch im Berichtsjahr 1983 von den Milchbauern dieser Molkerei angeliefert wurden. Und jetzt die Vorstellung, dies ergebe einen Milchsee von fünf Kilometer Länge, drei Kilometer Breite und 3,1 Meter Tiefe. Ende seiner Aussage. Eine gewaltige Leistung dieser Bauern, dieser fleißigen

obersteirischen Bauern. Was in dieser Generalversammlung nicht gesagt worden ist, das ist, daß diese fleißigen Bauern ihrer Molkerei über 60 Millionen Schilling an Molkereianteilen kostenlos zur Verfügung stellen müssen ohne Wertsicherung, ohne Verzinsung. Eine Verzinsung dieser Molkereianteile würde den Bauern schon 3,6 Millionen Schilling zusätzliches Einkommen bringen. Eine beachtliche Summe. Darüber hinaus wurde auf ausdrückliches Betreiben der Vertreter der Präsidentenkonferenz – und ich muß es hier sagen, weil dieses Gesetz auch einstimmig beschlossen worden ist im Parlament, in der derzeitigen Milchmarktordeung die Milchmenge, welche durch den allgemeinen Absatzförderungsbeitrag – zur Zeit 21 Groschen – in der Gesamtrichtmenge enthalten ist, von derzeit 5 auf 6 Prozent erhöht wurde. Es sind derzeit 5 Prozent. Kraft Gesetz kann es auf 6 Prozent erhöht werden unter der Voraussetzung, daß der Inlandsabsatz sinkt. Ich meine, das ist noch dasjenige, was mich am meisten stört. Diese Milchproduktion dient nur der Molkerei, weil würden wir aus diesem Marktordnungsgesetz diese derzeitigen 5 Prozent der Milchproduktion herausnehmen und den allgemeinen Absatzförderungsbeitrag abschaffen, dann würden die österreichischen Milchbauern durch weniger Milchablieferung um 80 Millionen Schilling sich mehr erwirtschaften. Sehr geehrte Damen und Herren, für diese Milch bekommt der Bauer um nichts mehr, ich habe es x-mal durchgerechnet, sondern für diese Milch muß der Bauer zu der Zeit noch einige Groschen dazuzahlen, daß sie auf die Milchrampe hingestellt werden kann. Wir SPÖ-Bauern haben uns bemüht, mit Rechenbeispielen wurde das im Landwirtschaftsausschuß diskutiert und versucht, hier einen Weg zu gehen. Leider war es nicht möglich.

Und jetzt einige Aussagen zum Grünen Bericht. Grundsätzlich ist zu bemerken, daß der Grüne Bericht an Aktualität verliert, indem dieser ein Jahr im nachhinein zur Diskussion steht. Das zweite Negativum ist, daß der Vergleichszeitraum von Jahr zu Jahr verglichen wird, ich weiß schon, es ist schwierig, einen langjährigen Durchschnitt zu errechnen, dadurch haben wir die Schwierigkeiten, daß, wenn ein gutes Erntejahr vorangegangen ist, verglichen mit einem normalen Erntejahr, einfach das Einkommen der Bauern zwischen diesen zwei Jahren gewaltig absinkt und, wenn es umgekehrt der Fall ist, dieses Einkommen gewaltig steigt, weder das eine noch das andere entspricht der wirtschaftlichen und betriebswirtschaftlichen Überlegung. Weiters gibt der steirische Grüne Bericht keine konkreten Hinweise, welche Alternativprodukte in unserer Land- und Forstwirtschaft angestrebt werden sollen. Auch diesbezügliche Förderungs-mittel sind weder im Budget vorgesehen oder im Grünen Bericht beschrieben. Bei den Produktionsalternativen verläßt sich die steirische Landwirtschaft sicher und lieber auf den Bund. Ich danke dir, sehr geehrter Herr Präsident, Kollege Buchberger (Abg. Buchberger: „Bitte!“), daß du auf den Leguminosenanbau hingewiesen hast, bin auch deiner Meinung. Das ist ein Schritt in die richtige Richtung. Auch mir ist es noch zuwenig. Ich überlege nur, wenn es jährlich zu einer Verdoppelung kommen würde, dann glaube ich, hätten wir innerhalb angemessener Zeit dementsprechende Produktionsalternativen. Noch etwas ist mir aufgefallen. Ich glaube, der Herr Landesrat Dipl.-Ing.

Riegler, wenn ich es noch richtig im Gedanken habe, Sie haben auch den Grünen Bericht der Steiermark so sinngemäß interpretiert, daß das steirische landwirtschaftliche Einkommen im Schnitt unter dem Bundesdurchschnitt liegt, daß aber das Negativum gegenüber dem Bundesbericht in der Steiermark etwas günstiger ausgefallen ist. Wir sind nicht so tief abgesunken wie im Bundesdurchschnitt. Das ist darauf zurückzuführen, daß auch im Bundesdurchschnitt die Produktionsgebiete untereinander verglichen auch weniger zurückgefallen sind als im Landesdurchschnitt. Als nächstes: Ich möchte aber noch auf eines hinweisen, sehr geehrte Damen und Herren, weil es immer in der Öffentlichkeit sehr stark diskutiert wird, der Bund leistet zuwenig, die Landwirtschaft könnte besser dastehen, wenn der Bund seiner Verpflichtung nachkommt. Es ist jetzt keine vollständige Liste, sondern ich möchte nur auf einige Bundesförderungsmittel hinweisen, die mir sehr wichtig erscheinen, und hinweisen, wo das Land zur Zeit noch keine Förderung gibt. An erster Stelle ist wohl der AIK zu nennen. Diese positive Kreditverbilligung umfaßt alle Lebens- und Betriebsbereiche in der Land- und Forstwirtschaft, beginnend beim Wohnbau, der Verkehrserschließung, der Vieh- und Milchwirtschaft, der Verbesserung der Marktstruktur. Auch soziale Maßnahmen, die für uns Bauern so wichtig sind, und die vom Bund finanzierten Sonderprogramme, wo auch zum Teil Landesförderung mit dabei ist. Dieser Aufwand des Bundes für diese Kreditverbilligung beträgt in der Steiermark 120 Millionen Schilling Zinsenzuschuß, im Jahre 1984 aufgerechnet. Obwohl in Tirol und Oberösterreich auch diesbezüglich noch Zinsenzuschüsse vom Land her gewährt werden, ist es bis jetzt in der Steiermark nicht möglich gewesen. Die Mutterkuhhaltung, die zur Extensivierung sowie als Produktionsalternative zur Milchproduktion in die Bundesförderung aufgenommen wurde, diese Mittel wurden für 1985 um 50 Millionen auf 79 Millionen Schilling aufgestockt. Eine reine Bundesförderung. Weiters, und das erscheint mir so wichtig in unserer Zielsetzung der differenzierten Agrarpolitik, oder refundiert der Bund erstmalig den Bergbauern in der Zone 3 den allgemeinen Absatzförderungsbeitrag. Dafür werden in Zukunft 70 Millionen Schilling an Budgetmitteln aufgewendet werden. Ich möchte auf die Bauerndirekthilfe als weiteres Beispiel verweisen, und sehr wesentlich erscheinen mir, sehr verehrte Damen und Herren, auch das möchte ich offen und ehrlich aussprechen, doch die Preisausgleiche.

Das sind doch die Preisausgleiche, die wir Bauern und natürlich auch die Konsumenten dringend brauchen, aber diese Preisausgleiche werden im Jahre 1985 über 5 Milliarden Schilling betragen, sehr geehrte Damen und Herren. Das ist doch die Arbeitsplatzsicherung in der Land- und Forstwirtschaft. (Beifall bei der SPÖ.) Und schimpfen wir nicht immer, und weisen wir nicht immer hin auf die so schwierigen strukturellen Verhältnisse in der Stahlindustrie, daß diese gestützt, daß sie umstrukturiert werden muß. Wir haben kraft des Landwirtschaftsgesetzes jährlich eine sichere Absicherung in der Preisstützung für unsere Arbeitsplätze. Ich bin weiters der Meinung, sehr geehrte Damen und Herren, wenn industriell versucht wird, die Arbeitsplätze zu erhalten, daß davon in der Steiermark mehr als 56 Prozent der Bauern profitieren. Ich weiß schon, sie sind nicht immer Ihre Bauern, die Nebener-

werbsbauern, sehr geehrte Damen und Herren. (Beifall bei der SPÖ.) Nein, sie sind nicht immer Ihre Bauern, und ich sage Ihnen jetzt, warum nicht Ihre Bauern. Wenn mein Kollege Prutsch oder manchmal auch ich beim Rednerpult stehe, habe ich immer sehr spitze Bemerkungen von der rechten Seite gehört. Er ist kein Bauer. (Landeshauptmann Dr. Krainer: „Es sind auch nicht seine Bauern!“) Ich muß es hier sagen, sehr geehrter Herr Landesrat. Es war mir ein Herzensbedürfnis, das einmal auszusprechen. (Beifall bei der SPÖ. — Abg. Preamsberger: „Du hast die Bauern sehr gut vertreten!“ — Abg. Pörtl: „Bist du auch Nebenerwerbsbauer?“) Sehr geehrte Damen und Herren, Hohes Haus! Noch etwas möchte ich aussagen, und ich bitte ehrlich jetzt, Herr Kollege Pörtl, es soll nicht in das falsche Ohr gehen. Das ist nicht meine Absicht, sondern der Vollständigkeit halber möchte ich es aufzeigen. Ich wollte mich gestern unter Soziales zu Wort melden. Mir hat die Diskussion nicht gefallen. Mir hat sie nicht gefallen, aber auch vielleicht vielen anderen nicht. Nehmen wir doch in der Landwirtschaft zur Kenntnis, daß unsere soziale Sicherheit, wer immer der Vater sein will, unsere soziale Sicherheit einfach, und nicht nur unsere, auch die soziale Sicherheit der anderen Bevölkerung, der Öffentlichkeit etwas kostet, und es ist richtig so und es ist gut so. Ich habe (Abg. Ing. Stoisser: „Der Rainer hat geschimpft!“), Herr Kollege, den Eindruck, daß noch nie die linke Reichshälfte den Bauern diese Mittel neidig ist. Nein, sehr geehrte Damen und Herren, sondern wir sind der Meinung, daß es eine notwendige Maßnahme ist. Ich möchte sie heute in Zahlen noch einmal auf den Tisch legen, ohne daß es ins falsche Ohr geht. (Abg. Brandl: „Das ist gut!“) Die Bauern brauchen das, die Strukturverhältnisse sind schlecht, die Altersstruktur wird immer schwieriger, sehr geehrte Damen und Herren. (Abg. Ing. Stoisser: „Das mußt du dem Kollegen Rainer sagen!“) Aber im Jahre 1969 hat die ÖVP-Alleinregierung für die bäuerliche Sicherheit 869 Millionen Schilling aufgewendet. (Abg. Buchberger: „Da war der Schilling noch etwas wert!“) Das ist kein Vorwurf. Das war damals die soziale Sicherheit. Das ist kein Vorwurf, ich wollte das nicht, ich wollte keine Emotionen auslösen. Darf ich darum bitten.

Im Jahre 1984 waren es 9,2 Milliarden Schilling, eine Steigerung, und auch kein Neidverhältnis, darf ich bitten, liebe Kollegen, eine Steigerung um das 10,6fache. Ich freue mich über diese Entwicklung, und mag sie immer noch in gewissen Bereichen Schwierigkeiten bereiten. Noch ein Beispiel, in anderen Zahlen ausgedrückt, jährlich eine Zunahme um 601 Millionen Schilling. Oder ein anderes überschaubares Beispiel, in unserem schönen Heimatlande, sehr geehrte Damen und Herren, werden im Jahr für diese soziale Sicherheit, ich sage nicht von der sozialistischen oder derzeitigen Regierung oder vom österreichischen Steuerzahler, wir sind alle mit drinnen, und so sollen wir es sehen, 1.375 Millionen Schilling aufgewendet. Das sind um 58,2 Prozent mehr als im Jahre 1969 damals für die damalige bäuerliche Sicherheit in ganz Österreich notwendig war. Das will ich als Anerkennung sehen, das will ich als gemeinsame Leistung sehen. Bemühen wir uns zukünftig, herauszukommen aus diesem Hickhack, weil es nichts bringt.

Ich verweise noch auf etwas. Das Betriebshilfegesetz, wo ist der Kollege Schrammel, das das letzte Mal

im Landesstellenausschuß sehr hart kritisiert worden ist, ist im Sozialausschuß behandelt worden, positiv in unserem Sinne, auch in meiner persönlichen Aussage, mit der Verbesserung, daß es zeitlich nicht mehr begrenzt ist, mit der Verbesserung, daß es wöchentliche Limits an erforderlichen Leistungen gibt, daß es monatliche Auszahlungsmöglichkeiten gibt. Alles positive Maßnahmen für unsere Mütter, ein gemeinsames Gesetz, sehr geehrte Damen und Herren. (Beifall bei der SPÖ.) Auch in diesem Voranschlag freue ich mich, daß die Mittel für die Landwirtschaftsförderung angehoben worden sind in der Gruppe 7, etwas weniger erfreut bin ich, weil diese Mittel zweckgebunden sind, daß diese Erhöhung überwiegend, und sie mögen noch immer nicht zu viel verdienen, auf die Personalkosten wieder aufgewendet werden müssen. (Abg. Buchberger: „Wir können darüber reden, wenn du glaubst, daß wir notwendige Abbaumaßnahmen treffen sollen!“) Herr Präsident, ich habe erwähnt, ich bin der Meinung, daß es noch zu wenig sein wird. Was will ich sagen, daß die Verwaltung in diesem Fall eine Eigendynamik hat, aber nicht nur bei der Kammer, auch in den Gemeinden, auch bei den Ländern, auch im Bund, und daß es immer schwieriger werden wird, diese Kosten auch aufzubringen. Sie brauchen es, ja, ich will nicht falsch verstanden werden. Wie bescheiden wirken sich die Mittel aus für die Bauern, die direkt zu den Bauern gehen. Kammer 112 Millionen Schilling (Abg. Buchberger: „Die Beratung ist immer positiv gewesen, aber das kann man in Zahlen nicht ausdrücken!“), für die Bergbauernausgleichszahlung 23 Millionen Schilling, für die Existenzsicherung des wichtigen Viehabsatzes 38 Millionen Schilling. Sehr geehrter Herr Landesrat, ich weiß, das ist ein gemeinsames Verdienst, daß diese Mittel im letzten Jahr gewaltig aufgestockt haben werden müssen und daß diese präliminierten 38 Millionen Schilling unter günstigsten Wirtschaftsvoraussetzungen im Voranschlag sind, die wir sicherlich nicht halten werden können im Jahre 1985 auf Grund der kritischen Situation am Viehsektor. Ich will hier nicht näher eingehen. (Abg. Buchberger: „Ist nebensächlich!“)

Ein Beispiel noch, bei der von der ÖVP abgehaltenen Grenzlandkonferenz im November wurde ein Förderungsprogramm, und wie könnte es anders sein, an den Bund für das Grenzland erstellt. Insbesondere wurde auf die notwendige Veredelung der Viehwirtschaft hingewiesen. Sehr geehrte Damen und Herren, ich habe mich gestern eingehend nochmals im Ministerium damit beschäftigt, ob diese Aktion noch aufrechtgehalten wird. Diese Ochsenmastaktion wird in der Steiermark nach meinem Wissen, nur in der Steiermark, ausschließlich über die Agrosserta abgewickelt. Ich habe nichts gegen die Agrosserta. Aber, sehr geehrte Damen und Herren, ich habe hier einen Mastvertrag von der Agrosserta, namentlich, alles, in der Obersteiermark ist es geschehen. Die Agrosserta verlangt, wenn einer das Geld nicht hat, für das, was er der Agrosserta schuldig ist, 12 Prozent Zinsen, 3 Prozent Vermittlungsgebühr, Verpfändungskosten, Zufuhr, Beschauegebühr. Sehr geehrte Herren, es ist noch nicht alles. (Abg. Brandl: „Das ist unerhört, das ist unmöglich!“) Die Agrosserta verlangt den Sperrschein, den Versicherungsschein. Die Agrosserta verlangt, daß diese Rinder wieder über die Agrosserta verkauft werden. Tut der Mäster das nicht, dann muß er

zusätzlich über 3 Prozent Kosten aufbringen, sehr geehrte Damen und Herren. Warum sage ich das? Weil ich glaube, daß über die genossenschaftliche Vermarktung – und die Genossenschaft ist in den Händen der Bauernbundfunktionäre (Abg. Brandl: „Da hat er recht!“) – für Bauern noch so manches drinnen sein würde, wenn der Auftrag, den die Genossenschaft ursprünglich zu erfüllen hat, auch zugunsten der Bauern durchgeführt werden würde. (Beifall bei der SPÖ.) Und jetzt das Rechenbeispiel: Dieser Bauer, der hat sich über diesen Ochsenmastvertrag bei einer Halte-dauer von acht Monaten 16.778 Schilling erwirtschaftet auf Grund von Zuwachs. Die Spesen für die Agrosserta waren knapp unter 10.000 Schilling, sehr geehrte Damen und Herren! 6.000 Schilling sind dem Bauern für seinen Fleiß, für seine Risiken geblieben, natürlich durch die Bundesförderung von derzeit 1.600 Schilling ist er dann auf sein Geld gekommen. Aber ist das der Weg, der hier in diesem Grenzlandprogramm gefordert wird? Ja, aber dann diese Förderung direkt zum Bauern, und die Förderungsverträge nicht mehr über die Agrosserta. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Brandl: „Wo bleibt Raiffeisen mit seinen Gedanken?“)

Noch ein Beispiel, sehr geehrte Damen und Herren, das ist die Grenzlandförderung, die in der letzten Zeit so stark und berechtigt für dieses kleinstrukturierte Gebiet durchgeführt worden ist. Es geht hier um 5 Millionen Bundesförderung. Und gestatten Sie mir eine Bemerkung zu den diskutierten 5 Millionen vom Bund. Frage an die ÖVP in diesem Hohen Haus: Wer hindert Sie, die Grenzlandförderung von derzeit 25 Millionen auf 30 Millionen Schilling zu erhöhen? Der Landwirtschaftsminister sicherlich nicht. Wenn das Land das Grenzland besser fördern will, steht ihm niemand im Weg, das Gegenteil würde der Fall sein. (Abg. Pörtl: „Das ist nicht mehr demokratisch!“) Die Steirer könnten damit die so oft gepriesene Eigenständigkeit und die steirische Breite unter Beweis stellen. (Beifall bei der SPÖ.) Ich glaube, meine Kollegen von der linken Reichshälfte würden diesem Programm sofort ihre Zustimmung zu diesen 5 Millionen Schilling mehr Landesförderung geben.

Und jetzt nur noch einen Gedanken zur TKV, weil der Diskussionsbeitrag zur TKV des Abgeordneten Dipl.-Ing. Chibidziura untergegangen ist, sehr geehrte Damen und Herren. Ich sehe TKV aus dem Standpunkt des Bauern. Wenn ich Pech habe, dann bin ich der Rohstofflieferant für die TKV. Dieser Rohstoff, hier werden sogar noch die Transportkosten bis zum Tor hin von der öffentlichen Hand bezahlt. (Abg. Buchberger: „Wenn das Produkt nicht mehr genießbar ist, muß ich froh sein, daß ich es wegbringe!“) Sobald dieser Rohstoff in diesem Betrieb ist, ist er der Grundstoff für die Produktion. Und was herauskommt, ist ein hochwertiges Produkt für den Bauern, das er teuer zu bezahlen hat, wenn er es zurückkauft.

Zu einem anderen Beispiel: Was würde ein Landwirt sagen, wenn er das Bloch auf die Säge führt, für das Bloch nichts bekommen würde, sogar noch die Transportkosten bezahlen müßte, aber das Brett, das er dann braucht, teuer bezahlen müßte. Sehr geehrte Herren, so etwas kann nur unter einer Monopolstellung geschehen, so etwas kann nur geschehen, wenn dieses Monopol auch noch gesetzlich abgedeckt ist. (Beifall bei der SPÖ.) Was braucht die Landwirtschaft in

Zukunft? In der Produktion mehr Qualität und weniger Quantität. Die Förderung von Produktionsalternativen, und zwar bei Produktionsalternativen dort, wo der Inlandsmarkt aufnahmefähig ist, wie zum Beispiel Leguminosen oder Pferdebohnen, extensive Bewirtschaftung wo es möglich ist, wie die Mutterkuhhaltung, vielleicht in Zukunft unsere Produktion preislich unterteilen, und zwar nach der Vermarktungsart, daß zum Beispiel inländische Vermarktung bessere Preise bringen würde als Vermarktung im Ausland, dadurch sollen keine Stützungsmitel erspart werden, im Gegenteil, diese Stützungsmitel, die jetzt ins Ausland gehen, sollen für den Inlandsmarkt und zur Preisstützung herangezogen werden. Wir brauchen in Zukunft noch mehr differenzierte Agrarpolitik, wie sie der Landwirtschaftsminister verfolgt hat. Das Grenzland- und Bergbauernsonderprogramm sind richtungsweisend. Die landwirtschaftlichen Produzentenpreise – und von dem bin ich überzeugt – werden immer weniger marktorientiert, sondern sie orientieren sich immer mehr daran, was die Öffentlichkeit für eine offene, gepflegte Kulturlandschaft gewillt ist zu bezahlen. In diesem Sinne ein herzliches Dankeschön. (Beifall bei der SPÖ und FPÖ.)

Präsident Zdarsky: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Grillitsch. Ich erteile es ihm.

Abg. Grillitsch: Sehr geschätzte Frau Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Als heute der Herr Oberbaurat Abgeordneter Dipl.-Ing. Chibidziura die Landwirtschaftsdebatte eröffnet hat, war mein erster Gedanke, daß ich mir als praktizierender Bauer gesagt habe, bitte, Schuster, bleib bei deinem Leisten! Ich würde es nicht wagen, in seinem Fach derartige Äußerungen von mir zu geben, weil ich wirklich nichts davon verstehe (Abg. Mag. Rader: „Das ist der Unterschied zwischen euch!“), und seine Ausführungen waren etwa so. Aber einen positiven Beitrag, und das, glaube ich, müßte man überlegen, Herr Präsident Buchberger, ob nicht im Bereich der steirischen Sonderkulturen das Gamsbartl der FPÖ und die Frucht Chibi irgendwo aufgenommen werden könnten, weil dann könnte über das Gamsbartl etwa doch irgendwann einmal ein Einfluß der Bauernschaft in Wien entstehen, weil jetzt hat es wirklich den Anschein, daß er wohl Staatssekretär ist, aber überhaupt nichts zu reden hat. (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Das ist der Neid!“) Und das war letztlich auch die Begründung, wofür ich sehr dankbar bin, daß ihr in aller Offenheit hier erklärt habt als Freiheitliche, daß ihr den agrarischen Bereich dieser Budgetgruppe ablehnt. Und das – bitte – sollen die Bauern auch wissen. Und es wäre sicher der Herr Abgeordnete Zellnig nicht mein Freund Zellnig gewesen, wenn er nicht in aller Offenheit versucht hätte, hier das positivste Bild zu erzeugen, das es nur geben kann, was seitens des Bundes für die Landwirtschaft geleistet wird. Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Eines wurde dabei übersehen, er hat nicht erklärt – und der Grüne Bericht, den du sehr deutlich zitiert hast, sagt es auch sehr deutlich aus –, daß der Einkommensunterschied zu allen anderen Berufsgruppen immer noch größer wird. (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Das habt ihr verpaßt!“) Und das ist die eigent-

liche Situation in der Land- und Forstwirtschaft. Wir werden in der Berufsgruppe weniger, Leistung wird mehr verlangt, und das Einkommen wird immer noch weniger. Bitte, wenn man den Budgetanteil des Bundes vergleicht, wie er 1970 war und wie er heute ist, dann würden die dort fehlenden Milliarden vieles im bäuerlichen Einkommen ausgleichen können. (Beifall bei der ÖVP.) Und ich glaube, meine sehr geschätzten Damen und Herren, wir kommen in all den Fragen sicher nicht weiter, wenn man die Dinge immer mit Polemik zu verschönern versucht. Ich glaube, die Dinge sind ernst. (Abg. Hammer: „Eine sachliche Aussage des Kollegen Zellnig!“) Die Dinge sind ernst, und die Bauern produzieren nicht aus Gaudi, bitte, sondern sie produzieren deshalb, weil sie ihre ständig steigenden Kosten abdecken müssen. Der Herr Präsident Buchberger hat so imponierend hier auch Vergleiche angestellt und die Situation dargelegt, wie sie war und wie sie heute ist. Wenn ich vor 10 oder 12 Jahren mit 13 Hektar Fläche oder dem Ertrag aus 13 Hektar Fläche mir einen Traktor kaufen konnte, so brauche ich heute 20 Hektar dazu. (Abg. Hammer: „Weil du einen besseren Traktor kaufst!“) Du kennst diese Vergleiche, lieber Freund, und du weißt es. Warum sagt man das nicht ganz offen? Die eigentliche Problematik auch in der Steiermark, im obersteirischen Raum und überhaupt im Viehzuchtbereich, wir haben sehr große Hoffnungen in die heurigen Marktordnungsverhandlungen gesetzt. (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Ihr habt zugestimmt!“) Es ist ein Kompromiß entstanden. Das Gamsbartl hat groß geredet draußen, aber seine Leistung war sehr gering, wenn du das hören willst. (Abg. Mag. Rader: „Hast du zugestimmt oder nicht?“) Es ist ein Kompromiß entstanden, aber die Vorstellungen, lieber Mag. Rader, waren eurerseits vereinbart mit der sozialistischen Bundesregierung. Da war der Regierungsvorschlag genauso negativ eurerseits, wie er vom Landwirtschaftsminister gekommen ist. (Abg. Mag. Rader: „Habt ihr zugestimmt oder nicht?“) Und unsere Vorstellungen haben einige Erleichterungen gebracht, wie überhaupt in sehr großer Verantwortung in solchen Fragen nur ein Kompromiß entstehen hat können. (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Einer schlechten Lösung habt ihr zugestimmt?“) Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben uns im Anschluß an die Milchmarktregelung in Verhandlungen auch bemüht, daß die Viehpreisbänder angehoben werden. (Abg. Zellnig: „Annehmbarer Kompromiß. Gib es zu!“) Sie kennen die Situation am Viehmarkt. Leider ist auch dort eine Überproduktion, und es kann die Produktion nur über den Export vermarktet werden, und der Export muß gestützt werden. Sie wissen alle, und ich sage das noch einmal, obwohl ich es auch im Vorjahr gesagt habe, daß seit dem Jahre 1972 eine schriftliche Zusage seitens der Bundesregierung vorliegt, wo in Parteiengesprächen vereinbart wurde, daß die Preisnachteile, die für die Land- und Forstwirtschaft entstehen, dadurch, daß sie nicht Mitglied der EG sind, von der Bundesregierung ausgeglichen werden. Und dort fehlt es eben, meine sehr geschätzten Damen und Herren. Der Bund schöpft wohl Millionen ab bei den Importen und behauptet heute immer wieder, es kann die Situation nur verbessert werden, wenn auch die Länder aliquot das gleiche tun wie der Bund. Das Land hat keine Einnahmen, das Land erfüllt so und so schon sehr ausgiebig sogar hier Kompetenzen des Bundes.

Und wenn wir in der Steiermark für den Viehexport 60 Millionen im heurigen Jahr aufwenden, so ist das eine Sonderleistung des Landes, für die man den Verantwortlichen im Lande einen herzlichen Dank sagen muß. (Beifall bei der ÖVP.) Und was macht der Herr Landwirtschaftsminister? Herr Kollege Prutsch, ich komme schon darauf, was macht er. Er hebt die Preisbänder an, und bei nächster Gelegenheit kürzt er die Stützungen. Das hat er im Vorjahr so gemacht. Es ist deshalb seit dem Vorjahr auch ein Überhang in das heurige Jahr hineingekommen, und wir haben heuer in der Produktion etwa um 30 Prozent mehr. Und obwohl auch schon wesentlich mehr exportiert wurde, ist immer noch ein Druck auf den ganzen Viehmärkten da, und all die Maßnahmen, die der Herr Minister gesetzt hat, haben zur Einkommenskürzung in der Land- und Forstwirtschaft beigetragen, meine Damen und Herren. Wenn ich merke, daß der Dollarkurs ansteigt, dann das sofort wieder entziehe, wie er es gemacht hat mit diesen 1,50 Schilling, wo die Stützungen gekürzt wurden, dann kürze ich damit auch bäuerliches Einkommen. Das ist die falsche Entwicklung. Ich glaube, gerade in diesem Bereich (Abg. Zellnig: „Bäuerliches Einkommen nicht, sondern das Einkommen der Händler!“), ich komme schon auf den Handel, ist die Situation derart sensibel, daß man hier auch langfristig, bitte, konzipieren muß. (Landesrat Dipl.-Ing. Riegler: „Der Handel ist mit dem Preis zurückgegangen!“) Und der Herr Präsident und die steirische Verantwortung haben schon im Sommer vorgesorgt für den Herbstviehabsatz, und die Schwierigkeiten sind nur durch die unverständlichen Maßnahmen des Ministers gekommen. Die Interventionskäufe, die dann letztlich das Preisniveau gehalten haben, waren sehr gut und waren eine Rettung für den heurigen Herbst, aber eines vergessen wir nicht, die Ware kommt in einigen Monaten wiederum auf den Markt und belastet wiederum den Inlandsmarkt. Und wir können dem nur gerecht werden, wenn wir schauen, daß wir über die Grenze kommen mit unserer Ware, und dort muß man langfristig konzipieren, dort kann man nicht, bitte, parteipolitische Spielereien machen, weil damit fügt man der Berufsgruppe einen großen Schaden zu. (Beifall bei der ÖVP.)

Wie es überhaupt, und das ganz kurz bitte zum Abschluß, glaube ich, nicht gut ist, wenn immer wieder auch die Vermarktungseinrichtungen hier in eine derartige Kritik gezogen werden. Warum, meine Damen und Herren, gibt es fast keine privaten Händler mehr? Weil sie einfach nicht in der Lage sind, das zu finanzieren, und weil die Genossenschaft hier den Ausgleich suchen muß, TKV und so weiter, um eben die Abgänge beim Viehabsatz irgendwo auszugleichen. Meine sehr geschätzten Damen und Herren, ich würde sehr um eine Versachlichung der ganzen agrarischen Vorstellungen bitten und würde vor allem die SPÖ-Verantwortlichen bitten, Agrarpolitik so zu betreiben, wie es der Bauer verdient, ehrlich verdient, und hier nicht parteipolitische Polemiken immer wieder in den Vordergrund zu stellen. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident Zdarsky: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Prutsch. Ich erteile es ihm.

Abg. Prutsch: Frau Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Lieber Kollege Buchberger, wir alle wissen, daß das Biospritproblem wirklich ein sehr ernstes Problem ist, und du weißt auch, es besteht auf Bundesebene bereits eine Dreiparteienvereinbarung, und ich glaube, auf diesem Gebiet werden wir in Kürze wirklich zu einer Einigung kommen. Es sind vorher noch einige Dinge auszuräumen – und das weißt du genau –, und zwar beim Flottenversuch bei der Post wurden Motorschäden festgestellt. Der Weltmarktpreis beim Biosprit frei Raffinerie liegt derzeit bei 3 bis 4 Schilling. Die jüngsten Preiskalkulationen für die Erzeugung von Äthanol aus Getreide, Mais, Zuckerrüben, Zellulose und so weiter ergibt einen Preis von zirka 8 bis 12 Schilling, und hier ist unbedingt ein Zollschutz erforderlich. Zu dem Ölsaaten- und Eiweißfuttermittelanbau und so weiter: Ich weiß auch, daß uns die Einfuhr dieser Produkte ein sehr großes Außenhandelsdefizit bringt. Aber du weißt auch genau, daß anläßlich des Staatsbesuches von Bundespräsident Kirchschrägl und Außenminister Lanc in den USA im Februar dieses Jahres über dieses Problem verhandelt wurde. Mir ist genau erinnerlich, was die Amerikaner dazu gesagt haben. (Abg. Buchberger: „Es geht um die Einfuhrtaxen!“) Ich werde es dir vorlesen. „Die USA halten den Anbau von Ölfrüchten in Österreich nur unter der Voraussetzung für möglich, daß wir den freien Wettbewerb beim Handel anerkennen, keine Subventionen für den Anbau geben und keine Einfuhrtaxen einheben.“ Das ist eben die Hypothek des GATT-Übereinkommens, das Sie 1968, als Sie die Alleinregierung in Österreich hatten, abgeschlossen haben. (Abg. Buchberger: „Damals haben wir bei weitem nicht so eine Überproduktion gehabt wie jetzt!“)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich werde mich jetzt in einigen Sätzen auf den Agraraußenhandel konzentrieren. In Hinblick auf die bedeutende Stellung der Europäischen Gemeinschaft im agrarischen Außenhandel Österreichs waren die Bestrebungen der Bundesregierung vor allem darauf ausgerichtet, traditionelle Handelsbeziehungen mit der Gemeinschaft auf dem Agrarsektor zu erhalten. Die Exporte agrarischer Produkte in die EG betrugen 1983 6,17 Milliarden Schilling. Insgesamt hat Österreich im Jahre 1983 um 13,25 Milliarden Agrarprodukte exportiert. Der Lagerstand agrarischer Produkte in der Gemeinschaft beträgt bei Milchpulver derzeit rund 1,100.000 Tonnen, das entspricht mehr als einem Jahresbedarf. An Butter lagern ebenfalls 1,100.000 Tonnen, das entspricht einem EG-Verbrauch von 8 Monaten. Bei Getreide sind es 4,6 Millionen Tonnen. Weiters lagern 40 Millionen Hektoliter überschüssiger Wein sowie 360.000 Tonnen Rindfleisch. Auf Grund der hohen Überschüsse im EG-Raum kann man ermessen, daß der Export dorthin für uns Österreicher immer schwieriger wird. Die Europäische Gemeinschaft drohte schon mehrmals an ihren Finanzierungsproblemen zu scheitern, denn 1983 mußten allein für die Agrarwirtschaft 235 Milliarden Schilling aufgebracht werden. Trotzdem blieb die EG mit einem Anteil von 46,6 Prozent, 1982 waren es zwar noch 49,5 Prozent, nach wie vor der wichtigste Handelspartner Österreichs. Der internationale Agrarhandel vollzieht sich heute so, daß sich die Industriestaaten untereinander Agrarüberschüsse aufdrängen, die kaum gebraucht werden, und um sie verkaufen zu können, werden sie aus den öffentlichen Haushalten hoch gestützt.

Der Anteil der Agrarexporte nach Osteuropa stieg von 13,1 Prozent im Jahre 1982 auf 20,6 Prozent gegenüber 1983. (Abg. Pörtl: „Darin steckt die Ostliberalisierung!“) Ich komme auch noch zur Ostliberalisierung. Die Steigerung ist vor allem auf die Getreideausfuhren zurückzuführen. Besonders hervorzuheben ist das im Rahmen der Leipziger Frühjahrsmesse zwischen Minister Haiden und der DDR abgeschlossene Agrarhandelsabkommen. Es sieht vor, daß Österreich in den Jahren 1984 bis 1986 jährlich 350.000 Tonnen Getreide und 50.000 Hektoliter Wein in die DDR liefern wird.

Nun zum Viehexport. Es wurde schon soviel darüber gesprochen. In den ersten neun Monaten des Jahres 1984 konnten 188.000 Stück Rinder exportiert werden. Das sind um 44.000 Stück mehr als im Vergleichszeitraum des Vorjahres, und trotzdem wirft man der Bundesregierung immer wieder vor, sie tut auf diesem Sektor nichts. Trotz dieser großen Exporterfolge auf diesem Sektor besonders wichtig auch für die steirischen Bauern wirft Bauernbundpräsident Ing. Alois Dörfler dem Landwirtschaftsminister fahrlässiges Verhalten vor. (Abg. Neuhold: „Er sagt die Wahrheit!“) Lesen Sie im „Partner“ Nr. 11/1984 nach. Er hätte die Exportförderungsmittel gekürzt anstatt erweitert. In Wirklichkeit, meine sehr geehrten Damen und Herren, stehen für Preisausgleichsmaßnahmen der tierischen Produktion für 1985 917 Millionen Schilling zur Verfügung. Ich weiß, ein Drittel wird durch die Abschöpfung gedeckt. Trotzdem sind es um rund 250 Millionen Schilling mehr als 1984. Nun einige Worte zum Weinbau und zum Weinwirtschaftsfonds. Anlässlich der Eröffnung der Leibnitzer Weinwoche Ende August dieses Jahres hat Herr Landesrat Dipl.-Ing. Riegler über den Weinbau und dessen Finanzierung durch den Weinwirtschaftsfonds gesprochen. Sehr geehrter Herr Landesrat, Sie haben dort den Eindruck erweckt, daß nur die Länder den Weinbau beziehungsweise den Weinwirtschaftsfonds stützen. Ich kann Ihre dort gemachten Aussagen nicht unwidersprochen lassen. Ich werde Ihnen an Hand der Gewinn- und Verlustrechnungen, ich habe sie hier vom Weinwirtschaftsfonds für die Jahre 1980 bis 1983, beweisen, wer in Wirklichkeit den Weinbau gefördert hat. Zum Beispiel wurden im Jahre 1980 vom Bund 55 Millionen Schilling eingezahlt, von den Ländern Null, 1981 wurden vom Bund 61 Millionen Schilling eingezahlt, von den Ländern Null, 1982 wurden vom Bund 67 Millionen Schilling eingezahlt, von den Ländern Null, 1983 vom Bund 55 Millionen, von den Ländern 15 Millionen (Abg. Buchberger: „Der Bund kassiert 2,4 Milliarden Schilling Alkoholsteuer. Das darfst du nicht übersehen!“), 1984 werden dem Fonds Bundesmittel in der Höhe von 58 Millionen Schilling zufließen, Landesmittel sind bisher nur 1,7 Millionen Schilling dem Fonds zur Verfügung gestellt worden. Ich weiß, was Sie damals bei den Weintagen gesprochen haben, Herr Landesrat! Laut Übereinkommen zwischen dem Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft – (Landesrat Dipl.-Ing. Riegler: „Die Steiermark hat 8 Millionen Schilling überwiesen!“) Ja, ich komme noch darauf. – dem Bundesministerium für Finanzen und den Ländern soll in einer einmaligen Solidaritätsaktion den um ihre Existenz ringenden Weinbauern zur Finanzierung der Weinexporte von den Ländern und vom Bund je ein Betrag in der Höhe von 38,5 beziehungsweise 50 Mil-

lionen Schilling bereitgestellt werden. Der Bund hat für diesen Fall 50 Millionen Schilling im Rahmen des 1. Budgetüberschreitungsgesetzes 1984 in Aussicht gestellt. Da bis zum 29. November nur das Burgenland seinen Anteil einbezahlt hat, mußte im 2. Budgetüberschreitungsgesetz die Möglichkeit einer Rücklagenzuführung für die Bundesmittel laut dem 1. Budgetüberschreitungsgesetz geschaffen werden. Die Steiermark, Herr Landesrat, hat – ich bin informiert – ihren Länderanteil in der Höhe von 7.852.000 Schilling (Landesrat Dipl.-Ing. Riegler: „Leider!“) am 3. Dezember zur Anweisung gebracht. Weiters muß gesagt werden, meine sehr verehrten Damen und Herren, und das ist heute auch noch nicht erwähnt worden, daß im heurigen Jahr die Einheitswerte der Weinbauern um mehr als 17 Prozent herabgesetzt wurden. Zusammenfassend muß gesagt werden, daß der Bund in den letzten vier Jahren den Weinbau mit insgesamt 238 Millionen Schilling gefördert hat; die Länder nur mit 15 Millionen Schilling.

Nun komme ich zu einem weiteren Beispiel, das mich sehr bedrückt, und zwar zur „Steirerobst“ Gleisdorf. Ich werde Ihnen, meine sehr geehrten Damen und Herren, anhand eines weiteren Beispiels aufzeigen, wie in Wirklichkeit die Österreichische Volkspartei Bauernpolitik betreibt. Die Firma Rauch aus Vorarlberg, Fruchtsafterzeuger, hat sich mit 50 Prozent bei der „Steirerobst“ beteiligt. Weiters ist bei den restlichen 50 Prozent Gesellschaftskapital die Kammer für Land- und Forstwirtschaft, hören Sie gut zu, mit rund 17 Prozent, das sind rund 11,5 Millionen Schilling, beteiligt. (Abg. Buchberger: „Das wurde im Hauptauschuß beschlossen!“) Die Gesellschaft wird von einem Viererbeirat verwaltet, davon stellt die Firma Rauch zwei Vertreter, die „Steirerobst“ ebenfalls zwei Vertreter. Unter anderem sitzt dort unser Kammeramtsdirektor Dr. Kopetz. Die Preisfindung, der Import, der Export werden in diesem Viererbeirat bestimmt. Der Betrieb hat im heurigen Jahr rund 110 Millionen Schilling investiert. Wir sind froh darüber. (Abg. Schwab: „Gott sei Dank!“) Die tägliche Preßkapazität, das dicke Ende kommt noch, wurde von 700 auf 800 Tonnen erhöht. Anlässlich der Kammervollversammlung am 17. September hat Präsident Buchberger berichtet, daß die Preßobsternte im heurigen Jahr mit rund 88.000 Tonnen über der des Vorjahres liegen wird. Trotzdem, meine sehr verehrten Damen und Herren, werden vom Ausland im sogenannten Vormerk- beziehungsweise Veredelungsverkehr Zehntausende Tonnen Preßobst eingeführt. Ich werde es Ihnen beweisen. Es wurden über den Grenzbahnhof Spielfeld-Straß im Monat September für die „Steirerobst“ 1.780 Tonnen, für die Ybbstaler Obstverwertung 2.630 Tonnen, im Monat Oktober für die „Steirerobst“ rund 8.300 Tonnen, für die Ybbstaler Obstverwertung 6.700 Tonnen, im November für die „Steirerobst“ rund 9.000 Tonnen und für die Ybbstaler rund 500 Tonnen importiert. Die Folge davon ist, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß der heimische Preis für die Bauern um 30 bis 40 Prozent niedriger als im Vorjahr ist. (Abg. Buchberger: „Das hat damit nichts zu tun. Ist ja ein ganz anderer Hut. Hast du vielleicht schon etwas davon gehört, wie man einen Betrieb führt? Du hast keine Ahnung davon!“) Den steirischen Bauern werden durch diesen enormen Importdruck, das Preßobst kostete im Vorjahr, Kollege Buchberger, je Kilogramm

um 40 Groschen mehr, rund 30 bis 35 Millionen Schilling vorenthalten. Und nun zu den „Landwirtschaftlichen Mitteilungen“, Herr Kollege Buchberger. Ausgabe Nr. 22 vom 15. November 1984. Dort kritisieren Sie die Importpolitik auf dem Apfelsektor, zugleich schreiben Sie aber, und ich zitiere – (Abg. Buchberger: „Du mußt unterteilen, ob das Qualitätsware ist oder eine Mißernte!“) Hör gut zu, Kollege Buchberger – und das stört mich. Dieser Artikel hier. Die „Steirerobst“ in Gleisdorf wird heuer am Ende der Preßkampagne rund 35.000 Tonnen Äpfel aus dem Inland gepreßt haben, davon 34.000 Tonnen aus der Steiermark. Wo bleibt denn dann dieser 20.000-Tonnen-Import, der durchgeführt wurde? (Abg. Buchberger: „Welcher Export?“) Weiters schreiben Sie hier: „Bei der Verarbeitung hat die Inlandsware absoluten Vorrang, in der Vor- und Nachsaison muß jedoch auch Ware im Zollvormerkverkehr eingeführt werden.“ Lieber Kollege Buchberger, wann beginnt denn die Vorsaison, und wann beginnt die Nachsaison bei der Preßobsternte, wenn in den Monaten September, Oktober, November laufend Importe durchgeführt werden? (Abg. Buchberger: „Die Ernte ist dort zur selben Zeit wie bei uns!“) Ich glaube, als Kammerzugehöriger hat man das Recht, wirklich wahrheitsgetreu durch die Interessensvertretung informiert zu werden. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Zdarsky: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Kollegen Abgeordneten Aichhofer das Wort.

Abg. Aichhofer: Sehr geehrte Frau Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Ich habe die Absicht, zu Sonderkulturen einiges zu sagen, aber vorher wurde ich durch die Wortmeldung der Kollegen Zellnig und Prutsch angeregt, vielleicht aufklärend etwas zu sagen. Herr Kollege Prutsch, die „Steirerobst“ hat ja 110 Millionen Investitionen getätigt und damit auch Arbeitsplätze gesichert, und es ist eine Selbstverständlichkeit, daß man auch bemüht sein muß, diese Kapazität auch auszunützen. Daher wurden über den Zollvormerkverkehr ausländische Waren hereingenommen, die aber den inländischen Markt nie belasten. Das andere, was angeschnitten wurde, ist ja praktisch über die Pfirsichsorten gewesen, und dazu werde ich auch noch etwas sagen. Der Herr Kollege Zellnig hat gesagt, daß in der Steiermark das landwirtschaftliche Einkommen fast am geringsten ist. Selbstverständlich leicht einzusehen, da wir in der Steiermark eine Kleinstruktur der landwirtschaftlichen Betriebe haben. Denn es sind mehr als 65 Prozent aller landwirtschaftlichen Betriebe nur bis zu 10 Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche. Die Geldmittel, die praktisch auch kritisiert wurden, die zur Kammer gehen, möchte ich folgend interpretieren: Es hat auch die Kammer Forschungsstätten, und es würde den Bauern wesentlich, wenn überhaupt möglich, teurer kommen, wenn er selbst auf seinem Hof herumprobieren würde. Daher sind auch Mittel für die Forschung praktisch eingesetzt.

Sehr geehrte Damen und Herren, die Steiermärkische Landesregierung hat im Jahre 1965 in Wies die Landesversuchsanlage für Sonderkulturen errichtet. Ich möchte sagen, daß gerade für die Klein- und

Kleinstbetriebe dies eine sinnvolle und richtige Investition war. Die Süd-, Ost- und Weststeiermark ist für die Produktion von Feldgemüse klimatisch und auch von der Agrarstruktur her besonders geeignet, diesen Anbau durchzuführen. Da diese Anbaugelände aber von den Ballungszentren sehr weit entfernt liegen, war es im Jahre 1962 nötig, einen Verband der steirischen Feldgemüsebauern zu gründen, damit der Absatz und auch der Preis einigermaßen gesichert werden konnten. Derzeit gehören diesem Verband über 10.000 Mitglieder an. Es wird auf etwa 22.000 Hektar Feldgemüseanbau betrieben. Die Versuchsanstalt Burgstall hat die Aufgabe, den Anbau und die Sortenprobleme durchzustudieren und zu versuchen, marktgängige Sorten neu auf den Markt zu bringen. Auch der Anbau und die Erntemethoden werden in der Versuchsanstalt getestet. Es sind großartige Ergebnisse diesbezüglich herausgekommen. Ich erinnere nur an die Einlegegurken, Bohnen, Minimals, Kren, Chinakohl und besonders den Kürbisanbau und den Heilkräuteranbau. Zum Kürbisanbau, der ja heute praktisch sehr weit gesteckt wird und wo die Produktion großartig ausgeweitet wurde, möchte ich sagen, daß der Export jetzt schon bis Japan möglich ist. Und ich glaube, es war auch nur möglich, da auch eine geschlossene Organisation der Anbauer gegründet wurde, denn wenn man allein etwas versucht, steht man praktisch im Regen. Ich möchte auch sagen, daß die Nachfrage in der Pharmazie und in der Reformkostindustrie immer größer wird. Der hohe Gehalt an Linolsäure und Vitamin E hat ja dem Kürbisanbau große Bedeutung gebracht. Alle diese Produkte sichern im Grenzland auch Arbeitsplätze. Ja, es könnten sogar neue hinzukommen, wenn es eine bessere Außenhandelsregelung geben würde. Durch die Ostliberalisierung werden die Anbauer sehr verunsichert. Der Zollsatz für Exporte und Importe ist für unsere Bauern und Verarbeitungsbetriebe eine große Benachteiligung. Einige Beispiele: Bei Verarbeitungsprodukten von Dicksäften aus Beeren, Äpfeln, Birnen und so weiter beträgt der Zollsatz in die EG 42 Prozent, bei den Importen nach Österreich dagegen nur 8 Prozent. In der EG macht der Zollsatz bei Importen von Johannisbeeren, Holunder, Brombeeren und Stachelbeeren 11 Prozent des Importwertes aus, das sind 1,10 bis 2 Schilling je Kilogramm. In Österreich wird ein Gewichtszoll von 20 Schilling je 100 Kilogramm verrechnet. Die Handelsbilanz hat sich auch dementsprechend verschlechtert. Insgesamt ist das österreichische Handelsbilanzdefizit für landwirtschaftliche Sonderkulturen zwischen 1970 und 1983 von 2,9 Milliarden auf 7,5 Milliarden angestiegen.

Sehr geehrte Damen und Herren! Damit die rund 12.000 steirischen Grenzlandbauern ihre Chancen im Sonderkulturanbau weiterhin nützen können, müssen vom Bund die dafür notwendigen Vorkehrungen getroffen werden, und zwar Anpassung der Zolltarifbestimmungen zum Schutze gegen Dumpingimporte und die Verabschiedung eines Bundessonderkulturförderungsgesetzes, um die Produktion und die Verarbeitung sichern und unterstützen zu können. Für diese Maßnahmen ist der Bund zuständig, denn ein Bundesland kann keine Zolltarife ändern. Es ist daher ausgesprochen unsachlich, wenn der Herr Landwirtschaftsminister wieder erklärt, das Land Steiermark soll diese Probleme selbst lösen. Durch einen besseren Außen-

handelsschutz bei Sonderkulturen und Bereitstellung von vergleichsweise sehr geringen Förderungsmitteln könnte man in den Grenzlandbezirken nicht nur Arbeitsplätze erhalten, sondern sicherlich viele neue schaffen, und es wäre auch familienpolitisch zu begrüßen, wenn der Familienerhalter in seinem angestammten Betrieb einen Arbeitsplatz auf Zukunft haben könnte. Ich möchte daher allen Mitarbeitern in der Versuchsanstalt Burgstall, an der Spitze Herrn Oberlandwirtschaftsrat Dr. Müller, für ihren Einsatz zum Wohle der Anbauer als auch der Konsumenten ein herzliches Dankeschön sagen. Sehr geehrte Damen und Herren, erhalten wir ein lebendiges und vor allem ein besiedeltes Grenzland. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Zdarsky: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Fuchs. Ich erteile es ihm.

Abg. Fuchs: Sehr verehrte Frau Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich möchte mich meinem Kollegen Aichhofer anschließen als Grenzlandabgeordneter und Grenzlandbauer. Darf ich vielleicht, weil Herr Abgeordneter Zellnig gesagt hat, das Land Steiermark hat nicht allzuviel für unser Grenzland getan, ein bißchen von Freude sagen, sehr viel aber dann von Leid. Herr Abgeordneter, es geht weit zurück im Lande Steiermark, das wirtschaftliche Gefälle zwischen Binnenland und Grenzraum zu mildern. Als nach dem Zweiten Weltkrieg mit dem beginnenden Wirtschaftsaufschwung das Zurückbleiben der regionalen Entwicklung im Grenzland immer deutlicher zutage trat, begann die Steiermärkische Landesregierung unter dem damaligen Landeshauptmann Ökonomierat Josef Krainer, 1957, und da waren wir wirklich ganz allein. Da braucht niemand auf den Zug aufzuspringen, sondern das war seine Initiative in der damaligen Landesregierung mit außerordentlichen Förderungsmaßnahmen für das steirische Grenzland. In den letzten fünf Jahren, das heißt von 1980 bis einschließlich 1984, wurden Landesmaßnahmen und Förderungen für das steirische Grenzland in einer Summe von 6.960.000.000 Schilling gegeben. Wohl die wichtigste Aufgabe einer aktiven Grenzlandpolitik ist die Bereitstellung einer entsprechenden Infrastruktur insbesondere im Verkehrswesen. Das Wegenetz in den fünf Grenzlandbezirken hat ein Gesamtausmaß von 11.900 Kilometer, wovon bisher 6.500 Kilometer, das sind zirka 54 Prozent, ausgebaut sind. Das Landesstraßennetz im Grenzland hat einen Umfang von 1.240 Kilometer, das ist ein Drittel des gesamtsteirischen Landesstraßennetzes. Hier kann man sagen, daß zirka 54 Prozent in einem guten bis sehr guten Zustand sind. Im Rahmen der agrarischen Grenzlandsonderförderung wurde in den letzten fünf Jahren folgendes realisiert: Mit einem Mittelaufwand von 85 Millionen Schilling wurden 290 Höfe durch Hofzufahrtswege erschlossen. Bei mehr als 1.800 bäuerlichen Familien wurden Verbesserungen in der Hauswirtschaft gefördert, dazu eine Beihilfe von 13 Millionen Schilling. Im Bereich des Weinbauplanes 2 wurde zur Errichtung, Wiederverpflanzung und Auspflanzung von Weinanlagen 1.065 Weinbaubetrieben eine Förderung von fast 7 Millionen Schilling zugesprochen. Im Bereich des Pflanzenbaues gingen 4,8 Millionen Schilling an 324 landwirtschaftliche Betriebe. Investitionen im

Tabakbau sowie Hopfenbau, in der Saatmaiserzeugung sowie sonstige Investitionen ergingen in einer Gesamthöhe von 37 Millionen Schilling. Mit rund einer Million Schilling wurden 65 Betriebe im Garten- und Feldgemüsebau bezuschußt. Kürbistrocknungsanlagen, Kürbiserntemaschinen, Sortiereinrichtungen, Gemüsefolienhäuser und Sammelstellen für den Feldgemüsebau mit einer Investitionssumme von 5 Millionen Schilling. In der tierischen Produktion wurden für zirka 2.000 Höfe Förderungen von 6,4 Millionen Schilling aufgebracht. Im Obstbau gingen in den letzten fünf Jahren 2,4 Millionen Schilling an Beihilfen in 185 landwirtschaftliche Betriebe. Eine Förderung zur Errichtung und Einrichtung und Nutzung von Bioenergie von 1,2 Millionen Schilling. Also insgesamt zur Grenzlandagrarförderung wurden 36 Millionen Schilling ausbezahlt. Dazu möchte ich sagen einen herzlichen Dank der Landesregierung, an der Spitze Dr. Josef Krainer, unserem Landeshauptmann. Durch die Wohnbauförderung wurden in den letzten fünf Jahren im steirischen Grenzland insgesamt 9.000 Einfamilienhäuser, Großgeschoßwohnungen und Wohnungsverbesserung gefördert.

Ich komme nun zu den agrarischen Sondermaßnahmen, denen für die wirtschaftliche Entwicklung im steirischen Grenzland eine besonders große Bedeutung zukommt. Mehr als 27.000 bäuerliche Betriebe liegen in der Grenzregion, das sind 41 Prozent aller steirischen Bauernhöfe, vorwiegend Klein- und Mittelbetriebe mit einer durchschnittlichen Nutzfläche von 4,6 Hektar. Auf diesen Höfen leben rund 50.000 Erwerbstätige voll oder teilweise in der Land- und Forstwirtschaft. Auch für die Zukunft kommt dem agrarischen Sektor größte Bedeutung zu. Für eine positive wirtschaftliche Entwicklung ist ein verstärktes Ausschöpfen des Wachstums und eine zielgerechte Grenzlandpolitik seitens des Landes Steiermark, aber insbesondere auch seitens des Bundes erforderlich. Und hier muß man sagen, daß wir doch seitens des Bundes benachteiligt sind. Ich möchte hier sagen, daß in der ganzen Grenzlandregion Österreichs zirka 100.000 landwirtschaftliche Betriebe sind. Für diese 100.000 landwirtschaftlichen Betriebe bringt der Bund 100 Millionen Schilling auf. Das ist eine durchschnittliche Förderung pro Betrieb von 1.000 Schilling. Wie sieht es aber in der Aufteilung der fünf Bundesländer aus? Im Burgenland zum Beispiel je Betrieb 869 Schilling, in Kärnten 1.363 Schilling, in Niederösterreich 1.153 Schilling, in Oberösterreich 769 Schilling und in der Steiermark ganze 675 Schilling. Das ist die Förderung vom Bund, so sieht sie aufgeteilt aus. Ich möchte dazu noch ein paar Sätze sagen. Im Jahre 1982 hat die Steuerkopfquote im Grenzland 4.048 Schilling betragen, im steirischen Durchschnitt 5.475 Schilling und im Bundesdurchschnitt 6.344 Schilling. Es ist also nachgewiesen, und genau das habe ich vorher gesagt, daß vor allem die Steiermark bei der Bundesgrenzlandförderung am schlechtesten wegkommt. Hier zitiere ich, was uns auch irgendwie große Sorgen bereitet. Ich möchte hier wörtlich sagen, so muß die Forderung des Landes Steiermark an den Bund verstanden werden, es in der Förderung gleich zu tun und sie um 5 Millionen auf 30 Millionen Schilling aufzustocken. Warum tut er es nicht? Ein Strukturförderungsübereinkommen, der sogenannte Staatsvertrag zwischen Bund und Land, stehe vor dem Abschluß, hat der Bundeskanzler anläß-

lich Ihrer Landeskonzferenz hier in Graz gesagt. Doch daß dies nicht so glatt gehe, sagte der Erste Landeshauptmannstellvertreter Gross, sei auf die 5 Millionen Schilling zurückzuführen, die Landeshauptmann Krainer für das Grenzland wolle. Diese Erklärung ist in mehrfacher Hinsicht merkwürdig, vor allem aber, wenn es sich ohnedies nur um einen läppischen Betrag von 5 Millionen Schilling handelt. Ich würde daher sagen, her damit und noch mehr, wenn es möglich ist. Landeshauptmann Dr. Josef Krainer hat es erkannt, durch den persönlichen Kontakt, den er immer im Grenzland hat, hier diese 5 Millionen Schilling auf 30 Millionen Schilling bereitzustellen, wenn der Bund hier dieser Forderung auch nachkommt.

Lassen Sie mich noch ein paar Sätze, und vielleicht ganz wichtige Dinge, sagen. Ein großes Standbein für unser Grenzland ist die Veredelungswirtschaft. Es ist heute schon sehr viel darüber gesprochen worden. Viehabsatz, und über die ganze Problematik beim Fleisch und beim Vieh. Wir haben drei Schwerpunkte, das ist die Geflügelmast, die Schweinemast und die Rindermast im Grenzland. Ein paar Sätze zum Geflügelmast. Das freiwillige Quotenkartell mit 8 maßgeblichen Schlachtbetrieben und einer Produktion von 70 Prozent ist durch den geplanten Austritt eines Betriebes ernsthaft gefährdet. Im Herbst 1983 wurde eine einheitliche österreichische Mästerabrechnung eingeführt. Für die steirischen Mäster gab es nur eine minimale Preiserhöhung von 10 Groschen. Preisforderung der Mäster von 95 Groschen ab 1. Juli 1984 wurde von den Schlachtbetrieben bis November verschleppt und durch die fallenden Verkaufspreise nun endgültig abgelehnt. Durch die Mehrproduktion, welche von den Schlachtbetrieben ausgeht, und den damit verbundenen Preisverfall nimmt der Druck auf die Mäster zu. Es ist derzeit nicht abzusehen, ob eine gewisse Beruhigung am Markt eintritt oder der brutale Verdrängungswettbewerb anhält, den wir schon seit Jahren verspüren.

Ein starkes Standbein ist die Schweineproduktion im Grenzland. Ein paar Gedanken zur steirischen und österreichischen Situation am Schweinemarkt 1984/85. Die Steiermark erzeugt 1.050.000 Schweine gewerblicher Schlachtung und davon zirka 280.000 Eigenverbrauch. Der österreichische Markt verbraucht jährlich etwa 4.500.000 Schlachtschweine. Die Wertschöpfung aus der Schweinehaltung beträgt in der Steiermark zirka 2.600 Millionen Schilling, davon leben zirka 10.000 landwirtschaftliche Betriebe im süd-, ost- und weststeirischen Grenzland. Daraus haben diese Betriebe ihr Haupteinkommen. 1984 war der österreichische Schweinemarkt mit zirka 10.000 Stück unterversorgt. Die Schätzungen zu Jahresbeginn 1984 sagten eine Unterversorgung von 70.000 bis 100.000 Stück Schweinen voraus. Die Konsumerwartung, die vorausgesagt war, ist jedoch nicht mehr eingetroffen. Mit einer Steigerung des Konsums ist zukünftig nicht mehr zu rechnen. Für das Jahr 1985 wird mit einem Schweineüberangebot von zirka 100.000 Stück gerechnet. Die Vieh- und Fleischkommission, die das Viehwirtschaftsgesetz inne hat, von den vier Sozialpartnern bestellt, hat im Jahr 1984 folgende Schweineimporte genehmigt: 8.000 Schweine in Hälfen zwischen März und April 1984, zirka 15.000 Stück Zuchtsauen im Laufe des

ganzen Jahres und zirka 500.000 bis 700.000 Kilo Schweinespeck. Durch diese Importe wurde zeitweise ein Überschuß am Markt erzeugt, und es ist dadurch zu Preiseinbußen für die Landwirtschaft gekommen. 30.000 Schweine liegen auf Lager. Keine Aussicht, in diesem Jahr noch welche herauszunehmen. Für November wurde von der Kommission ein Schweineexport von 500.000 Kilo beschlossen. Der Stützungsaufwand für den Export wäre zirka 12 Schilling je Kilo. Das Bundesministerium kommt nur für 50 Prozent der Stützung auf. 50 Prozent sollen die Länder bezahlen. Hier zeigt sich, wie so oft, wieder einmal die verfehlte Agrarpolitik der Bundesregierung. Die Probleme in der Veredelungswirtschaft werden immer größer, die Preis-Kosten-Schere klappt immer weiter auseinander, ist heute ein paarmal schon betont worden, in den letzten 10 Jahren auf 44 Prozent. Und das spüren wir. Es wird vor allem durch unseren Fleiß ausgeglichen, und wir fragen nicht, wie viele Stunden in der Woche, ob das 70 oder 80 Stunden sind, weil wir gezwungen werden zu produzieren, um überhaupt noch unsere Ausgaben decken zu können. Die Schuldenbelastung in der Landwirtschaft wird von Jahr zu Jahr größer. Und ich kann Ihnen eines sagen, und das macht mir große Sorgen, und da möchte ich den Kollegen Zellnig als Landeshauptmann der SPÖ-Bauern wirklich einmal einladen, da mitzuwirken. Wöchentliche, monatliche Grundverkäufe an der Grenze, die Verschuldung der landwirtschaftlichen Kleinbetriebe werden immer größer. Mir wurde wieder gemeldet „12 Hektar zu verkaufen“. Staatspolitisch sehr gefährlich, weil vom Binnenland Käufer kommen, die nur mehr säen und ernten und dadurch die Entvölkerung des Grenzlandes beginnt. Und hier möchte ich wirklich auch die Bitte an die Fraktion der sozialistischen Bauern richten, daß sie hier das einmal ganz hart ihrem Landwirtschaftsminister und auch dem Bundeskanzler sagen. Denn Bundeskanzler Kreisky war 1970, bevor er Bundeskanzler wurde, im Grenzland und hat gesagt, auch hier wird ein blühender Garten. Er hat nur immer vergessen, daß er einmal düngen gekommen wäre. Aber der jetzige Bundeskanzler Sinowatz, der spricht überhaupt nicht, ich höre nicht viel, von unserem Grenzland. Die große Sorge gibt auch, wie ich es aufgezeigt habe, in der Veredelungswirtschaft ein starkes Standbein.

Und abschließend noch ein paar Zeilen – und es ist heute schon davon gesprochen worden – zum Weinbau. Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Weinbaufläche im Jahre 1982 betrug im Grenzland 2.599 Hektar. Die Weinbaufläche Österreichs beträgt 56.149 Hektar, die Steiermark hat einen Anteil von 5 Prozent. Im Jahre 1982 hatten wir 3.942 Betriebe, in ganz Österreich sind es 53.341. Das sind 9 Prozent. Die Größenordnung – und das ist das Interessante im Grenzland – ist von den rund 3.000 Betrieben nicht einmal 50 Ar, nicht einmal ein halbes Hektar, die betragen 72 Prozent. Und in der Steiermark wurde in den letzten zehn Jahren der Höchstertag in der Ernte 1982 erzielt mit 143.979 Hektar. Ich möchte sagen, daß auch hier das Land Steiermark mit dem Weinbauplan 3 vorausgesetzt hat, daß hier der Bergkataster berücksichtigt wurde, daß der schweren Pflegearbeit in unseren Weingärten damit eine Hilfestellung gegeben wurde. Und bei den wichtigsten Rebensorten ist erkannt worden, was der Konsument wünscht. Da ist der Welschriesling, der steirische, mit 25 Prozent,

gefolgt vom Müller-Thurgau mit 17 Prozent. Das besagt, daß man hier fruchtbare, trockene, leichte Weine wünscht, welchem Wunsch der Weinbau in der Steiermark nachgekommen ist. Und abschließend, der Weinbau in der Steiermark ist eine der ältesten Spezialkulturen im Lande. Und ich habe an die Herren Abgeordneten aller Fraktionen hier zum Schluß die Bitte im Hohen Haus: Wenn Sie eine steirische Gaststätte besuchen, verlangen Sie bitte einen steirischen Wein. Sie machen nicht nur Werbung, sondern Sie sorgen auch für den Absatz. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident Zdarsky: Zu Worte gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Pörtl. Ich erteile es ihm.

Abg. Pörtl: Frau Präsident! Meine Damen und Herren!

(Abg. Brandl: „Der Ideologe!“) Laßt euch Zeit, die Zwischenrufe sind ohne weiteres noch anzubringen. (Abg. Zellnig: „Das war eine ehrenvolle Bemerkung!“) Meine Damen und Herren! Als wir heute zu dieser Landtagssitzung gefahren sind, haben wir im Morgenjournal einen Bericht vernommen, wo mir persönlich und wahrscheinlich auch den meisten der Wert der Bauern bewußt wurde. Es wurde dort ausgeführt, daß internationale Multikonzerne Grundflächen in unterentwickelten Ländern bewirtschaften, dort eigentlich eine Hungersnot eher fördern und in weiten Bereichen auch Exporte in landwirtschaftliche Regionen der Industrieländer forcieren. Wenn wir aber die heutige Diskussion anschauen, so wird über diesen bäuerlichen Berufsstand fast auf Heller und Pfennig von der sozialistischen Fraktion abgerechnet, angefangen beim Herrn Kollegen Rainer gestern bis heute zu den beiden Kollegen, was wir alles als Geschenke von dieser Bundesregierung erhalten. (Abg. Brandl: „Zellnig hat etwas ganz anderes gesagt!“) Das ist meine Feststellung. Diesen Eindruck habe ich, meine Damen und Herren, und ich halte diesen Eindruck zu Beginn fest. Es wurden einige Bemerkungen von beiden Fraktionen bereits ausgeführt, und mich hätte vor allem auch vom Herrn Kollegen Dipl.-Ing. Chibidziura interessiert, warum er dieses Kapitel ablehnt und sich nicht nur konzentriert auf unsere ureigenste Basis und auf eine Medienpolitik, daß nach dem sauren Regen, nach dem kranken Wald unbedingt auch der Boden krank sein muß, daß man sich daraufsetzt auf ein Thema. Das ist in diesem Fall nicht notwendig, und mir tut es sehr leid, daß ein anerkannter Wissenschaftler der Steiermark bei einem Gespräch mit der „Kronzeitung“ gesagt hat, das stimmt nicht, das ist unwahr. Wir haben in der Steiermark großteils gute Bodenvoraussetzungen, und ich möchte das sehr eindrucksvoll sagen (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Trotzdem gibt es große Verunreinigungen mit Schwermetallen!“), vor allem auch deshalb, es gibt sicherlich Diskussionsmomente, es war schade, daß du gestern nicht da warst, vielleicht mußt du es immer wiederholt erklärt bekommen, daß es sicherlich gezielte Maßnahmen bereits gibt, um unseren Boden gesund zu erhalten, weil wir sozusagen an der Basis im wahrsten Sinne des Wortes Interesse haben. Es war dies der Prof. Eisenhut, der ein sehr fundierter Kenner der ganzen Bodenbiologie tatsächlich ist, und es ist auch angeklungen, daß wir uns total

überdüngen. Meine Damen und Herren, nur zu fünf Prozent ist der ganze Nitratgehalt im Grundwasser aus der Landwirtschaft steiermarkweit. Alle anderen Dinge entstehen speziell aus den Problemen der Siedlungsdichte, der seichten Böden und vor allem aus der ganzen Problematik der Abwässer. Meine Damen und Herren! Wir wissen sehr genau, daß wir uns in der Frage Fruchtfolge und vor allem in der Frage Monokultur auf breitester Basis und sehr konzentriert bemühen müssen, doch sind wir sicherlich auf weiten Strecken auch unter Sachzwängen. Es wurden aber auch einige Themen in den Raum gestellt, zum Beispiel die TKV. Der Kollege Mag. Rader ist schon so gespannt, was es zu diesem Thema TKV gibt. Meine Damen und Herren, das ist eine ganz einfache Sache. Jeder in der Steiermark ist jetzt nach dieser Verfassungsgerichtshofentscheidung in der Lage, eine Tierkörperverwertung zu errichten. Es ist ohne weiteres möglich, auch die Verordnung zu ändern, wenn der Herr Bundesminister, der Gesundheitsminister und Ihr Herr Kollege Ferrari-Brunnenfeld den gesetzlichen Rahmen zu einer anderen Verordnungsmöglichkeit geben. (Abg. Trampusch: „Die Salzburger haben es auch gemacht!“) Der Herr Kollege Haslauer in Salzburg wird geklagt von diesen Herrn Ministern, und wir sollen eine nächste Klage provozieren, meine Damen und Herren, so einfach polemisch kann man solche Dinge im wahrsten Sinne des Wortes nicht abhandeln. (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Trampusch: „Wegen der Tierkörperverordnung ist der Salzburger Landeshauptmann nicht verklagt worden!“) Die nächste Partie. Die nächste Meinung zu einer Feststellung. Der Herr Kollege Prutsch hat also sehr weit ausholend die „Steirerobst“ kritisiert. Der Herr Kollege Zellnig sitzt im Hauptauschuß und stimmt dieser Konstruktion wunderbar zu, hinter sehr vernünftiger und logischer Konzeption (Abg. Zellnig: „Nicht in der Handhabung!“) – ein bißchen Zeit lassen –, daß wir in der Steiermark, wo Gott sei Dank ein Streuobstbau gegeben ist, diesen nur dann erhalten können, wenn der Absatz garantiert ist, und daß wir eine Kapazität, von der Verarbeitungsmenge her gesehen, von insgesamt 70.000 Tonnen brauchen. Und wir können – leider oder Gott sei Dank – dem Herrgott nicht anschaffen, daß er alljährlich punktum 70.000 Tonnen wachsen läßt. Wir haben heuer nur 35.000 Tonnen und müssen zur Auslastung dieses Betriebes über diesen Vorratverkehr eben ausländische Ware verarbeiten, die postwendend auch wieder in das Ausland geht. Das ist eine Lohnarbeit, damit die Arbeitsplätze in diesem Betrieb gesichert sind und wir für eine große Ernte im Falle des Falles eine eigene Verwertung und eine eigene Vermarktungsmöglichkeit haben. Ich bin sehr froh, das ist die Pflicht, daß die Landwirtschaftskammer nicht nur berätet, sondern auch in der Vermarktung unterstützt, meine Damen und Herren. (Beifall bei der ÖVP.) Dort liegen die eigentlichen Probleme.

Meine Damen und Herren, das hat ohnedies Kollege Prutsch erklärt, aber seine wirtschaftlichen Kenntnisse in seinem Betrieb könnte er ohne weiteres dort zur Geltung bringen, was dort alles los ist. Wir haben noch nie vorgerechnet, was die Bundesbahn hier in diesem Landtag alles an Stützungen, ich möchte gar nicht sagen, daß sie nicht notwendig sind, erhält. Aber wir werden laufend abgeschädelt von eigenen Berufskollegen der anderen Fraktion, meine Damen und Herren!